

**Willy Klages**

**Teuflische Lügen  
und  
bittere Wahrheiten**

**Die  
systematische Liquidierung  
der Lebensgrundlagen  
der Deutschen  
in Ost-Mitteleuropa**

**Sonderheft Nr. 15**



**Die  
systematische Liquidierung  
der Lebensgrundlagen  
der Deutschen  
in Ost-Mitteleuropa**

**Sonderheft Nr. 15**

**Zerstörung der deutschen Ostsiedlung**

<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>Seite</b>
Lebensverhältnisse nach der "sowjetischen Befreiungsmission" in den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie	2-3
Sowjetisch verwalteter Teil Ostpreußens	3-6
Polen und polnisch verwaltete Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie	6-11
Plünderungen und Zerstörungen in den deutschen Ostprovinzen	11-13
Zerstörung der Lebensgrundlagen der deutschen Bevölkerung in Ost-Mitteleuropa nach Beendigung der sowjetischen Militärverwaltung	14-15
Polen und polnisch verwaltete Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie	15-20
Tschechoslowakei	20-30
Slowakei	31-33
Jugoslawien	33-36
Rumänien	36-38
Ungarn	38-40
Massenverhaftungen, Zwangsarbeit und Internierungslager in Ost-Mitteleuropa nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges	40-41
Polen und polnisch verwaltete Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie	41-62
Tschechoslowakei	62-79
Jugoslawien	79-90
Schlußbemerkungen	91-95
Hinweise für den Leser	96-97
Quellen- und Literaturnachweis	

**Lebensverhältnisse nach der "sowjetischen Befreiungsmission" in den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie**

Jeder Zwang ist Gift für die Seele.

*Ludwig Börne, eigentlich Löb Baruch (1786-1837, deutscher Schriftsteller)*

Nach dem sowjetischen Einmarsch brach das bisherige Leben der Deutschen vollkommen zusammen. In den meisten ostdeutschen Dörfern und Städten gab es gewöhnlich weder Strom, Gas noch Wasser, da man fast alle Versorgungsbetriebe und Anlagen gesprengt, zerstört oder stillgelegt hatte. Die wenigen Brunnen konnten den Trinkwasserbedarf nicht decken, so daß vielerorts großer Wassermangel herrschte.

Die verstörte Bevölkerung traute sich nur selten auf die Straße, da andauernd irgendwelche Marodeure oder Plünderer durch die Ortschaften zogen. Man verließ die Quartiere nur, falls es unbedingt erforderlich war. Um Gewalttaten und Mißhandlungen zu entgehen, flüchteten

manche Frauen und Mädchen in unzugängliche Wälder, Moore und Sumpfgebiete. Durst, Hunger und Kälte trieben die Verfolgten jedoch schon bald in die Ortschaften zurück.

Das Elend war niederschmetternd, aber die geschundenen Menschen gaben nicht auf. Nun hieß es, neuen Mut zu schöpfen. Trotz aller Verzweiflung und ungeachtet der chaotischen Verhältnisse begannen überall Aufräumungsarbeiten. Tagelang wurden verschmutzte und verwüstete Unterkünfte aufgeräumt, gereinigt, instand gesetzt und wieder bewohnbar gemacht.

Anschließend suchte man brauchbare Möbel und Hausratgegenstände aus den Trümmern. Diese mühseligen Arbeiten waren jedoch vergeblich, denn kaum hatten die Deutschen halbwegs aufgeräumt, tauchten gewöhnlich sowjetische Besatzungstruppen, slawische Zivilisten oder Umsiedler auf, die unentwegt gebrauchsfähige Gegenstände raubten bzw. Unterkünfte beschlagnahmten.

Fast jeder rechnete damals mit einer schweren Besatzungszeit, aber die besiegten Deutschen dachten immer noch, daß sie es trotzdem wieder irgendwie schaffen würden. Das Leben mußte doch schließlich weitergehen. Da es seit Menschengedenken zu den Aufgaben der Bauern zählte, die Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen, gingen die hartgesottenen Ostsiedler unverzüglich an die Arbeit. Oftmals hatte man bereits alle Zugtiere und Maschinen geraubt, so daß die Bauern unverdrossen zu Spaten und Schaufeln greifen mußten, wenn sie Pflanzkartoffeln und Sommergetreide in die Erde bringen wollten.

Nach dem Kriegsende standen zunächst sämtliche Gebiete östlich der Oder und Neiße unter sowjetischer Verwaltung. Die Armeeführung der Roten Armee verhängte in den Besatzungsgebieten zwar drakonische Strafen, aber es dauerte nicht selten Wochen und z.T. sogar Monate, bis die Gewalttaten endlich aufhörten.

Die deutsche Landbevölkerung war besonders gefährdet, weil es dort nur wenige sowjetische Kommandanturen gab. Hier waren die Deutschen eigentlich nur geschützt, wenn sie bei sowjetischen Offizieren oder in bewachten Kolchosen arbeiteten. In den Nächten war es naturgemäß am schlimmsten. Jede Nacht brachte neue Schrecken, Schießereien und Überfälle. Am Tag war ebenfalls kein Deutscher sicher. Überall lauerte der Tod. Manche Zivilisten wurden auf offener Straße ermordet, weil sie sich weigerten, Mäntel oder Strickjacken abzugeben.

Im Verlauf der Besatzung veränderte sich allmählich die feindliche Haltung der Sowjets. Vor allem ältere Soldaten schritten energisch gegen Gewalt- und Terrorakte ein und beschützten die Deutschen. Oftmals schenkten sie den Hungrigen und Kranken auch Lebensmittel oder Medikamente. Diese persönlichen Hilfeleistungen gaben den Deutschen zwar neuen Lebensmut, aber es änderte nichts an ihrer aussichtslosen, rechtlosen Lage. Viele wanderten später in grenznahe Dörfer und Städte, um die Austreibung über sich ergehen zu lassen.

### **Sowjetisch verwalteter Teil Ostpreußens**

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Lebensverhältnisse im sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens (x001/88E-92E):

#### **>>>Das Schicksal der Deutschen im sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens**

Schon im Februar 1945 waren die Alliierten in Jalta übereingekommen, daß ein Teil Ostpreußens der Sowjet-Union zugesprochen werden solle. Dieser Übereinkunft wurde im Potsdamer Abkommen Rechnung getragen durch den Beschluß, den nördlichen Teil Ostpreußens mit Königsberg unter die Verwaltung der UdSSR zu stellen. Die angloamerikanischen Mächte bekräftigten diese Abmachung durch ihre gemeinsame Zusage, die Übertragung dieses Gebietes an Rußland bei der Friedensregelung zu unterstützen.

Als Grenze zwischen dem sowjetisch verwalteten und dem polnisch verwalteten Teil Ostpreußens wurde eine Linie festgelegt, die fast gradlinig von der Küste des Frischen Haffes unmittelbar südlich von Heiligenbeil nach Osten quer durch Ostpreußen verläuft und nördlich

von Goldap auf die alte ostpreußisch-litauische Grenze stößt.

Nördlich dieser Grenzlinie befanden sich nach dem Einmarsch der Russen und dem Abschluß der Rückkehrbewegung nur noch etwa 250.000-300.000 Deutsche, von denen sich ca. ein Viertel in der Stadt Königsberg aufhielt. Der östlichste Teil des Landes, der die Kreise Tilsit, Ebenrode, Schloßberg, Gumbinnen und Insterburg umfaßte, war fast gänzlich von Menschen entblößt. Auch die Städte zählten hier nur noch wenige Tausend Deutsche.

Schon im Februar 1945 deportierten die Russen deshalb zahlreiche Einheimische und Flüchtlinge, die sie im Samland angetroffen hatten, nach diesen östlichen Kreisen, wo sie für die sowjetischen Truppen Zwangsarbeiten zu verrichten hatten und später auf Kolchosen zusammengefaßt wurden. In der folgenden Zeit sind dann auch aus Königsberg und im Frühjahr 1946 vor allem aus dem Kreis Labiau Deutsche in die menschenarmen Gebiete im Osten des sowjetisch verwalteten Ostpreußens verschleppt worden.

Dieser erzwungene Bevölkerungstransfer, der zahlreiche Deutsche aus ihrer engeren Heimat riß, hat dazu geführt, daß die Entwurzelung der Bevölkerung, die schon durch die Flucht- und Rückkehrbewegungen bewirkt worden war, noch weitere Fortschritte machte. In einer fremden Umgebung mit gleichfalls verschleppten Landsleuten aus den verschiedensten Gegenden Ostpreußens nebeneinander zu leben, die alle der Heimatlosigkeit preisgegeben waren, kennzeichnete im nördlichen Teil Ostpreußens mehr als in allen anderen deutschen Ostgebieten das Schicksal der in russische Hand gefallenen Deutschen.

Dazu kam der Zustand absoluter Unsicherheit und ständiger Gefährdung, der noch Monate und Jahre nach der Besetzung andauerte. Obwohl allmählich russische Kommandanturen eingerichtet und Vergewaltigungen und Plünderungen verboten wurden, vermochten die Anordnungen der Kommandanten und die vereinzelt ausgesandten Streifen und Wachposten nicht, die deutsche Bevölkerung vor Übergriffen durch Soldaten und Offiziere zu schützen.

Selbst in Königsberg hatte die deutsche Bevölkerung noch lange nach der Einnahme der Stadt unter fortgesetzten Beraubungen durch russische Soldaten zu leiden. Wesentlich unsicherer noch war die Lage aber auf dem Lande und besonders in abgelegenen und menschenarmen Orten und Gütern. Hier hörten die Belästigungen durch einzelne russische Soldaten, die Räubereien ganzer Banden und die Vergewaltigungen der deutschen Frauen noch zu Ende des Jahres 1945 und selbst im Laufe des nächsten Jahres nicht auf.

Besonders traurig war das Schicksal der vielen Tausende, die nach der Besetzung des Landes wiederholten Verhaftungen zum Opfer fielen, die nicht nur unter den ehemaligen Mitgliedern der NSDAP, viele Unbelastete, sondern auch viele fälschlich Verdächtige erfaßten. Sofern die Verhafteten nicht nach Rußland verschleppt wurden, hielt man sie nach zahllosen Verhören und Mißhandlungen in Gefängnissen, Zuchthäusern und Lagern fest.

Im nördlichen Teil Ostpreußens waren das Zuchthaus von Tapiau, das Gefängnis von Insterburg und das in den Kasernen von Preußisch Eylau errichtete Lager die Hauptsammelstellen für die Verhafteten. Im Lager Preußisch Eylau befanden sich allein über 10.000 Deutsche, die bei schlechtester Ernährung harte Arbeit leisten mußten. Über die Hälfte von ihnen ist bis zur Auflösung des Lagers Ende 1945 an Unterernährung und Erschöpfung und den berüchtigten Typhuserkrankungen gestorben.

Aber auch die übrige Bevölkerung des sowjetisch verwalteten Ostpreußens hat in den auf die Eroberung folgenden Monaten und Jahren Schwerstes durchmachen und ungeheure Opfer bringen müssen.

Die weitgehende Entvölkerung und wirtschaftliche und verkehrsmäßige Abschließung des Landes, besonders aber die brutale sowjetische Behandlung seiner wenigen deutschen Menschen, führte im Nordteil Ostpreußens seit 1945 zu einem Prozeß wachsender Verelendung, Verwilderung und Primitivisierung, demgegenüber die zur gleichen Zeit in manchen Gegenden Schlesiens und Pommerns herrschenden Zustände als noch kultiviert erscheinen mochten.

In wenigen Jahren verwischten sich die Züge einer alten europäischen Kulturlandschaft, und den Menschen verwandelte sich ihre Heimat unter ihren Augen in eine unheimliche Fremde. In Königsberg und den kleineren Städten des nördlichen Ostpreußens wurde die Bevölkerung sofort nach der Eroberung durch sowjetische Truppen systematisch zu Zwangsarbeiten aller Art herangezogen.

Ein Teil der arbeitsfähigen Männer und Frauen wurde zu diesem Zweck vorübergehend interniert; die anderen wurden dadurch zur Arbeit gezwungen, daß sie nur dann Verpflegung erhielten, wenn sie unter Aufsicht der sowjetischen Truppen arbeiteten. Eine organisierte allgemeine Lebensmittelversorgung, d.h. eine Ausgabe und regelmäßige Belieferung von Lebensmittelkarten, hat es im nördlichen Teil Ostpreußens offenbar nirgends gegeben. Für Alte, Kranke und Kinder begann die Ernährungslage in den Städten und besonders in Königsberg bald katastrophal zu werden.

In den ersten Wochen nach der Einnahme Königsbergs konnten noch die Vorräte in den verlassenen Häusern und Magazinen, soweit sie nicht schon von Russen ausgeraubt waren, über die erste Not hinweghelfen. Plündernde russische Soldaten und nahrungssuchende Deutsche durchzogen die Wohnungen und Keller der Stadt.

Da die Zahl der Deutschen, die in russischen Haushalten und Kommandanturen oder in den wenigen von den Russen wieder in Gang gesetzten Betrieben Arbeit fanden, beständig abnahm, wurde die Ernährungslage für die Bevölkerung immer schlechter. Eine Ausnahme bildeten in dieser Beziehung lediglich die wenigen qualifizierten Facharbeiter, die als Spezialisten meist ausreichende Verpflegung und mitunter sogar Bezahlung erhielten.

Im übrigen hat aber wohl in keiner anderen deutschen Stadt der Hunger in den Jahren 1945-1947 so viele Opfer gefordert wie in Königsberg. Große Teile der Bevölkerung nährten sich von Abfällen, und die Verwilderung führte schließlich sogar dazu, daß Fleisch getöteter Menschen feilgeboten wurde.

Furchtbare hygienische Verhältnisse trugen das Ihre dazu bei, daß Typhus-, Ruhr-, Krätze-, ja selbst Malariaepidemien um sich griffen und die Sterblichkeit in unerhörtem Maße stieg. Zwei Jahre lang - vom Sommer 1945 bis zum Sommer 1947 - hielt die hohe Sterblichkeit in Königsberg infolge der Unterernährung und der Epidemien an. Innerhalb dieser zwei Jahre ist von den rund 70.000 Deutschen, die im Sommer 1945 in Königsberg registriert worden waren, mindestens die Hälfte gestorben.

Im Sommer 1947 befanden sich nach übereinstimmenden Angaben nur noch 20.000-25.000 Deutsche in der Stadt. Da die Krankenhäuser in Königsberg teilweise noch unter der Leitung deutscher Ärzte und Schwestern standen, die, soweit es in ihrer Macht lag, es an ärztlicher Betreuung nicht fehlen ließen, konnte vielen Kranken Erleichterung verschafft werden. Dennoch war es nicht zu verhindern, daß die Sterblichkeit anhielt.

Nicht viel besser war die Lage in den kleineren Städten des sowjetisch verwalteten Gebietes. Auch in ihnen stieg mit dem Sommer 1945 die Zahl der Todesfälle unter der Bevölkerung ungewöhnlich an.

Etwas günstigere Voraussetzungen bestanden anfangs für die Landbevölkerung. Obwohl die sowjetischen Truppen wiederholt Getreide requirierten und fast sämtliches Vieh beschlagnahmten, fand sie im Frühjahr und Sommer 1945 gelegentlich noch einiges an Vorräten von der vorjährigen Ernte, so daß sie ein kümmerliches Leben fristen konnte. Hier und dort wurde jedoch auch sie schon im Sommer 1945 zu verzweifelten Handlungen getrieben.

Manchen von denen, die erst im Mai und Juni von ihrer Flucht zurückkamen und ihre Wohnungen und Höfe völlig ausgeplündert vorfanden, blieb nichts anderes übrig, als bei den russischen Soldaten um Nahrung zu betteln. Die Gutmütigkeit und Freigebigkeit einzelner Russen kleinen Kindern und ihren Müttern gegenüber, die in seltsamem Kontrast zu den vielen Exzessen und Ausschreitungen stand, haben für manche deutsche Familie eine große Hilfe in

ihrer furchtbaren Not bedeutet.

Im Sommer und Herbst 1945 besserte sich die Ernährungslage auf dem Lande insofern, als die Wintersaat, die überall noch vor dem russischen Einfall nach Ostpreußen in den Boden gekommen war, geerntet werden konnte. Auf allen großen Gütern waren sowjetische Militärkommandos eingesetzt, unter deren Leitung die deutsche Bevölkerung die Erntearbeiten verrichten mußte. Nach sowjetischem Arbeitsnormsystem hatten Frauen und Männer, oft auch Kinder, schwerste Arbeit zu leisten.

Jedoch brachte ihnen dies gegenüber der Stadtbevölkerung den Vorteil, daß sie sich beim Ernten, Dreschen und Kühemelken neben den kargen Rationen zusätzlich Lebensmittel verschaffen konnten. Häufig wird berichtet, wie ehemalige Bauersfrauen und Gutsbesitzerinnen nachts auf ihre eigenen Felder schleichen und Korn für sich und ihre Kinder stehlen mußten, weil die russische Armeeführung die Ernte beschlagnahmt hatte.

Mit Ausnahme der geringen Zuteilung, die die Landbevölkerung für ihre Arbeit auf den Feldern erhielt, war das gesamte auf den ostpreußischen Gütern geerntete Getreide für die Versorgung der sowjetischen Besatzungstruppen bestimmt, deren Zahl besonders im nördlichen Ostpreußen auch lange nach der Eroberung ungewöhnlich hoch war. Daraus erklärt sich, daß seit dem Frühjahr 1946 die allgemeine Hungersnot in wachsendem Maße auch die Landbevölkerung ergriff.

Im Jahre 1946 wurde in Königsberg, dessen Sowjetisierung durch die Umbenennung in Kaliningrad auch nach außen demonstriert wurde, und im ganzen nördlichen Ostpreußen die sowjetische Militäradministration durch staatliche Zivilverwaltungsbehörden abgelöst.

Der nördliche Teil Ostpreußens bildete - mit Ausnahme des Memellandes, das der Sowjetrepublik Litauen einverleibt wurde - fortan als Oblast Kaliningrad (Departement Kaliningrad) eine administrative Einheit, die verwaltungsmäßig in die großrussische Republik (RSFSR) eingegliedert wurde. Schon Anfang 1946 kamen die ersten Zivilrussen aus dem Inneren Rußlands in die ostpreußischen Städte und Dörfer.

Dennoch blieb das Land auch in der folgenden Zeit vorwiegend militärisch beherrscht. Pillau und Königsberg wurden zu Marinestützpunkten ausgebaut, und auch im Hinterland wurden starke sowjetische Einheiten stationiert. Zivile Verwaltungsaufgaben standen demgegenüber völlig im Hintergrund. Besonders die Landwirtschaft wurde im nördlichen Teil von Ostpreußen aufs äußerste vernachlässigt. ...<<

### **Polen und polnisch verwaltete Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie**

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über das Schicksal der deutschen Bevölkerung östlich von Oder und Neiße unter sowjetisch-polnischer Herrschaft (x001/87E-88E,96E-100E,109E-113E): >>... Der Einfall der Roten Armee nach Ostdeutschland hatte zur Folge gehabt, daß über die Hälfte der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße nach Mittel- und Westdeutschland verdrängt worden war.

Die Millionen von Deutschen, die durch die Flucht vor der Roten Armee die Heimat verlassen mußten, hatten an den Folgen der Vertreibung noch lange schwer zu tragen, und noch heute haben sie unter der Besitz- und Heimatlosigkeit zu leiden. Dennoch blieb ihnen wenigstens das schwerere Schicksal der Deutschen erspart, die im Frühjahr und Sommer 1945 unter sowjetische und polnische Herrschaft gekommen waren.

Auch diesen über 5 Millionen Ostdeutschen, die den Einzug der sowjetischen Truppen in ihrem Lande erlebten oder nach dem Ende der Kampfhandlungen dorthin zurückgekehrt waren, ist der Verlust ihrer angestammten Heimat nicht erspart geblieben, nur traf sie dieses Schicksal später, und der Weg dahin gestaltete sich für sie unvergleichlich schwerer. Ehe sie mit nur wenigem Handgepäck ihre Heimat verlassen mußten, lebten sie lange Monate und manchmal

Jahre unter russischer oder polnischer Herrschaft im Zustande völliger Rechtlosigkeit unter menschenunwürdigen Lebensbedingungen, die ihnen schließlich die Austreibung, wenn sie sie noch erlebten, als Erlösung von unsagbaren Leiden erscheinen ließ.

Im Gesamtvorgang der Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung muß dem Schicksal der Deutschen in den Jahren der russisch-polnischen Herrschaft deshalb besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Sowohl die Flucht, die am Beginn des Vertreibungsprozesses stand, wie die Ausweisung als sein Ende würden weitgehend unverstänlich bleiben und nicht hinreichend zu erklären sein ohne Betrachtung der dazwischen liegenden Zeit, die die Deutschen jenseits von Oder und Neiße seit 1945 unter der Herrschaft der Russen und Polen in ihrer Heimat erlebten.

Nachdem Deutschland militärisch besiegt war, entwickelte sich die Lage in den deutschen Ostgebieten, in Danzig und in Polen für die dort lebende deutsche Bevölkerung sehr unterschiedlich.

Völlig abgesondert von den übrigen ostdeutschen Provinzen wurde der Nordteil von Ostpreußen, der durch die Potsdamer Beschlüsse der Alliierten unter die Verwaltung der UdSSR, gestellt worden war. Im Unterschied zu diesem Gebiet erlebte die deutsche Bevölkerung im südlichen Ostpreußen, in Danzig, Ostpommern, Ostbrandenburg und Schlesien zunächst zwar ebenfalls mehrere Monate oder zumindest einige Wochen russischer Besatzung, kam aber später unter polnische Verwaltungshoheit.

Ein wiederum anderes Los traf die Deutschen in den alten polnischen Gebieten, die ohne vorübergehende russische Besatzungszeit sofort nach Ende der Kampfhandlungen in den wiedererrichteten polnischen Staat zurückgegliedert wurden.

Für die Darstellung empfiehlt es sich deshalb, zuerst die Hergänge im nördlichen Ostpreußen, dann die Entwicklung in den übrigen ostdeutschen Reichsgebieten und schließlich das Schicksal der Deutschen im polnischen Staatsgebiet zu betrachten. ...<<

>>... Anders als im nördlichen Teil Ostpreußens blieb die sowjetrussische Militärverwaltung in den übrigen Gebieten Ostdeutschlands auf eine kurze Übergangszeit beschränkt, die mit der Besetzung bis Mai 1945 begann und mit der Verwaltungsübergabe an die Polen spätestens im Herbst 1945 endete. Je nach dem Zeitpunkt der Eroberung und der Verwaltungsübergabe an polnische Behörden war die sowjetische Militärverwaltung in den einzelnen Gegenden und Orten östlich der Oder-Neiße-Linie von unterschiedlicher Dauer.

In vielen Orten und Kreisen Niederschlesiens und Ostpommerns hat sich nach dem Ende der Kampfhandlungen zunächst ein mehrere Monate dauerndes Provisorium gebildet, das ohne polnische Mitwirkung allein durch die Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht bestimmt wurde und sich in vieler Hinsicht deutlich von der darauffolgenden Zeit der polnischen Verwaltung abhebt.

Dagegen scheint für Oberschlesien, für Teile des südlichen Ostpreußens und vor allem für Danzig eine exakte Unterscheidung zwischen sowjetischer Besatzungs- und polnischer Verwaltungszeit kaum möglich zu sein, da in diesen Gebieten außer den russischen Truppen von Anfang an polnische Miliz, polnische Behörden und zahlreiche polnische Zivilpersonen neben- und durcheinander Einfluß ausübten.

Trotz solcher weitgehenden Verschiedenheiten in den einzelnen Gebieten kann jedoch insofern von einer allgemeinen sowjetischen Besatzungszeit gesprochen werden, als in allen deutschen Ostgebieten bestimmte von der sowjetischen Militärverwaltung ausgehende Maßnahmen durchgeführt wurden, und in allen Gebieten auf die Eroberung zunächst eine Zeit folgte, in der in erster Linie die sowjetischen Truppen und Befehlshaber das Schicksal der Deutschen bestimmten. –

Bei vielem, was nach der Eroberung Ostdeutschlands durch die sowjetische Besatzungsmacht angeordnet oder durch einzelne ihrer Angehörigen in die Wege geleitet wurde, fällt es mitun-

ter schwer, zu unterscheiden, wo es sich um Maßnahmen handelte, die im Interesse der Okkupationsmacht für nötig gehalten wurden, wo um Härte und Grausamkeit und bloße Schikane, und ob diese immer beabsichtigt waren oder nur menschlichem bzw. organisatorischem Unvermögen entsprangen.

So wurde die ohnedies durch die Flucht und die Kriegsergebnisse durcheinandergeschüttelte Bevölkerung weiterhin durch Räumungs- und Evakuierungsmaßnahmen in Atem gehalten, vor allem, solange die Kriegshandlungen fortgingen.

In Ostbrandenburg, das den sowjetischen Armeen im Frühjahr 1945 als Aufmarschraum für den Kampf um Berlin diente, ist im Februar 1945 eine 25 km breite Zone an der Oder geräumt und die deutsche Bevölkerung in weiter ostwärts gelegene Kreise evakuiert worden. Eine ähnliche Evakuierungszone entstand im März/April 1945 in Ostpommern, wo ein 15 km breiter Streifen längs der Ostseeküste aus militärischen Gründen der sowjetischen Armeeführung von der Landbevölkerung geräumt werden mußte.

Vorübergehende Evakuierungen dieser Art erfolgten im Zuge der Besetzung des Landes auch überall dort, wo die Front längere Zeit stillstand und eine Zusammenarbeit der deutschen Zivilbevölkerung mit deutschen Truppen befürchtet wurde. Schon im Samland waren aus diesem Grunde viele Deutsche nach Osten verschleppt worden, und auch in Schlesien sind im Zuge solcher Maßnahmen durch die Rote Armee viele Tausende von Menschen in alle Winde zerstreut worden.

Erst im Sommer 1945 hörten diese Menschenverschiebungen allmählich auf, und die Deutschen konnten Hoffnung schöpfen, in ihrer Heimat oder in den Orten, in denen sie Unterkunft gefunden hatten, wieder sesshaft zu werden. ...

Grundsätzlich bestand Arbeitspflicht für die gesamte männliche und weibliche deutsche Bevölkerung von 15-65 Jahren. Da es in denjenigen Orten, in denen sich noch Tausende von Deutschen aufhielten, nicht genügend sinnvolle Beschäftigung gab, wurden Arbeiten erfunden.

Zweifellos spielte dabei neben dem Vergeltungstrieb der durch deutsche Maßnahmen in den russischen Besatzungsgebieten aufgereizt worden war, auch ein gewisser revolutionärer Fanatismus gegenüber der bürgerlichen Wohlhabenheit der Deutschen eine nicht unwesentliche Rolle.

Eine der ersten und der qualvollsten Arbeiten, zu denen die Deutschen herangezogen wurden, war das Aufsuchen und die Bestattung der Leichen und Tierkadaver, die infolge der Kämpfe und der vielen wahllosen Erschießungen in den Tagen des Einmarsches in den Ortschaften und auf den Landstraßen oft schon seit mehreren Wochen herumlagen. Zu besonders unangenehmen Arbeiten suchten sich die sowjetischen Wachtposten vielfach bevorzugt solche Personen aus, in denen sie "Kapitalisten" sahen.

Obwohl diese Zwangsarbeiten manche Schikane mit sich brachten und im allgemeinen auch äußerst anstrengend und erschöpfend waren, da bei langen Arbeitszeiten auch von Frauen schwerste Männerarbeit verlangt wurde, blieb die Arbeit unter russischer Leitung für die deutsche Bevölkerung auch später, als der Arbeitszwang nachließ, die einzige Möglichkeit des Existierens; denn nur diejenigen, die arbeiteten, erhielten Verpflegung, und überdies bot die Arbeit unter Aufsicht sowjetischer Wachen einen gewissen Schutz vor Übergriffen und Beraubungen.

Noch immer kamen nämlich trotz ausdrücklicher Verbote der sowjetischen Kommandanturen sowohl Vergewaltigungen als auch Plünderungen, ja selbst Erschießungen durch einzelne russische Soldaten und Überfälle marodierender Banden keineswegs vereinzelt vor. Am häufigsten ereigneten sich die Übergriffe auf dem Lande, wo die sowjetischen Kommandanturen oft viele Kilometer weit entfernt waren; aber auch in Städten wie Breslau, Danzig, Stettin sowie in den dicht besiedelten Orten des oberschlesischen Industriegebietes haben die sowjetischen



Befehlshaber nicht vermocht, Plünderungen und Vergewaltigungen zu verhindern. Erklärte Antifaschisten, ja selbst deutsche Juden hatten darunter bisweilen ebenso zu leiden wie ehemalige Parteiangehörige.

Noch am günstigsten hatten es diejenigen Deutschen, die im persönlichen Dienst russischer Offiziere standen, so z.B. Frauen, die für die Kommandanturen kochen, waschen oder schneiden mußten. Sie wurden im allgemeinen gut behandelt, erhielten regelmäßige Verpflegung und lernten die Russen mitunter von einer besseren Seite kennen. Eine gewisse Sonderbehandlung erfuhren auch die deutschen Arbeiter im oberschlesischen Industriegebiet. Dort traten bei den Maßnahmen der russischen Militäradministration sehr bald wirtschaftliche Gesichtspunkte in den Vordergrund.

Ein erheblicher Teil der Bergarbeiter und Fachkräfte, die man zunächst fast sämtlich in Sammellager interniert hatte, wurde auf Reklamation der einzelnen russischen Kommandanturen freigegeben. Sie konnten nach ersten Notstandsarbeiten meist an ihre alten Arbeitsplätze zurückkehren und erhielten bevorzugte Verpflegung. ...<<

>>... Als "Organ der öffentlichen Sicherheit" herrschte in den deutschen Dörfern und Städten die polnische Miliz. Sie rekrutierte sich gewöhnlich aus bei Kriegsende anwesenden oder im Gefolge der sowjetischen Armeen ins Land gekommenen Polen, die teils schon von den sowjetischen Kommandanturen Aufsichtsfunktionen erhalten hatten.

Meist nach dem Belieben der einzelnen sowjetischen Kommandanten oder der polnischen Ortsgewaltigen aufgestellt, waren die lokalen Milizeinheiten oft aus sehr fragwürdigen Elementen zusammengesetzt. Ihre überstürzte Aufstellung führte dazu, daß sich ihr häufig arbeitsunlustige junge Leute oder aber Personen anschlossen, die sich von der Tätigkeit der Miliz ein einträgliches Geschäft versprochen.

Von Ausnahmen abgesehen hat diese von den polnischen Behörden aus dem Boden gestampfte Miliz eine für die deutsche Bevölkerung verhängnisvolle Rolle gespielt. Sie mißbrauchte ihre Ordnungsgewalt zu zahllosen Plünderungen, ließ ihren nationalen Haßgefühlen hemmungslosen Lauf und quälte und mißhandelte zahlreiche völlig unschuldige Deutsche.

Im Sommer und Herbst 1945 wurde in den unter polnische Verwaltung gestellten ostdeutschen Provinzen allgemein der Zloty als Währung eingeführt. Die deutschen Orts- und Straßennamen wurden beseitigt, und polnische Namen traten an ihre Stelle. Die polnische Sprache wurde als Amtssprache obligatorisch, und in Oberschlesien, dessen "urpolnischen" Charakter zu beweisen man besonders bemüht war, wurden selbst Gottesdienste in deutscher Sprache verboten.

Eines der ersten Anzeichen der Verwaltungsübernahme durch die Polen war es, daß eine neue Verhaftungswelle in den Städten und Dörfern einsetzte. Die Festnahme und Verschleppung von Tausenden ehemaliger Nationalsozialisten und anderer der Besatzungsmacht verdächtiger Personen durch die Russen genügte den polnischen Behörden nicht. Der durch die jahrelange nationalsozialistische Okkupation Polens und die dort verübten Untaten genährte Haß forderte jetzt Vergeltung und fragte nicht viel nach schuldig oder unschuldig.

Es begann damit ein neues furchtbares Kapitel der grausamen Verfolgung vieler Menschen, die, obwohl persönlich meist unschuldig, für das büßen mußten, was während der Kriegsjahre im Namen Deutschlands an Polen oder polnischen Juden begangen worden war. Die Gefängnisse in den Städten füllten sich mit Deutschen. Zugehörigkeit zu den Organisationen der NSDAP, und der Polizei sowie schlechte Behandlung von polnischen Zivilarbeitern und Kriegsgefangenen waren die Hauptbeschuldigungen, die gegen sie erhoben wurden.

Die Einrichtung von Sonderstrafgerichten für die Fahndung nach allen Verdächtigen schuf einen Zustand, der eine nur auf Verdachtsmomente gestützte Verhaftungswelle begünstigen mußte und der Willkür alle Türen öffnete. Erst am 17. Oktober 1946 wurden die Sondergerichte abgeschafft.

Bis zu dieser Zeit aber wurde bei den Verhören und Verhaftungen von Deutschen oft schreiendes Unrecht begangen. Wie zu allen Zeiten eines Regime-Wechsels blühte das Denunziantentum unter Polen und Deutschen, dazu kam der blinde Haß der Angehörigen der polnischen Miliz und des staatlichen Sicherheitsdienstes (UB = Urząd Bespieczestwa Publicznego), die mit der Ausführung der Verhaftungen und der Bewachung und Vernehmung in den Gefängnissen beauftragt waren und bisweilen mit den Verhaftungen eine üble Geschäftemacherei verbanden.

Wie einst die Bewachungsmannschaften der SS in den Konzentrationslagern, deren Vergehen man sühnen wollte, so hatten jetzt die polnischen Sicherheitsorgane freie Hand, und es spielten sich in den Gefängnissen Ostpreußens, Pommerns und Oberschlesiens die gleichen Folterungen und Mißhandlungen ab.

Anders als bei den Verhaftungen durch die Russen begegneten den Deutschen seitens der Polen vielerorts ein ausgeprägter Deutschenhaß und ein wahrer Sadismus in der Erfindung von Grausamkeiten und sonstigen Formen der Erniedrigung.

Den größten Umfang hatten die Verhaftungs- und Vergeltungsmaßnahmen in Oberschlesien, das auf Grund der polnischen Neugliederung der Verwaltungsbezirke in Ostdeutschland der Wojewodschaft Kattowitz unterstellt worden war. Die Behandlung der Deutschen nahm in diesem Gebiet Formen an, die nahe an die brutalen Maßnahmen heranreichten, die gegenüber den generell als Landesverräter und Kollaboranten geltenden Volksdeutschen in den polnischen Provinzen ergriffen wurden.

Tausende von Deutschen, die wegen Parteizugehörigkeit oder aus anderen Gründen beschuldigt waren, wurden aus Oberschlesien in Lager nach dem polnischen Teil der Wojewodschaft Kattowitz verschleppt, mußten dort jahrelang härteste Zwangsarbeit leisten und waren fortgesetzten Mißhandlungen sowie Hunger und Krankheiten infolge unzureichender Verpflegung ausgesetzt. Die Vergeltungsmaßnahmen beschränkten sich in Oberschlesien jedoch nicht auf Einzelverhaftungen, so ungerechtfertigt auch diese oft schon waren.

In manchen Teilen des Landes wurde die deutsche Bevölkerung ganzer Dörfer geschlossen in Lager eingewiesen, gleich ob es sich um Männer, Frauen oder Kinder handelte. Es scheint, daß es sich bei diesen Maßnahmen um Willkürhandlungen polnischer Milizkommandanten gehandelt hat. Die schrecklichen Vorkommnisse in den Lagern und die Tatsache, daß man gegenüber russischen Kontrollen vortäuschte, es handle sich bei den Inhaftierten sämtlich um ehemalige Nationalsozialisten, bestätigen dies. Lager dieser Art, in denen jeweils 3.000-5.000 Deutsche untergebracht wurden, bestanden u.a. in Lamsdorf, Kreis Falkenberg, und in der Stadt Grottkau.

Bis zur Ausweisung der Internierten und Auflösung der Lager im Sommer 1946 war eine überaus große Anzahl der Häftlinge an den Mißhandlungen sowie den zahlreichen Seuchen und Krankheiten, die durch die schlechte Ernährung und die unhygienischen Zustände verursacht wurden, gestorben. Es muß damit gerechnet werden, daß die sehr hohe Sterblichkeit in den Lagern, die vor allem vom Sommer 1945 bis zum Winter 1946 herrschte, Verluste bis zu 50 Prozent verursacht hat, besonders unter Kindern und alten Leuten.

Die schweren Mißhandlungen und die Zugrunderichtung von zahlreichen Deutschen in Lagern und Gefängnissen unter dem Vorwand von Sühne- und Strafmaßnahmen waren ein grobes Unrecht, auch wenn dieser oder jener der Inhaftierten wirklich verantwortlich für Vergehen an Polen oder polnischen Juden gewesen ist. Die Masse der Betroffenen war zweifellos unschuldig. Wie einst für die nationalsozialistischen Machthaber, so war die Kollektivbeschuldigung auch für große Teile der polnischen Behörden und der polnischen Miliz die letzte Weisheit eines engstirnigen Chauvinismus.

Infolge des durch die nationalsozialistische Herrschaft genährten Deutschenhasses, der durch das leidenschaftliche polnische Temperament noch gesteigert wurde, verfielen die Polen mehr

als die westlichen Siegnationen, ja selbst mehr als die Russen der Versuchung anheim, vergangenes Unrecht durch gleiches Unrecht zu vergelten. In augenfälliger Weise wurde dies an manchen öffentlichen Lynchaktionen deutlich, die vor allem in Polen, aber hier und da auch in den deutschen Ostgebieten vorkamen.

Zu einer offenen Demonstration, die in tragischer Weise die Verkettung von altem und neuem Unrecht deutlich machte, kam es überall dort, wo Massengräber von polnischen Arbeitern, polnischen Kriegsgefangenen oder polnischen Juden gefunden wurden, die aus der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft stammten.

In solchen Fällen war es eine beliebte Maßnahme, die Deutschen aus der umliegenden Gegend an den aufgefundenen Massengräbern zusammenzutreiben und sie unter den anfeuernden Rufen eines schaulustigen Publikums unter Schlägen und Mißhandlungen zu zwingen, die Gräber auszuheben und die Leichen zu bergen.

Nirgends enthüllte sich die Absurdität kollektiver Vergeltungsmaßnahmen deutlicher, nirgends aber war auch die ganze Tragik der Aufeinanderfolge von gegenseitigen Verfolgungen und Diskriminierungen so evident wie bei solchen Vorkommnissen. Gerade im Zusammenhang mit den Verhaftungs- und Vergeltungsaktionen zeigte es sich jedoch auch, daß überall dort, wo zwischen Polen und Deutschen auf Grund einer persönlichen Verbundenheit, die sich entweder durch langjährige Bekanntschaft während des Krieges entwickelt hatte oder durch das Eintreten von Deutschen für die unter der nationalsozialistischen Herrschaft oft zynisch und rücksichtslos behandelten Polen zustande gekommen war, die Thesen einer kollektiven Schuld ihre Geltung verloren.

In solchen Fällen haben einzelne Polen sich oft für die bedrohten Deutschen freundschaftlich helfend verwendet und manchen vor schwerem Schicksal bewahrt. ...<<

### **Plünderungen und Zerstörungen in den deutschen Ostprovinzen**

Zur vollständigen Räumung der deutschen Ostprovinzen setzten die sowjetischen Besatzer z.T. spezielle Arbeits- bzw. Reparationskolonnen ein, die das gesamte Privat- und Staatseigentum der Deutschen einsammelten, demontierten und abtransportierten. Die Reparationskommandos beteiligten sich gewöhnlich nicht an den schweren Demontage- und Transportarbeiten. Sie erteilten nur Befehle und ließen die deutschen Zwangsarbeiter schufteten.

Vollbeladene Lastkraftwagen und Güterzüge brachten die Kriegsbeute täglich in die Sowjetunion. Nach und nach wurden sämtliche beweglichen Gegenstände (Landmaschinen, Ackergeräte, Getreidevorräte, Möbel, Fahrräder, Radios, Fotoapparate, Klaviere, Betten, Wäsche, Kleidung, Schuhe u.a.) abtransportiert.

Zum Abschluß folgten die Demontage und der Abtransport aller Maschinen und Einrichtungsgegenstände der Industrie- und Versorgungsbetriebe, Verkehrseinrichtungen, Handelsunternehmen und der Geschäfte. Die Demontage- und Plünderungstrupps erfaßten manchmal sogar unbewegliche Gegenstände, die man gewöhnlich als "niet- und nagelfest" bezeichnete (wie z.B. Holzfußböden, Türzargen, Fenster, Holztrepfen, Strom- und Wasserleitungen, Klosettanlagen, Waschbecken oder Badewannen).

Für viele sowjetische Reparationsbeauftragte zählte vor allem die Masse und nicht die Qualität der Plünderungsgüter. Im Verlauf der Demontagen und Transporte wurde vielfach unordentlich und schlampig gearbeitet, so daß zahllose wertvolle Maschinen und Einrichtungsgegenstände völlig ruiniert und zerstört wurden.

Die Landwirtschaft wurde sträflich vernachlässigt. Es wurde nicht gesät, sondern nur geerntet. Das wertvolle Zuchtvieh wurde größtenteils planlos abgeschlachtet oder es fiel Seuchen zum Opfer, die sich wegen mangelnder Pflege überall ausbreiteten.

Zur sowjetischen "Kultur" gehörte natürlich auch "Bequemlichkeit". Falls Brennholz benötigt wurde, holte man es nicht aus den nahen Wäldern, sondern man verheizte kurzerhand Trag-

balken und Fußbodenbretter der Scheunen und Wohnhäuser. Nicht wenige Gebäude, die man gerade notdürftig instand gesetzt hatte, wurden kurzerhand abgerissen und verfeuert. Bevor die sowjetischen Besatzungstruppen Ostdeutschland räumten, machten sie schließlich vielerorts "reinen Tisch", d.h. sie schlugen alles "kurz und klein".

Die sowjetischen Plünderungs- und Zerstörungsaktionen erschienen im ersten Moment plan- und sinnlos. Für den informierten Beobachter war es jedoch offensichtlich, daß es sich bei der Ausplünderung und Verwüstung der deutschen Ostgebiete, die vereinbarungsgemäß von den Polen übernommen werden sollten, um staatlich gelenkte Aktionen handelte.

Nach Stalins Plänen sollten die Polen außer dem Grund und Boden der Deutschen keine weitere Kriegsbeute erhalten. Das Ausmaß der systematischen Plünderungen und Zerstörungen war geradezu unvorstellbar. Nach äußerst schwierigen Verhandlungen gelang es den Polen, wenigstens die Anlagen und Maschinen des oberschlesischen Industriegebietes zu retten.

Nach dem Abzug der sowjetischen Reparationskolonnen (im Oktober 1945) tauchten urplötzlich Tausende von polnischen "Umsiedlern" und Geschäftemachern in den "Wiedergewonnenen Gebieten" auf. Sie führten vielerorts "peinliche Restdemontagen" durch und verschwanden anschließend wieder nach Polen.

In der CSR erhielten die sowjetischen Truppen kein unbegrenztes Plünderungsrecht, deshalb blieb das Sudetenland bis auf wenige Ausnahmen von sowjetischen Plünderungen und Zerstörungen verschont. Die Sudetendeutschen wurden jedoch später durch Tschechen und Slowaken vollständig ausgeplündert.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Plünderungen und Zerstörungen in den deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/100E-102E): >>... Abgesehen von geringfügigen Aufräumungsarbeiten traf die sowjetische Militärverwaltung kaum irgendwelche Maßnahmen zum Wiederaufbau oder zur Inangsetzung der Betriebe.

Vielmehr wurde die deutsche Bevölkerung in den Städten mit dem systematischen Abbau allen wertvollen Inventars beschäftigt. Nicht genug damit, daß sämtliche Radio- und Photoapparate, alle Fahrräder, Schreibmaschinen und Klaviere abgeliefert werden mußten, auch die Maschinen und Apparate aus den Fabriken, Versorgungsbetrieben und Wohnstätten, öffentliche Verkehrseinrichtungen, elektrische Anlagen sowie Inventar aus Schulen, Rathäusern, Hotels, Krankenhäusern u.a. wurden abgebaut und nach Rußland verladen. -

Die Sowjetunion, die außenpolitisch den Anspruch der kommunistischen polnischen Regierung auf Ostdeutschland guthieß und unterstützte, hat nichts destoweniger alles getan, um vor der Auflösung ihrer Kommandanturen in Ostdeutschland und vor Übergabe der Verwaltung an den polnischen Staat aus den deutschen Ostprovinzen an wirtschaftlichen Werten herauszuholen, was noch irgend möglich war.

Vom Frühjahr bis zum Herbst 1945 hat sie durch ihre Besatzungsorgane den Abbau wertvoller Industrieeinrichtungen und den Abtransport von Sachgütern mit äußerster Intensität und Beschleunigung betreiben lassen und hat hierbei auch durch eine Haltung des Gewährenlassens ihren Besatzungssoldaten und -Offizieren gestattet, sich persönlich an deutschem Eigentum zu bereichern. - Von den radikalen sowjetischen Demontagen in Ostdeutschland blieb nur das oberschlesische Industriegebiet bis zu einem gewissen Grade verschont.

Hier ist es nur zum Abbau einzelner Anlagen und Maschinen gekommen, im ganzen jedoch scheint die polnische Provisorische Regierung, die schon im Frühjahr 1945 die Zivilverwaltung in Oberschlesien übernommen hatte, durch ihren Einfluß oder durch Verhandlungen mit der sowjetischen Besatzungsmacht erreicht zu haben, daß die Demontagen auf ein Maß beschränkt blieben, das die Produktionsfähigkeit des oberschlesischen Industriegebietes nicht in Frage gestellt hat.

Die Folge der umfangreichen Demontagen und Zerstörungen war, daß selbst die dringend

notwendigen Versorgungsbetriebe stillgelegt wurden. Die sowjetische Reparationsentnahme blieb indessen nicht auf die Städte und Industrieanlagen beschränkt, auch die Landwirtschaft wurde von ihr aufs stärkste betroffen.

Der größte Teil der landwirtschaftlichen Maschinen, vor allem aber auch zahlloses Vieh wurde nach Osten weggeschafft. Schon beim Einzug der Sowjettruppen wurden für militärische Zwecke Tausende von Pferden requiriert; später erschienen immer neue sowjetische Kommandos auf den Höfen der deutschen Bauern, um auch die Kühe, Schweine, Ziegen und Schafe, ja selbst das Geflügel zu beschlagnahmen.

Alle Ostdeutschen, die die Zeit der sowjetischen Militärverwaltung in ihrer Heimat erlebten, kennen aus eigener Anschauung die riesigen Viehherden, die im Frühjahr und Sommer 1945 nach Osten geleitet wurden, oder wurden auf Befehl der Russen selbst zum Viehtreiben beordert und mußten es mit ansehen, wie wertvolles Nutz- und Zuchtvieh auf dem Wege nach dem Osten verendete.

Durch diese sowjetischen Maßnahmen wurde die landwirtschaftliche Kapazität der deutschen Ostgebiete auch für die nun eindringenden Polen entscheidend geschwächt. Wo einst eine sehr rationell arbeitende Landwirtschaft betrieben wurde, mußte man jetzt, sofern das Land überhaupt noch bebaut werden konnte, zu primitivsten Wirtschaftsmethoden und hunderterlei Notbehelfen greifen.

Eine gewisse Ausnahme bildeten während des allgemeinen Niedergangs der Landwirtschaft lediglich die großen Güter. Im Gegensatz zu den kleinen Bauernhöfen, um deren Bewirtschaftung sich die sowjetische Militärverwaltung in der Regel wenig kümmerte, so daß sie nach Entnahme des Viehs und der Maschinen ausgeraubt und in ruiniertem Zustand ihren Besitzern überlassen oder leer und verlassen dem Verfall preisgegeben blieben, ist ein großer Teil der Rittergüter und Domänen von der sowjetischen Militärverwaltung beschlagnahmt und unter Aufsicht sowjetischer Militärkommandos in Betrieb genommen worden.

Während der größte Teil der Äcker infolge des Mangels an Arbeitskräften, Maschinen und Vieh brach lag, wurden auf den von der Roten Armee in Besitz genommenen Gütern die deutschen Landbewohner aus der Umgebung versammelt, auch Vieh und nötiges Inventar zur Wiederaufnahme der Bewirtschaftung zusammengebracht.

Ein erheblicher Teil der deutschen Landbevölkerung arbeitete bis zur Beendigung der Ernte- und Drescharbeiten im Herbst 1945 auf diesen in russische Militärkolchosen umgewandelten Gütern. Selbst aus den Städten wurden Deutsche zusammengeholt und nicht wenige gingen auch freiwillig dorthin, um für ihre Arbeit Lebensmittel zu erhalten.

Manche der sowjetischen Militärkolchosen blieben noch in russischer Hand, als sonst bereits überall die polnische Verwaltung eingerichtet worden war. Einzelne, besonders in Niederschlesien, waren wirtschaftlich leidlich geordnet; in einigen hatten sogar deutsche Verwalter die Leitung.

Sehr viele dieser Güter waren aber nur in Betrieb genommen worden, um das Getreide, das im Sommer 1945 auf den Feldern stand, zu ernten und für die Versorgung der sowjetischen Truppen zu gewinnen. Nachdem dieses Ziel erreicht war, verlor die sowjetische Militärverwaltung das Interesse an ihnen, trieb auch hier das Vieh ab und verlud die Maschinen nach Rußland. Es kam sogar vor, daß die russischen Erntekommandos vor ihrem Abzug die Einrichtungen der Gutshöfe mutwillig zerstörten, um den Polen nichts zu überlassen.

Für eine große Anzahl von Deutschen brachte die Beschäftigung auf den sowjetischen Kolchoswirtschaften wenigstens den Vorteil, daß ihnen eine, wenn auch noch so armselige Existenzgrundlage gegeben war. Nicht immer reichte auch hier die ausgegebene Verpflegung aus, um den Hunger der schwer Arbeitenden zu stillen; aber viele hatten wenigstens Gelegenheit, sich während der Ernte heimlich das Nötigste an Nahrungsmitteln zu verschaffen. ...<<

## **Zerstörung der Lebensgrundlagen der deutschen Bevölkerung in Ost-Mitteleuropa nach Beendigung der sowjetischen Militärverwaltung**

Bis zum Abzug der sowjetischen Truppen herrschten in Jugoslawien, Polen, in der Tschechoslowakei und in Ostdeutschland monatelang chaotische Verhältnisse, weil einheimische Behörden und Milizeinheiten ständig versuchten, die Befehlsgewalt auszuüben.

Infolge der unterschiedlichen Anordnungen und Befehle gab es dauernd Überschneidungen, so daß die Deutschen zusätzlich schikaniert und verunsichert wurden. Zwischen den Russen und Polen ereigneten sich häufig Auseinandersetzungen, die nicht selten mit wilden Schießereien endeten. Viele Polen haßten ihre sowjetischen Befreier, weil sie nach Stalins Anordnungen die deutschen Ostgebiete systematisch ausplünderten und verwüsteten.

In den deutschen Ostgebieten wurde die sowjetische Besatzungszeit im Herbst 1945 beendet (Ausnahme: Nord-Ostpreußen). Nach dem sowjetischen Abzug führte man in den "befreiten Gebieten" gnadenlose Pauschalabrechnungen durch. Es handelte sich damals meistens nicht um spontane Ausschreitungen oder persönliche Racheakte, sondern mehrheitlich um staatlich gelenkte "Säuberungsaktionen".

Viele Gewalttaten und Verfolgungen wurden nachweislich durch unverantwortliche staatliche Propagandamaßnahmen beeinflußt und gefördert. In Rundfunkansprachen, Zeitungen, Bekanntmachungen und öffentlichen Veranstaltungen schürte man den radikalen Nationalismus und forderte zur kollektiven Bestrafung aller deutschen "Landesverräter" auf.

In Jugoslawien, Polen und in der Tschechoslowakei setzten die neuen Machthaber ihre bisherigen Verfolgungsmaßnahmen systematisch fort und nutzten außerdem die "bewährten" NS-Terrormethoden der "Juden- und Fremdarbeiterpolitik". Die Deutschen mußten z.B. weiße Armbinden oder Hakenkreuze sichtbar auf ihrer Kleidung tragen, um sie öffentlich zu verhöhnen und zu erniedrigen. Fanatische Zivilisten mißhandelten die Geächteten gelegentlich auf "offener Straße" und rissen ihnen sogar oft die Kleidung vom Leib.

Da die neuen Machthaber nicht genügend disziplinierte Truppen und Polizeikräfte besaßen, übertrug man den "Schutz der öffentlichen Sicherheit" zunächst an Milizen. In jede Stadt und in jedes größere Dorf wurden "Milizkommandanten" entsandt, um die sowjetischen Besatzungstruppen zu ersetzen. Manche Milizkommandanten waren fragwürdige Gestalten. Die Milizen setzten sich überwiegend aus 18-20jährigen Zivilisten zusammen, die schnell erkannten, daß Raub und Plünderung des deutschen Eigentums behördlich gefördert bzw. unterstützt wurden.

Die Milizangehörigen, Partisanen und Geheimpolizisten waren damals die Herren über Leben und Tod. Sie waren überall unumschränkte Machthaber und terrorisierten die deutschen Einwohner. Da die Milizen keinen Sold erhielten, mußten sie sich selbst versorgen und führten unentwegt Raubzüge durch. Das gesamte Eigentum der "Staatsfeinde" wurde "beschlagnahmt", so daß die Ost- und Volksdeutschen schnell zu Bettlern wurden. Nachdem die Milizen Kommandanturen errichtet hatten, drangen immer mehr polnische und tschechische Zivilisten in die deutschen Siedlungsgebiete ein.

Die Geheimpolizei und Partisanen arbeiteten gewöhnlich mit den örtlichen Milizkommandanten zusammen, wenn es darum ging, die Deutschen mit schonungsloser Willkür und extremer Brutalität zu verfolgen. In der CSR wurden z.B. vermeintliche NS-Verbrecher von Partisanen und Milizen auf Markt- oder Sportplätzen zusammengetrieben, brutal mißhandelt und z.T. sogar öffentlich hingerichtet (x010/44). Erst in den Jahren 1946-1947 ließ die Schreckensherrschaft der Geheimpolizei und Milizen allmählich nach.

Die arbeitsfähige deutsche Bevölkerung wurde zwangsweise zum Arbeitseinsatz herangezogen. Sogar 8- bis 10jährige Kinder mußten Vieh hüten, Gespanne fahren oder andere leichte Arbeiten erledigen. Obgleich die Deutschen schwerste Zwangsarbeiten leisten mußten, rissen sie sich um fast jede Arbeit, denn ohne Arbeit gab es keine Verpflegung. Wer nicht verhun-

gern wollte, mußte arbeiten. In den Sommermonaten betrug die tägliche Arbeitszeit oftmals bis zu 15 Stunden. Während der Erntezeit wurde vom Sonnenaufgang bis zum Einbruch der Dunkelheit gearbeitet. Sonn- und Feiertage waren für die Deutschen "normale Arbeitstage". Viele Zwangsarbeiter mußten ekelhafte und qualvolle Arbeiten ausführen.

Besonders abscheulich waren die Bergung und Bestattung der Leichen und Tierkadaver, die bereits seit Wochen und Monaten in den Ortschaften, an den Landstraßen oder auf den Feldern und Wiesen lagen. Diese grauenvollen, gesundheitsgefährdenden Arbeiten dauerten manchmal mehrere Wochen.

Während der schweren körperlichen Arbeit kam es täglich vor, daß kranke und erschöpfte Arbeitskräfte nach Schwächeanfällen zusammenbrachen. Infolge der unmenschlichen Lebensbedingungen brachen schon bald verheerende Epidemien aus. In jener Zeit führte man Beerdigungen nur noch ohne Särge durch. Die Toten wurden notdürftig in Kohlen- oder Kartoffelsäcke gepackt und in Massengräbern bestattet.

Nach der täglichen Zwangsarbeit durchsuchten hungrige Menschen leerstehende Häuser, Keller und Kartoffelmieten oder streiften durch Wälder und über Felder, um irgendwelche eßbaren Dinge zu ergattern. Für die Frauen war es besonders schwer, ihre Kinder und gebrechlichen Eltern zu ernähren, denn obwohl sie selbst unterernährt waren und hungerten, mußten sie jeden Tag schwere Zwangsarbeiten leisten.

Falls die Deutschen nicht mehr arbeiten konnten, waren sie zwangsläufig dem Hungertod ausgeliefert. Da Kinder und alte Menschen im allgemeinen keine Lebensmittel erhielten, starben sie reihenweise. Nachdem man die letzten Vorräte geplündert hatte, wurde die Ernährungslage immer dramatischer.

Die Lebensverhältnisse der zurückgebliebenen Deutschen in Ostmitteleuropa wurden durch grenzenloses Leid, unendliche Not und absolute Rechtlosigkeit geprägt. Fast alle Deutschen vegetierten unter menschenunwürdigen Lebensbedingungen. In dieser erbarmungslosen Zeit rückten alle verfolgten Deutschen eng zusammen. Man half sich nach besten Kräften, wo immer es möglich war. Standesunterschiede gab es nicht mehr.

Bis zur gewaltsamen Vertreibung mußten die Verfolgten unfaßbare Racheakte und Gewalttaten über sich ergehen lassen. Diese monatelange, vielfach sogar jahrelange Schreckenszeit, in der die rechtlosen Sklaven unglaubliche Schikanen, schwerste Mißhandlungen, Lagergreuel, harte Zwangsarbeit, Hunger, Krankheiten, Not und hoffnungslose Verelendung überstehen mußten, zerbrach auch den härtesten Willen der Menschen. Zum Schluß waren die Ost- und Volksdeutschen sogar froh, als man sie bettelarm aus ihrer Heimat jagte.

### **Polen und polnisch verwaltete Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie**

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Gewalttaten und Zerstörung der Lebensgrundlagen in den polnisch verwalteten deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/107E-109E,113E-118E): >>... Bereits am 5. Februar 1945 gab Boleslaw Bierut als Ministerpräsident der Provisorischen Regierung der Polnischen Republik in einer Presseerklärung bekannt, daß Polen die Zivilverwaltung in den Reichsgebieten östlich der Oder-Neiße-Linie übernommen habe.

Faktisch lag zu dieser Zeit die Befehlsgewalt über die deutschen Ostprovinzen, soweit sie bis dahin schon von der Roten Armee erobert waren, bei der sowjetischen Armeeführung, aber aus der Erklärung Bieruts wird deutlich, daß der von der Sowjet-Union allein anerkannten polnischen Regierung bereits im Februar 1945 prinzipiell die Verwaltungshoheit über die deutschen Ostgebiete durch die sowjetische Regierung eingeräumt wurde.

In weiten Gebieten Ostdeutschlands haben aber auch faktisch die inzwischen gebildeten polnischen Behörden bereits lange vor dem Potsdamer Abkommen die Verwaltung ausgeübt.

In auffälliger Weise geschah dies im Gebiet der Freien Stadt Danzig. Am 30. März 1945 er-

ließ die polnische Provisorische Regierung das Dekret "Über die Bildung der Wojewodschaft Danzig", welches das Gebiet des ehemaligen Freistaates dem polnischen Staat einverleibte und der polnischen Gesetzgebung unterstellte.

Schon im April wurde, ähnlich wie im alten polnischen Staatsgebiet unmittelbar nach dem Einmarsch der Roten Armee, auch in Danzig die sowjetische Besatzungstruppe durch polnische Miliz zum größten Teil abgelöst, und im gleichen Monat wurden auch bereits die ersten Polen aus den ostpolnischen an Rußland abgetretenen Gebieten in Danzig angesiedelt. Die für die alten polnischen Gebiete erlassenen Gesetze wurden nun in ihrer Geltung auf die Freie Stadt Danzig ausgedehnt, ohne daß eine alliierte Abmachung über das künftige Schicksal Danzigs getroffen worden war.

Aber auch in einem großen Teil des deutschen Staatsgebietes erfolgte die Verwaltungsübernahme durch polnische Behörden schon im Frühjahr 1945. In Elbing geschah sie am 1. April, in Osterode, Sensburg und anderen süd-ostpreußischen Kreisstädten im Mai. Im oberschlesischen Industriegebiet wurde von der einmarschierenden sowjetischen Armee sofort die Aufstellung einer polnischen Miliz organisiert und diese von Anfang an mit der Beaufsichtigung der Deutschen beauftragt. Bereits im Februar, März und April strömten massenhaft Polen über die alte polnisch-deutsche Grenze in diese Gebiete ein.

Ende April 1945 übernahmen polnische Behörden offiziell die Verwaltung in den Städten Gleiwitz, Beuthen, Hindenburg und ihren Industrieanlagen. Selbst für Niederschlesien, in dessen Orten im allgemeinen erst im Sommer und Herbst eine organisierte polnische Verwaltung einsetzte, bestand seit Ende April 1945 eine Wojewodschaftsbehörde, die damals, als Breslau noch nicht gefallen war, ihren Sitz in Liegnitz hatte und erst später nach Breslau übersiedelte. Ähnlich verhielt es sich in Ostpommern. Auch dort wurden schon im Mai 1945 manche Städte und Dörfer von polnischen Behörden regiert.

Wenige Wochen nachdem die polnische Provisorische Regierung ihre Befugnisse auf das Gebiet der Freien Stadt Danzig ausgedehnt hatte, erweiterte sie ihre Herrschaft auch offiziell auf die deutschen Gebiete östlich der Oder und Neiße, und entsprechend dem nach 1945 mit lautem propagandistischem Aufwand immer wieder behaupteten historischen Anspruch Polens auf die deutschen Ostgebiete, wurden diese seither in der amtlichen polnischen Sprache als Wiedergewonnene Gebiete bezeichnet.

Am 24. Mai 1945 wurde das Dekret "Betreffend die Verwaltung der Wiedergewonnenen Gebiete" erlassen, welches bestimmte, daß die ehemaligen deutschen Ostgebiete den Organen des polnischen Staates unterstellt werden. Wenige Tage später, am 29. Mai 1945, wurde eine vorläufige Verwaltungsaufteilung der Wiedergewonnenen Gebiete verordnet und im Zusammenhang damit ein Provisorium beschlossen, das die Errichtung von Außenstellen der alten polnischen Wojewodschaftsbehörden im Gebiet der ostdeutschen Provinzen verfügte.

Das Vorgehen der polnischen Provisorischen Regierung, der Erlaß polnischer Gesetze und die Einsetzung polnischer Verwaltungsbehörden in dem von der Roten Armee besetzten Ostdeutschland, Entscheidungen, die ohne Duldung und Unterstützung durch die sowjetische Regierung und Militärverwaltung unmöglich gewesen wären, führten am 8. April 1945 zu einem an Moskau gerichteten Protest der amerikanischen Regierung, der nach einer unbefriedigenden Antwort der Sowjetregierung am 8. Mai in noch schärferer Form wiederholt wurde.

In dieser amerikanischen Note vom 8. Mai 1945 wurde erklärt, daß die Warschauer Regierung in den ostdeutschen Gebieten bereits ihren vollständigen Staatsapparat errichtet und ihre Gesetze in Kraft gesetzt habe, daß ferner bereits eine Umsiedlung von Polen in diese Gebiete begonnen habe und offensichtlich eine noch weitere Ausdehnung der polnischen Verwaltung in Ostdeutschland geplant sei.

Diese Maßnahmen seien einseitige Handlungen ohne vorherige Beratung und verstießen gegen die Grundsätze, die in Jalta über die Kontrolle und Besetzung Deutschlands aufgestellt



worden seien. Proteste dieser Art rührten die Sowjetregierung indessen wenig, und in Potsdam zeigte sich, daß ihre Politik der vollendeten Tatsachen Erfolg hatte.

Nachdem auch die Westmächte der Verwaltungsübernahme Polens in den deutschen Gebieten östlich der Oder und Neiße zugestimmt hatten, wurde die Polonisierung Ostdeutschlands radikal auf allen Gebieten und mit allen Mitteln betrieben. In den deutschen Orten im südlichen Teil von Ostpreußen, in Ostpommern, Ostbrandenburg und Schlesien, überall zogen polnische Verwaltungsbehörden ein und lösten die deutschen Bürgermeister ab, die von den russischen Kommandanturen installiert worden waren. ...<<

>>... Wenn von Vergeltungsakten und Verhaftungen naturgemäß nur ein Teil der deutschen Bevölkerung betroffen wurde, so wirkte sich der von den Polen eingeführte unbedingte Arbeitszwang auf fast alle Deutschen aus. Sie wurden eingesetzt, um Straßen und Wohnungen aufzuräumen, um abgebrannte oder zerstörte Häuser und Wohnviertel abzubrechen und das Baumaterial zum Wiederaufbau polnischer Städte, vor allem Warschaus, nach Polen zu verladen. Auch zur Instandsetzung einiger Industriewerke, vor allem aber für alle Arbeiten in der Landwirtschaft zog man die Deutschen heran.

Oft kam es vor, daß ein Teil der deutschen Einwohner aus den Städten in Kolonnen zusammengefaßt und zu landwirtschaftlichen Arbeiten abkommandiert wurde. Die Verpflegung war dabei im allgemeinen schlechter als bei den entsprechenden Aktionen der Russen. Doch es half kein Weigern. Kommandos der polnischen Miliz durchzogen die Dörfer und trieben Arbeitskolonnen von Deutschen zusammen.

In den Städten sind die deutschen Einwohner, sobald sie zu einer Arbeit benötigt wurden, auf offener Straße aufgegriffen und unter bewaffneter Aufsicht zum Arbeitseinsatz geführt worden. Selbst der Kirchgang am Sonntag schützte nicht davor. Besonders streng war der Arbeitszwang in Oberschlesien. Er führte hier zur Einrichtung von regelrechten Arbeitslagern, die jedoch meist nur einige Wochen und Monate bestanden.

Da die Zwangsarbeit nur eine völlig unzureichende Verpflegung einbrachte und die Deutschen ohne geldliche Entlohnung die geforderten hohen Zloty-Preise nicht aufbringen konnten, dauerte die bereits unter russischer Besatzung herrschende akute Hungersnot auch unter polnischer Verwaltung an.

Zwar änderten sich die Verhältnisse gegenüber der russischen Besatzungszeit insofern, als infolge des Einströmens polnischer Geschäftsleute, die die Zloty-Währung einführten, und infolge beträchtlicher amerikanischer Hilfsaktionen für Polen in den Städten bereits ab Sommer und Herbst 1945 ein teilweise recht ansehnliches Angebot an Lebensmitteln bestand.

Doch blieben diese für die deutsche Bevölkerung unerschwinglich, da sie in der Regel für ihre Arbeit nur eine knappe Tagesverpflegung, aber kein Geld erhielt. Um in den Besitz polnischen Geldes und der von Polen eingeführten Lebensmittel zu kommen, blieb den Deutschen nur die Möglichkeit, die letzten ihnen verbliebenen und über die zahllosen Plünderungen geretteten Sachgüter und Wertgegenstände gegen Lebensmittel zu verschleudern.

Hunger, Entkräftung und Epidemien in den Städten waren auch zur Zeit der polnischen Verwaltung ständige Begleiter der deutschen Bevölkerung und forderten viele Opfer. In der Großstadt Breslau trieb der Hunger die Deutschen dazu, bei Russen und Polen zu betteln und die Abfalltonnen nach eßbaren Resten abzusuchen.

Die Verelendung der Deutschen schritt immer weiter fort, je mehr Polen ins Land kamen und sich allen deutschen Eigentums und des deutschen Grundbesitzes bemächtigten. Obwohl unter der Besatzung der Roten Armee, durch Plünderungen, Demontagen und Abtransport von Vieh und Sachgütern ein enormer Vermögensschwund und ein erhebliches Absinken der industriellen und landwirtschaftlichen Produktionskapazität in den deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie stattgefunden hatten, waren doch die Besitz- und Vermögensverhältnisse noch nicht prinzipiell umgestürzt worden.

Wenn auch viele Rittergüter und Domänen von den Russen beschlagnahmt worden waren, so lebten doch noch zahlreiche deutsche Bauernfamilien auf ihren Höfen, und auch in den Städten besaßen die Deutschen noch ihre Handwerksbetriebe, ihre Geschäfte und ihre Häuser. Dies änderte sich alles erst mit der polnischen Verwaltungsübernahme und dem Eindringen Tausender von Polen nach Ostdeutschland, die, soweit sie aus Ostpolen stammten, selbst ihre Habe verloren hatten.

Bereits am 2. März 1945 hatte die polnische Provisorische Regierung das Dekret "über aufgegebenes und verlassenes Vermögen" erlassen, welches verfügte, daß aller Besitz von Personen, die vor der Roten Armee geflohen und nicht zurückgekehrt waren, dem polnischen Staat anheimfalle und daß ferner sämtliches Vermögen des Deutschen Reiches und von Personen deutscher Staatsangehörigkeit grundsätzlich als "aufgegebenes Vermögen" zu gelten habe und gleichfalls an den polnischen Staat übergehe. Dieses Dekret wurde in den Dörfern und Städten Ostdeutschlands meist unmittelbar nach der Verwaltungsübernahme durch die polnischen Behörden öffentlich bekanntgemacht.

Infolge der Übernahme aller deutschen Vermögen durch den polnischen Staat waren die Deutschen in ihren Höfen auf dem Lande und in ihren Wohnungen in der Stadt nur noch auf Abruf geduldet, mußten teils für ihre eigenen Häuser Miete zahlen und hatten ständig damit zu rechnen, ihr formell bereits enteignetes Vermögen auch faktisch zu verlieren und ihre Wohnungen verlassen zu müssen. Die ganze Gesetzgebung zur Enteignung des deutschen Vermögens sollte in erster Linie eine vermögensrechtliche Grundlage für die Ansiedlung der Polen und die Verdrängung der Deutschen durch polnische Zivilpersonen schaffen.

Die Übernahme deutschen Besitzes durch polnische Zivilpersonen und deren Ansiedlung in den deutschen Ostgebieten verliefen bis gegen Ende des Jahres 1945 in wenig geregelter Form und brachten die davon betroffene deutsche Bevölkerung in eine Lage, in der sie nicht mehr zwischen willkürlichen Bereicherungen und Plünderungen einzelner Polen und amtlichen Maßnahmen der polnischen Behörden zu unterscheiden vermochte.

Zunächst begann die polnische Besitzergreifung Ostdeutschlands damit, daß viele der polnischen Zivilarbeiter und Kriegsgefangenen, die sich bei der Eroberung durch die Rote Armee in den Dörfern und auf den Gütern Ostdeutschlands befanden, sich leerstehende Gehöfte oder auch Häuser in den Städten aneigneten und sich dort unter wohlwollender Duldung der Russen als neue Besitzer einrichteten.

Weitaus größere Bedeutung hatte es aber, daß schon unmittelbar nach der Eroberung durch die Rote Armee der Zustrom zahlreicher Zivilpersonen aus Polen begann. Ehe noch die Ansiedlung der Umsiedler aus den ostpolnischen Provinzen einsetzte, waren aus den grenznahen Gebieten Westpolens, teils auch aus den Städten Zentralpolens schon viele Tausende von Polen über die deutsch-polnische Grenze gekommen, um sich an dem deutschen Vermögen für das zu entschädigen, was ihnen in den Zeiten der deutschen Herrschaft genommen worden war, oder auch nur, um sich nach Kräften zu bereichern.

Der Strom dieser Polen, die im Frühjahr 1945 nach Ostdeutschland eindringen, ergoß sich zunächst vor allem in die grenznahen Gebiete Ostpreußens, nach Danzig, in die östlichen Kreise Pommerns und die östlich der Oder gelegenen Teile Schlesiens und setzte sich im Laufe des Sommers immer weiter nach Westen fort.

Ein Teil der ins Land gekommenen Polen wollte sich, nachdem die Provisorische Regierung die Bevölkerung Polens zur Ansiedlung in den ostdeutschen Gebieten aufgefordert hatte, in den verlassenen Höfen der Deutschen und ihren Häusern als Ansiedler niederlassen, ein anderer Teil der polnischen Ankömmlinge bestand aber aus Spekulanten, Schiebern und Beutemachern, die nur eine günstige Chance zur Bereicherung witterten, ohne daß sie die Absicht hatten, im Lande zu bleiben.

Manche von ihnen stellten sich der Miliz zur Verfügung, andere gaben sich gegenüber den

polnischen Behörden in den deutschen Orten als Ansiedler aus, gewannen auf diese Weise schnell Vermögen, das sie bald abtransportierten oder verkauften, und kehrten darauf nach Polen zurück, um das gleiche Experiment an anderer Stelle zu wiederholen.

Anders als dieser regellose Zustrom von Menschen aus den west- und zentralpolnischen Gebieten war die meist erst im Frühsommer 1945 beginnende Ansiedlung von Polen, die aus den an Rußland abgetretenen ostpolnischen Gebieten kamen, mehr oder weniger gelenkt.

Da es sich bei ihnen vorwiegend um Bauern- und Landarbeiterfamilien handelte, wurden sie in der Regel auf dem Lande angesiedelt, und es scheint dabei die Tendenz vorgelegen zu haben, die am weitesten westlich gelegenen Teile Ostdeutschlands zuerst zu besiedeln, um auf diese Weise an der Oder und Neiße eine unumstößliche Tatsache zu schaffen.

Obwohl bei den aus Ostpolen Kommenden und dort selbst Vertriebenen eine wirkliche Besitzübernahme und die ernstliche Absicht der Ansiedlung vorlagen, geschah dies nicht in rechtlichen Formen, nicht in menschlicher und geordneter Weise. Das lag in der Natur der Sache selbst und wurde besonders offenkundig, als die leerstehenden Gehöfte und Häuser nicht mehr genügend Auswahl boten.

Jetzt begannen die polnischen Ansiedler im Einvernehmen mit den örtlichen Verwaltungs- und Milizbehörden die im Lande verbliebene deutsche Bevölkerung aus ihren Wohnungen und Häusern zu verweisen.

Handelte es sich um einzelne polnische Ankömmlinge, so erfolgte die Besitzergreifung von Häusern und Gehöften während jener ersten Zeit der sehr mangelhaft organisierten Ansiedlung vielfach in der Weise, daß die betreffenden Polen sich in den deutschen Dörfern und Städten einen Hof oder ein Haus aussuchten, sich diese von den zuständigen polnischen Bürgermeistereien anweisen ließen und mit Hilfe polnischer Miliz die Deutschen aus dem gewünschten Grundstück vertrieben.

Aber auch dort, wo die polnischen Ansiedler in geschlossenen Transporten ankamen und von der polnischen Miliz in die Häuser der Deutschen eingewiesen wurden, geschah dies vielfach in der Form einer brutalen Vertreibung, wobei die deutschen Einwohner oft in Minutenfrist und mit nur wenigem Gepäck ihre Wohnungen verlassen mußten.

In manchen Städten und Dörfern sind die polnischen Behörden noch rigorosere verfahren. Sie ließen mit Hilfe der Miliz ganze Orte vorübergehend von der deutschen Bevölkerung räumen, und währenddessen wurde der deutsche Besitz durchgeplündert, die wertvollen beweglichen Teile mit Lastwagen abtransportiert und die besten Häuser von Polen besetzt.

Doch auch in denjenigen deutschen Städten, wo keine solchen drakonischen Maßnahmen ergriffen wurden, bewirkte die ständig steigende Zahl einströmender Polen, daß immer neue Straßenzüge und Stadtviertel von der deutschen Bevölkerung geräumt werden mußten, bis am Ende nur die schlechtesten Viertel als eine Art deutscher Ghettos übrig blieben. Der Verlust der Heimat war damit bei den noch in den Ostprovinzen lebenden Deutschen im Grunde schon vor der Ausweisung vollzogen.

Am stärksten setzten sich die Polen zunächst auf dem Lande fest. Dies kam vor allem daher, daß die Hauptmasse der Ansiedler im Sommer und Herbst 1945 aus den an Rußland abgetretenen ostpolnischen, fast rein agrarischen Gebieten stammte. Mit nur wenig Handgepäck ankommend, wurden sie in die deutschen Dörfer eingewiesen. Rund 1,4 Millionen Polen aus dem Gebiet ostwärts des Bug wurden bis zum Juli 1946, als die Überführung der ostpolnischen Bevölkerung nach Westen nahezu abgeschlossen war, in die ostdeutschen Provinzen umgesiedelt.

Da sie auf die Bewirtschaftung größerer Bauerngüter im allgemeinen wenig Wert legten, führte ihre Verpflanzung nach Ostdeutschland vor allem zur Verdrängung der kleinen deutschen Bauern, die unter russischer Besatzung zwar das Inventar und Vieh verloren hatten, aber im Besitz ihrer Höfe geblieben waren. Diese wurden ihnen nunmehr enteignet und von den an-

kommenden Polen besetzt. Bestenfalls durften die deutschen Besitzer als Arbeitskräfte der polnischen Ansiedler zunächst noch auf ihrem Hof bleiben, in vielen Fällen wurde ihnen aber auch dies verweigert.

Sofern die polnischen Ansiedler aus Gebieten stammten, in denen es wenig Reibungsflächen zwischen Polentum und Deutschtum gegeben hatte, oder soweit sie nicht von den herrschenden Vergeltungsgefühlen angesteckt waren, haben sie sich gegenüber den enteigneten Deutschen zum Teil durchaus freundlich gezeigt und in vielen Fällen versucht, deren Lage etwas zu erleichtern; viele aber behielten nur ihren eigenen materiellen Vorteil im Auge und gebrauchten die entrechteten Deutschen lediglich als Arbeitssklaven.

Die generelle Enteignung des deutschen Vermögens und die Ansiedlung von Polen hatte bald eine völlige Verarmung und Deklassierung der deutschen Bevölkerung in den Gebieten ostwärts der Oder-Neiße-Linie zur Folge. Die deutschen Bauern waren zu Landarbeitern bei den neuen polnischen Besitzern geworden und die Handwerksmeister zu Gehilfen bei polnischen Handwerkern. Alle Hilfsdienste und schweren Arbeiten auf dem Lande und in der Stadt mußten von Deutschen geleistet werden, während nicht nur der Besitz, sondern auch der staatliche Rechtsschutz allein den ins Land kommenden Polen vorbehalten blieb.

In der Regel wurden nur die kleinen Betriebe und Bauernhöfe privates Eigentum polnischer Ansiedler. Die großen Industriewerke sind ebenso wie die Mehrzahl der Rittergüter und ehemaligen deutschen Domänen zu polnischem Staatseigentum erklärt worden.

Die in allen Ostblockstaaten infolge der fortschreitenden Sowjetisierung seit 1945 beginnende Verstaatlichung des Privatvermögens richtete sich in Polen im Jahre 1945 zunächst ausschließlich auf das ehemalige deutsche Eigentum. Bereits am 3. Januar 1946 wurde jedoch das Dekret "Über die Übernahme der Hauptzweige der Volkswirtschaft in staatliches Eigentum" erlassen, das die Verstaatlichung auch auf polnischen Privatbesitz ausdehnte und infolgedessen auch verhinderte, daß größere ehemals deutsche Vermögen in private Hand von Polen übergingen.

Die großen Güter wurden, nachdem sie von den Russen verlassen worden waren, von den staatlichen polnischen Güterverwaltungen übernommen und zu polnischen Staatsdomänen umorganisiert. Vielerorts übernahmen die polnischen Verwalter beim Abzug der Russen völlig leere Gehöfte.

Es fehlte an Maschinen und Vieh, und die Bewirtschaftungsformen waren äußerst primitiv. Die Deutschen, die bisher als russische Kolchosarbeiter auf diesen Gütern gelebt hatten, wurden nunmehr zu Landarbeitern unter den polnischen Verwaltern; sie erhielten aber eine erheblich schlechtere Verpflegung und Entlohnung als die polnischen Landarbeiter. ...<<

## **Tschechoslowakei**

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über die Gewalttaten und Zerstörung der Lebensgrundlagen in der CSR (x004/67-78,83-91):

### **>>a. Maßnahmen der politischen Bestrafung und Verfolgung**

Mitte Mai verlegte die provisorische Regierung ihren Sitz von Kaschau nach Prag und begann entsprechend ihrem im April verkündeten Programm die Neuordnung des Staates, bei der die Nationalausschüsse eine entscheidende Rolle spielten.

Sie waren z.T. bereits während des Krieges auf Grund des Aufrufs von Benes und des Verfassungsdekrets vom 4. Dezember 1944 im Untergrund und in den befreiten Gebieten gebildet worden und übernahmen nun gemäß der Regierungsverordnung vom 5. Mai 1945 als Träger einer im bisherigen tschechoslowakischen Recht neuartigen Selbstverwaltung zugleich die staatlichen Verwaltungsbefugnisse im Orts-, Bezirks- und Landesbereich. Sie wurden der Kontrolle "des Volkes" unterstellt, das das Recht hatte, die Ausschußmitglieder abzuwählen oder durch andere Personen zu ersetzen.

Tatsächlich aber stand dieses Recht zunächst den "übergeordneten Organen", d.h. der Regierung zu, deren wichtigste Ressorts in den Händen von Kommunisten lagen. Auf diese Weise konnten Gewährsmänner dieser Partei in den Nationalausschüssen einen beherrschenden Einfluß gewinnen.

Bereits das Dekret vom 4. Dezember 1944 hatte die Sudetendeutschen als "staatlich unzuverlässige Bevölkerung" grundsätzlich von der verantwortlichen Beteiligung an der Verwaltung ausgeschlossen und für die rein deutschen Gemeinden und Bezirke die Ernennung von Verwaltungskommissaren bzw. -kommissionen vorgesehen.

Die auf Grund der Regierungsverordnung vom 5. Mai 1945 mit diesem Amt betrauten Personen zeigten fast durchweg eine unversöhnliche Haltung gegenüber den Sudetendeutschen. Im allgemeinen scheint hier der kommunistische Einfluß besonders groß gewesen zu sein; ein englischer Autor spricht geradezu von einem Parteistaat im Staate, der in den Grenzgebieten unter dem Einfluß der kommunistischen Minister des Innern (Nosek) und der Landwirtschaft (Duris) errichtet worden sei.

In manchen Orten, wo eine starke tschechische Minderheit ansässig war, hatten sich bereits vor dem deutschen Zusammenbruch Nationalausschüsse gebildet und auch versucht, über Mittelsmänner Kontakt mit den deutschen Behörden zu bekommen, um eine geordnete Verwaltungsübergabe zu erreichen.

In der Regel waren solche Aussprachen, wie sie z.B. in Karlsbad und Trautenau stattfanden, ohne Erfolg geblieben, da auf deutscher Seite keiner der Beteiligten die Verantwortung für einen solch folgenschweren Schritt übernehmen wollte oder konnte; er war überdies auch mit dem Risiko verbunden, daß deutsche Unterhändler von den eigenen Landsleuten und dem Regime als Verräter oder Defaitisten bezichtigt und von SD und Gestapo gerichtet wurden.

Sofort nach der deutschen Kapitulation traten in diesen Gegenden die Národní Výbory in Aktion. Das war vorwiegend in den von Tschechen durchgesetzten Regierungsbezirken Troppau und Aussig der Fall. Den hier sofort gegen die deutsche Bevölkerung eingeleiteten Maßnahmen wurde aber oft durch die Bindungen, die in jahrzehntelangem Zusammenleben bestanden und sich bewährt hatten, die Schärfe genommen.

Mit der Ausweitung der im innertschechischen Gebiet gegen die deutsche Minderheit praktizierten Methoden auf die sudetendeutschen Bezirke mußten dann aber diejenigen einheimischen Tschechen, die eine maßvolle Haltung einnahmen, meist ortsfremden radikaleren Elementen weichen.

Die systematische Entrechtung der Sudetendeutschen vollzog sich in den verschiedenen Orten und Gegenden Böhmens und Mährens in sehr verschiedenem Tempo, am langsamsten im allgemeinen in den rein sudetendeutschen Gebieten. Das lag vor allem daran, daß die Tschechen hier erst im Laufe des Sommers einströmten. Eine üble Rolle spielte dabei wieder die "Revolutionsgarde".

Sie hatte nach Beendigung der Kampfhandlungen einen starken Zulauf aus denjenigen Bevölkerungsschichten erhalten, die nun ohne ein persönliches Risiko sowohl an dem Nimbus, mit dem die Partisanen umgeben waren, als auch an den ihnen zugedachten Vorteilen im neuen Staat teilhaben wollten.

Die Jugendlichen unter ihnen mochten noch aus patriotischem Gefühl oder ungestilltem Betätigungsdrang in die Reihen der Revolutionsgarde eingetreten sein. Unter den Älteren waren die aus bürgerlichen Schichten stammenden Anhänger, die im Kampf gegen die Deutschen eine nationale Befreiungstat gesehen hatten, nun entweder schon in ihren Zivilberuf zurückgekehrt oder in den Hintergrund gedrängt worden.

Um so stärker traten jetzt jene Revolutionsgardisten in Aktion, die ihren Patriotismus durch Schikanierung der Deutschen und sadistische Quälereien beweisen wollten. Einzelne Gruppen oder Abteilungen der Revolutionsgarde, denen sich im tschechischen Siedlungsgebiet kein

Betätigungsfeld bot, dehnten ihre Aktionen auf die sudetendeutschen Gebiete aus und unternahmen regelrechte Strafexpeditionen, bei denen sie die Bewohner ganzer Ortschaften zusammentrieben, einzelne Personen oder mehrere Einwohner auf Grund von Denunziationen oder nach willkürlicher Auswahl mißhandelten und erschossen und die Häuser und Wohnungen ausplünderten. Nicht selten wurden die Exekutionen öffentlich vor der dazu versammelten Bevölkerung und vor den Augen der Familienangehörigen durchgeführt.

Als Beispiel seien hier die Ereignisse in Landskron am 17. und 18. Mai angeführt. Eine Partisaneneinheit trieb hier die männlichen Einwohner der Stadt und einiger Nachbardörfer auf dem Marktplatz zusammen, improvisierte zusammen mit einheimischen Tschechen ein Revolutionsgerichtsverfahren, bei dem über zwanzig Männer unter willkürlichen Beschuldigungen umgebracht und zahlreiche andere bestialisch geprügelt wurden.

In manchen Ortschaften setzte sich die Revolutionsgarde für längere Zeit fest und errichtete hier ein Terrorsystem mit systematischen Quälereien der deutschen Bevölkerung. Diese wurden in demagogischen Reden, Presseartikeln und Schriften der Repräsentanten der verschiedensten politischen Richtungen, die jede für sich das größte Verdienst in der Säuberung der CSR von den Deutschen beanspruchten und sich in der Verdammung der Sudetendeutschen überboten, als gerechte Sühne für die Untaten der NS-Zeit begründet und entschuldigt.

Durch ein vor allem unter kommunistischem Einfluß zustande gekommenes Gesetz vom 8. Mai 1946, das an ähnliche Maßnahmen der nationalsozialistischen Revolution erinnert, sind alle Ausschreitungen nachträglich als rechtmäßig anerkannt und sanktioniert worden.

Die tschechische Presse, gleich welcher Observanz, trug durch Hetzartikel und Berichte über Unglücksfälle, die lange nach der Kapitulation als Sabotageakte des Werwolfs dargestellt wurden und die fortdauernde Gefährlichkeit der Deutschen erweisen sollten, nicht wenig dazu bei, jedes Vorgehen gegen das Sudetendeutschtum zu rechtfertigen und zu ermutigen.

So wurde eine am 31. Juli 1945 wahrscheinlich durch Unachtsamkeit ausgelöste Explosion eines Munitionslagers in dem Aussiger Vorort Schönpriesen von den Tschechen als Sabotageaktion des Werwolfs ausgelegt.

Die aufgehetzte Menge veranstaltete daraufhin ein Blutbad unter der deutschen Bevölkerung, griff sie auf den Straßen an oder holte sie aus den Wohnungen und machte sie nieder. Als die Arbeiter der Firma Schicht AG nach Arbeitsschluß über die Elbebrücke zu ihren Wohnungen strömten, wurden sie von einer fanatischen Menge auf der Brücke zusammengeschlagen, z.T. niedergemacht oder in die Elbe geworfen. Selbst vor Frauen und Kindern machte der Mob nicht halt.

Polizei und tschechisches Militär versuchten nicht, das Morden zu verhindern, sondern beteiligten sich sogar daran. Die genaue Zahl der Opfer wird sich nie ermitteln lassen. Die Angaben schwanken zwischen 1.000 bis 2.700.

Schon im Kaschauer Programm war die Bestrafung von Personen, die sich entweder eines Kriegsverbrechens schuldig gemacht oder sich gegen den tschechoslowakischen Staat und das tschechoslowakische Volk vergangen hatten, als notwendige Maßnahme angekündigt worden. Diese Forderung wurde dann durch eine Reihe von Dekreten des Präsidenten der Republik vom Mai bis Oktober 1945 erfüllt.

Man muß in diesem Zusammenhang zwei Gruppen gesetzlicher Maßnahmen unterscheiden: eine erste strafrechtlicher Natur, die in die Nähe der gegen Kriegsverbrecher und nationalsozialistischfaschistische Betätigung gerichteten Gesetze des Alliierten Kontrollrats und der anderen europäischen Staaten gehört, allerdings von ihnen in einigen Punkten abweicht. Hierher ist vor allem das Dekret vom 19. Juni 1945 über "die Bestrafung nazistischer Verbrecher, Verräter und ihrer Helfershelfer sowie über die außerordentlichen Volksgerichte" (Slg. N. 16) zu rechnen.

Daneben steht eine andere Gruppe von Dekreten, die auf Vermögenskonfiskation gerichtet

waren und rein formal mit den bei Kriegsende auch in neutralen Ländern unternommenen Aktionen gegen das Vermögen deutscher Staatsbürger zusammengehören. Allerdings unterscheiden sie sich von diesen sehr erheblich dadurch, daß sie das Vermögen eigener Staatsbürger unter Konfiskation stellen, mit der Begründung, daß diese "nach den Vorschriften einer fremden Besatzungsmacht" deutsche oder madjarische Staatsangehörige geworden seien.

In diesem Zusammenhang sind die Dekrete des Präsidenten vom 19. Mai 1945 ("Über die Ungültigkeit einiger vermögensrechtlicher Rechtsgeschäfte aus der Zeit der Unfreiheit und über die nationale Verwaltung der Vermögenswerte der Deutschen, der Madjaren, der Verräter und Kollaboranten und einiger Organisationen und Anstalten"), vom 21. Juni 1945 ("Über die Konfiskation und beschleunigte Aufteilung des landwirtschaftlichen Vermögens der Deutschen, Madjaren, wie auch der Verräter des tschechischen Volkes") und schließlich vom 25. Oktober 1945 ("Über die Konfiskation des feindlichen Vermögens und die Fonds der nationalen Erneuerung") zu nennen.

Wenn wir mit der ersten Gruppe beginnen, so steht hier das Dekret vom 19. Juni 1945, das sogenannte Restitutionsdekret, im Mittelpunkt. Dieses Dekret, das noch zweimal - am 24. Januar 1946 und 18. Dezember 1946 - abgeändert worden ist, sollte die gesetzlichen Grundlagen "für die Bestrafung der nazistischen Verbrecher, Verräter und ihrer Helfershelfer" legen, und setzte gleichzeitig außerordentliche Volksgerichte dafür ein.

Es war ein Gesetz der politischen Strafjustiz, das sowohl politische wie kriminelle Tatbestände unter Strafrecht stellte und dies rückwirkend für "die Zeit der erhöhten Bedrohung der Republik" tat, die vom 21. Mai 1938 bis zu einem später auf den 31. Dezember 1946 angesetzten Zeitpunkt festgelegt wurde.

Damit fußte das Dekret auf der von Benes auch in der Exilzeit stets vertretenen These von der staatsrechtlichen Kontinuität der Republik, die für die deutschen Bewohner der 1938 durch das Münchener Abkommen zum Deutschen Reich geschlagenen Gebiete auch nach streng legalistischer Auffassung - ohne Berücksichtigung der politischen Probleme - niemals die Norm für ihr Verhalten bilden konnte.

Hier lag die Fragwürdigkeit des Dekrets, die auch noch durch die rückwirkende Bestimmung der ... (strafrechtlichen) Tatbestände gesteigert wurde. Analog der gleichzeitigen Regelungen in anderen Ländern hat der tschechische Staat die Verfolgung individueller Verbrechen und Vergehen mit kollektiven Strafmaßnahmen vermischt, die um so schwerer zu rechtfertigen waren, als sie von der Hypothese einer ungebrochenen staatlichen Autorität und Kontinuität ausgingen, die auch nach internationalem Recht nicht angenommen werden konnte.

Den Weg, Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verfolgen, weil sie unabhängig von staatlichen Rechtsetzungen Verurteilung verlangen konnten, ist die tschechische Regierung nicht gegangen. Sie stellte vielmehr im Sinne einer rein nationalistischen Politik Verbrechen gegen den tschechischen Staat unter Strafe, womit sie nichts anderes erstrebte als die juristische Begründung für kollektive Maßnahmen gegen die Sudetendeutschen.

Damit befaßt sich vor allem das 1. Hauptstück des Dekrets, das u.a. folgende strafrechtliche Tatbestände, begangen in der "Zeit der erhöhten Bedrohung der Republik", feststellt:

Verbrechen nach dem Gesetz zum Schutze der Republik vom 19. März 1925, wie z.B. "Anschläge gegen die Republik" und ihre Vorbereitung (§ 1);

Mitgliedschaft in der SS oder FS (Freiwillige Schutzstaffel) (§ 2);

Tätigkeit als Funktionär oder Befehlshaber in der NSDAP, SdP oder in anderen Organisationen ähnlichen Charakters (§ 3, Abs. 2);

Propagierung oder Unterstützung der faschistischen oder nazistischen Bewegung oder Billigung oder Verteidigung der feindlichen Herrschaft auf dem Gebiet der Republik oder einzelner gesetzwidriger Handlungen ihrer Behörden und Organe in Druck, Rundfunk, Film, Theater oder in öffentlichen Versammlungen; wobei es das Strafmaß erhöhte, wenn diese Hand-

lungen in der Absicht begangen wurden, das moralische, nationale oder staatliche Bewußtsein des tschechoslowakischen Volkes, insbesondere der tschechoslowakischen Jugend zu zerstören (§ 3, Abs. 1).

Von den Verbrechen gegen den Staat werden die Verbrechen gegen Personen und Vermögen geschieden, von denen die letzteren sich gegen Einzelpersonen wie gegen den tschechoslowakischen Staat richten konnten. Als schuldig verbrecherischer Handlungen in diesem Sinne wurden u.a. folgende Personenkreise bezeichnet:

wer im gleichen Zeitraum allein oder im Zusammenwirken mit anderen im Dienste oder im Interesse Deutschlands oder seiner Verbündeten oder einer der Republik feindlichen Bewegung oder ihrer Organisationen oder ihrer Mitglieder den Verlust der Freiheit eines Bewohners der Republik verschuldet oder verursacht hat, daß ihm eine schwere körperliche Verletzung zugefügt wurde;

wer bei gerichtlichen Urteilen etc. oder Verwaltungsentscheidungen oder auf andere Weise daran beteiligt war, daß der Tod oder die schwere körperliche Verletzung oder die Deportation eines Bewohners der Republik verursacht wurde;

wer an der Anordnung oder Durchführung von Zwangs- oder Pflichtarbeit zugunsten der Kriegsanstrengungen Deutschlands oder seiner Verbündeten mitgewirkt hat;

wer unter den gleichen Umständen, zum gleichen Zweck daran beteiligt war, daß dem tschechoslowakischen Staat oder einer juristischen oder physischen Person entgegen den Gesetzen der Republik ihr Vermögen ganz oder zum Teil entzogen wurde;

wer in diesem Zeitraum eine durch die nationale, politische oder rassische Verfolgung hervorgerufene Zwangslage dazu mißbrauchte, sich zum Schaden der Republik, einer juristischen oder einer physischen Person zu bereichern;

wer im Dienste oder Interesse des Feindes oder unter Ausnutzung einer durch die feindliche Besetzung herbeigeführten Lage einen anderen wegen irgendwelcher wirklicher oder erfundener Tat angezeigt hat.

Für alle hier als verbrecherisch bezeichneten Handlungen oder deren Begünstigung wurden Freiheitsstrafen von 5 bis 10 bzw. 20 Jahren, bei erschwerenden Umständen bis zu lebenslänglichem schweren Kerker bzw. die Todesstrafe festgesetzt.

Eine Rechtfertigung dieser Handlungen durch die Vorschriften "eines anderen Rechtes" oder "Organe, die durch eine andere als die tschechoslowakische Staatsgewalt eingesetzt wurden", wurde ausdrücklich verneint, ebenso eine Begründung der Tat mit dem Hinweis auf die Erfüllung einer Dienstpflicht, wenn der Betroffene "mit besonderem Eifer gehandelt und auf diese Weise in erheblichem Ausmaße den normalen Rahmen seiner Pflichten überschritten hat oder wenn er in der Absicht tätig war, den Kriegsanstrengungen der Deutschen Vorschub zu leisten, die Kriegsanstrengungen der Tschechoslowakei und ihrer Verbündeten zu schädigen oder zu vereiteln".

Wo lagen hier die genau fixierbaren Grenzen für strafbare Handlungen und solche, die es nicht waren?

Trotz des Vorbehalts, daß die Erfüllung einer Amtspflicht mit besonderem Eifer vorgenommen werden mußte, um sie unter Strafe zu stellen, konnte schon jede normale Beamtentätigkeit ohne ein politisches Wirken im Sinne des Nationalsozialismus eine Anklage und Verurteilung herbeiführen. Hier wie an anderen Stellen ließen die vagen Bestimmungen des Gesetzes weiten Raum für die verschiedensten Auslegungen.

Das zeigte sich schon bei den Verhaftungsaktionen gegen Sudetendeutsche, die gerade im Zeitpunkt der Veröffentlichung des Dekrets des Präsidenten ihren Höhepunkt erreichten und den im Dekret bezeichneten Personenkreis zu erfassen vorgaben. Nicht nur Funktionäre der NSDAP und ihrer Organisationen und Angehörige des ehemaligen Sudetendeutschen Freikorps, gegen die man besonders scharf vorging, wurden von ihnen betroffen, sondern auch in



örtlich verschiedenem Grade eine beträchtliche Anzahl politisch nicht belasteter Personen. Politische Beschuldigungen dienten vielfach als Vorwand für die Entfernung wohlhabender Deutscher und ihrer Familien aus ihrem Besitztum, um es ungestörter ausplündern oder tschechischen Interessenten übergeben zu können.

Die solcherart eines Verbrechens beschuldigten oder auch nur verdächtigen Personen wurden in die Gefängnisse und, als diese überfüllt waren, in die zahlreich errichteten Lager eingewiesen, wo viele von ihnen unmenschlichen Behandlungs- und Verhörmethoden, Epidemien und Mangelkrankheiten zum Opfer fielen.

Es kommt des weiteren hinzu, daß die unterschiedliche Praxis der mit dem Dekret vom 19. Juni 1945 eingerichteten außerordentlichen Volksgerichte, die sofort ihre Tätigkeit aufnahmen, bei den Sudetendeutschen den Eindruck verstärkte, auch in der Rechtsprechung reiner Willkür ausgeliefert zu sein.

Gegen die Urteile der Volksgerichte, die bei jedem Kreisgericht errichtet wurden, gab es keine Berufung; sie entschieden unmittelbar über Leben und Tod. Unter den fünf Richtern eines Senats war nur ein Berufsrichter. "Dem Beschuldigten werden", wie es in einem Bericht über die Volksgerichtsverfahren heißt, "ex offo-Verteidiger" zugeteilt, die sich aber in der Regel bei der herrschenden Stimmung in keiner Weise exponieren.

Die Verfahren werden rechtlich und prozessual ganz verschieden durchgeführt, meist herrscht ein Massenbetrieb, der die Führung von Zeugen noch mehr erschwert, als es die damals gegebenen Verhältnisse begründen. Sprachliche Schwierigkeiten, Unkenntnis des Dekrets, Voreingenommenheit der Richter und Staatsanwälte verursachen eine Unmenge von Unrecht und unnötiger Härte.

Die eines Verbrechens im Sinne des Dekretes vom 19. Juni Beschuldigten warteten oft monatelang unter härtesten Haftbedingungen auf ihr Verfahren. Oft erfuhren sie überhaupt nicht, wessen man sie beschuldigte. Manche der Verhafteten wurden nach vielen Monaten mit der Erklärung entlassen, es läge nichts gegen sie vor. Viele Prozesse wurden im Schnellverfahren durchgeführt und dauerten oft nur 15 Minuten, wobei meist langjährige Freiheitsstrafen verhängt wurden.

Die auf solche Weise Abgeurteilten hatten einen Teil oder die ganze Strafe in Zwangsarbeits-Sonderabteilungen zu verbüßen, die vorwiegend zur Beseitigung von Kriegsmaterial und Trümmern, beim Bau von öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen, im Bergbau und in der Land- und Forstwirtschaft eingesetzt wurden. Solche Abteilungen bildete man auch aus den noch nicht verurteilten Häftlingen in den Gefängnissen und Strafanstalten. ...<<

#### >>... **b. Wirtschaftliche Ausschaltung und Enteignung der Sudetendeutschen**

Den tiefsten Eingriff in die Lebensverhältnisse von Millionen bildete die Gruppe von Dekreten, die die völlige und entschädigungslose Enteignung aller Personen deutscher (und madjarischer) Nationalität verfügten.

Schon das Dekret des Präsidenten vom 19. Mai 1945 "über die Ungültigkeit einiger vermögensrechtlicher Rechtsgeschäfte aus der Zeit der Unfreiheit und über die nationale Verwaltung der Vermögenswerte der Deutschen, der Madjaren, der Verräter und Kollaboranten und einiger Organisationen und Anstalten" bestimmte, daß das Vermögen "staatlich unzuverlässiger Personen" unter nationale Verwaltung gestellt werden solle (§ 2), was faktisch die Enteignung fast aller Deutschen und Madjaren bedeutete.

Denn als staatlich unzuverlässige Personen bezeichnet das Dekret u.a. Personen deutscher oder madjarischer Volkszugehörigkeit (§ 4 a), und zwar alle, "die sich bei irgendeiner Volkszählung seit dem Jahre 1929 zur deutschen oder madjarischen Volkszugehörigkeit bekannt haben oder Mitglieder nationaler Gruppen, Formationen oder politischer Parteien geworden sind, die sich aus Personen deutscher oder madjarischer Volkszugehörigkeit zusammensetzen" (§ 6).

Der hier definierte Begriff von "staatlich unzuverlässigen Personen" griff schon weit über den Personenkreis des Dekrets vom 19. Juni 1945 hinaus, und seine Definition war grundlegend für die Behandlung der Deutschen in den Gebieten der Tschechoslowakei nach der Wiedererrichtung der Republik.

Jedoch genügte sie noch nicht vollständig, um einen so brutalen Akt wie die Enteignung mehrerer Millionen zu rechtfertigen; hier mußte man noch weiter gehen: die entscheidende gesetzliche Maßnahme hierfür bildete das Verfassungsdekret des Präsidenten der Republik über die Regelung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft von Personen deutscher und madjarischer Volkszugehörigkeit, das diese, soweit sie nach den Vorschriften einer fremden Besatzungsmacht die deutsche oder madjarische Staatsangehörigkeit erworben hatten, der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft verlustig erklärte.

An dieser Stelle überschlug sich die staatsrechtliche Theorie, von der Benes und die tschechische Regierung bisher ausgegangen waren: sie verneinte die Rechtsgültigkeit des Münchener Abkommens und aller in diesem Zusammenhang stehenden Verträge und Verordnungen, sie hielt an der ungebrochenen staatlichen Kontinuität der CSR fest, aber sie erkannte ausdrücklich den Staatsangehörigkeitswechsel von 1938 an; d.h. sie behandelte den Wechsel der Staatshoheit über das Territorium als nichtig, hielt aber an dem Wechsel der Staatshoheit über Personen fest.

Die Inkonsequenz dieses Verfahrens ist den Schöpfern dieses Gesetzes offenbar durchaus bewußt gewesen. In einem Runderlaß des tschechoslowakischen Ministeriums des Innern zu diesem Dekret finden wir die widerspruchsvollen Sätze:

"Die Mehrheit dieser Personen hat die deutsche oder madjarische Staatsangehörigkeit auf Grund der Regelung der Okkupanten selbst erworben. Diese Maßregel würde zwar vom Standpunkt der tschechoslowakischen Rechtsordnung nichtig sein, das Verfassungsdekret hat diesen Akt einer ausländischen Staatsgewalt jedoch ausdrücklich anerkannt und dadurch ex lege alle diese Personen aus dem tschechoslowakischen Staatsverband ausgeschlossen".

Auf so brüchigem Rechtsboden steht die Enteignung (Konfiskation) des Besitzes der Deutschen und Madjaren, die im Dekret des Präsidenten vom 21. Juni 1945 "über die Konfiskation und beschleunigte Aufteilung des landwirtschaftlichen Vermögens der Deutschen, Madjaren, wie auch der Verräter des tschechischen Volkes" und im Dekret vom 25. Oktober 1945 "über die Konfiskation des feindlichen Vermögens und die Fonds der nationalen Erneuerung" festgestellt und legalisiert wurde.

Im Dekret vom 21. Juni 1945 wurde "für die Zwecke der Bodenreform" und "geleitet vor allem von dem Streben, einmal für immer den tschechischen und slowakischen Boden aus den Händen der fremden deutschen und madjarischen Gutsbesitzer, wie auch aus den Händen der Verräter der Republik zu nehmen", das landwirtschaftliche Vermögen der Deutschen als enteignet erklärt und die beschleunigte Aufteilung und Zuweisung an tschechische und slowakische Landlose, Siedler etc. verfügt (§ 1, Ziffer 1 a).

Davon sollte ausgenommen bleiben das Vermögen von Personen deutscher Nationalität, "die sich aktiv am Kampf für die Wahrung der Integrität und die Befreiung der Tschechoslowakischen Republik beteiligt haben" (§ 1, Ziffer 2).

Die entschädigungslose Enteignung alles sonstigen unbeweglichen und beweglichen Vermögens - soweit es noch nicht geschehen war - und aller Vermögensrechte der deutschen juristischen Personen und aller natürlichen Personen deutscher Nationalität verfügte das Dekret vom 25. Oktober 1945.

Ausgenommen wurde auch hier nur das Vermögen von Deutschen, "die nachweisen, daß sie der Tschechoslowakischen Republik treu geblieben sind, sich niemals gegen das tschechische und slowakische Volk vergangen haben und sich entweder aktiv am Kampf für ihre Befreiung beteiligt oder unter dem nazistischen oder faschistischen Terror gelitten haben" (§ 1, Ziffer 1).

Nach einer weiteren Bestimmung des Dekrets (§ 2, Ziffer 1) blieb von der Konfiskation des beweglichen Vermögens der generell von der Enteignung betroffenen Personen nur der Teil ausgenommen, "der zur Befriedigung der Lebensbedürfnisse oder zur persönlichen Ausübung der Beschäftigung dieser Personen oder ihrer Familienmitglieder unumgänglich nötig ist (wie Kleidung, Federbetten, Wäsche, Hausgerät, Nahrungsmittel und Werkzeuge)". Einzelheiten über den Umfang dieses Vermögens sollte die Regierung auf dem Verordnungswege festsetzen.

Das auf Grund des Dekrets vom 25. Oktober 1945 konfiszierte Vermögen, das zunächst Staatseigentum blieb, wurde dann, soweit es sich um Grundstücke, Einfamilienhäuser und kleine gewerbliche Unternehmen im Grenzgebiet handelte, durch das Gesetz vom 14. Februar 1947 (Slg. Nr. 31) den bisherigen Verwaltern und anderen anspruchsberechtigten Personen in Eigentum übergeben.

Bereits im Juni 1945 war durch eine Bekanntmachung des Finanzministeriums der Geld- und Wertpapierbesitz der Verfügungsgewalt der deutschen Eigentümer und Besitzer entzogen worden. Sämtliche Zahlungen zugunsten von Deutschen (deutschen Unternehmungen und Institutionen), auch von Löhnen und Dienstbezügen, soweit sie den Betrag von 200 Kc überschritten, mußten auf ein Sperrkonto erfolgen.

Gleichzeitig wurde die Hinterlegung aller in- und ausländischen Wertpapiere, von Edelmetallen, Edelsteinen, Wert- und Kunstgegenstände und Briefmarkensammlungen, die sich zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Bekanntmachung in deutschem Besitz befanden, in einem Sperrdepot angeordnet.

Als am 1. August 1945 in den sudetendeutschen Gebieten die Reichsmark als gesetzliches Zahlungsmittel außer Kurs gesetzt und im Verhältnis 1 RM = 10 Kc nur bis zu einem Höchstbetrag von 300 Kc umgetauscht wurde, mußte das übrige Bargeld auf Sperrkonten eingezahlt werden und durfte nur mit einer Sondergenehmigung des zuständigen Národní Výbor in Monatsraten bis zu 500 Kc abgehoben werden.

Da diese Genehmigung nur in seltenen Fällen erteilt wurde, gerieten vor allem die alten Leute, deren Renten- und Pensionsanspruch generell verfiel, und die Familien, deren Ernährer in Gefangenschaft, zur Zwangsarbeit eingesetzt oder verhaftet waren, in große Not.

Auch von der überaus bescheidenen Möglichkeit, Geld- und Wertpapierbesitz umzustellen, die die Währungsreform vom 1. November 1945 bot, konnten Sudetendeutsche keinen Gebrauch machen, da das Konfiskationsdekret vom 25. Oktober ausdrücklich für alle Vermögensrechte, Wertpapiere und Einlagen die entschädigungslose Enteignung anordnete.

Die radikalen Enteignungsgesetze sprechen bereits die Sprache der kommunistischen Revolution, nur daß sie sich nicht im kommunistischen Sinne gegen den Klassenfeind, sondern im Sinne eines an seine äußersten Grenzen vorgetriebenen Nationalismus gegen den Nationalfeind richten. Er sollte wirtschaftlich vernichtet werden, damit der von allem Fremden gereinigte Nationalstaat geschaffen werden konnte.

So bilden die Enteignungsgesetze die unmittelbare Vorbereitung der Austreibung, sie sind zugleich aber auch Teilaktionen des Sozialisierungsprogrammes, das die Regierung der Tschechoslowakischen Republik bereits im Kaschauer Programm verkündet hatte und mit dessen Verwirklichung seit dem Herbst 1945 begonnen wurde. Der zeitliche Zusammenfall der Konfiskationsdekrete mit dem Beginn der allgemeinen Nationalisierungspolitik fast auf den Tag war kein Zufall; beide gehören in einen untrennbaren Motivzusammenhang.

Für die Kommunisten diente auch die Enteignung der Deutschen im letzten der Herstellung einer kommunistischen Staats- und Wirtschaftsordnung; nichtkommunistische Politiker wie Benes versuchten dagegen Schritte auf dem Wege zum Kommunismus in der CSR, wie die Verstaatlichungsdekrete vom 24. Oktober 1945 u.a., noch mit dem nationalen Argument zu begründen, es handle sich hier größtenteils um Unternehmen in deutschem oder madjarischem

Besitz.

Auf dem Felde der gegen die Deutschen und Madjaren gerichteten Konfiskationspolitik steigerte sich die kommunistische und nationalistische Tendenz gegenseitig zu besonders radikalen Entscheidungen: so wurde der sudetendeutsche und madjarische Besitz von vornherein von den Einschränkungen ausgenommen, die in den Nationalisierungsdekreten noch zugunsten kleinerer privater Betriebe gemacht wurden.

Außerdem verloren seine Eigentümer jeden, wenn auch noch so geringen Entschädigungsanspruch, den im Sinne des Systems politisch unbelastete tschechoslowakische oder ausländische Eigentümer an die "Kasse der nationalisierten Wirtschaft" erheben konnten, was allerdings spätestens seit dem kommunistischen Staatsstreich vom Februar 1948 in jedem Falle ohne Erfolg blieb.

Schon längst vor den gesetzlichen Enteignungsmaßnahmen, die schließlich alle Lebensgrundlagen der Sudetendeutschen in der CSR zerstörten und die Vertreibung vorbereiteten, hatte die Durchsetzung der Grenzgebiete mit Angehörigen des tschechischen und slowakischen Volkes begonnen. Hunderttausende von Tschechen strömten in das Sudetenland und ließen sich von den Nationalausschüssen oder Verwaltungskommissionen als Národní Správce (Nationalverwalter) in den deutschen Besitz einweisen.

Neben den Tschechen, die das Sudetenland nach der Eingliederung in das Deutsche Reich verlassen hatten und nun zurückkamen, waren es vorwiegend Angehörige der Industriearbeiterschaft der Gebiete von Mährisch Ostrau und Kladno, die vielfach nur materielle Vorteile suchten und größtenteils überhaupt nicht für die Übernahme und Weiterführung der deutschen Betriebe und Bauernhöfe qualifiziert waren.

Vielerorts eigneten sich die tschechischen Arbeiter, die während des Krieges in der Industrie und Landwirtschaft des sudetendeutschen Gebietes eingesetzt wurden und dort geblieben waren, den Besitz ihres bisherigen Arbeitgebers an.

Die erste Welle dieser Zuwanderer setzte sich neben dem Gebiet entlang der Sprachgrenze vor allem in den ergiebigsten Landstrichen fest und schob sich erst allmählich in die Randbezirke vor. Einzelne Regionen, z.B. in den Gebirgen, in denen die deutschen Bewohner in relativ ärmlichen Verhältnissen lebten, blieben bis auf den Zuzug einiger Verwaltungsfunktionäre von dem tschechischen Einstrom zunächst unberührt.

Nur zögernd und stärker erst nach dem Abzug der amerikanischen Truppen begann die Zuwanderung in das Egerland und Böhmerwaldgebiet. Offensichtlich wirkte sich die Anwesenheit der Amerikaner, die sich in dem von ihnen besetzten Gebiet energisch um die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung bemühten, hemmend auf das Treiben derjenigen Tschechen aus, die in den anfänglich chaotischen Verhältnissen nach dem Zusammenbruch der deutschen Verwaltung persönliche Bereicherung durch Raub und Plünderung suchten.

Von einer organisierten und kontrollierten tschechischen Durchdringung und Besiedelung des Sudetenlandes konnte in den ersten Monaten nach dem Waffenstillstand kaum gesprochen werden, schon deshalb nicht, weil ein großer Teil der ersten Zuwanderer gar nicht die Absicht hatte, im Grenzgebiet sesshaft zu werden. Amtliche Maßnahmen, private Willkürakte, Plünderungen und Raubaktionen waren im einzelnen nicht zu unterscheiden.

Erst durch die zur Zeit der ersten "wildern" Austreibungen erlassenen Dekrete und Verordnungen versuchte die Regierung den Zustrom der Tschechen zu lenken und alle deutschen Grenzgebiete mit Ansiedlern systematisch zu durchdringen. Dies war notwendig, da schon nach den ersten Austreibungsaktionen, die Ende Mai einsetzten, zahlreiche Ortschaften z.B. des Ostsudetenlandes von ihren Bewohnern entblößt waren und es nun galt, eine ausreichende Zahl tschechischer Bewohner in diese Regionen zu bringen.

Dafür sprachen innen- und außenpolitische Motive: der "größte Moment in der tschechoslowakischen Geschichte", von dem die tschechoslowakischen Politiker wiederholt sprachen,

sollte rasch genutzt, der Beweis für die Fähigkeit der tschechischen Nation, die Sudetengebiete zu besiedeln und auf ihrer von den Deutschen geschaffenen Höhe zu halten, sofort erbracht werden, um skeptischen Einwänden vor allem in Westeuropa zuvorzukommen.

Das Dekret des Präsidenten der Republik vom 17. Juli 1945 über die einheitliche Durchführung der Innenkolonisation und das Dekret vom 20. Juli 1945 "über die Besiedelung des landwirtschaftlichen Bodens der Deutschen, Madjaren und anderer Staatsfeinde durch tschechische, slowakische und andere slawische Landwirte", dessen Bestimmungen durch die Bekanntmachung des Landwirtschaftsministeriums vom 3. August 1945 über die Anmeldungen für eine Bodenzuteilung im Grenzgebiet ergänzt wurden, schufen zusammen mit den einschlägigen gegen die Deutschen gerichteten Gesetzen schon vor der in Potsdam beschlossenen offiziellen Ausweisung die Voraussetzungen, um planmäßig Tschechen und Slowaken in den Sudetengebieten anzusiedeln.

Als koordinierendes Organ für diese Aktion wurde im September 1945 ein zentrales Siedlungsamt in Prag errichtet. Aber noch bis zum Beginn der durch die Potsdamer Beschlüsse geregelten Vertreibung der Sudetendeutschen vollzog sich die Ansiedlung der Tschechen weiterhin in wenig geordneter Form. Die Ankömmlinge setzten sich nach eigenem Gutdünken in den einzelnen Orten fest oder zogen solange umher, bis sie unter dem deutschen Besitz das ihren Wünschen entsprechende Objekt fanden und die bisherigen Eigentümer verdrängten.

Naturgemäß wurden die ergiebigsten Höfe und die produktivsten gewerblichen Betriebe zuerst besetzt. Da die Národní Správce vielfach nicht die geringsten Kenntnisse von Landwirtschaft oder Betriebsführung besaßen und oft nicht gewillt waren zu arbeiten, verkamen die Höfe und Betriebe, wenn nicht der deutsche Besitzer, um geringen Lohn oder der notwendigen Lebensmittel wegen, die nötigen Arbeiten verrichtete.

Oft verkauften die Nationalverwalter das vorhandene Vieh und die Vorräte oder schafften die beweglichen Güter in ihre Heimatorte und kehrten dann erneut ins Grenzgebiet zurück, um das Verfahren zu wiederholen. Dieser Typus des Národní Správce, im deutschen und tschechischen Volksmund "Goldgräber" ("Zlatokopce") genannt, war so häufig, daß selbst die tschechische Presse die Vorgänge aufgriff und kritisierte, ohne daß sich aber der Zustand änderte.

Um wenigstens einen Teil der Habe dem Zugriff der Nationalen Verwalter zu entziehen, versuchten die deutschen Familien die lebensnotwendigsten Sachen bei Nachbarn und Bekannten oder auch einheimischen Tschechen unterzustellen. Diese Vorkehrungen waren meist vergeblich, da entweder die übrigen Wohnungen und Besitzungen bald ebenfalls besetzt wurden oder die Tschechen die Herausgabe der ihnen anvertrauten Sachen verweigerten. Günstiger war in dieser Hinsicht die Situation der Bewohner der Grenzorte, die die Möglichkeit besaßen, Sachwerte in die benachbarten Dörfer jenseits der Grenze zu schaffen.

Nachdem die Aussiedlung zur Gewißheit geworden war, brachten sie in gefährvollen Grenzgängen nicht nur Haushaltseinrichtungen, sondern auch Erntevorräte und landwirtschaftliche Geräte auf reichsdeutsches Gebiet. Wurden sie dabei durch tschechische Grenzwachposten aufgegriffen, war ihnen zumindest eine hohe Geldstrafe gewiß.

Ein besonderes Problem stellte die Übernahme der großen Industriebetriebe im sudetendeutschen Gebiet dar, unter denen sich Firmen von Weltruf, vor allem in der Textil- und Glasindustrie befanden. Es war bei dem Mangel an tschechischen Facharbeitern und dem ungeheuren Bedarf der tschechischen Industrie selbst, für die der Zweijahresplan 1947/48 besonders in der Slowakei neue Investitionen vorsah, fast unlösbar.

Die wesentlichen Maßnahmen der tschechischen Politiker: Verstaatlichung der Industriebetriebe, Planwirtschaft und Austreibung überschritten sich in ihrer Durchführung und in ihren Wirkungen, doch haben sich trotz aller entgegenstehenden Überlegungen die Forderungen der radikalen Austreibung gegenüber den Notwendigkeiten der Wirtschaftspolitik fast immer

durchgesetzt.

In gewissen Bereichen spielte die Austreibungspolitik der Sozialisierung in die Hände. Eindeutig überspielt wurden diejenigen Kreise der tschechischen Politik und Wirtschaft, die einen Stamm deutscher Facharbeiter von der Austreibung ausgenommen sein lassen wollten. Es wird noch zu zeigen sein, wie sich diese Frage mit der der Behandlung der "Antifaschisten" verknüpfte.

Angesichts des ungewöhnlichen Bedarfs an Arbeitskräften, den die Wiedereingangssetzung der Industrie in der CSR erforderte, wurden andere, im allgemeinen höchst unzureichende Auswege gesucht, um Abhilfe zu schaffen. In einzelnen Sparten der Industrie, vor allem der Exportindustrie, bahnten sich durch die Enteignung und spätere Austreibung der Deutschen katastrophale Entwicklungen an.

So mußten in der Glasindustrie von 2.600 Betrieben nicht weniger als 1.600 ihre Pforten schließen. In der Textilindustrie fehlten Ende 1946 noch 50.000-60.000 Arbeiter. Die Formen, in denen man solchen Konsequenzen zu begegnen suchte, zeigen erneut das Zusammenspiel nationalstaatlicher und kommunistisch-planwirtschaftlicher Politik. ...<<

Das Bundesarchiv Koblenz berichtete im Jahre 1974 über die Gewalttaten und Zerstörung der Lebensgrundlagen in der CSR (x010/44-46): >>In weitaus überwiegender Mehrzahl sind Schwerpunkte der Übergriffe im Innern Böhmens und Mährens sowie in den östlichen und mittleren Gebieten des Sudetenlandes zu verzeichnen, die zum sowjetischen Besatzungsgebiet gehörten. ...

In den einzelnen Gemeinden erreichten die Ausschreitungen Höhepunkte in den dem Prager Aufstand folgenden Wochen und Monaten, als dort Abteilungen der Revolutionsgarde sowie auch Einheiten der Befreiungsarmee ein Terrorsystem gegenüber den Deutschen entfachten. Aus einer Anzahl von Gemeinden wird über öffentliche Exekutionen berichtet, denen z.T. die Einsetzung improvisierter Volksgerichte vorausging.

Die diesen vorgeführten Personen wurden während und nach den Verhören auf das schwerste mißhandelt oder auch zu Tode gefoltert. Angehörige der SS wurden vielfach gleich nach ihrer Verhaftung erschossen. Dasselbe Schicksal erlitten oft heimgekehrte Soldaten. ...

Ein Geschehnis besonderer Art waren die Ausschreitungen in der Stadt Aussig am 31.07.1945, ausgelöst durch die Explosion eines Lagers deutscher Beutemunition in dem dortigen Vorort Schönpriesen, die von den Tschechen als deutsche Sabotageaktion des Werwolfs ausgelegt wurde.

Mit weißen Armbinden gekennzeichnete Deutsche wurden auf den Straßen niedergeschlagen. Als nach Arbeitsschluß die Arbeiter der Firma Schicht AG über die Elbebrücke zu ihren Wohnungen eilten, wurden sie von der aufgehetzten Menge auf der Brücke angegriffen, teils erschlagen oder in die Elbe geworfen. Auch die Frauen und Kinder erlitten dasselbe Schicksal. Die Angaben über die Anzahl der Opfer sind in den einzelnen Berichten unterschiedlich. Die Schätzungen betragen 700 bis 2.700 Personen.

... Zu den unmenschlichen Handlungen der Revolutionsgarde sowie der "Svoboda-Armee" sind ferner die sog. "wilden Ausweisungen" von Bewohnern ganzer Ortschaften zu rechnen, die ihren Höhepunkt in den Sommermonaten Juni und Juli 1945 erreichten. Die Ausgewiesenen grenznaher Kreise mußten tagelange Fußmärsche unter Mißhandlungen der Bewachungsmannschaft bei spärlichster Verpflegung zurücklegen.

Es wird berichtet, daß hierbei Kranke und Erschöpfte erschossen wurden. Mehr als 20.000 Brüner Deutsche, darunter Greise sowie Mütter mit kleinen Kindern, wurden Ende Mai 1945 zur österreichischen Grenze getrieben. Die Mehrzahl wurde dort von österreichischen Grenzwarden zurückgewiesen und mußte dann Wochen und Monate, teils auf freiem Feld, im grenznahen Pohrlitz unter unmenschlichen Verhältnissen verbringen. Die Zahl der hier Umgekommenen wird auf mehrere Tausende geschätzt.<<

## **Slowakei**

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über die Gewalttaten und Zerstörung der Lebensgrundlagen in der Slowakei (x004/172-176):

>>... Außer einer verhältnismäßig kleinen Anzahl von Familien und Einzelpersonen, die aus eigener Initiative in der Heimat zurückblieben oder sich dem Abtransport entzogen, sind die Volksdeutschen der Slowakei in ihrer Gesamtheit evakuiert worden.

Nur sehr wenige erlebten daher den Einmarsch der sowjetischen Truppen in ihrer Heimat und wurden von den damit verbundenen Gewaltakten und den Zwangsmaßnahmen der sowjetischen Besatzungsarmee in der Slowakei betroffen. Die meisten Slowakeideutschen ereilte dieses Geschick in ihren Evakuierungsorten in Österreich, im Sudetenland oder im Protektorat. Da die Zurückgebliebenen zumeist fließend die Landessprache beherrschten, versuchten sie mit Hilfe ihrer slowakischen Bekannten und Verwandten unterzutauchen.

Auf diese Weise entzogen sie sich der Fahndung nach Deutschen, ein Teil von ihnen wurde aber zusammen mit Slowaken, die sich unter dem zusammengebrochenen Regime exponiert hatten, zu Zwangsarbeit in die Sowjetunion verschleppt.

Viel schlimmer wurde ihre Lage aber, als im Gefolge der Roten Armee die provisorische tschechoslowakische Regierung mit dem Sitz in Kaschau die Verwaltung gemäß dem sowjetisch-tschechoslowakischen Vertrag vom 8. Mai 1944 übernahm und die Partisanengruppen die Macht an sich rissen und sich schwere Übergriffe gegen wehrlose Deutsche zuschulden kommen ließen. Unter dem Eindruck der nun für die Volksdeutschen eintretenden Rechtlosigkeit trat die kurze Episode der sowjetischen Besatzung völlig in den Hintergrund.

Die im Gebiet der wiedererrichteten Tschechoslowakischen Republik, meist im Sudetenland untergekommenen Evakuierten, vorwiegend Zipser und Hauerländer, gerieten hier im allgemeinen in die gegen die Sudetendeutschen und die reichsdeutschen Flüchtlinge gerichtete tschechische Politik. Beschlagnahme des geretteten Guts, Internierung, Zwangsarbeitseinsatz oder gar die Austreibung in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands waren hier ihr Geschick.

Auf Grund ihrer slowakischen Sprachkenntnisse gelang es aber einem erheblichen Teil der Karpatendeutschen, sich als Slowaken auszugeben und sich den gegen die Deutschen ergriffenen Maßnahmen zu entziehen.

In dem allgemeinen Chaos wurde bei den Geflüchteten nur allzubald der Wunsch wach, sobald als möglich in ihre alten Wohnsitze heimzukehren, die in der Erinnerung noch als Stätten der Geborgenheit und Ordnung weiterlebten. Vielerorts forderten die tschechoslowakischen Behörden oder sowjetische militärische Dienststellen selbst die Evakuierten auf oder zwangen sie, innerhalb kurzer Frist die jetzigen Aufenthaltsorte zu verlassen.

Mancher Volksdeutsche konnte sich als Slowake tarnen und in Heimkehrertransporten slowakischer Repatriierter unterkommen. Wer noch Pferd und Wagen besaß, schloß sich mit anderen zu einem kleinen Treck zusammen, der Großteil versuchte auf eigene Faust, sich nach Osten durchzuschlagen. Der Rückwandererstrom setzte im Sommer 1945 ein und hörte endgültig erst 1946 auf, als schon die ersten Ausweisungstransporte aus der Slowakei wieder nach Westen rollten.

Wurden die Rückkehrer während des Transportes als Deutsche erkannt, verloren sie durch Raub und Plünderung die gesamte verbliebene Habe, ja sie hatten sogar um Leib und Leben zu fürchten. So wurden am 18. Juni 1945 in Prerau, einem Bahnknotenpunkt in Mähren, 247 Karpatendeutsche von Revolutionsgardisten aus einem Zuge geholt und erschossen.

Wer aber ohne Schaden zu erleiden tatsächlich bis in seinen Heimatort gelangte, sah sich hier Lebensverhältnissen gegenüber, denen er gerade durch die Rückkehr in den alten Wohnsitz zu entrinnen gehofft hatte. Denn die in der wiedererrichteten Tschechoslowakischen Republik gegen die Deutschen erlassenen Dekrete, Gesetze und Verordnungen galten in der Slowakei,

die nun seit der Kaschauer Proklamation, unter Wahrung gewisser autonomer, dem Slowakischen Nationalrat zugestander Rechte, wieder Bestandteil des tschechoslowakischen Staates geworden war, ebenso wie in den Sudetenländern.

Die Heimkehrer fanden ihre Häuser und Höfe versiegelt, von Slowaken bewohnt oder zum mindesten ausgeplündert. Sie mußten sich daher entweder auf dem eigenen Besitz oder bei bekannten Slowaken eine Notunterkunft suchen, in der sie sich mit den wenigen Habseligkeiten, die ihnen noch verblieben waren, und den notwendigsten Haushaltsgeräten, die ihnen mitleidige Nachbarn überlassen hatten, provisorisch einzurichten begannen.

Nach der polizeilichen Anmeldung wurden sie aber meist zur Zwangsarbeit herangezogen, mußten die Unterkünfte der sowjetischen Besatzungstruppen reinigen oder, in größeren Kommandos zusammengezogen, bei kärglichster Verpflegung und zumeist auch diffamierender Behandlung, die Schäden ausbessern, die während der Zeit der kurzen Kämpfe und des sowjetischen Einmarsches entstanden waren.

Bald wurden dann Orts- und Bezirkslager (am bekanntesten waren Nováky in der Mittelslowakei und Limbach und Engerau im Preßburger Gebiet) errichtet, in die alle Deutschen, deren man habhaft werden konnte, eingewiesen wurden. Die späteren Rückkehrer wurden gleich nach ihrer Registrierung interniert und vom Lager aus zur Arbeit eingesetzt. Unter diese Internierungsaktion fielen wohl alle Deutschen ziemlich vollständig, mit Ausnahme einiger, die sich ihr mit Hilfe slowakischer Freunde oder Verwandten bis zur Ausweisung entziehen konnten.

Die Kommandanturen der einzelnen Internierungslager waren in den ersten Monaten nach dem Umsturz fast ausschließlich mit ehemaligen Partisanen besetzt, die ihren Haß gegen die Deutschen in systematischer kleinlicher Quälerei oder in unbeherrschten Wutausbrüchen an den Häftlingen ausließen.

Gefürchtet waren die Lager indessen in erster Linie wegen des Hungers. Die Unterernährung der Lagerinsassen machte vor allem alte Leute und Kinder gegen Infektionskrankheiten besonders anfällig, so daß die Sterbeziffer bald hoch anstieg. Eine gewisse Erleichterung brachte es, daß in den Lagern Besuche empfangen werden durften und auch in der Freizeit und an Feiertagen der Ausgang erlaubt war.

Für die arbeitsfähigen Volksdeutschen, Männer wie Frauen, hatten die Internierungslager mehr den Charakter von Zwangsunterkünften als von Haftanstalten. Sie wurden tageweise oder auch für längere Zeiträume von Behörden oder Privatpersonen für eine bestimmte Summe "herausgekauft".

Da die Käufer verpflichtet waren, die Arbeitskräfte außerhalb des Lagers zu verpflegen, litt diese Gruppe nicht so offensichtlich unter Nahrungsmangel. Diese "herausgekauften" Volksdeutschen lebten oft monatelang bei ihrem Arbeitgeber, häufig einem slowakischen Bekannten oder auch Verwandten als Knecht, wechselten dann, wenn ihre Arbeitskraft nicht mehr benötigt wurde oder wenn sie ein günstigeres Angebot hatten, ihren Arbeitsplatz und entzogen sich auf diese Weise der Kontrolle der Lagerleitung.

Bei solchen Existenzbedingungen war die Lebensgemeinschaft der deutschen Volkgruppe längst zerstört, bevor die Austreibung eingesetzt hatte. Dazu trugen auch noch alle diejenigen Maßnahmen bei, die im ganzen Staatsgebiet der CSR gegen die Deutschen ergriffen wurden. Hierin unterschied sich die Lage in der Slowakei nicht von der in Böhmen und Mähren-Schlesien. Auch hier wurden sämtliche Einrichtungen des deutschen Kulturlebens - Schulen, Vereine, Genossenschaften - aufgelöst und enteignet.

Auch vor den kirchlichen Institutionen wurde nicht haltgemacht. Die Deutsche Evangelische Kirche ... in der Slowakei wurde im August 1945 aufgelöst und ihr Vermögen der Slowakischen Evangelischen Kirche übergeben. Ebenso ging das Vermögen der deutschen katholischen Kirchengemeinden an die slowakischen über. Gottesdienste in deutscher Sprache wur-



den verboten. Mit ihren Gemeinden mußten auch die Pfarrer das Land verlassen.

Gleichwohl hat es ganz allgemein auf die Lage der Volksdeutschen in der Slowakei bestimmend eingewirkt, daß hier nicht das deutsche, sondern das madjarische Minderheitenproblem im Vordergrund stand. Nach der Rückgliederung der 1938 an Ungarn gefallen Gebiete war es bis Ende November 1947 zu erregten Auseinandersetzungen mit Ungarn gekommen, die mit einem begrenzten "Austausch" von slowakischen Madjaren mit ungarischen Slowaken, teilweise aber mit einer gewaltsamen Verpflanzung der Madjaren von der Slowakei nach Böhmen endeten.

Dazu traten die heftigen innerslowakischen Spannungen zwischen den der Kollaboration beschuldigten Autonomisten und den gesamtstaatlich-tschechoslowakisch orientierten Gruppen, zwischen bäuerlich-kirchlichen Kreisen und Kommunisten; all dies hat von der deutschen Frage abgelenkt und die Durchführung der gegen die Deutschen gerichteten Maßnahmen im letzten doch gemildert.

Der slowakische Bauer entdeckte bald, daß das neue Regime in seinen Praktiken die propagierte Freiheit in keiner Weise verwirklichte und behielt sein natürliches Gefühl für Recht und Unrecht mehr als der radikalisierte Tscheche.

Die Verordnungen als solche blieben wohl in aller Schärfe bestehen. Mit ihnen blieb die offizielle Diffamierung aller Deutschen, aber die private Sphäre, das persönliche Miteinander-Zurechtkommen, war von einem verträglicheren Geist erfüllt. Die kleine Gruppe der fanatischen Deutschenfeinde - Opfer des NS-Regimes, die an den Volksdeutschen Vergeltung üben wollten oder die in der Mehrzahl kommunistisch gesinnten Partisanen - war im öffentlichen Leben nicht mehr allein bestimmend. Willkür und Haßausbrüche wurden Einzelerscheinungen.

Alle diese Erleichterungen, die dem Schicksal der Slowakeideutschen viel von seiner Härte genommen haben, ändern allerdings nichts an der Tatsache, daß die Deutschen in der Slowakei Entrechtete waren, die keine legale Möglichkeit hatten, einen normalen, ihrer Ausbildung und ihrer Fähigkeit entsprechenden Arbeitsplatz zu erhalten oder gar Besitz zu erwerben. Sie lebten gleichsam auf Abruf, jederzeit auf eine weitere Verschlechterung ihrer Situation gefaßt, aber immer noch in der Hoffnung, daß sich die Verhältnisse normalisieren und damit bessern würden.

Wer die Ausweglosigkeit der Situation erkannte oder die Unsicherheit dieser aufgezwungenen Lebensführung nicht ertragen konnte, ergriff jede sich bietende Gelegenheit, nach Österreich und von dort weiter nach Westdeutschland zu flüchten. Besonders Rückkehrer, deren Angehörige nach der Evakuierung im Westen geblieben waren und den Flüchtenden dort eine Aufnahmemöglichkeit boten, zogen den Sprung über die grüne Grenze einem ungewissen Leben in der Heimat vor.

Der größte Teil der zu dieser Zeit noch in der Slowakei lebenden Deutschen blieb jedoch im Lande, bis auch ihm die anlaufende Ausweisungsaktion keine Wahl mehr ließ.<<

## **Jugoslawien**

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1961 über die Gewalttaten und Zerstörung der Lebensgrundlagen in Jugoslawien (x006/102E-107E): >>... **Enteignung, Entzug der Bürgerrechte, Maßnahmen der politischen Bestrafung und Verfolgung**

Während noch die Front bei Esseg - Brcko verlief und der Nordwestteil Jugoslawiens noch nicht unter der Herrschaft der Partisanen stand, faßte der "Antifaschistische Rat der Volksbefreiung Jugoslawiens" (AVNOJ), der als provisorische Volksvertretung fungierte und seinen Verordnungen die bundesstaatliche Konstruktion eines neuen Jugoslawiens im Sinne des Nationalitätenprogramms der Partisanenbewegung zugrunde legte, auf seiner Sitzung vom

21.11.1944 in Belgrad den "Beschuß über den Übergang von Feindvermögen in Staatseigentum".

Mit dem Inkrafttreten dieses Beschlusses am gleichen Tage, wurde "sämtliches Vermögen von Personen deutscher Volkszugehörigkeit, außer dem derjenigen Deutschen, die in den Reihen der Nationalen Befreiungsarmee und der Partisaneneinheiten Jugoslawiens gekämpft haben oder die Staatsangehörige neutraler Staaten sind, die sich während der Okkupation nicht feindlich verhalten haben" (Art. I, 2) konfisziert, wobei der Eigentumsbegriff des Beschlusses schlechthin allen materiellen Besitz samt allen Rechten und Ansprüchen auf Entgelt einschloß (Art. III). Das Vermögen von Flüchtlingen wurde der "Staatsverwaltung für Volksgut unterstellt" (Art. II).

Diese Blankovollmacht zur vollständigen Enteignung aller evakuierten, geflohenen und fast aller daheim gebliebenen Jugoslawiendeutschen gab den Partisanenausschüssen bis zur Aufhebung der Militärverwaltung im Februar 1945, anschließend den staatlichen Behörden, jede Möglichkeit, deutsches Eigentum gleich welcher Art, vornehmlich natürlich den reichen Landbesitz, zu beschlagnahmen und entschädigungslos zum jugoslawischen Staatsbesitz zu erklären.

Für die Verwaltung und Aufsicht über den beschlagnahmten Besitz war sodann eine Abteilung des "Kommissariats für Handel und Industrie" zuständig, die diese wiederum der Staatsverwaltung für Volksgut übertrug (Art. IV, 8).

In den Fällen, in denen noch keine Konfiskation durch irgendeine einzel- oder bundesstaatliche Instanz ausgesprochen oder kein Verfahren anhängig gemacht worden war, galt es als Aufgabe der Kommissionen für Kriegsverbrechen, den Übergang des vom Gesetz bezeichneten Besitzes in Staatseigentum herbeizuführen und gleichzeitig darüber den Beschluß eines Zivil- oder Militärgerichts zu erwirken.

Nach der Formulierung des Gesetzes (Art. IV) war dieser gerichtliche Entscheid als der die Enteignung bestätigende Rechtsakt notwendig. Das jugoslawische Gesetz vom 31.7.1946 über den "Übergang von Feindvermögen in das Eigentum des Staates" bestätigte noch einmal die Konfiskation alles Besitzes von Deutschen ohne Rücksicht auf deren Staatsangehörigkeit (Art. I, 2), d.h. ausgenommen wurden nur fünf genauer spezifizierte Personengruppen, nämlich Volksdeutsche, die

aktiv am Partisanenkampf teilgenommen oder in der "Volksbefreiungsbewegung" mitgewirkt hatten;

vor dem Kriege assimiliert und während der Besatzungszeit weder dem "Schwäbisch-Deutschen Kulturbund" beigetreten, noch als Angehörige der verschiedenen deutschen Volksgruppen aufgetreten waren;

es während der Besatzungszeit abgelehnt hatten, sich trotz der Aufforderung der Besatzungsbehörden als Angehörige der deutschen Volksgruppen zu bekennen;

eine Ehe mit einem Angehörigen der südslawischen Völker oder anerkannten Minderheiten geschlossen hatten oder

Staatsangehörige neutraler Staaten waren und sich während der Besatzungszeit "gegenüber dem Befreiungskampf der jugoslawischen Völker nicht feindselig" verhalten hatten.

Im Banat und in der Batschka wurde dieser AVNOJ-Beschluß vom 21.11.1944 den Deutschen nicht bekannt gemacht. Die deutsche Bevölkerung bekam seine Konsequenzen zu spüren, ohne von der Anordnung zu wissen und ohne - bis auf wenige Ausnahmen - die Gerichtsbeschlüsse über die Bestätigung der Enteignung zu erhalten. Im Bereich der Volksrepublik Kroatien dagegen sind solche Bescheide in zahlreichen Fällen zugestellt worden.

Die große Agrarreform, die am 23.8.1945 von der Koalitionsregierung der Partisanenführung mit Exilpolitikern, der Tito-Subasić-Regierung, verkündet wurde, wiederholte noch einmal die kollektive Diskriminierungsklausel gegen die deutsche Bevölkerung, indem laut Art. 10 a

das gesamte anbaufähige Land von "Personen deutscher Nationalität", die gemäß dem Beschluß vom 21.11.1944 bereits enteignet worden waren, dem Bodenfonds für die Agrarreform zugewiesen wurde; dieser ehemals deutsche Besitz sollte (Art. 18) bevorzugt jugoslawischen Partisanen und Soldaten übertragen werden.

Hier wird deutlich, daß die Liquidierung der deutschen Frage zugleich eine Vorstufe der kommunistischen Landwirtschaftspolitik darstellte.

Die Jugoslawiendeutschen wurden jedoch nicht nur enteignet. Durch den AVNOJ-Beschluß vom 21.11.1944 wurden sie auch pauschal zu "Volksfeinden" erklärt, und zwar im "außergerichtlichen Verfahren", das "hauptsächlich wegen der Konfiskation des Vermögens der Volksfeinde eingeführt wurde". Damit war die Entziehung der bürgerlichen Rechte ... verbunden, die im extremsten Sinn außer der Enteignung auch den Verlust der persönlichen Freiheit, das heißt die Internierung zur Folge hatte und oft auch von Volksdeutschen und unteren Partisanenführern als Entziehung der Staatsangehörigkeit mißverstanden wurde.

Eine Kollektivausbürgerung wie in anderen Vertreibungsländern ist jedoch in Jugoslawien nicht erfolgt, verlor doch auch das Problem der Volksdeutschen nach der Flucht und Evakuierung der Mehrheit, der Enteignung und Internierung der im Lande Verbliebenen für das neue Regime sehr schnell seine Schärfe. Im neuen Staatsangehörigkeitsgesetz vom 23.8.1945 wurden die Volksdeutschen nicht vom Besitz der jugoslawischen Staatsangehörigkeit ausgeschlossen.

Es enthielt eine "Kann-Vorschrift", die es ermöglichte, Personen deutscher Volkszugehörigkeit durch Entscheid des Innenministeriums die Staatsangehörigkeit zu entziehen. Laut Artikel 16 bis 18 konnte nämlich die jugoslawische Staatsangehörigkeit "jedem" Angehörigen derjenigen "Völker" aberkannt werden, deren Staaten gegen Jugoslawien Krieg geführt hatten, sobald er vor dem Kriege oder während des Krieges "durch illoyales Verhalten gegen die nationalen und staatlichen Interessen der Völker der FVRJ gegen seine Pflichten als Staatsangehöriger verstoßen" hatte.

Der Entzug der Staatsangehörigkeit erstreckte sich auch auf Ehegatten und Kinder, es sei denn, daß sie keine Verbindung mit dem Beschuldigten besaßen oder Angehörige eines der jugoslawischen Völker waren.

Eine Ergänzung zu Art. 35 des Staatsangehörigkeitsgesetzes, datiert vom 1.12.1948, bestimmte, daß alle "Personen deutscher Nationalität" automatisch nicht als Staatsangehörige der FVR Jugoslawien angesehen wurden, wenn sie sich zu diesem Zeitpunkt im Ausland befanden und vor dem Kriege oder während des Krieges "ihre Pflichten als Staatsangehörige" durch illegale Handlungen gegen die Volks- und Staatsinteressen der Völker der FVRJ Jugoslawien verletzt hatten. Damit wurde auf diesen Personenkreis die "Kann-Bestimmung" des Gesetzes vom 23.8.1945, nach der in jedem einzelnen Falle das Innenministerium zu entscheiden hatte, pauschal als "Muß-Bestimmung" angewandt.

Wenn zahlreiche Volksdeutsche nach der Entlassung aus den Internierungslagern der Woiwodina, vor allem seit dem Herbst 1948, zu einer bestimmten Registrierung bei den Ortsbehörden aufgefordert wurden, so handelte es sich dabei nicht, wie oft angenommen wurde, um die Wiedererlangung der Staatsbürgerschaft, sondern um ein Registrierungsverfahren.

Das Staatsangehörigkeitsgesetz verlangte die Feststellung der Länderstaatsangehörigkeit am Stichtag des 28.8.1945. Sie mußte in die von jeder Gemeinde zu führende Kartei der Staatsangehörigkeit der Volksrepublik eingetragen werden und galt dann zugleich als Beweis für die Bundesstaatsangehörigkeit.

Für Volksdeutsche war die Eintragung in das Staatsangehörigkeitsregister solange ausgeschlossen, wie ihnen die bürgerlichen Rechte entzogen und sie ohne ständigen Wohnsitz waren. Erst die Entlassung aus den Internierungslagern, aus der Kriegsgefangenschaft oder Haft mit der Erklärung zu "freien Bürgern der FVR Jugoslawien" ermöglichte und erforderte die

Anmeldung zur Registrierung in der Staatsangehörigkeitskartei.

Dieser Registrierung, die vermutlich in der Regel mit der Anmeldung bei der Behörde des zugewiesenen Aufenthaltsorts verbunden war, konnten sich die Volksdeutschen nur ganz selten entziehen, so daß sie in der überwiegenden Mehrzahl als jugoslawische Staatsangehörige eingetragen wurden.

Im Hinblick auf die ersten Nachkriegswahlen, die am 11.11.1945 abgehalten wurden und denen am 29.11.1945 die Ausrufung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien, am 22.12.1945 die Anerkennung der jugoslawischen Regierung durch Großbritannien und die USA folgte, wurde am 10.8.1945 ein Gesetz "über die Wählerlisten" erlassen.

Auch in ihm war eine Reihe diskriminierender Klauseln enthalten, die den Volksdeutschen das Wahlrecht verweigerten. Ausgeschlossen von der Ausübung des Wahlrechts wurden nach Artikel 4 alle Angehörigen des deutschen Militärs, die Mitglieder des "Schwäbisch-Deutschen Kulturbundes" und "anderer Organisationen der Okkupanten" samt den jeweiligen Familienangehörigen, sowie alle Personen, die im "politisch-polizeilichen Dienst" der Okkupationsmächte gestanden oder diese militärisch und wirtschaftlich unterstützt hatten.

Die Rubrizierung gestattete es, bei entsprechend weitherziger Auslegung das gesamte Jugoslawiendeutschtum, wiederum allerdings mit Ausnahme derjenigen, die den "Volksbefreiungskampf" unterstützt hatten, von der Wahlbeteiligung auszuschließen, denn auch dem letzten, politisch gleichgültigen volksdeutschen Bauern in der Woiwodina ließ sich mühelos zumindest die "wirtschaftliche Unterstützung" der deutschen Besatzungsmacht nachweisen.

Außerdem besaßen jedoch alle diejenigen Personen keine Wahlrechte, die "zum Verlust der politischen Rechte" verurteilt worden waren, so daß der Rekurs (Rechtsbehelf) auf den AV-NOJ-Beschluß vom 21. November 1944 eine zusätzliche Möglichkeit geboten hätte, Deutsche von den Wahlen fernzuhalten. All dies sind freilich theoretische Betrachtungen, denn angesichts der allgemeinen Internierung der Deutschen existierte in einem praktischen Sinne ohnehin keine Aussicht, daß Deutsche auf ihrem Wahlrecht hätten bestehen können.

Wenn man sich weiterhin vor Augen hält, daß sich die Jugoslawiendeutschen seit dem Frühjahr 1945 geschlossen in Lagern befanden, wo es für sie um das bare Überleben ging, dann erscheint auch das Gesetz vom 25.8.1945 über "Straftaten gegen Volk und Staat", allenfalls als formalistische Abrundung der antideutschen Gesetzgebung.

Ohne Rücksicht auf den Grundsatz "nullum crimen sine lege" konnten gemäß diesem Gesetz rückwirkend alle möglichen Handlungen von Volksdeutschen als den Interessen des jugoslawischen Staates oder seiner Völker zuwider klassifiziert werden. Ganz gleich, ob sie vor oder nach der Kapitulation vom April 1941 verübt worden waren, der Katalog der aufgezählten Vergehen erschien reichhaltig genug, um die Verhandlungen vor einem Volksgericht auf der Ebene der Bezirks- oder des obersten Republikgerichts zu rechtfertigen.

Dadurch wurden neue Möglichkeiten zur politischen Bestrafung geschaffen, die auch dazu gedient haben, in zahlreichen Prozessen gegen Deutsche hohe Strafen zu verhängen. Für den tiefsten Eingriff in die Rechte der Volksdeutschen: für ihre Internierung und Unterwerfung unter Zwangsarbeit hat es überhaupt keine gesetzlichen Grundlagen gegeben, als "Volksfeinde" sahen sie sich vielmehr "im außergerichtlichen Verfahren" jahrelang dieser Willkürbehandlung ausgesetzt.<<

## **Rumänien**

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über die Zerstörung der Lebensgrundlagen in Rumänien (x007/82E-85E): >>... Die schon Ende 1944 einsetzenden Versuche, die rumänische Nationalitätenpolitik auf neue Grundlagen zu stellen, waren von Anfang an kommunistisch gelenkt.

Bei der Bildung des zweiten Kabinetts Sanatescu wurde der kommunistische Professor G.

Vladescu-Racoasa zum Minister für Nationale Minderheiten ernannt.

Aufgabe des neugeschaffenen Ministeriums war das Studium "aller durch das Bestehen verschiedener auf dem Gebiet des rumänischen Staates mitwohnender nationaler Minderheiten entstehenden Probleme" und die Überwachung und Kontrolle "aller Maßnahmen, die das gesamte soziale Leben der nationalen Minderheiten betreffen, im Rahmen des Statuts für Nationale Minderheiten".

Das noch im letzten Monat der Amtszeit Radescus, am 6. Februar 1945, erlassene Statut sichert allen rumänischen Staatsbürgern "ohne Unterschied der Rasse, Nationalität, Sprache und Religion" volle Gleichberechtigung zu, wobei nationaler Exklusivismus wie die Propagierung von Haß oder Verachtung um der Rasse, Religion oder Nationalität willen ausdrücklich unter Strafe gestellt werden.

Der freie Gebrauch der Muttersprache im privaten Bereich wurde ebenso verbürgt, wie ihre Zulassung als Amts- und Gerichtssprache in Orten und Bezirken, in denen die Angehörigen einer Minderheit mehr als 30 % der Bevölkerung ausmachen; über die Einrichtung staatlichen Unterrichts in den Sprachen der Minderheiten hinausgehend, sollten sich auch die konfessionellen Privatschulen der Minderheiten staatlicher Unterstützung erfreuen.

Das Nationalitätenstatut wurde durch die Regierung Groza ausdrücklich bestätigt und durch ein besonderes Strafgesetz verstärkt. Ein weiteres Dekret verbot den Gebrauch des Begriffs "Minderheit"; an die Stelle des Verhältnisses von Staatsnation und Minderheiten trat im Sinne der marxistisch-stalinistischen Nationalitätenpolitik die Idee der "zusammenwohnenden" oder "mitwohnenden Nationalitäten".

Ziel dieser Nationalitätenpolitik war es zunächst, dem Kommunismus angesichts der kommunistenfeindlichen Haltung weiter Kreise des Rumänentums bei den Angehörigen der nationalen Minderheiten, den Serben, Ukrainern, Zigeunern, Türken, Tataren, besonders aber den Madjaren, Rückhalt zu verschaffen. Die Sicherung der madjarischen Nationalitätenrechte bildete darüber hinaus eine wesentliche Voraussetzung für die wenige Tage nach dem Regierungsantritt Grozas verfügte endgültige Rückgabe Nord-Siebenbürgens an Rumänien.

Die Volksdeutschen waren von den Vergünstigungen des Nationalitätenstatuts in den ersten Jahren weitgehend ausgeschlossen, obwohl im Organisationsgesetz des Minderheitenministeriums neben der madjarischen, slawischen und "balkanischen" ausdrücklich auch eine: deutsche Sektion vorgesehen war.

Die "Deutsche Volksgruppe in Rumänien" und die ihr 1940 verliehenen Privilegien waren, wohl unter Bezug auf Art. 15 des Waffenstillstandsvertrages, durch Dekret vom 8. Oktober 1944 aufgehoben worden. Unmittelbar nach der rumänischen Kapitulation hatte Senator Hans Otto Roth nach Fühlungnahme mit Ministerpräsident Sanatescu in einem "Aufruf an die Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben" die Verantwortung für die Deutschen in Rumänien übernommen.

Als Kurator der evangelischen Landeskirche, mit deren neugewähltem Bischof Dr. Friedrich Müller er eng zusammenarbeitete, behielt Roth auch in der Folgezeit einen gewissen Einfluß. Seinen persönlichen Beziehungen zu Maniu und Bratianu waren: manche Erleichterungen zu verdanken, wenn er auch die von den Sowjets angeordnete Deportation nicht verhindern konnte. Die demokratischen rumänischen Parteien ermöglichten die Herausgabe der "Temesvarer Zeitung" - mit einer Sonderausgabe für Siebenbürgen -, neben der als sozialdemokratisches Organ die ebenfalls deutschsprachige "Freiheit" erschien.

Auf die Dauer mußte sich angesichts der innenpolitischen Gewichtsverlagerungen freilich gerade dieser enge Kontakt der alten sächsischen Führungsschicht zu den "historischen Parteien" nachteilig auswirken; schon gegen Ende des Jahres 1945 ließ Ministerpräsident Groza Roth mitteilen, er könne ihn als "bürgerlichen Reaktionär" nicht mehr empfangen.

Die Politik der rumänischen Kommunisten war in den ersten Jahren nach dem Kriege offen

gegen die Volksdeutschen gerichtet. Versuche volksdeutscher Kreise, durch ein "Antifaschistisches Komitee" unter dem Hermannstädter Sozialisten Rudolf Mayer politisch zum Zuge zu kommen, blieben erfolglos.

Das im März 1945 erlassene Bodenreform-Dekret richtete sich in erster Linie gegen die ehemaligen Angehörigen der deutschen Volksgruppe, damit aber praktisch gegen die Volksdeutschen allgemein, da sie ja durch das Volksgruppengesetz von 1940 automatisch zu Mitgliedern der Volksgruppe erklärt worden waren.

Noch das am 14. Juli 1946 verkündete Wahlgesetz schloß neben Kollaborateuren, Kriegsverbrechern und an der Katastrophe des Landes Schuldigen auch alle Mitglieder der ehemaligen deutschen Volksgruppe vom Wahlrecht aus.

Schlimmer noch als die gesetzliche Diskriminierung war die praktische Rechtlosigkeit der Volksdeutschen. Kommunistische Haßpropaganda führte zu örtlichen Ausschreitungen, gegen die vielfach auch wohlwollende Beamte machtlos waren. Willkürliche Beschlagnahmen von Wohnungen, Häusern und sonstigem deutschen Eigentum, Haussuchungen und Verhaftungen blieben auch weiterhin an der Tagesordnung, betrafen freilich das rumänische Bürgertum in kaum geringerem Maße.

Für die Volksdeutschen in den zur Deportation herangezogenen Altersklassen bestand, soweit sie der Verschleppung im Januar 1945 entgangen waren, eine amtlich verfügte Arbeitspflicht, in deren Rahmen sie im Lande, zum Teil in den Bergwerken von Petroseni und Anina, zum Teil zu gelegentlichen Straßen- und Aufräumungsarbeiten, eingesetzt wurden.

Selbst von kommunistischer Seite scheint jedoch eine geschlossene Aussiedlung der Volksdeutschen aus Rumänien, wie sie in der Tschechoslowakei, in den östlichen Reichsgebieten und in Ungarn erfolgte, nie ernsthaft erwogen worden zu sein. Schon in den Jahren 1946/47 gelang den Deutschen dann zum Teil eine gewisse Konsolidierung auf wirtschaftlichem Gebiet, vor allem aber im kirchlichen Bereich und im Schulwesen.

Der offene Übergang Rumäniens zur kommunistischen Diktatur in der zweiten Jahreshälfte 1947 schuf schließlich mit der Ausdehnung der 1944/45 proklamierten Nationalitätenpolitik auf die Deutschen bei gleichzeitiger Inangriffnahme der systematischen Bolschewisierung des Landes völlig neue Voraussetzungen.<<

## **Ungarn**

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1956 über die Zerstörung der Lebensgrundlagen in Ungarn (x008/45E-47E): >>... Die Verschleppung in die Sowjetunion kann als die letzte Großaktion gelten, die unmittelbar auf die Besetzung Ungarns durch die Rote Armee zurückzuführen ist.

Natürlich blieb auch in den folgenden Jahren der russische Einfluß auf die allgemeinen Richtlinien der Innen- und Außenpolitik maßgebend. Da die Exekutive jedoch auf die inzwischen neugebildeten ungarischen Regierungsorgane überging, konnten jetzt auch speziell ungarische Anliegen und Forderungen, soweit sie den sowjetischen Direktiven nicht widersprachen, durchgeführt werden.

Die unter sowjetischem Protektorat geschaffenen ungarischen politischen Organe - die "Ungarische Nationale Unabhängigkeitsfront", die "Provisorische Nationalversammlung" und die von General Béla Miklós-Dálnoki gebildete "Provisorische Nationalregierung" - nahmen vor allem zwei Aufgabenkomplexe in Angriff:

1. Eine radikale außen- und innenpolitische Schwenkung, also die Distanzierung vom alten ungarischen Regime und vom Bündnis mit dem nationalsozialistischen Deutschen Reich und enge Anlehnung an die Sowjetunion, um für die Friedensverhandlungen und die zukünftige politische Konstellation in Europa eine nicht zu ungünstige Ausgangsposition zu erhalten,
2. eine groß angelegte Bodenreform, um sich durch Verteilung von Besitz an die landarme

und landhungrige Bevölkerung innenpolitisch die notwendige Resonanz und Bestätigung zu verschaffen.

Beide Bestrebungen sollten sich bei ihrer Durchführung gerade für das ungarländische Deutschtum verhängnisvoll auswirken. Entscheidend für das weitere Schicksal der Volksdeutschen wurde nämlich die Tatsache, daß man sie in ihrer Gesamtheit nicht mehr als eine rechtlich konstituierte Minderheit behandelte, sondern daß ihnen von dem neuen Regime gerade ihr Minderheitenstatus als Staatsverbrechen angerechnet wurde.

Diese Haltung der ungarischen Regierungsstellen wie auch der einzelnen neu- oder wiedererstandenen Parteien gegenüber dem ungarländischen Deutschtum kann nicht allein aus der Enttäuschung über den verlorenen Krieg und der verfehlten Spekulation des Zusammengehens mit dem nationalsozialistischen Deutschland erklärt werden, sondern läßt sich auf die Leitsätze der alten ungarischen Nationalstaatspolitik zurückführen, die auch in der neuen Ära noch keineswegs ihre richtungsweisende Kraft verloren hatten, jedenfalls nicht in der Anfangszeit. Die Idee der homogenen madjarischen Nation, die innerhalb des ungarischen Staatsgebietes keine Minderheiten, sondern höchstens anderssprachige Ungarn kennen wollte, fand besonders in der weitaus größten ungarischen Partei der ersten Nachkriegsjahre - der kleinbürgerlich-liberalen "Partei der kleinen Landwirte" - ihre konsequente Weiterentwicklung.

Nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches, der auch das Ende des Königreichs Ungarn bedeutete, sah das nationalistische Madjarentum die Zeit der großen Abrechnung mit dem Deutschtum anbrechen.

Die Großmachtpolitik mit dem Ziel der Wiedererrichtung des Reiches der Stephanskronen war gescheitert, Ungarn mußte alle seit 1939 angegliederten Gebiete herausgeben - die Zugeständnisse, die man dem Deutschen Reich in bezug auf die deutsche Volksgruppe gemacht hatte, waren nicht belohnt worden und erwiesen sich in der Rückschau als Irrweg und als Belastung der ungarischen Politik. Vor allem aber hatte sich das Verhältnis zum ungarländischen Deutschtum insgesamt gewandelt.

Die madjarischen Nationalisten sahen in dem Volksdeutschen schon im Laufe des Krieges nicht mehr den "Schwaben", den deutschsprachigen ungarischen Staatsbürger, den es nur zu assimilieren galt. Jetzt wurde er zum Feind der madjarischen Nation, der in den vergangenen Jahren Träger einer fremden Idee gewesen war oder es jeder Zeit hätte werden können und daher für die Zukunft eine latente Gefahr darstellte.

Für den einzelnen Angehörigen der deutschsprachigen Bevölkerungsgruppe gab es in madjarischer Sicht nach wie vor eine ganz klare Fragestellung. Entweder er bejahte die homogene madjarische Nation und unterwarf sich ihr; das bedeutete, er war Madjare; oder aber er bekannte sich unter Berufung auf das Minderheitenrecht zu einem anderen Volkstum und schloß sich damit aus der Gemeinschaft aus. Der eine galt als "treu", der andere als "untreu"; das Treueverhältnis zur madjarischen Nation, d.h. zum madjarischen Staatswesen, hatte unbedingt zu sein, alles andere war Verrat.

Jetzt, wo die Zusammenarbeit der früheren ungarischen Regierung mit dem Deutschen Reich in Bausch und Bogen verurteilt wurde, bedachte man nicht mehr, daß dem Volksdeutschen nach dem Wiener Abkommen jede Möglichkeit zur Entwicklung einer eigenen politischen Linie außerhalb des Volksbundes oder der einzelnen Organisationen der Volksgruppe genommen war.

Das neue Regime in Ungarn ließ auch für die Beurteilung der Vergangenheit nur die Alternative gelten: entweder Staatstreue, das hieß Assimilationsbereitschaft und Ablehnung jeder eigenständigen Minderheitenpolitik oder faschistische Haltung, ein Begriff, der dann auf alle Varianten des Verhaltens vom nationalsozialistischen Funktionär über den bewußten Volksdeutschen bis zum politisch gleichgültigen, aber sein Deutschtum nicht verleugnenden Bauern angewendet werden sollte.

Handlungen, die sich als reines Bekenntnis zum Volkstum ohne politischen Beigeschmack erklären lassen, - wie etwa die Rückverdeutschung des madjarisierten Namens oder sogar das Bekenntnis zur deutschen Nationalität in der Volkszählung von 1941 - galten jetzt als faschistisches Verbrechen oder wurden ihm gleichgesetzt. Ebenso wurde die Flucht vor der Roten Armee oder die Evakuierung in deutsches Reichsgebiet als Bekenntnis zum Deutschtum und damit als staatsfeindlicher Akt gewertet.

Damit erschien neben dem "Kriegsverbrechen" und den "faschistischen Umtrieben" als dritte schwere Verfehlungsgruppe der "Vaterlandsverrat" oder die "Untreue gegenüber dem ungarischen Staat", deren die Volksdeutschen als solche - wegen ihres Bekenntnisses zum deutschen Volkstum - dem madjarischen Staat gegenüber für schuldig befunden wurden.

Von hier aus war der Weg nicht weit zu einer Diffamierung und Verurteilung der deutschen Volksgruppe, ja des gesamten Deutschtums in Ungarn, soweit es sich als solches bekannt hatte. Jeder einzelne Volksdeutsche, soweit er sich als deutschbewußt oder auch nur deutschfreundlich gezeigt hatte, mußte daher mit rigorosen Vergeltungsmaßnahmen rechnen. Diese begannen mit einer einschneidenden Maßnahme: mit der Enteignung volksdeutschen Grundbesitzes, die im Rahmen der allgemeinen Bodenreform in Angriff genommen wurde. ...<<

### **Massenverhaftungen, Zwangsarbeit und Internierungslager in Ost-Mitteleuropa nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges**

Nach Abschluß der militärischen Aktionen inhaftierte man alle "verdächtigen Deutschen" vorübergehend in Zuchthäusern und Gefängnissen oder transportierte sie nach der "Entnazifizierung" in hoffnungslos überfüllte Internierungs- bzw. Zwangsarbeitslager (z.T. handelte es sich um ehemalige NS-Konzentrationslager). Hunderttausende von Unschuldigen fielen planmäßigen Massenverhaftungen zum Opfer.

Die Internierungslager in Ost-Mitteleuropa waren nicht selten regelrechte Seuchenhöllen, Hungerquartiere und Sterbelager, so daß die Deutschen "wie die Fliegen" starben. In den Internierungslagern gab es mehrheitlich nur Hungerrationen, weil große Teile der Lebensmittellieferungen von den Lagerleitungen oder dem Wachpersonal unterschlagen wurden.

Willkürliche Übergriffe waren an der Tagesordnung. Angst, Hunger und Not bestimmten die Haftzeit der Internierten. Verstöße gegen die Lagerordnung wurden vielerorts mit Prügelstrafen oder Bunkerhaft geahndet. Während der Bunkerhaft mußten die Häftlinge meistens auf dem blanken Betonboden zubringen und erhielten häufig tagelang kein Wasser und keine Verpflegung.

Eine ausreichende medizinische Betreuung existierte nur sehr selten. Während der Sommermonate wurden die hilflosen Menschen von Flöhen, Wanzen, Läusen und anderem Ungeziefer bis aufs Blut gequält.

Ständige Mißhandlungen, mangelhafte Unterkünfte, ungenügende Verpflegung und große Epidemien forderten ungezählte Opfer. Aufgrund der katastrophalen hygienischen Zustände und unzureichenden Ernährung brachen in den Lagern verheerende Seuchen und Ungezieferplagen aus. Obwohl Ärzte unter den Inhaftierten waren, konnten sie nicht helfen, denn im allgemeinen gab es weder Medikamente noch Verbandsmaterial. In vielen Zellen lagen Kranke, Sterbende und Tote.

Im Jahre 1945 kamen z.B. im sowjetischen Deportationslager Preußisch Eylau mindestens 6.000-7.000 (ca. 50 %) der deutschen Gefangenen durch Hungertyphus und Krankheiten um (x010/33). Im sowjetischen Zentralgefängnis Graudenz erlagen sogar etwa 5.000, der rd. 8.000 Inhaftierten, den Ruhr- und Flecktyphusepidemien (x010/34).

Im Winter litten die abgemagerten Lagerinsassen unter der großen Kälte. Da die inhaftierten Deutschen durch den ständigen Hunger geschwächt waren und kaum Winterkleidung oder Heizmaterial besaßen, starben in den Wintermonaten ungezählte Inhaftierte.



Obleich die deutschen Häftlinge völlig unzureichend ernährt wurden, mußten sie täglich schwere Zwangsarbeiten verrichten. In den Lagern fanden gewöhnlich regelrechte Sklavenmärkte statt. Der Andrang war sehr groß, denn man konnte die deutschen Arbeitssklaven für geringe Geldbeträge ausleihen. Wer Hunger, Krankheit, Kälte und sonstige Strapazen überlebte, kämpfte täglich verzweifelt, um die schwere Zwangsarbeit oder den harten Lageralltag zu überstehen.

In den Zwangsarbeitslagern (Polen = 1.255 Lager, Tschechoslowakei = 846 Arbeits- und Straflager, Jugoslawien = ca. 1.500 Lager und Gefängnisse) wurden häufig die berüchtigten NS-Methoden imitiert. Manche Juden, die nach ihrer Befreiung wieder im KZ Theresienstadt inhaftiert wurden, berichteten, daß die Essenrationen im Juli 1945 um 50 % niedriger waren als im Dezember 1944.

Durch die jahrelange Unterernährung und die unmenschlichen Haftstrapazen wurden Tausende von Reichs- und Volksdeutschen nicht nur physisch, sondern auch psychisch ruiniert.

### **Polen und polnisch verwaltete Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie**

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Zwangsarbeit und Lager in Polen (x001/131E-133E): >>Von der Einlieferung in Arbeitslager wurden nicht nur die eingesessenen Volksdeutschen, sondern gleichermaßen auch die in den Reichsgau Wartheland eingewiesenen deutschen Umsiedler sowie die noch in Polen zurückgebliebenen Reichsdeutschen betroffen, wengleich letztere im allgemeinen früher entlassen und ausgewiesen wurden.

Der Arbeitseinsatz der Deutschen in Polen begann schon unmittelbar nach der Besetzung mit Schanz- und Aufräumungsarbeiten im rückwärtigen Frontgebiet. Deutsche Frauen mußten, den rohen Schikanen der polnischen Miliz ausgesetzt, von russischen Soldaten belästigt und vergewaltigt, bei völlig unzureichender Verpflegung Leichen bergen, Tierkadaver begraben, Munition und Kriegsgerät fortschaffen, Straßen und Wege freilegen und Häuser säubern.

Später begann ein systematischer Einsatz in der Landwirtschaft und Industrie. Um die große Zahl der dem Arbeitszwang unterliegenden Menschen erfassen und planvoll einsetzen zu können, wurde ein Netz von Arbeitslagern über das ganze Land gelegt.

Zunächst dienten als solche die zum Teil bereits im Zuge der Enteignungsaktion eingerichteten Internierungslager. Im Verlauf der Jahre 1945/46 reduzierte man ihre Zahl und faßte schließlich alle im polnischen Staatsgebiet internierten Deutschen in den großen Zentralarbeitslagern Potulice bei Bromberg, Gronowo bei Lissa und Sikawa bei Lodz zusammen, die erst in den Jahren 1949 und 1950 von der polnischen Regierung aufgelöst worden sind.

In diese Lager sind im Laufe der Zeit so gut wie alle Deutschen in Polen eingewiesen worden, relativ spät die deutschen Bewohner der größeren Städte, z.B. von Posen, Bromberg, Lodz, die aus ihren Wohnungen gewiesen vorher oft lange Zeit in Ruinen und Kellerlöchern gehaust hatten.

In den Zentrallagern wurden sie alle registriert und auch diejenigen als Lagerangehörige geführt, die seit ihrer Enteignung in landwirtschaftlichen Betrieben und Wirtschaftsunternehmen arbeiteten. Kranke und Arbeitsunfähige wurden ständig in den Lagern gehalten, und dorthin mußten auch die Arbeitsfähigen zu ihrer weiteren Verwendung zurückkehren, sobald sie ihren bisherigen Arbeitseinsatz beendet hatten. –

Bei der Unterbringung in den "Stammlagern" und der Verschickung zum Arbeitseinsatz wurden Familienangehörige rücksichtslos auseinandergerissen.

Von den Lagern aus gingen verschiedene Transporte mit internierten deutschen Zwangsarbeitern nach dem oberschlesischen Industriegebiet, andere nach Warschau zu Aufräumungsarbeiten. Die Mehrzahl der Lagerinsassen wurde jedoch gruppenweise oder einzeln zur Landarbeit auf staatliche Güter oder private Höfe verteilt.

Um aus den Deutschen einen möglichst hohen Gewinn herauszuschlagen, ging man schon bald dazu über, von jedem, der deutsche Arbeitskräfte benutzte, einen Mietpreis zu fordern, wodurch die Sammellager zu einer Art von Sklavenmärkten wurden, auf denen man deutsche Arbeitskräfte anbot und verkaufte. Polnische Bauern und Unternehmer suchten sich die ihnen geeignet erscheinenden Männer und Frauen heraus, wobei der Mietpreis etwa ein Zehntel dessen betrug, was normalerweise der Lohn eines polnischen Arbeiters war.

Es war kein Wunder, daß der Wunsch, deutsche Arbeitskräfte zu bekommen, sehr groß war und daß die Deutschen mitunter zum Objekt von Schachergeschäften wurden, an denen sich vor allem mancher polnische Lagerleiter bereicherte. Die billige Arbeitskraft der internierten Deutschen wurde schließlich der Grund, daß man die Ausweisung, die für alle Deutschen im Dekret vom 13. September 1946 beschlossen worden war, sehr ungern sah und sie zu verzögern trachtete.

Diese plötzliche Wertschätzung der Deutschen auf Grund ihrer Billigkeit und ihrer Arbeitskraft steigerte indessen nur die Erniedrigung, in die die deutsche Bevölkerung hinabgestoßen war, und trug kaum etwas bei, ihre Lage zu verbessern. Wehrlos mußten sie sich schwerste Arbeitsleistungen abzwängen lassen und lebten in dürftigen Unterkünften bei schlechter Verpflegung, ohne Löhnung und ärztliche Betreuung, oft auch von Ungeziefer und Krankheiten befallen oder Verhöhnungen und Schikanen ausgesetzt, ein Sklavendasein, das sie seelisch zermürbte und abstumpfte, die Gesundheit ruinierte und vielen das Leben kostete.

Dennoch bewarb sich die internierte deutsche Bevölkerung um den Arbeitseinsatz, vor allem in der Landwirtschaft. Er gab immerhin die Chance, daß man es mit polnischen Arbeitgebern zu tun bekam, die sich von menschlicheren Empfindungen leiten ließen; er brachte die Möglichkeit, den Quälereien im Lager auszuweichen und sich zusätzliche Nahrungsmittel zu verschaffen. Einzelnen Spezialarbeitern gelang es sogar, nach kurzer Zeit bereits wieder ein gewisses Maß an Freizügigkeit zurückzugewinnen.

Demgegenüber erschien das Leben der Alten, Kranken und Kinder geradezu hoffnungslos, die - als Arbeitskräfte verschmäh - Jahr um Jahr in den Internierungslagern verbringen mußten. Ihr Leiden überschritt alles Maß. Sie konnten den quälenden Schikanen und der oft sadistischen Grausamkeit der Bewachungsmannschaften nicht entrinnen. Sie mußten sich mit der unzureichenden Lagerverpflegung begnügen, die durch Unterschlagungen der Bewachungsmannschaften häufig noch verringert wurde.

Durch totale Entkräftung hilflos geworden, ohne Medikamente, von Ungeziefer geplagt, ohne Möglichkeit, auch nur die primitivsten Bedürfnisse der Körperpflege zu befriedigen, siechten sie dahin. Deutsches Pflegepersonal stand diesem Elend in Ermangelung jeglicher Hilfsmittel machtlos gegenüber.

Typhusepidemien grassierten vor allem im Sommer und Herbst 1945 in vielen Lagern und rafften zahllose Insassen dahin. Planmäßiges Erschießen von Alten und hilflosen Kranken, wie es beispielsweise im Lager Kaltwasser geschah, Gewalttaten und Mißhandlungen der Wachmannschaften, oft geleitet von dem Bestreben, Behandlungsmethoden nationalsozialistischer Konzentrationslager zu imitieren, erhöhten die Zahl der Todesopfer. ...<<

Das Bundesarchiv Koblenz berichtete im Jahre 1974 über die Zwangsarbeit und Lager in Polen und in den polnisch verwalteten Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x010/35-36):

>>Als völkerrechtswidriges Massenvergehen stehen im Vordergrund des Berichtsmaterials die gegenüber den Deutschen bei ihrer Verhaftung, in den Gefängnissen und nach der Internierung in ein Arbeitslager verübten Ausschreitungen.

Die Gewaltakte bestanden vorwiegend in Mißhandlungen brutalster, teils sadistischer Art mit Peitschen, Gummiknüppeln oder Gewehrkolben, teils bis zur Todesfolge, ferner in willkürlichen Erschießungen und Erschlagungen wie auch Vergewaltigungen von Frauen. Dem Berichtsmaterial nach ist kaum ein einziger Verhafteter und Internierter Mißhandlungen entgan-

gen. ...

Nach den vorliegenden Unterlagen sind in die größten Lager Potulice, Kreis Bromberg, Gornowo, Kreis Lissa, Sikawa bei Lodz, Lamsdorf im Kreis Falkenberg/Oberschlesien allein mindestens 80.000 Deutsche verbracht worden. Insgesamt aber bestanden in den Gebieten östlich von Oder und Neiße 1.255 Lager und 227 Gefängnisse, die dem Gewahrsam von Deutschen dienten.

Dabei ist jedoch darauf hinzuweisen, daß eine Anzahl dieser Lager nur eine kürzere Zeit bestanden bzw. 100 Insassen hatten. Insassen aufgelöster Lager kamen vielfach in die oben angeführten großen Sammellager und wurden von dort aus zur Arbeit "vermietet". Ferner waren Tausende von Deutschen in Gefängnissen inhaftiert.

Deutsche, die im Vorkriegspolen gelebt hatten, waren gemäß ... Dekret vom 4.11.1944, einschließlich Kinder und Säuglinge, ohnehin in überwiegender Mehrzahl als "Verräter der Nation" in Zwangsarbeitslager gekommen. ...

Von der o.a. Gesamtzahl der Gefängnisse und Lager waren 119 Gefängnisse und 681 Lager in den Reichsgebieten östlich von Oder und Neiße gelegen, von denen das größte und berüchtigtste Lamsdorf in Oberschlesien gewesen ist ...<<

### **Verhältnisse in den Internierungslagern Schwetz und Potulice von September 1945 bis Januar 1949**

Erlebnisbericht der G. G. aus dem Kreis Schwetz in Westpreußen (x002/487-491): >>Am 17. September ... kamen die Polen wie die Kaufleute, von allen Gemeinden, um deutsche Leute zur Arbeit zu holen. ... Ich ging gern, denn man war froh, daß man mal aus dem Lager herauskam. Nach dem Typhus war man sehr schwach geworden. Auch großen Hunger hatten wir alle, denn bei den Wassersuppen konnte sich niemand erholen. ...

Ich ging ... mit einer Polenfrau nach Wilhelmsmark. ... Dort war ich 4 Monate als Dienstmagd. ... Durch die Söhne der Polenfrau ... habe ich viel leiden müssen. Oftmals habe ich ... geweint, denn beklagen konnte man sich nirgends. So mußte man alles über sich ergehen lassen. ...

Durch das viele Wassertragen und Treppensteigen hatte ich meine Beine und Hüftgelenke sehr angestrengt, so daß es später zur Versteifung kam. Auch kriegte ich ... die Krätze am ganzen Körper, es war eine Plage.

Nach 4 Monaten, am 30. Januar 1946, als ich meiner Arbeit nicht mehr nachgehen konnte, ... meldete ich mich im Lager zurück. Die Freude und Sehnsucht nach deutschen Leuten war schon groß. ...

Im Lager herrschte unter allen große Freude, denn am 7. Februar fuhr ein Transport ins Reich. Es kamen aber leider nur Reichsdeutsche dazu und Volksdeutsche, die bereits im Sterben lagen. Alle anderen mußten zurückbleiben.

Am 13. Februar fuhr ein Transport mit Deutschen nach Kongreßpolen ... zum Arbeitseinsatz. Sie kamen nach dem Lager Melenchen und wurden von dort aus ... zur Arbeit verteilt. Nur wenige blieben im Lager Schwetz zurück, alte Leute über 70 Jahre und Kranke, zu denen auch ich gerechnet wurde. Einige Tage mußten wir die Baracken säubern und Bretter tragen, denn das Lager wurde aufgelöst, die Baracken abgebrochen und von dem großen Lager Potulice übernommen.

Am 7. März wurden wir nach dem verwünschten Lager Potulice gefahren. ... Spät abends angekommen, übernachteten wir in einem kleinen Flur, der uns zugewiesen wurde. Jeder machte sein Päckchen auf und legte sich darauf. Wer ein Bett hatte, breitete es aus und legte sich zum letzten Mal darauf.

Wir wurden schon frühzeitig geweckt. Dann ging's in eine Baracke zur Revision. Dort wurde das ganze Hab und Gut eines jeden der Reihe nach kreuz und quer durchsucht, alles ausge-

schüttet, und ohne es richtig einzupacken, mußte man (die Sachen) ... schnell zusammenraffen und in einem Sack oder in einer Decke unterbringen. ... Mein Gesangsbuch, ... unser Eßgeschirr und Kaffeetassen nahm man uns weg. Bei wem Schmucksachen oder Geld gefunden wurden, der wurde mit Bunker bestraft. Wer es freiwillig gab, dem sollte es eingeschrieben werden. Er sollte es wieder zurückbekommen, wenn er aus dem Lager entlassen würde. ...

Am 5. September wurde allen Frauen im ganzen Lager mit der Haarmaschine die Haare abgeschnitten. ... Weil ein Mädchen von den Blöden die Haare nicht glatt gekämmt hatte, ... wurde (ich) meine Haare los.

Am 22. September 1946 kam ... ich ins Altersheim. Das war ... für viele eine Erlösung. ... Wir konnten unsere Baracke nicht verlassen und nirgends hingehen, denn die Baracke war immer verschlossen. Wir konnten uns ... aber ausruhen und brauchten weder zum Appell noch zur Arbeit zu gehen. Den Frauen ... im Altersheim hatte man die Haare nicht geschnitten. ... Am Sonntagvormittag, wenn im Lager Ruhe herrschte, war im Altenheim Gottesdienst, den Schwester M. hielt. Wir sangen evangelische und katholische Kirchenlieder, die Schwester M. mit uns einübte. ... Doch es dauerte nicht lange, dann nahmen einige von uns Abschied ...

Im Altersheim war ich mit verschiedenen Menschen zusammen. Alte, gebrechliche, jüngere Menschen, die ... schwere Krankheit(en) kriegten, ... sind dort hilflos gestorben. Junge Mädels und Frauen, die geisteskrank waren, sind dort gewesen; eine sprang zum Fenster hinaus, ... um zu ihren Kindern ... zu gehen. Ein Mädels von 22 Jahren sang oft, dabei wackelte sie mit dem Kopf.

Auf all diese kranken Leute mußten wir ... aufpassen und sehen, wie wir mit ihnen fertig wurden. In der ersten Zeit dachte ich, daß ich es nicht durchhalten könnte und auch nervenkrank würde, aber mit Gottes Hilfe schaffte ich es. Als Oberin in unserer Baracke hatten wir eine deutsche katholische Schwester. ... Wer etwas mitarbeitete und auch die Kranken versehen und pflegen half, der war bei ihr gut angesehen.

Nachdem unsere Stubenälteste mit dem Transport ins Reich abgefahren war, mußte ich ihre Stelle übernehmen. So hatte ich es oft nicht ... leicht, wenn manchmal bis zu 40 Frauen in einem Zimmer waren. Und bei allen sollte Ordnung sein. Dazu waren noch die Geisteskranken und 2 Taubstumme unter uns. Mit allen mußte man sich verstehen und vielen das Essen reichen.

Am 7. März bekamen wir Frauen in unserer Baracke noch einmal Glatze geschnitten. So manche Träne wurde vergossen, mir wurde es besonders schwer, weil mir schon zum fünften Mal die Haare abgeschnitten wurden.

Zum Frühjahr 1947 wurde es für uns etwas besser, denn wir kriegten die Erlaubnis, bei schönem Wetter draußen vor unserer Baracke zu sitzen. Auch durfte am Sonntagnachmittag, wenn Besuchszeit war, ein jeder seine Angehörigen im Altersheim besuchen. Somit kriegten wir, die wir eingeschlossen waren, auch mal etwas Gutes zu hören, das uns frohen Mut und Hoffnung auf die zukünftige Freiheit gab. Alle 2 Wochen gingen die Insassen des Altenheimes zum Baden.

Am 3. Oktober 1947 kam der Chefarzt in unsere Baracke. Er lief durch alle Zimmer und suchte 7 Frauen aus. Sie mußten sofort zur Untersuchung ins Spital und danach gleich in eine andere Baracke umziehen. Wir mußten schnell unsere wenigen Habseligkeiten zusammensuchen. Dieser plötzliche und schnelle Umzug fiel uns allen schwer.

In der anderen Baracke kam ich mit 11 Frauen zusammen in ein Zimmer. Es war eine Baracke für arbeitsunfähige Frauen. ... Um 6.00 Uhr bekamen wir Kaffee. Danach wurden die Zimmer geräumt und der Fußboden gewischt. Dann stellten sich auch bald die Kommandanten ein, um die Leute in Angst und Aufregung zu versetzen. Wenn ein Kommandant zu sehen war, wurden ... alle Fenster geöffnet, auch Tücher und Mützen von den Köpfen genommen. Eine Zeitlang kamen sie am Vor- und Nachmittag. Zu jeder Zeit mußte alles blank und sauber sein.

Eines Abends, als wir schon alle schliefen, kamen die Kommandanten und höheren Vorgesetzten durch unsere Baracken und jedes Zimmer, lärmten und schrien. Die Hocker mit unseren Sachen warfen sie auf den Fußboden. Dann jagten sie uns alle aus den Betten. In 10 Minuten mußten wir die Sachen (anschließend wieder) im Viereck in einer geraden Reihe auf den Bänken zurechtlegen. ... Auch die Pantoffel mußten gerade in einer Reihe vor den Bänken stehen.

Nachdem am 8. September 1948 wieder ein Transport fuhr und unsere Zimmerälteste auch mitkam, mußte ich für Ordnung in unserem Zimmer sorgen. Das war eine schwere Aufgabe. War doch zu dieser Zeit eine neue Kommandantin eingestellt worden, die sehr oft durch alle Zimmer der Baracken ging und die Frauen zum Putzen antrieb. Dann mußte auch immer gemeldet werden, dazu in polnischer Sprache, welches uns sehr schwer fiel.

Im letzten Jahr bekamen wir Lagersachen, auch Wäsche. Auch das Essen wurde in den letzten 2 Jahren etwas besser und reichlicher. In den 2 ersten Jahren unserer Gefangenschaft haben wir oft hungern müssen. Mit 400 g Brot und abends nur Kaffee mußten wir ausreichen. In letzter Zeit gab es dagegen 500 g Brot und dazu abends noch Suppe.

In den letzten Tagen des Monats Januar 1949 kam eines Abends das Fräulein Oberin in unsere Baracke und brachte mir die Botschaft, daß man mich durch das Rote Kreuz angefordert hätte. ... So konnte ich am 31. Januar 1949 zusammen mit 178 Personen endgültig das Lager Potulice verlassen.

Wir wurden nach Nakel transportiert. Dort übergab uns die polnische Miliz der "Umsiedlungskommission".

In Nakel blieben wir 3 Tage. In dieser Zeit kamen noch täglich weitere Deutsche von den Gütern ... nach Nakel. ... Alle Papiere wurden geprüft, und als der Transportzug angekommen war, wurden wir eingeteilt und sind dann zum Bahnhof abmarschiert. ...

Wir fuhren bis Oberschlesien nach Leobschütz. Der Transport dauerte sehr lange, denn am Tage ließ man die Waggons oft auf einsamen Strecken stehen und zur Nachtzeit fuhren wir weiter. In Oberschlesien kamen wir in ein Umsiedlungslager, wo wir 2 ½ Wochen bleiben mußten. Aus Lodz kam eine Dame und prüfte alle Papiere. Als alles stimmte, bekamen wir gleich eine Nummer und wurden eingeteilt. Froh waren wir erst, als es hieß: "Wir fahren nach Deutschland".<<

### **Verhältnisse in den polnischen Internierungslagern Langenau und Potulice von Juni 1945 bis September 1947**

Erlebnisbericht der Krankenschwester A. O. aus Hohensalza in Posen (x002/539-540): >>Im Juni wurde das Lager Hohensalza aufgelöst und die Insassen nach dem Lager Langenau gebracht. Dort war die Behandlung weniger streng, aber grausam herrschten Typhus und andere Krankheiten unter den von Hunger und seelischen Leiden geschwächten Gefangenen.

Die letzte Zeit meiner Gefangenschaft (Februar bis September 1947) war ich im Zentrallager Potulice. ... Bei der Einlieferung bekamen alle Glatzen geschoren. Die Behandlung war äußerst streng, die Strafen sehr gefürchtet. Tagelanges nacktes Stehen in enger Bunkerzelle in kaltem Chlorwasser war wohl das Schlimmste.

Der ... Chefarzt war die treibende Kraft und sehr gefürchtet. Ich arbeitete in der Quarantäneabteilung der Frauen und sah viele qualvolle Leiden, besonders der Alten. Manche ... alte Frau bis 90 Jahre mußte im Winter bei tagsüber immer offenen Fenstern, ohne Mantel und Kopftuch, den ganzen Tag über sitzen oder stehen. Liegen durften sie nur in der Krankenstube, eine dünne Decke über den Brettern. ... Auf den harten Brettern zu liegen, war nicht nur für die alten Menschen eine Marter. Dazu (kam) die Kälte und die dauernde Angst vor dem Erscheinen des Chefarztes.

Die Überwachung des Gesundheitszustandes der Gefangenen überließ der Chefarzt den inter-

nierten deutschen Ärzten. (Der Chefarzt) war ... wegen seiner harten Strafen gefürchtet. Wurde im Winter ein Fenster geschlossen angetroffen, dann suchte er sich eine Frau oder 2 Frauen aus, die mit entblößten hochgehobenen Armen bis zu 8 Stunden in Hockstellung im Waschraum verbringen mußten.

Für andere Vergehen wurde auf dem Zementboden des langen Korridors eimerweise kaltes Wasser ausgegossen, und die Bestraften mußten mit einem Lappen das Wasser aufnehmen. (Sie mußten) dabei mit nackten Füßen, auf den Knien rutschend, vom frühen Morgen bis zum späten Abend, diese Arbeit verrichten. Wenn die Knie nach einigen Tagen wund und eitrig waren und sich Fieber einstellte, habe ich diese Frauen gepflegt. Nach der Genesung ging die Strafe oft weiter. Alle diese Quälereien und Grausamkeiten standen unter der persönlichen Kontrolle des Chefarztes. ...<<

### **Verhältnisse in den polnischen Internierungslagern Pakosc und Landsberg von April 1945 bis Juni 1948**

Erlebnisbericht der G. W. aus dem Kreis Mogilno in Posen (x002/545-550): >>Die Wirtschaft meiner Eltern wurde von Polen übernommen. Wir bekamen nur eine Stube und mußten arbeiten gehen, um nicht zu verhungern. Russen und polnische Miliz belästigten uns täglich. Wir wurden um unsere Sachen und Wäsche erleichtert und behielten gerade die Kleidung, die wir trugen.

Im April 1945 wurden alle deutschen Männer von 14 bis 60 Jahren ... in das Gefängnis nach Tremessen gebracht, ebenso mein Vater. ... Von dort kam mein Vater ins Lager Pakosc bei Hohensalza. Auch ich, Mutter, Großmutter und 2 Schwestern (kamen in dieses Lager). Es war ein Arbeitslager mit fast 1.000 Menschen. ...

Arbeiten mußten wir sehr schwer, alle, ob jung, krank oder gesund. Geld, Seife, Nähzeug und Bekleidung bekamen wir nicht. Das Essen war sehr schlecht. Morgens und abends gab es schwarzen Kaffee, außerdem täglich 200 g Brot und mittags Graupen- oder Erbsensuppe ohne Fett; auch gab es wochenlang keine Kartoffeln, nur trockene Kartoffelschnitzel, welche früher für das Vieh verwendet wurden.

Die polnische Lagerpolizei war dauernd betrunken, so daß sie uns grundlos geschlagen hat. Viele Frauen wurden vergewaltigt und obendrein noch halb totgeschlagen. In den Nächten wurden wir aus dem Schlaf aufgeweckt, mußten vor ihnen in Hemden tanzen. ... Einige wurden auf den Lagerhof getrieben und mußten sich auf Kommando in die Regenpfützen auf- und niederlegen. ... Wer sich weigerte, der wurde mit dem Gummiknüppel oder Gewehrkolben geschlagen.

Wenn wir zur Arbeit gingen, dann wurden wir von der polnischen Bevölkerung ... oft sogar angespuckt oder geschlagen, sogar die Kinder haben uns verhöhnt. Da wir ... unschuldig waren, haben wir unseren Stolz behalten und alles demütig ertragen. Wir wußten, daß diejenigen, die uns so mißhandelten und verhöhnten auch mal die gerechte Strafe empfangen würden.

Im Lager sind sehr viele Menschen gestorben, teils verhungert, andere wurden erst halb totgeschlagen, dann hieß es, sie wären so verstorben.

Andere erkrankten, und da sich kein Arzt um uns kümmerte und wir auch nicht zu einem Arzt gehen durften, – denn Geld zum Bezahlen hatten wir ja nicht, und die Lagerleitung gab uns außerdem auch keinen Freischein -, so mußten eben viele sterben. ... Särge bekamen die Toten nicht, auch keine Bestattung vom Pfarrer.

Man wollte uns Müttern die Kinder wegnehmen. Wir setzten uns alle zur Wehr, da ließen sie von uns ab, um zu beratschlagen. Nun mußten ... alle Männer, Frauen und Mädchen heraustreten - wer nicht wollte, bekam Schläge. Wir mußten dann gleich auf die bereitstehenden LKW steigen und fuhren ohne Kinder und ohne jegliches Gepäck los. ...

Diesen Tag werde ich ... nicht vergessen. ... Die Kinder blieben allein zurück. Verschiedene

hatten einen alten Großvater oder eine alte Großmutter, die anderen Kinder mußten eben bei Fremden bleiben. Und das waren meistens alte, hilflose Menschen, die selbst der Hilfe bedurften.

Die Lastkraftwagen fuhren mit den Menschen auf Güter, die hinter der Stadt Posen lagen. Dort wurden sie verteilt und mußten bei schlechter Kost und ohne Bezahlung schwer arbeiten. Kleidung, Wasch- und Nähzeug bekamen sie nicht. ...

Das Lager Pakosc wurde aufgelöst. Wir wurden dann wieder auf Güter und Bauernhöfe verteilt und unterstanden dem Lager Gronowo bei Lissa. Ich kam mit meinen Eltern nach Althof auf ein staatliches Gut. Dort mußten wir auch wieder ohne Bezahlung arbeiten. Unsere Verpflegung bestand aus 200 g Brot täglich und 100 g Schrotmehl, 100 g Grütze, 5 g Salz und einem Korb mit 20 Pfund Kartoffeln pro Woche. Meine 83jährige Großmutter und mein kleiner Sohn erhielten nichts. Fett, Fleisch, Milch oder Zucker bekamen wir nie. ...

Ich habe für eine polnische Familie gestrickt und mit meinem Vater ... bei Polen Holz gehackt, um ein bißchen Milch, natürlich Magermilch, und etwas Zucker für das Kind zu bekommen. Wir waren als einzige Deutsche dort. Auch im weiteren Umkreis waren keine Deutschen, mit denen man ein deutsches Wort sprechen konnte. Wir fühlten uns sehr einsam und verlassen.

Im Frühjahr 1947 kamen wir nach Gernrode zu einem Bauern. Dort bekam ich (für meine Arbeitsleistung) erstmalig etwas Geld, konnte somit wenigstens etwas Zucker, Milch und Nahrungsmittel für mein Kind kaufen.

In gewissen Abständen mußten wir uns immer bei der Polizei melden, wurden aufgeschrieben, und man mußte so allerlei Fragen beantworten. Man tröstete uns immer wieder und sagte: Bald könnten wir nach Hause fahren. Aber alles waren nur Parolen.

Im Oktober 1947 kam ein Polizist und ich mußte mich in seiner Gegenwart in einer halben Stunde mit dem Kind fertigmachen. Er sagte mir, ich käme jetzt mit einem Transport zu meinem Mann. Ich hatte gerade vor einer Stunde Post von meinem Mann aus England erhalten. Er schrieb, daß er jetzt nach Deutschland kommen würde. Es war für mich sehr schwer, meine Eltern so ganz allein unter den Polen zurückzulassen, denn es war weit und breit kein Deutscher da; aber trotzdem freute ich mich, endlich zu meinem Mann zu dürfen. Ich wollte dann mein Möglichstes tun, um meine Eltern nachzuholen.

Ich kam unter Bewachung bis nach Grünberg in Schlesien. Dort waren bereits über 1.000 Menschen, Wehrmachtsangehörige, Angehörige des Reichsarbeitsdienstes (RAD) und der HJ, alte Männer, Frauen und Kinder. Die Zollbeamten kontrollierten unser bißchen Gepäck, und nahmen uns noch wertvolle Sachen und Gegenstände weg. Wir wurden dann gegen Typhus geimpft, ... in Listen aufgeschrieben, in Gruppen und nach Waggonnummern aufgeteilt. Jedenfalls machte man allerhand mit uns, (um uns in Bewegung zu halten). Auf einmal wurde alles ruhig.

Wir lagen danach 14 Tage in einem großen kaputten Fabrikgebäude und mußten in der Stadt arbeiten. Mit der Verpflegung ging es einigermaßen.

Am 6. November wurden wir in Waggons verladen. Keiner wußte, wohin es ging. Wir fuhren abends los und waren am nächsten Tag in Landsberg/Warthe. Dort standen schon LKW mit polnischen Soldaten und Polizisten, die uns gleich mit Schimpfworten empfingen. Dann ging es nach den ehemaligen deutschen Kasernen, die außerhalb der Stadt lagen. Die Behandlung war ganz schlecht, die Verpflegung reichte nicht zum Sterben und nicht zum Leben. Wochenlang (gab es) keine Kartoffeln. Entweder (erhielten wir) nur Steckrüben oder Mohrrüben mit Wasser ... - alles ohne Fett - und 200 g Brot täglich. Die Kinder bekamen keinen Tropfen Milch.

Jeder mußte zur Arbeit, ob jung oder alt, sogar über 70jährige. Wir mußten jeden Tag, trotz Regen oder Schnee, in die Stadt marschieren, immer von etlichen Milizionären mit Karabi-

nen begleitet. Dort mußten wir Aufräumungsarbeiten verrichten. ... Krank durfte niemand sein. Die Alten und Kinder mußten Lagerarbeiten verrichten, oftmals ... bis 22.00 Uhr, auch am Sonntag.

Waschmittel gab es nicht. Die Unterbringung war sehr unsauber und unhygienisch. Wir lagen nur auf etwas Stroh, welches die ganze Zeit über nicht erneuert wurde. Männer, Frauen und Kinder hausten alle in einem Raum. Waschgelegenheit gab es keine. Wer nicht selbst auf Sauberkeit achtete, der verdreckte und verlauste einfach.

Durch die Kälte und Feuchtigkeit erkrankten die Kinder an Masern und Lungenentzündung. Sie sind ohne jegliche ärztliche Hilfe und ohne bessere Verpflegung gestorben. Andere erkrankten an Tbc. ... Sehr viele ältere Menschen starben einfach an Unterernährung.

Mein Kind bekam erst Masern und dann Lungenentzündung. Es hatte immer über 40 Grad Fieber. Kein Arzt kam. Man konnte dem kranken Kind keine Linderung verschaffen. Ich mußte trotzdem immer zur Arbeit. Ich hatte das Kind schon aufgegeben und mich damit abgefunden, mein Kind irgendwann tot zu finden. Aber unser Herrgott stand mir zur Seite. Mit seiner Hilfe wurde das Kind wieder gesund.

Es war natürlich sehr schwach und elend, konnte auch nicht mehr laufen und mußte das Laufen ganz langsam wieder lernen. Die Schwerkranken und schwachen Kinder bekamen keine bessere Verpflegung, sondern auch nur ... Wassersuppe und Schwarzbrot. Manchmal waren wir alle der Verzweiflung nahe. ...

Die Schikanen wurden immer schlimmer. Wir wurden durch die schlechte Ernährung immer elender und kraftloser. Wenn man wirklich nicht mehr konnte und sich während der Arbeit einen Moment aufrichtete, um etwas zu verschnaufen, so wurde man gleich aufgeschrieben. Wenn wir abends zurückkehrten, so wurden diejenigen gleich bei der Zählung herausgeholt und kamen in den Kohlenkeller. Dort mußten sie eine Nacht oder auch mehrere Nächte zubringen. Morgens mußten sie wieder mit zur Arbeit, ungewaschen und ohne Essen. Abends ging es gleich wieder in den Kohlenkeller, bis sie ihre Strafe abgesessen hatten.

(Im Kohlenkeller gab) es keine Sitz- oder Schlafgelegenheit. Man mußte sich direkt auf die Kohlen setzen oder legen. Es war im Keller außerdem sehr kalt, und wir bekamen keine Decke, noch durften die Angehörigen etwas bringen. ...

Ein junger Transport- und Kolonnenführer ... meldete alle und trieb uns bei der Arbeit an. Er jagte alle zum Antreten heraus. Es war ihm völlig egal, ob sie ganz alt, krank oder kleine Kinder waren. Mein 3jähriges Kind mußte auch schon mit allen anderen antreten.

Ich bin durch all die schweren Jahre sehr vergeßlich geworden und mit meinen Nerven vollkommen runter. Ich wog bei meiner Ankunft im Westen nur noch 72 Pfund, früher hatte ich 100 bis 110 Pfund gewogen. Ich habe mich schwer von allem erholt und wog erst im Jahre 1952 wieder 100 Pfund. Auch mein Kind ist für sein Alter zu klein, zu schwach und sehr zart, aber sonst - Gott sei Dank - gesund.

Wir wurden damals einfach verkauft und kamen als billige Arbeitskräfte nach Landsberg. Einige Lagerinsassen schrieben an ihre Angehörigen nach Deutschland. Diese hatten sich an die zuständigen polnischen Stellen gewandt und direkt an das Ministerium nach Warschau geschrieben. Das Ministerium in Warschau wußte gar nichts von den dort bestehenden Lagern.

Im Mai kam eine Kommission und besichtigte alles. Sie haben auch einzelne Personen befragt, wie denn die Behandlung sei und woher sie stammten. Wo die Angehörigen wären und ob wir auch nach Deutschland fahren wollten.

Es dauerte auch gar nicht mehr lange, bis auch die Personen, welche außerhalb des Lagers auf Gütern, bei polnischen Bauern und im Walde arbeiteten, wieder ins Lager zurückkamen.

Dann kam eine Kommission und stellte uns allerhand Fragen. Wir mußten Formulare unterschreiben, daß wir deutsche Staatsangehörige sind, Angehörige im Reich haben, den polnischen Staat verlassen wollen und an ihn keine Forderungen und Ansprüche stellen. Es sind



noch etliche Personen zurückgeblieben. Man versprach ihnen, ihr Eigentum zurückzugeben und die gleichen Rechte wie den polnischen Staatsbürgern einzuräumen, wenn sie für Polen optieren.

Am 19. Juni 1948 sind wir dann mit einem Transportzug aus Landsberg abgefahren und kamen über Forst am 25. Juni in Görlitz an. Unterwegs mußten wir vor Reppen 3 Tage auf freier Strecke liegen. Man wollte uns nicht weiter lassen. Russische und polnische Kommissionen kontrollierten ständig den Transport. Dauernd wurden Verhandlungen geführt. ...

Schließlich wurden noch ungefähr 50 Personen ausgesucht, welche zurückbleiben mußten. Es waren einige alte Frauen und Männer, die man bereits im Altersheim untergebracht hatte, weil sie keine Angehörigen mehr in Polen hatten. Sie hatten sich schon auf ein Wiedersehen mit ihren Angehörigen (im Westen) gefreut. ... Einige Familien mit arbeitsfähigen Personen mußten ebenfalls zurückbleiben. Alles Flehen und Bitten half nichts, man ließ sie nicht ausreisen. (Ich) habe nie mehr etwas von ihnen gehört. ...

Die Verhältnisse in Polen waren in den letzten Jahren sehr schlecht. Die Vorräte der Deutschen waren längst verbraucht, und die Polen hatten vielfach keine Lust zur Arbeit. Die Felder lagen brach und wurden nicht bestellt. Besonders trübe und öde sah es in der Nähe der Oder-Neiße-Linie aus. In Landsberg und Umgebung, ebenso in Schlesien und Pommern siedelten meistens Polen aus den Bug- und hinteren Weichsel-Gebieten. Fast alle Wirtschaften hatte man ausgeplündert. ... Viele Bewohner hatten kein Vieh. Sie lebten sehr ärmlich und hatten kein Interesse, etwas anzubauen. Sie sagten, es wäre nicht ihre Heimat, und sie wollten wieder nach Haus (nach Ostpolen).

Es wurde auch nichts ausgebessert oder aufgebaut. Die Ziegelsteine und Holzbalken, welche wir in Landsberg aussortiert hatten, kamen nach Warschau zum Aufbau der Stadt. Auch fast unbeschädigte Häuser wurden nicht repariert, sondern vollkommen abgerissen. In vielen Orten wurden damals Kolchosen eingerichtet. Die nichtkommunistischen Polen waren sehr verbittert.<<

### **Verhältnisse im Internierungslager Potulice von Juli 1945 bis Mai 1947**

Erlebnisbericht der E. K. aus der Stadt Konitz in Westpreußen (x002/580-583): >>Ich kam mit einer Gruppe von ca. 25 Personen auf das Gut C. im Kreis Schubin. Die Arbeit war sehr schwere ... Feld- und Stallarbeit und das Essen mangelhaft, die Unterbringung war sogar sehr schlecht. Wir hatten als Wohn- und Schlafraum eine ausgediente Baracke, in der nichts weiter als ein wackliger Tisch, 2 Bänke und ... Pritschen zum Schlafen standen.

Auf diesen Pritschen lag etwas Stroh. Dort mußten Männer, Frauen und Kinder schlafen. Decken ... gab es nicht. Waschen mußten wir uns im Teich. Seife hatten wir nicht. Da war es natürlich kein Wunder, daß wir binnen kurzer Zeit alle verlaust waren.

Eine unserer Mitgefangenen erkrankte hier schwer an Gelenkrheumatismus. Sie mußte ohne ärztliche Hilfe 6 Wochen lang nur auf Stroh, ohne Decken, mit entsetzlich vielen Läusen behaftet, liegen. Infolge der schweren Arbeit und all der anderen Begleitumstände wurde ich auch krank und kam im Juli 1945 mit 2 anderen Frauen, die ebenfalls arbeitsunfähig geworden waren, zurück ins Lager.

Zuerst wurden uns hier die Haare abgeschoren. Die Verpflegung war ... völlig unzureichend und schlecht. Wir erhielten morgens einen halben Liter Kaffee, täglich – angeblich – 300 g Brot, mittags dreiviertel Liter Suppe und viermal auch abends einen halben Liter Suppe. An 3 Abenden in der Woche gab es Kaffee. Als dann später, Ende 1946, die ersten Transporte nach Deutschland abgehen sollten, wurde die Verpflegung besser. Infolge der mangelhaften Ernährung, der schweren Arbeit und der rohen Behandlung sind viele Menschen in diesem berüchtigten Lager gestorben.

Ganz besonders zu leiden hatten wir unter dem Chefarzt des Lagers. Aber auch einige Mili-

zionäre und sogar der deutsche Lagerleiter, der morgens beim Appell die Arbeit verteilte, gaben ihm nicht viel nach. Ich bin selbst Zeuge gewesen, wie einer dieser Milizionäre eine alte Frau so lange mit dem Gewehrkolben schlug und mit Fußritten traktierte, bis sie besinnungslos zu Boden fiel. Sie starb in der darauffolgenden Nacht an den Folgen der Mißhandlung.

Der Chefarzt wurde von allen aber besonders gefürchtet. Tag und Nacht kontrollierte er die Baracken, besonders die Quarantänebaracken. Auf seine Anordnung mußten die Insassen der Quarantänebaracken im Sommer und Winter auf kahlen Brettern ohne Strohsack und Decke schlafen. Die Fenster mußten Tag und Nacht offenstehen. Heizung gab es nicht.

Die Bekleidung war mehr als mangelhaft. Die Haare waren bis auf die kahle Kopfhaut abgeschoren, aber nicht nur den Insassen der Quarantänebaracken, sondern allen Gefangenen. Wir litten schwer unter der Kälte. Dazu kam noch die Plage mit entsetzlich vielen Wanzen und Mäusen.

Wegen geringster Lagervergehen, auch wenn solche nicht nachgewiesen werden konnten, verhängte der Chefarzt schwere Strafen, meist für alle Insassen der Baracke, manchmal sogar für alle Insassen des Lagers. Die Frauen mußten z.B. nachts, nur dürftig mit einem Hemd bekleidet, stundenlang den Korridor scheuern. Sie mußten dabei mit bloßen Knien auf dem kalten Steinfußboden langrutschen, oder er ließ sie mehrere Stunden in einem ... Zimmer mit ausgestreckten Armen, meist nur mit Hemd und Hose bekleidet, natürlich bei offenem Fenster, bis zur völligen Erschöpfung in der Kniebeuge hocken.

Im Bunker ließ er die "Sträflinge" bis zu den Knien im Chlorwasser stehen, was natürlich böse Hautentzündungen zur Folge hatte. Vom Lagerkommandanten ließ er sie solange mit der Reitpeitsche schlagen, bis sie bewußtlos zusammenbrachen. Er stand mit der Uhr in der Hand dabei. ...

Von einer Schwester der Säuglingsbaracke hörte ich, daß von 120 im Lager geborenen Kindern am Ende des Jahres nur noch 8 am Leben waren. ... Im Winter 1945/46 mußten wir in ungeheizten Baracken wohnen, arbeiten und schlafen. Eine Decke erhielten wir erst vor Weihnachten 1945. Bis dahin lagen wir auf dem kahlen Strohsack, nur mit unseren ... abgerissenen Kleidern zugedeckt. Viele Gefangene erlitten schwere Erfrierungen. ...

Die Zustände im Spital waren mehr als primitiv. Es fehlte an jeglichen Medikamenten, an Verbandszeug und Wäsche. ... Das Essen war hier genau so schlecht wie in den anderen Baracken, es gab aber noch weniger. Außerdem war man im Spital noch ganz besonders den Schikanen des Chefarztes ausgesetzt.

Viele Jugendliche des Lagers waren an Lungen- und Knochentuberkulose erkrankt. Erst in den letzten Stadien dieser Krankheit wurden sie von den Gesunden isoliert. Irgendwelche Hilfe, nicht einmal besseres Essen, gab es auch für diese Kranken nicht. Infolge dieser Zustände starben viele Jugendliche im Lager Potulice.

Eine Beerdigung sah so aus: Es gab im Lager 3 Särge, 2 für Erwachsene und einen für Kinder. ... Da diese Unglücklichen ... ja meist bis zum Skelett abgemagert waren, konnten 3 bis 4, manchmal sogar noch mehr Leichen in einen Sarg gelegt werden. Die Särge kamen dann auf einen Handkarren, wurden zum Friedhof gefahren, dem sog. Sandberg. Hier wurden die Särge einfach über der Grube umgekippt und die Leichen ausgeschüttet. –

Angeblich wurden alle Verstorbenen namentlich registriert. Aber auf keine Anfrage von Seiten der außerhalb des Lagers, vor allen Dingen der in Deutschland lebenden Angehörigen, ist vom Lager jemals eine Auskunft über das Schicksal dieser elend Verstorbenen gegeben worden.

Im Sommer 1946 mußte ich sehr schwere Arbeit im Torfbruch verrichten. Der Milizionär, der uns bei dieser Arbeit zu beaufsichtigen hatte, war ein wahrer Teufel. Er quälte uns bis aufs Blut, dressierte und schikanierte uns den ganzen Tag in der rohesten Weise. Er war im ganzen Lager dafür bekannt und gefürchtet.

Bis Weihnachten 1946 wußte ich nichts von meinen Angehörigen und sie wußten nichts über mein Schicksal. Denn obwohl wir seit Sommer 1946 ... schreiben durften, hatten wir doch nicht die Möglichkeit dazu, weil wir kein Geld für Porto und Briefpapier hatten. Für die schwere Arbeit, die wir dort tagein, tagaus leisten mußten, bekamen wir als einzigen Lohn das knapp zugemessene und schlechte Essen und obendrein rohe Behandlung.

Es war auch verboten, Papier, Bleistift oder gar Federhalter zu besitzen. ... Messer oder Scheren wurden uns bei jeder Barackenrevision weggenommen. Diese Revisionen fanden immer des Nachts statt. Ebenso auch die Entlausungen, ärztliche Untersuchungen und die berüchtigten Krätze-Untersuchungen. Oft fanden wir die ganze Nacht keinen Schlaf und mußten morgens doch in aller Frühe zum Appell antreten und zur Arbeit gehen. ...

Bis Mitte Mai 1947 arbeitete ich ... in der Strohflechtere. Hier hatte ich eine verhältnismäßig leichte Arbeit, wenn man von den hier wie überall üblichen Methoden des Hetzens, der "Strafarbeit" und der Schläge absah. So mußte ich mit vielen Tausenden unglücklichen Menschen 25 Monate der Qual und des Elends in dem berüchtigten Arbeitslager Potulice zubringen. ... Wie wir das alles ausgehalten haben, ist mir bis heute, nachdem alles weit hinter mir liegt, noch ein Rätsel.

Im Mai 1947 kam dann endlich, nach mehr als 2 Jahren hinter Stacheldraht, auch für mich der Tag der Erlösung. Mit etwa 1.500 anderen Gefangenen wurde ich am 17. Mai entlassen und nach Deutschland transportiert. Mit der Entlassung aus dem Lager war gleichzeitig die Ausweisung aus Polen verbunden. Das hieß mit anderen Worten, wir wurden aus unserer Heimat vertrieben.<<

### **Verhältnisse in den polnischen Internierungslagern Langenau und Potulice von Juni 1945 bis Mai 1947**

Erlebnisbericht der R. S. aus Bromberg in Westpreußen (x002/587-593): >>Am 1. Juni 1945 übernahm das Lager Langenau mit dem Lager Hohensalza auch den Platzkommandanten Wladyslaw Dopierala, der "Schrecken des Lagers" genannt wurde. Er brachte ganz besondere Erziehungsmethoden mit. ... Häufig erzählte er uns persönlich, wie viele Deutsche er umgelegt hätte. Dazu wurden im Lager Hohensalza provisorisch angefertigte Särge in 2 Reihen aufgestellt. In diese Särge mußten sich die Menschen legen. Er ging die Reihen entlang und gab ihnen den Genickschuß. Das war das Ende vieler.

... In den ersten Junitagen versuchten 2 Kriegsgefangene, Heinz F. und W. K., zu fliehen. Kaum etliche Kilometer vom Lager entfernt wurden sie von der polnischen Miliz gefaßt und erneut dem Lager zugeführt. Sie kamen im Lager an, während wir auf dem Hof antreten mußten. Der Platzkommandant - damals Mieczyslaw Walentowicz - stellte sie uns vor. Es war ein unbeschreiblicher Anblick, wie man junge Menschen, die vor kurzer Zeit noch vor Gesundheit strotzten, so schnell zurichten konnte.

Schon unterwegs waren sie maßlos geschlagen worden, hier begann dieses Schauspiel von neuem. ... Dieses Spiel wurde stundenlang auf dem Lagerhof und dazu in der Gegenwart des Lagerleiters Krakowski getrieben, ohne daß er auch nur ein einziges Wort dazu erwiderte.

Während Heinz F. einige Wochen später starb, kam W. K. mit einem Transport fort. Über dessen Verbleib ist mir nie etwas bekannt geworden. So kamen hier unzählige brave Menschen ums Leben, ohne das überhaupt später mal eine Eintragung vorgenommen worden wäre. Kein Mensch fragte mehr nach ihrem Tod nach ihnen. Sie waren tot, und hiermit war alles erledigt. ...

Als in den Sommermonaten überall die Typhusepidemie herrschte, wurde auch unser Lager hiervon heimgesucht. Der große Hunger und vor allem diese Unsauberkeit, die hier zu Hause waren, leisteten hierfür besten Vorschub.

Viele, viele Menschen wurden dahingerafft. Eine Bestattungskolonie, bestehend aus 4 Män-

nern, hatte voll zu tun, um die Dahinsterbenden zu beerdigen. Menschen wurden verscharrt, und alles wurde dem Erdboden gleichgemacht. Hier ließ sich überhaupt nicht mehr feststellen, daß dort jemals Menschen beerdigt sein konnten. Das Unkraut wucherte darüber hinweg.

Obgleich sich die Verstorbenenziffer des öfteren um das Vielfache erhöhte, durften täglich nicht mehr als 4 Todesfälle angegeben werden. - Übrigens war ja ein gewisser Reservebestand vorhanden, so daß es weiterhin auch gar nicht auffiel, wenn so viele ... starben. Völlig entblößt wurden (die) Menschen begraben. Die zurückgelassenen Lumpen wurden ... verteilt. Schon vor Ableben der Internierten, wurden die Sachen abgenommen. ...

Ich lag 5 Monate an Hungertyphus. Während dieser Krankheit waren wir alle derart verlaust, daß es den Eindruck machte, als ob wir mit Sand bestreut wären. Um uns kümmerte sich überhaupt niemand. Erstens schon aus reiner Ansteckungsgefahr, und zweitens waren ja irgendwelche Medikamente, die man uns hätte geben können, nicht vorhanden. ...

Es kam ... das Jahr 1946. Fest und sicher erhofften wir von diesem Jahr unsere Freiheit. Letzten Endes waren wir uns weder eines Vergehens noch eines Verbrechens bewußt, und es war doch schon lange nach dem Kriege. ...

Am 30. März 1946 wurde das Lager Langenau aufgelöst. Das gesamte Büropersonal, die Internierten, kamen noch an diesem Tage in das Zentrallager Potulice, bei Nakel an der Netze im Kreis Bromberg. Ein Teil der übriggebliebenen Lagerinsassen ... wurde noch schnell an die Bauern und Fabriken verkauft, der Rest von Potulice übernommen. Die Akten derer mußte ich an mich nehmen. Um die an Fabriken und Bauern abgegebenen Menschen kümmerte sich niemand, die waren von der Lagerleitung Langenau abgegeben, der Lohn wurde eingesteckt, und hiermit war es erledigt. ...

Am 31. März 1946, früh um 8 Uhr, hieß es: "Die Langenauer antreten." Zitternd und die letzten Habseligkeiten unter den Arm gepreßt, gingen wir auf den Lagerhof. Uns empfing der Lagerleiter Direktor W. Chudecki. Seine ersten Worte waren: "Vergeßt es nicht, daß ihr Verbrecher seid und entsprechend behandelt werdet."

Hierauf gingen wir zur Revision. ... Völlig "befreit" gingen wir zur Entlausung, wo ... der Lagerarzt Dr. Ignacy Cedrowsky (Isidor Cederbaum) wartete. Er drohte uns schon beim Eintreten mit schweren Strafen, wenn sich jemand weigern würde, die Haare schneiden zu lassen. Vom Scheitel bis zur Sohle wurden wir geschoren. Alles, ob Mann, ob Frau, ob Kind, alt oder jung, Ausnahmen wurden keine gemacht.

Dies geschah alles in Gegenwart des polnischen Lagerleiters und der polnischen Miliz, die nicht selten die abfälligsten Bemerkungen tat. Hatte tatsächlich jemand das Glück, daß ihm der Kopf nicht geschoren wurde, dann blieben die Haare aber auch nur in einer Länge von höchstens 2-3 Zentimetern. Jedoch nur zu schnell wurde hier Grund und Ursache gefunden, die Haare zu entfernen.

2. April 1946: ... Auf der linken Brustseite mußten wir uns ein aus Weißblech geschlagenes "W", das hieß Wiezien bzw. Gefangener -, anheften. Somit waren wir Gefangene und keine Internierten. Später wurde das Lager in ein Internierungslager umgetauft, es änderte jedoch nichts an unserer Behandlung; wir wurden nach wie vor wie Vieh und nicht wie Menschen behandelt. ...

Ab Juni 1946 wurden ... u.a. folgende Lager übernommen: Flatow/Pommern (hauptsächlich Kriegsgefangene), Sikawa bei Lodz, Milencin, Stargard/Westpreußen, Briesen, Schwetz, Lager und Gefängnis Thorn-Rudak, Graudenz, Mokotow bei Warschau.

Massenweise wurden Menschen auf den Straßen zusammengetrieben, hauptsächlich in Pommern und Ostpreußen, und ins Lager geschleppt. Nicht selten erlebten wir unter diesen Schulkinder. So wie die Transporte kamen, wurden wiederum auch größere Mengen in den Bergbau nach Jaworzno/Oberschlesien oder Warschau transportiert.

Häufig und mit viel Gebrüll wurden wir nachts aus unseren Betten - Holzpritschen mit Stroh-

säcken, soweit welche vorhanden waren - geholt. (Wir mußten) raus auf den Hof: "Hinlegen - Aufstehen." So ging es stundenlang. Konnte jemand diesem Kommando nicht genügen, was leider meist die älteren Frauen betraf, gab es gewaltige Schläge. Plötzlich hieß es: "Auf die Baracken, marsch!" Alle liefen, wie sie nur laufen konnten, denn hinterher trieb man mit dem Gewehrkolben. ...

Wir Neulinge hielten dieses merkwürdige Verhalten für ganz besondere Strafen, mußten aber bald feststellen, daß es hier zur Tagesordnung gehörte. Später dann wurde das nächtliche Exerzieren auf den Tag verlegt, und zwar so, daß, wenn die Büroangestellten zum Dienst gingen, sie vorher auf den blanken Knien auf dem Hof, der mit Schlacken ausgeschüttet war, rutschen mußten. Wehe, es wagte einer zu sagen, daß die Knie bluteten.

Dies alles trieb man zum Teil nur mit den Frauen. Die Männer ließ man seltsamerweise in Ruhe. Ob es wohl mit den Frauen mehr Spaß machte? An eine Nachtruhe war somit wenig zu denken.

Dazu kamen die häufigen nächtlichen Kontrollen und das in trunkenem Zustand. Willkürlich wurde dann etwas an der Zimmerordnung beanstandet, worauf sich einer nach dem anderen über den Stuhl legen mußte und ... durchgeprügelt wurde. ... Eine andere Strafmaßnahme (war die Haft im) Bunker. Diese Räume waren ... kleine Zellen, 2 mal 2 Meter, ohne jeden Lichtschein und ohne Luftzufuhr. ... Der Fußboden war aus Zement und stand unter Wasser. (Eine Sitzgelegenheit gab es nicht). ...

Die betreffende Miliz, die zum Schlagen ausgesucht war, erhielt das nötige Quantum Alkohol verabreicht, damit sie besser dreinschlagen konnten. Vor dem Schlagen mußte sich der betreffende Internierte ausziehen, die Sachen abgeben, flach auf den Bauch legen, wonach ihm dann die Fußsohlen blutig geschlagen wurden. Hierauf ging es dann ins Wasser. ...

Die gefürchtetste Strafmaßnahme (war die Arbeit in) der Strafkolonie. Die Leitung hatte Isidor Kujawski. - Kujawski war unermüdlich im Ersinnen und Ausdenken neuer Quälereien und Schikanen. - 14 Tage in der Strafkolonie bedeuteten den sicheren Tod. Überwiegend traf es ältere Frauen. Ihnen wurde Arbeitsverweigerung vorgeworfen, worauf sie in die Strafkolonie kamen. Als Begrüßung bekam man hier 50 Schläge auf das Gesäß, wonach man oft nicht mehr ganz zurechnungsfähig war. ...

Ein Teil der Strafkolonie beschäftigte sich mit Torfstechen; ganz gleich bei welcher Witterung. ... Andere von ihnen machten Wiesen urbar, zogen große Wagen mit Brettern und Holz. Hierbei trieb Kujawski seine satanischen Spiele. ... Auf Knien zogen Frauen die Wagen mit den Brettern, er ging hinterher und schlug ihnen die Fußsohlen wund. ...

Kinder, die im Lager geboren wurden, starben auch gleich wieder. Ganz selten, daß sich eines hier am Leben hielt. Übrigens wurden den meisten Müttern noch vor dem Lager die Kinder abgenommen und an polnische Familien weitergegeben. Von den polnischen Pflegeeltern bekamen sie dann polnische Namen. ... Viele Mütter wissen heute noch nicht, wo sich ihre Kinder ... (aufhalten). Die Lagerleitung selbst verweigerte an Angehörige jede Auskunft. ...

Im Dezember 1946 ging ein Transport mit 2.000 Internierten ins Reich. Beim größten Frost, keine warme Bekleidung, mit einem Stückchen Brot in der Tasche, ... so pferchte man sie in ungeheizte Waggonen. ... In der Nacht vor Abgang des Transportes kam die polnische Miliz und forderte alle auf, freiwillig herzugeben, was ihnen zuvor ausgehändigt worden war: "Wird ... was bei einer Nachuntersuchung gefunden, wird der Betreffende vom Transport gestrichen." Aus Angst gab jeder alles her. ...

Am 17. Mai 1947 ging der nächste Transport. ...

Um endlich diesem jammervollen Leben ein Ende zu bereiten und um auf legalem Wege herauszukommen, mußte ich mich eben - wenn es auch gegen meinen Willen ging - in der russischen Zone (Mitteldeutschland) niederlassen. ...

Die Mutter wurde mir von den Polen grausam genommen, über den Verbleib des Vaters wuß-

te ich nichts. Die Heimat, Hab und Gut, alles, alles hatten wir verloren. Wer kümmerte sich um die vielen Zivilinternierten und Kriegsgefangenen, die noch fern der Heimat waren? Niemand als der Tod. Post, die (im Lager) einging, wurde z.T. gleich den Flammen übergeben. Oftmals wurden kleine Ausschnitte aus den Briefen herausgeschnitten, und diese übergab man den betreffenden Internierten. Das war unsere Freude ... (über die "Briefe").

Während meiner Tätigkeit in den Lagerbüros hatte ich nur zu viel Gelegenheit, Sachen zu sehen, die Grauenhaftes nachwiesen. Wir übernahmen z.B. Aktenmaterial aus dem Lager Kaltwasser - es waren Sterbebücher -, in denen man seitenweise nur Nummern eingetragen hatte. ... Jeder Internierte bekam beim Eintritt ins Lager eine kleine Blechnummer, die er bei eventueller Veränderung wieder abgeben mußte.

Hier war ein derartiges Durcheinander, daß sich die Fälle häuften, wo Lebende für tot erklärt wurden (und Tote angeblich noch lebten). Diese Akten (wurden) ... im Zentrallager Potulice aufbewahrt. ...<<

**Verhältnisse im Internierungslager Potulice bei Nakel von Mai 1945 bis November 1946**  
Erlebnisbericht der Stenotypistin P. L. aus Lodz in Posen (x002/593-606): >>Bei der Einlieferung ins Lager wurden wir unseres Geldes und der Wertsachen ... entledigt. ... Nebenbei verschwanden natürlich auch bessere Wäsche- und Kleidungsstücke, Strümpfe, Schuhe, ja, selbst Lebensmittel usw., kurz alles, was den Kontrollierenden von Nutzen zu sein schien. Gebet- und Gesangbücher, Sparkassenbücher, Dokumente, ja, selbst Familienfotos wurden zerrissen und einem vor die Füße geworfen.

Die Wertsachen wurden mit dem Hinweis sichergestellt, daß sie bei der Entlassung aus dem Lager zurückerstattet würden, was auch geschah; jedoch bei der allerletzten Kontrolle, ... vor dem Transport nach dem Reich, verschwanden die Sachen, die kurz zuvor dem Eigentümer gegen Unterschrift ausgehändigt worden waren, wieder in den habgierigen Händen der revidierenden Milizen. ...

Nachdem wir auf die Baracken verteilt waren, mußten wir vor der Baracke aufmarschieren und uns gegenseitig mit Leuchtfarbe das Hakenkreuz auf den Rücken unseres Kleides oder Mantels malen, und zwar recht groß, damit man schon von weitem sah, daß wir Deutsche waren. Einige Tage später ordnete eine ... russische Kommission an, das Hakenkreuz müsse verschwinden. Wir hatten Mühe, die Farbe zu entfernen. ... Statt des Hakenkreuzes auf dem Rücken mußten wir nun ein kleines, aus Papier oder Stoff angefertigtes Hakenkreuz auf der linken Brust tragen ...

Als dann Ende 1945 ein neuer polnischer Chefarzt ins Lager kam, setzte er seine geniale Idee in die Tat um, die Deutschen ... dadurch zu kennzeichnen, daß man allen - ganz gleich ob Mann oder Frau - das Haar bis zu einer Länge von einem Zentimeter ganz kurz schor. Häftlinge, die im Büro arbeiteten, hatten das Glück, einen 4 cm langen Herrenschnitt zu bekommen.

...

Auch unter den Armen und überall, wo nur ein Härchen war, alles wurde wegrasiert, um ... dem Ausbruch einer Typhusepidemie vorzubeugen, was im Grunde genommen aber nichts anderes als Schikane sein sollte. ... Dem Chefarzt ... bereitete es eine Genugtuung, zu sehen, wie manche der deutschen Frauen sich der Tränen nicht erwehren konnten, wenn ihr Haar fiel.

...

Sträubte sich die eine oder andere der Frauen, sich das Haar schneiden oder rasieren zu lassen, wurde sie einfach ... in den Bunker gesperrt und erst herausgelassen, wenn sie für die Haarschneideprozedur bereit war. ...

Arbeiten mußte jeder Lagerinsasse, falls er nicht vor Schwäche zusammenbrach und dann ins Lagerhospital kam. Dort waren die Zustände auch wenig erfreulich. Es fehlte an Medikamenten, Verbandstoffen und Heizmaterial. Auch das Essen unterschied sich wenig von dem übli-

chen Essen im Lager. Außerdem trieb dort der Chefarzt sein Unwesen und machte den Kranken das Leben zur Hölle. Für die Arbeit gab es kein Entgelt. Man arbeitete für das kärgliche Essen. ...

Überzählige Arbeitskräfte wurden in Arbeitskommandos von 10 und mehr Personen zusammengeschlossen und unter Aufsicht von Milizposten den staatlichen Gütern sowie den Dorfgemeinden zur Landarbeit abgetreten.

Das Entgelt, das für die Internierten an das Lager gezahlt wurde, betrug ungefähr ein Zehntel dessen, was ein polnischer Arbeiter gezahlt bekam. Dieser bekam natürlich auch noch erstklassiges Essen und arbeitete nicht länger als 8 Stunden. Der Deutsche dagegen mußte im Sommer schon bei Sonnenaufgang auf den Beinen sein und kam vor Dunkelheit nicht zur Ruhe. Was bekam er dafür?

Bei den meisten polnischen Bauern oder auf den Gütern bekam er morgens und abends oft nur eine Milchsuppe und Kartoffeln. Auch das Brot war meistens sehr knapp. In den seltensten Fällen zahlte der Bauer den Deutschen freiwillig ein kleines Taschengeld, was aber von der Lagerleitung verboten wurde, denn es gab dem Deutschen Gelegenheit, sich etwas zusammenzusparen und dann zu fliehen.

Die Behandlung ließ viel zu wünschen übrig, und ganz besonders die Frauen wurden als Freiwild betrachtet. ... Sie konnten sich ja nicht wehren, sie waren ja rechtlos. Setzten sie sich zur Wehr, wurden sie unter dem Vorwand der Arbeitsverweigerung ins Lager zurückgebracht, unzählige Male verhört, in den Bunker gesperrt, geschlagen und dann im Lager selbst zur schwersten Arbeit verwandt.

Das gleiche passierte auch, wenn manche Frauen plötzlich schwanger ins Lager zurückgeschickt wurden. Auch der schuldige Pole wurde zur Verantwortung gezogen, aber was war eine Geldstrafe im Vergleich dazu, was die deutsche Frau an Schlägen, gemeinen und rohen Worten zu hören bekam.

Es kam vor, daß man bei anständigen Leuten arbeitete, so daß man gutes Essen, etwas Geld und auch die notwendige Kleidung erhielt, aber leider waren das nur vereinzelte Fälle. Der Deutsche wurde als Arbeitstier betrachtet. Man wußte genau, daß viele Bauern der Aufforderung, die Deutschen zwecks Abtransportes nach Deutschland ins Lager zurückzubringen, gar nicht Folge leisteten.

Sie waren gern bereit, die Lagerverwaltung zu bestechen, um die Internierten ... behalten zu können. ... Wie oft hörte man die naive Frage: "Wer soll denn arbeiten, wenn Ihr uns die Deutschen nehmt?" Man dachte, der Deutsche würde immer als Sklave in Polen bleiben. ...

Kein Wunder, wenn jene, die außerhalb des Lagers zur Arbeit waren, Fluchtversuche unternahmen. Manchen glückte es, aber wehe, es wurde einer geschnappt und ins Lager zurückgebracht. ... Zunächst ging es dann für einige Wochen in den Bunker bei Wasser und Brot bzw. halber Portion der täglichen Verpflegung. Auch die Verhöre blieben nicht aus: Wohin man wollte, woher man Geld hatte, wer einem dazu verhalf usw. und zwischendurch die üblichen Schläge.

Die ersten Tage mußte der bei der Flucht Ertappte, als Abschreckungsmittel, in der Mitte des Lagerplatzes vor den Baracken stehen, und zwar reglos mit hinter dem Kopf verschränkten Armen, und erhielt in regelmäßigen Zeitabständen von einer Stunde von vorbeikommenden Milizionären Ohrfeigen verabreicht. ...

Ich erinnere mich eines deutschen Landsers, der als Kriegsgefangener im Lager als Handwerker arbeitete und bei einem Fluchtversuch gefaßt wurde. Ich sehe das Bild noch vor mir, wie er bei nicht geringem Frost mit erhobenen Armen auf dem Lagerplatz stand, reglos, und es schien, als würde er der Kälte nicht standhalten. Als er am Umsinken war, schleppte man ihn in den Bunker, und er bekam seine Tracht Prügel. Am nächsten Tag geschah die gleiche Folter. ...

Der Erfolg dieser Behandlung, geleitet durch den Chefarzt selbst, war der, daß der junge Mensch, der immer blühend und gesund ausgesehen und stets guter Dinge gewesen war, nach kurzer Zeit an den Folgen starb. ...

Vor Denunziationen ... seiner eigenen Leidensgenossen, die den Polen unterwürfig schmeichelten und sich dadurch ein besseres Leben schaffen wollten, (war man) nicht sicher. Wie leicht kam man in den Bunker, und oft hieß es, bis zu den Knien im Kalkwasser stehen, von Verhör zu Verhör geschleppt zu werden, dazwischen (gab es) immer wieder Prügel. ...

Ich wurde von meinem einigermaßen günstigen Arbeitsplatz entfernt und kam zum auswärtigen Arbeitseinsatz. Dort hatte ich nach einer Trennung von 18 Monaten zum ersten Mal Gelegenheit, mein Kind wiederzusehen. Es bedarf wohl kaum der Worte, ... was ich empfand, als ich meinen Jungen unter Tränen wieder ans Herz drücken konnte.

Der Junge erkannte mich nicht wieder, sprach auch kein Wort Deutsch mehr. Und doch hatte ... Gott das Kind in seinem Schutz behalten und es zu guten Leuten kommen lassen. So war das Kind mit einer deutschen Frau, bei der ich es zurückgelassen hatte, in ein anderes Lager und von dort zum Bauern zur Arbeit gekommen, d.h. die Frau, und er war sozusagen unter ihrer Obhut. Vor Hunger hatte der Junge immer Mohrrüben gestohlen. Schließlich nahm die Not jedoch ein Ende.

Als die deutschen Kinder an polnische Familien abgegeben wurden, hatte mein Junge das Glück, zu sehr anständigen Leuten zu kommen, die ihn wie ihr eigenes Kind behandelten. So kam es, daß ich ihn anständig erzogen und eingekleidet wiederfand. Er war ein gutes Stück gewachsen und gut herausgefüttert. Es ließ mich auch die erneute Trennung leichter ertragen, denn bei mir behalten konnte ich ihn nicht. Ich hatte jedoch Gelegenheit, ihn wenigstens von Zeit zu Zeit wiederzusehen. ...

Es konnte auch passieren, daß einer der Miliz, fühlte er sich unbeobachtet, morgens, wenn schon alle zur Arbeit waren, die Frauen und Mädchen vom Büro, die erst eine halbe Stunde später die Arbeit begannen, vor der Baracke antreten ließ ... und sie dann zu Turnübungen antrieb. Da hieß es Kniebeugen machen, hüpfen, auf hartgefrorener Erde "hinlegen und aufstehen", und das in einem Tempo, daß man oft nicht rechtzeitig hochkam.

Es war verständlich, daß die älteren Frauen, 50jährige und noch ältere Frauen, nicht (lange durchhalten) konnten. Doch da wurde keine Rücksicht genommen. ... Wer hinten blieb, bekam einen ... Fußtritt und wurde mit den "schönsten" Redensarten bedacht.

Nach dem Schluß der gymnastischen Übungen mußten die Frauen sich folgende Ansprache anhören: ... "Ihr wollt die Intelligenz sein, wißt ihr, was ihr seid? Dreck seid ihr! Im demokratischen Polen ist die Intelligenz nicht nötig."

Die Ansichten dieses "polnischen Demokraten" ließen die Frauen natürlich ganz kalt. Sie waren froh, daß die martervolle Gymnastik vorbei war und sie zur Arbeit konnten. - Man bedauerte nur immer wieder, daß man solchen Individuen gegenüber so machtlos war und ihnen nicht wenigstens, wie sie es verdient hatten, ins Gesicht spucken konnte.

Von froher Weihnachtsstimmung konnte keine Rede sein, wenn auch auf dem Platz vor den Baracken ein riesiger Christbaum mit bunten Glühlämpchen aufgestellt wurde, die abends im Licht erstrahlten. Uns war auch alles andere als zum Weihnachtsliedersingen zu Mute, als es hieß, wir sollten uns ... um den Christbaum versammeln. ...

Allerdings wurde aus dem Gesang nicht viel, denn nachdem einige polnische Weihnachtslieder verklungen waren, und plötzlich jemand das deutsche Lied "Stille Nacht, heilige Nacht" anstimmte, wurde der Gesang unterbrochen, und wir mußten wieder in die Baracken zurück.

...

Fanden sie in der Stube ... eine ungewaschene Schüssel oder ein Stäubchen auf dem Fußboden, mußten alle Stubeninsassen aus den Betten, in der frostigen Nacht um die Baracke laufen - oft lag der Schnee ziemlich hoch, und die Menschen waren barfuß - und (mußten) dabei sin-



gen: "Es geht alles vorüber, es geht alles vorbei, mein Mann ist im Osten, sein Bett ist noch frei". Oder sie mußten im Barackenflur hin und her tanzen, und die Gummiknüppel der Milizen sausten den Leuten um die Köpfe, Ohren und Beine. Das Jammern der Leute hörte man in den Nachbarbaracken ganz deutlich. ...

Die Männer bekamen noch mehr Prügel, und schließlich ging man dazu über, einen der deutschen Barackenältesten dazu zu zwingen, seine eigenen Leidensgenossen auf Anweisung zu schlagen. Auch der Sohn mußte die eigene Mutter schlagen und besaß nicht den Mut, sich dem zu widersetzen, weil er die Prügel fürchtete.

Später hörte die Prügelei in der Nacht auf, d.h. sie wurde auf den Tag verlegt. Nachts ging die Kontrolle durch und notierte, welche Stube nicht die gewünschte Ordnung hatte. ... Es konnte vorkommen, daß man am anderen Tag beim Mittagessen davon überrascht wurde, wie einige Milizionäre hereinkamen, einem befahlen, sich über den Schemel zu legen, und man bekam 10 bis 15 Schläge mit dem Gummiknüppel übergezogen. ...

Es gab ... eine Zeitlang einen Platzkommandanten - anscheinend ein Sadist -, der junge Frauen, die ihm gefielen, ... grundlos prügelte. ... Dazu besaß er noch die Unverfrorenheit, nachdem er die Frau geprügelt hatte, ihr die Hand mit den Worten hinzuhalten: "Ich trage Dir nichts mehr nach, Du trägst mir nichts mehr nach - aber ich mußte Dich schlagen." Er war ein Danziger Pole und sprach meistens deutsch zu den Internierten. Was sollte man dazu sagen? Man wußte vor Schmerzen nicht, wie man stehen sollte und mußte dem Peiniger doch die Hand reichen. ...

Man verkam moralisch und seelisch, und es kamen Tage, da sah man keinen Ausweg und verzweifelte an Gott und der Welt.

Das Einzige, was einem Freude bereiten könnte, ... wäre ein Brief von seinen Lieben aus der Ferne. ... Meistenteils lagen die Briefe jedoch erst 3 bis 4 Monate (in der Lagerverwaltung), ehe sie zensiert waren und ausgehändigt wurden. ... Der Großteil ging jedoch den Weg durch den Schornstein, ebenso wie die meisten Briefe, die die Internierten zweimal im Monat schreiben durften. ...

Hatte man Glück, durfte man (mit Besuchern) sprechen. Oft mußten die Besucher, nachdem sie stundenlang bei Frost oder im Regen vor dem Tor gestanden hatten, zum Schluß, ohne vorgelassen zu werden, wieder abziehen, weil niemand von den polnischen Beamten da war, um die Aufsicht ... zu übernehmen.

Die Gespräche wurden hinter einem feinen Drahtnetz geführt. ... Man konnte sich also einander nicht einmal die Hand reichen - und verhinderte, daß man Briefe, Zigaretten oder sonstige Dinge aushändigte - man sah sich durch das feine Netz nicht einmal deutlich. Sprechen mußte man ziemlich laut, denn bei ungefähr 20 Personen, die von jeder Seite zugleich sprachen, war es nicht leicht, einander zu verstehen. Der polnische Aufseher verstand also auch nicht viel, was gesprochen wurde.

Jeder hatte nur immer den einen Wunsch und Gedanken, der Tag des Abtransports möchte endlich kommen. Inzwischen vergingen Monate und wieder ein Jahr, und wieder wurden alle Hoffnung zunichte. Statt dessen wurde man wieder einmal verhört und schon zum dritten oder gar vierten Mal befragt, ob man in Polen bleiben oder nach Deutschland möchte.

Zur Abwechslung war es einmal eine Kommission aus der Bezirkshauptstadt, dann wieder aus Warschau usw. Und alle malten sie denjenigen, die nach Deutschland wollen, aus, wie schlecht es in Deutschland sei, daß es nichts zu essen gäbe und man in Polen doch bessere Möglichkeiten hätte, wieder hochzukommen. Wenn man dennoch standhaft blieb, erfuhr man, daß vorläufig überhaupt keine Transporte vorgesehen seien und man mindestens mit einem weiteren Jahr Aufenthalt im Lager rechnen müsse. ...

Man fragte sich, weshalb man plötzlich die Deutschen in Polen behalten wollte und fand keine Antwort darauf als die, daß man billige Arbeitskräfte behalten wollte. ... Internierte, die als

polnische Staatsbürger freikamen, mußten ... eine Verpflichtung unterschreiben, daß sie darüber, was sie im Lager gesehen und erlebt hatten, nichts verlauten lassen, widrigenfalls würden sie wieder ins Lager eingeliefert.

Denen, die auf den Transport warten mußten, riet man, wegen Einsendung einer Zuzugsge-  
nehmigung an die Angehörigen zu schreiben. ... Leute, die im Büro und als Fachkräfte in den  
Werkstätten arbeiteten, wurden gar nicht auf die Transportliste genommen. Da halfen Zuzugs-  
genehmigungen und Aussiedlungsbefehl nichts. Es kam vor, daß man diese Scheine einfach  
zerriß, wenn man sie unvermutet bei einer Revision in der Baracke fand oder die Leute sie  
vorzeigten. ...

Im Lager war es das Günstigste, man gehörte der großen, grauen Masse an, um weder durch  
seine Arbeit noch besondere Intelligenz irgendwie aufzufallen; dann kam man am ehesten  
weg.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT-Geschichte" Nr. 8 berichtete später (im Ok-  
tober 2019) über die Internierung von Deutschen in Polen (x358/62-66): >>**Der Tod sprach  
polnisch**

*\_ von Gero Bernhardt*

Zahlreiche KZs der Nazis im Osten wurden nach dem Krieg weiter genutzt. Sie dienten als  
Sammellager zur Deportation von Deutschen in Stalins Gulags - doch auch die Polen übten  
Vergeltung. Besonders schlimm war es in Schwientochlowitz.

Die Konzentrationslager der Nationalsozialisten, insbesondere die barbarischen Todeslager im  
Osten, sind als Stätten grauenhaftester Verbrechen unauslöschlich in die Geschichte der  
Menschheit eingeschrieben. Die Hekatomben von Toten, der historisch beispiellose Massen-  
mord an den Juden Europas, die Verfolgung und Vernichtung von Menschen, die sich gegen  
das NS-Regime stellten oder nicht in die von Hitler und seinen Paladinen ausgerufenen  
"Volksgemeinschaft" paßten - das alles kann durch nichts aufgerechnet oder gar gerechtfertigt  
werden.

In Anbetracht der Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten und der von ihnen begangenen  
Verbrechen bekundete Robert H. Jackson, der US-Chefankläger bei den Nürnberger Prozes-  
sen 1945/46, in denen sich die Hauptkriegsverbrecher auf seiten der Deutschen für ihre  
Schandtaten verantworten mußten: "Was die Welt bestimmt nicht braucht, ist die Idee, die  
einen aus den KZs herauszuholen und die anderen hineinzustecken."

Doch genau dies geschah. Die "Pest des 20. Jahrhunderts", wie der polnische Historiker Andr-  
zej J. Kaminski, selbst einst Häftling in Nazi-Lagern, das KZ-Unwesen nannte, wurde 1945  
keineswegs ausgerottet. "In den berüchtigten Konzentrationslagern der Hitlerzeit wechselten  
die Insassen und Wächter", schrieb der böhmische Militärschriftsteller Ferdinand Otto Mik-  
sche, der im Zweiten Weltkrieg dem französischen Generalstab unter Charles de Gaulle ange-  
hörte. Tatsächlich nutzten die Sieger viele der unter Hitler errichteten Lager weiter, bauten  
neue oder verschleppten, wie die Sowjets, Kriegsgefangene in ihre Gulags.

Auch dies gehört zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, des "Jahrhunderts der Lager", wie es  
der französische Historiker Bartolomé Bennassar formulierte.

### **Abtransport in Auschwitz**

Selbst die Infrastruktur von Auschwitz - dem Inbegriff des Holocaust - nutzte man nach der  
Befreiung der Überlebenden weiter, wie der polnische Völkerrechtler Szkotnicki 1996 in einer  
Dokumentation berichtete. In der Zwangsarbeitereinrichtung Jaworzno bei Kattowitz, einer  
Nebenstelle des berüchtigten Todeslagers, seien bis 1953 weit über 10.000 Menschen zu Tode  
gekommen - nicht nur Deutsche, sondern auch Ukrainer und sogar Juden.

Stalin nutzte das Auschwitz Gebiet gleich nach dem 27. Januar 1945, als die Rote Armee  
dort eintraf, als Deportationszentrum zur Massenverschleppung von Deutschen per Bahn in  
die Gulags. Schon am 28. Mai 1945 rollte ein Zug mit 1.200 Kriegsgefangenen und 200 Zivil-

personen von dort nach Karaganda in Kasachstan. Anfang Juni 1945 wurden in Auschwitz Waggons mit 1.800 gefangenen deutschen Soldaten und 200 Zivilisten zur Fahrt ins sibirische Lager Prokopjewsk beladen. ...

### **John Sacks Tabubruch**

Die KZs wurden aber nicht nur als Sammelstellen für Gulag-Transporte genutzt, auch das von den Sowjets eingesetzte polnische Satellitenregime internierte Deutsche in Auschwitz, Birkenau, Lamsdorf, Jaworzno oder Potulitz. Die Medien in Westdeutschland, in der DDR sowieso, schwiegen sich meistens darüber aus. Eine Ausnahme ist die Lokalreportage der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung über einen Schwurgerichtsprozeß in Essen 1961, bei dem Nachkriegsbestialitäten im oberschlesischen Lager Eintrachthütte-Schwientochlowitz (polnisch: Zgoda-Swientochlowice) zur Sprache gekommen waren.

Hierbei erfuhr die Öffentlichkeit beispielsweise davon, daß man in diesem Nebenlager von Auschwitz Deutsche hatte ausbluten lassen, nachdem ihnen die Pulsadern geöffnet worden waren. Ein Arzt namens Glombitza wurde in Essen zu zwei Jahren Haft verurteilt, weil er mit der polnischen Lagerführung zusammengearbeitet hatte und in zahlreiche Untaten verstrickt war. Allerdings hatte er sich, was ihm vor Gericht zugute gehalten wurde, nicht aus freien Stücken, sondern nur unter schwerem Druck zur Kollaboration bereitgefunden. Als vormaligen SA-Sturmführer hätte ihn sonst ein furchtbarer Folttertod erwartet.

Wie vermint dieses zeitgeschichtliche Gelände ist, bekam 1995 der US-Journalist John Sack zu spüren, als die deutsche Übersetzung seines Werkes *An Eye for an Eye (Auge um Auge)* über Terror gegen Deutsche in Oberschlesien nach 1945 veröffentlicht wurde, in dem das Lager Schwientochlowitz eine herausragende Rolle spielt.

Der Piper-Verlag ließ nach einer gewaltigen Medienkampagne gegen Sack, auf deren Höhepunkt dem Publizisten - der 1930 in New York als Sohn jüdischer Einwanderer aus Polen zur Welt gekommen war - sogar der absurde Vorwurf des Antisemitismus gemacht wurde, die mehreren tausend bereits gedruckten Exemplare der Erstauflage schließlich eine Woche vor dem geplanten Verkaufsbeginn einstampfen.

Sack reagierte darauf mit den Worten: "Ich bin schockiert. Ich glaube, die Deutschen sind reif genug, um sich selbst ein Bild zu machen." Bezeichnenderweise hieß es im Spiegel, daß die Quellen des Autors "noch jeder Prüfung standgehalten" hätten. Angreifbar seien bei ihm "nicht die Fakten, sondern Form und Stil". Für das hiesige Lesepublikum sei die Lektüre ganz einfach "schwer erträglich"...

Über Sack, der 2004 verstarb, schrieb das US-Magazin *The Nation*, er sei ein "Journalist von außergewöhnlicher Integrität und Unerschrockenheit" gewesen, hatte sich als Mitarbeiter bedeutender amerikanischer Publikationen wie *The New Yorker*, *Harper's Bazaar* und *Esquire*, als CBS-Korrespondent und einer der erfolgreichsten linken Sachbuchautoren Amerikas einen Namen gemacht.

Zu Bestsellern waren Enthüllungswerke wie "Lieutenant Calley. His Own Story über den Vietnamkrieg" geworden. Dem Schicksal der von den Nazis ermordeten Juden hatte er mehrere Reportagen gewidmet, und auch *An Eye for an Eye* wurde in den USA stark beachtet und von führenden Blättern rezensiert. Selbst seine heftigsten Kritiker in Amerika erhoben nie die Forderung nach Zensur des Werkes.

### **In Morels Folterhölle**

Schon im Sommer 1945 hatte R. W. F. Bashford, ein Diplomat des britischen Foreign Office, an das Londoner Außenministerium gemeldet, daß die KZs im polnischen Machtbereich "nicht aufgehoben, sondern von den neuen Besitzern übernommen worden" seien. "Meistens werden sie von polnischer Miliz geleitet. In Swientochlowice müssen Gefangene, die nicht verhungern oder zu Tode geprügelt werden, Nacht für Nacht bis zum Hals in kaltem Wasser stehen, bis sie sterben."

John Sack recherchierte auf der Basis solcher Meldungen und anderer Berichte. Laut *An Eye for an Eye* waren hunderttausende Deutsche nach Kriegsende solchem Terror ausgesetzt, insbesondere in Oberschlesien; 60.000 bis 80.000 hätten die Torturen nicht überlebt. An der Spitze des Lagersystems stand Chaim Studniberg, der seinen Lebensabend später in Israel verbrachte.

Die Leitung von Schwientochlowitz oblag Salomon (Schlomo) Morel, der im Krieg Hecken- schütze kommunistischer Partisanen war und später auch die Gefängnisse von Ratibor und Kattowitz leitete. Auch Morel zog es 1992 nach Israel, allerdings unfreiwillig: Die polnische Staatsanwaltschaft hatte wegen der Untaten in den von ihm beaufsichtigten Einrichtungen ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. "Salomon Morel müßte von den Israelis vor Gericht gestellt werden wie Eichmann", meinte Sack. Eine Auslieferung an Polen wurde von Israel zweimal verweigert. Er starb 2007 unbehelligt in Tel Aviv.

Doch für welche Verbrechen trug Morel Verantwortung? Berichte von Zeugen und Überle- benden, die sich Sack offenbarten, legen davon Zeugnis ab. Dorota Boreczek bekundete: "Ich war damals erst 13 Jahre alt und sah die Menschen dort wie Tiere verenden." Zeuge Gerhard Gruschka gab zu Protokoll: "Lagerkommandant Morel war von kräftiger Statur und erfüllt von brennendem Haß.

Wenn er sich einen Gefangenen persönlich vornahm, war ihm der Tod meist sicher. Morels "Spezialität" bestand darin, einen schweren Stuhl noch aus deutschen Lagerzeiten an den Fü- ßen zu packen und dann mit der dicken Seite auf die Opfer einzudreschen. Wieder und immer wieder wurden schwer verletzte Häftlinge nach einer solchen Tortur in die Krankenbaracke oder mit zertrümmerten Schädeln gleich in die Leichenbaracke gebracht."

Eine weitere Vorliebe des Lagerkommandanten war, wie Gruschka schildert, die sogenannte Pyramide: "Morel zog irgendeinen Häftling aus der Reihe und warf ihn in die Mitte des Rau- mes mit Wucht zu Boden, daneben einen zweiten, einen dritten und vierten. Auf sie wurden weitere vier Häftlinge geworfen, bis mit Hilfe von Morels Begleitern fünf bis sechs Men- schenschichten entstanden."

In Sacks Buch erfährt man, daß die zur Pyramide aufgehäuften deutschen Opfer zusätzlich aufs Grausamste mißhandelt wurden. Morel und seine Spießgesellen hätten auf die Unglückli- chen mit Knüppeln eingeschlagen, "als wären sie Jäger vor einer Herde kanadischer Robben". Der Autor weiter:

"In den oberen Schichten schrien die Deutschen: "Nein! Bitte! Bitte nicht!", aus der Mitte drang Stöhnen, in den unteren Schichten war es still, denn das Gewicht von zwei Dutzend Menschen trieb den unten Liegenden die Gedärme aus dem Leib, sie lagen im Sterben." Mo- rel, fährt Sack fort, habe dabei "gelacht wie ein Meschuggener" - so habe denn auch schon sein Deckname bei den jüdischen Partisanen im Zweiten Weltkrieg "der Meschuggene" gela- tet.

Bei seinen Taten habe sich der Menschenschinder auf "Rache" berufen, da seine Eltern und sein Bruder "von den Deutschen vergast" worden seien. In Wahrheit aber waren, wie Sack recherchierte, Morels Familienangehörige von polnischen Antisemiten erschossen worden. Auch Morels Behauptung, selber nach Auschwitz eingeliefert worden zu sein, war laut dem US-Journalisten falsch.

### **Von Seuchen dahingerafft**

Ein Opfer schilderte gegenüber Sack Folgendes: "Oft schlug Morel mit bloßen Fäusten zu, meist gezielt ins Gesicht. Er konnte auch brutal mit dem Gummiknüppel zuschlagen. Und in regelmäßigen Abständen befahl er nachts: "Horst-Wessel-Lied singen, aber schnell!", und während wir sangen, prasselten die Gummi- und Holzknüppel auf uns nieder."

Der zur Zeit seiner Inhaftierung 14-jährige Eric van Calsteren sagte aus: "Mit der Eisenstange, mit der die Bottiche für das Essen geschleppt wurden, schlug man mir meine Beine ganz ka-

putt, und als ich wieder auf dem Boden lag, wurde ich noch mit Fußtritten bearbeitet. ... Daß es Tote gab, war schon ganz normal. Überall Sterbende. Im Waschraum, auf der Toilette, im und neben dem Bett. Es geschah fast immer in der Nacht, und wenn man zur Toilette mußte, stieg man über die Toten."

In seinem Buch schildert Sack, daß Hunde auf deutsche KZ-Insassen gehetzt wurden, darauf abgerichtet, die Geschlechtsteile der Opfer zu zerfetzen, daß Aufseher Lagerhäftlingen lebende Kröten in den Hals steckten, wodurch sie erstickten, daß Häftlinge geblendet und eingesperrte Kinder vergewaltigt wurden. Eine weitere Aussage eines Überlebenden von Schwientochlowitz: "Immer wurden wir geschlagen oder mußten uns gegenseitig schlagen. Ich meinen Vater und mein Vater mich. Wenn ich mich weigerte, wurde ich selbst geschlagen."

### **Späte Wahrheit**

In Ausgabe 49/1994 schreibt die Zeit über das weiterbetriebene KZ Schwientochlowitz: "Der Fall (des jüdischen KZ-Kommandanten) Morel stellt die Geschichte auf den Kopf, macht aus Opfern Täter und aus Tätern Opfer." Die linksliberale Wochenzeitung entschied sich wegen dieser Brisanz für eine eigene Recherche, deren Ergebnis Sacks Aussagen bestätigte.

Das Blatt kommt zu dem Schluß: "Die Argumente für die Behandlung des Themas sind gewichtig. "Man muß die Wahrheit sagen", urteilt auch Feliks Lipman, der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde in Kattowitz, obwohl Salomon Morel ihn aus Tel Aviv moralisch zu erpressen suchte: Wenn er ihn nicht verteidige, sei er kein Jude mehr. Doch für Lipman ... kann es Loyalität unter diesen Umständen nicht geben. "Nicht alle Deutschen sind Hitleristen und nicht alle Polen und Juden unschuldig", befindet er. "Wer Verbrechen begangen hat, muß dafür bestraft werden."

### **Über 1.000 Marterstätten**

Dabei war Morels Lager noch nicht einmal das schlimmste. Insgesamt mußten Deutsche Sacks Untersuchungen zufolge nach Kriegsende im polnischen Machtbereich in über 1.000 ähnlichen Marterstätten leiden. Diese Größenordnung wird auch in anderen Quellen genannt. Der Historiker und Totalitarismusforscher Manfred Zeidler schreibt in seinem Werk *Kriegsende im Osten*: "Die Polen übernahmen in der Regel die von den russischen Militärbehörden eingerichteten Sammel- und Umschlaglager und bauten sie für ihre Zwangsarbeits- oder Internierungszwecke noch aus.

Insgesamt bestanden nach einer Liste des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes in den Gebieten östlich von Oder und Neiße 1.255 Lager der unterschiedlichsten Größen sowie 227 Gefängnisse, die der Inhaftierung von Deutschen dienten."

Sacks Buch, das nach dem Rückzieher von Piper in dem kleinen Hamburger Kabel-Verlag unter dem ursprünglich geplanten Titel *Auge um Auge* erschien, ermutigte immerhin einige bundesdeutsche Mainstream-Journalisten, sich mit dem tabuisierten Thema zu beschäftigen. So veröffentlichte die langjährige Korrespondentin der Zeit, Helga Hirsch, 1998 ihre Studie *Die Rache der Opfer. Deutsche in polnischen Lagern 1944-1950*. Sie hatte in polnischen Archiven recherchiert, Überlebende befragt, die Ereignisse konstruiert und bestätigte im Wesentlichen die Forschungsergebnisse des Amerikaners, auch in Bezug auf den Auschwitz-Komplex.

Darüber hinaus erschienen mehrere Bücher, in denen die Opfer über ihr Leid berichteten, etwa die 1996 erschienene Dokumentation *Zgoda*, ein Ort des Schreckens von Gerhard Gruschka aus Gleiwitz, der als Jugendlicher den Torturen polnischer Häscher ausgesetzt war.

### **Zwangspolonisierung**

Fast vier Jahre nach Kriegsende berichtet eine Ostpreußin, wie die in der Heimat zurückgebliebene deutsche Bevölkerung gezwungen wurde, die polnische Staatsbürgerschaft (auf dem Papier "freiwillig") anzunehmen: "Als wenn der Teufel aus der Hölle, tobt und wütet, genau so fingen die Polen an zu toben, (zu) schikanieren und die Deutschen zur Unterschrift zu

zwingen. ... Man hörte, wie die Schikanen dörferweise durchgeführt wurden. Und dörferweise haben die Deutschen unterschrieben.

Man hat sich immer gesagt, warum halten die Deutschen nicht stand. Viele saßen im Keller, aber sie haben alle kleingekriegt. Mit Gummiknüppeln, Drahtseilen und Eisenstangen. ... Die Deutschen wurden durchs Messer gejagt und mit Nadeln gestochen. Viele Leute haben es mit ihrem Leben bezahlt, sind irregeworden, haben sich aus Verzweiflung erhängt und sind an den Schlägen verstorben."

*(Brief der H. W. aus dem Kreis Sensburg, verfaßt im Februar 1949. Die beglaubigte Abschrift befindet sich im Bundesarchiv Ostdokumentation.)<<*

## **Tschechoslowakei**

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über die Massenverhaftungen, Zwangsarbeit und Lager in der CSR (x004/91-94: >>... Die tschechische Regierung ging zu dem System über, tschechische Arbeiter aus Innerböhmen in die sudetendeutschen Industriebetriebe zu holen und an ihrer Stelle Sudetendeutsche als Zwangsarbeiter ins tschechische Gebiet zu verschicken.

Um diese Maßnahmen durchführen zu können, wurden nicht nur die Internierten und Häftlinge, sondern alle Deutschen und Madjaren männlichen Geschlechts vom 14. bis zum 60. und weiblichen Geschlechts vom 15. bis zum 50. Lebensjahr unter Arbeitspflicht gestellt. Meist war diese Regelung von den lokalen oder regionalen Behörden gleich nach der Wiedererrichtung der tschechoslowakischen Verwaltung eingeführt und erst durch das Dekret vom 19. September 1945 für alle Personen, die die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft verloren hatten, nachträglich sanktioniert worden.

Nähere Richtlinien für die Durchführung dieses Dekrets wurden später in der Bekanntmachung des Innenministeriums vom 2. Dezember 1945 erlassen, deren Wortlaut eine zu Lasten der deutschen Arbeitskräfte gehende weite Auslegung gestattete.

Soweit die deutschen Arbeiter - es handelte sich vorwiegend um die in lebenswichtigen Betrieben beschäftigten oder zur Anlernung von Tschechen belassenen Spezialisten - noch länger an ihren Arbeitsplätzen bleiben durften, löste das Gesetz vom 11. April 1946 ihre Arbeits- und Lehrverhältnisse auf und unterstellte sie den gleichen Bedingungen wie die Zwangsarbeiter. Gleichzeitig wurden auch die durch Verhaftung, Austreibung, Verschickung zur Zwangsarbeit usw. beendigten Arbeits- und Lehrverhältnisse für rechtlich aufgelöst erklärt.

Einen großen Teil der zum Arbeitseinsatz gezwungenen Personen deportierte man ins tschechische Gebiet. Sie wurden in Razzien ausgehoben, bei denen die Bevölkerung ganzer Ortschaften zusammengetrieben und abtransportiert wurde, oder aber durch Einzelverpflichtungen, die das jeweilige Arbeitsamt vornahm.

Ohne Rücksicht riß man Familien auseinander. Sie fanden oft erst vor der Aussiedlung oder Jahre danach in Deutschland wieder zusammen.

Die zum Arbeitseinsatz Verschleppten wurden vorwiegend in Bergwerken, Industriebetrieben und in der Landwirtschaft beschäftigt, wie überhaupt in allen Berufssparten, die schlecht bezahlt wurden oder besonders hohe körperliche Anstrengung erforderten und aus denen die Tschechen abgewandert waren.

Besonders harte Arbeits- und Lebensbedingungen bestanden für die deutschen Zwangsarbeiter in den Industriegebieten von Mährisch Ostrau und Kladno und in vielen landwirtschaftlichen Betrieben Innerböhmens. Berüchtigt waren die Arbeitslager des großen Hüttenwerks Witkowitz.

Die Behandlung und Verpflegung hingen vielfach nach sowjetischem Vorbild von der Arbeitsleistung nach festgesetzten Normen ab, und da die Ernährung keinesfalls den harten Anforderungen am Arbeitsort entsprach, waren Krankheitsfälle, vorwiegend Hungerödeme, be-

sonders häufig. Aus Schikane setzte man Angehörige der geistigen Berufe zu besonders schweren und gefährlichen Arbeiten ein. Den ungewohnten körperlichen Anstrengungen waren sie nicht gewachsen; ihr Anteil an den Krankheits- und Todesfällen war deshalb besonders hoch.

In einigen Lagern, in denen Revolutionsgardisten und SNB-Leute nach eigenem Ermessen Strafmaßnahmen trafen und die Insassen quälten, bedeutete die sogenannte Freizeit nur eine Fortsetzung der Demütigungen und Erniedrigungen. Um aber wenigstens tagsüber den Quälereien und dem Mutwillen der Lagerwachen zu entgehen, meldeten sich selbst die Kranken zum Arbeitseinsatz.

Die Zustände besserten sich erst, als die Krankheitsfälle sich immer mehr häuften und die Leistungen infolge Unterernährung in einem solchen Maße sanken, daß die Betriebe um die Erfüllung des ihnen im Rahmen der Planwirtschaft auferlegten Solls fürchteten und sich für eine bessere Behandlung und Ernährung der Zwangsarbeiter einsetzten.

Für die in die tschechische Industrie und in die Lager gebrachten Personen war es so gut wie unmöglich, aus dem Zwangsarbeitssystem entlassen zu werden. Alle dahingehenden Bemühungen der Familienangehörigen, die nicht selten durch den Zwangsarbeitseinsatz ihres Ernährers in bittere Not gerieten, scheiterten an den polizeistaatlichen Schranken. In einzelnen Fällen hatten Interventionen tschechischer Bekannter einen Erfolg. Völlige Arbeitsunfähigkeit infolge der erlittenen Entbehrungen und Mißhandlungen, die nicht selten jahrelanges Siechtum zur Folge hatten, war oft der einzige Entlassungsgrund.

Erst als die Aussiedlungsaktion Anfang 1946 einsetzte, war die Möglichkeit gegeben, die Familienangehörigen für die geschlossene Ausweisung anzufordern, vorausgesetzt, daß ihr Aufenthaltsort überhaupt bekannt war.

Die Verschickung ins innertschechische Gebiet war wohl die schlimmste Auswirkung des alle Sudetendeutschen erfassenden Zwangsarbeitssystems. Aber auch die in den Heimatorten verbliebenen Deutschen waren diesem System unterworfen, sie wurden zu allen Arbeiten in der Landwirtschaft, zu Aufräumungsarbeiten, zum Straßenbau herangezogen.

Zum Teil mußten sie in ihren enteigneten Betrieben und auf den Höfen für die Nationalverwalter weiter arbeiten. Die Revolutionsgarde oder SNB nahm für vorübergehend anfallende Arbeiten die Deutschen oft wahllos auf der Straße fest und stellte sie zu Arbeitskolonnen zusammen. In verschiedenen Orten scheute der Národní Výbor nicht davor zurück, die Deutschen beim sonntäglichen Kirchgang aufzugreifen oder an Sonntagen zum Straßenkehren oder zur Instandsetzung der Grünanlagen heranzuziehen, deren Betreten sonst für sie verboten war.<<

Das Bundesarchiv Koblenz berichtete im Jahre 1974 über die Lager in der Tschechoslowakei (x010/45-47): >>Unmittelbar nach Beginn des Prager Aufstandes begann auch in großem Umfange die Verbringung von Deutschen in Gefängnisse und Lager. Nach Ermittlung des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes bestanden in der Tschechoslowakei 1.215 Internierungslager, 846 Arbeits- und Straflager und 215 Gefängnisse, in denen 350.000 Deutsche längere oder kürzere Zeit festgehalten worden sind. ...

Unmenschliche Verhältnisse führten zum Tode von Lagerinsassen durch Kräfteverfall und Epidemien, verursacht durch mangelhafte Ernährung, fehlende Medikamente, unhygienische Verhältnisse und durch Depressionen infolge sadistischer Mißhandlungen. Sehr hoch war die Sterblichkeitsziffer bei Kindern und älteren Leuten. Von den Arbeitslagern wiesen die der Bergwerke eine besonders hohe Sterblichkeit auf.

Erheblich war jedoch auch die Anzahl der Opfer willkürlicher Erschießungen und Mißhandlungen durch Kommandanten und Wachmannschaften der Lager; diese setzten sich vorwiegend aus Angehörigen der Revolutionsgarde, die in die SNB übernommen worden waren, zusammen. Zum Beispiel wurden von Anfang Mai bis Anfang Juli 1945 in dem berüchtigten

Hanke-Lager (Kreis Mährisch Ostrau) 350 Insassen zu Tode gefoltert. ...

Die Zurückgebliebenen wurden nach Besetzung der Slowakei durch die Rote Armee und Errichtung des neuen Regimes, sobald sie als Deutsche erkannt wurden, in Lager interniert und zum Arbeitseinsatz "vermietet". Die Verhältnisse in den Lagern, die zumindest in den ersten Monaten unter Aufsicht ehemaliger Partisanen standen, unterschieden sich im allgemeinen nicht von denen in Böhmen und Mähren. ...

Die Lager wurden ... aufgefüllt durch zurückkehrende Karpatendeutsche aus den Sudetenländern, die sich slowakischen Repatrianten angeschlossen hatten.

Zu Mißhandlungen durch slowakische Soldaten kam es bei ihrem Eintreffen auf den Zielstationen der Transporte. Eine Massenerschießung von 247 Karpatendeutschen, darunter Frauen und Kinder, die aus Lagern im Kreis Saaz/Sudetenland zurückkehrten, fand am 18.6.1945 noch vor Erreichung des Gebietes der Slowakei in der Nähe des Bahnhofs Prerau/Mähren statt. Die Deutschen wurden aus dem Zuge geholt - angeblich von slowakischen Soldaten - und in einem in der Nähe gelegenen Wald zur Exekution geführt. ...

Nach Schätzungen muß bei einer Gesamtzahl von 350.000 in Gefängnisse und Lager verbrachten Deutschen mit ca. 100.000 Opfern gerechnet werden. A. Bohmann: "Das Sudetendeutschtum in Zahlen", München 1959, Seite 199, schätzte die Anzahl der in Lager überführten Sudetendeutschen auf mindestens 1 Million.<<

### **Zustände nach dem sowjetischen Einmarsch in Friedrichsdorf bei Iglau, Verhältnisse in den Internierungslagern Gossau, Brünnberg und Obergöß von Juni 1945 bis April 1946**

Erlebnisbericht der Kindergärtnerin Margarete Z. aus Friedrichsdorf bei Iglau in Mähren (x005/52-57,187-194): >>Ende Februar 1945 schloß ich meine Ausbildung als Hortnerin (Kindererzieherin) in Prag ab. Wir wußten um den Ernst der Lage, denn im Herbst vorher waren wir Kursteilnehmerinnen zur gesundheitlichen Betreuung von Panzergräben bauenden 12-14jährigen Jungen aus den Kinderlandverschickungslagern eingesetzt gewesen.

Nach unserer Rückkehr kamen die vielen Bahntransporte schlesischer Flüchtlinge, die wir ebenfalls für Nächte oder Stunden des Aufenthaltes betreuen halfen und die dann größtenteils im böhmischen Raum untergebracht wurden.

Der Feind kam näher, aber wir glaubten noch an das Wunder der angeblich neuen Waffen, die auf jeden Fall den Russen aufhalten sollten. In Boskowitz bei Brünn mußte ich bis Ostern noch schulentlassene Jungen der KLV betreuen, die vorsichtigerweise doch nach Ostern mit Sondertransport in Richtung Bayern abgingen.

Ich mußte das Heim noch einem Vertreter der Bezirksbehörde übergeben und hatte große Schwierigkeiten mit dem tschechischen Heimpersonal, die forttragen wollten, was nicht nagelfest war. Ich mußte feststellen, daß auch der tschechische Hausmeister, der scheinheilig immer betonte, uns zu beschützen, uns bestohlen hatte, aber die Eile, mit der ich mit den dort beschäftigten zwei reichsdeutschen Pflichtjahrmädeln von Brünn abgeholt wurde, weil die Bahn schon größtenteils durch Partisanensprengungen unterbrochen war, erlaubte uns keine Proteste mehr.

Kurz vor der Einnahme durch die Russen kamen wir noch aus Brünn heraus. Die große Brücke bei Namest war gesprengt, und im Morgengrauen mußten wir schon in Klein-Beranau aussteigen, denn auch die Igelbrücke vor der Stadt war einige Tage vorher gerade in dem Augenblick gesprengt worden, als ein Transport junger Soldaten den Hauptbahnhof verließ. 80 junge Menschen riß der Zug in die Igel.

Wir fuhren noch nach Prag, um uns pflichtschuldiger zu melden, und ich bekam den Auftrag, in Ritschan noch Heimkinder zum Abtransport in Richtung Böhmerwald zu bringen. Der Haß und der Hochmut der Tschechen war dort schon offen. Einige einheimische Deutsche waren



durch Drohungen so verstört, daß sie sich auf meinen Rat gerne den Kindern anschlossen. Ich selbst blieb mit einem fiebrigen Rheumaanfall zurück und glaubte auch noch der Ordnung halber das Heim übergeben zu müssen. Das Haus wurde sofort von Soldaten belegt, und als mir der Offizier die Lage und den täglich erwarteten tschechischen Aufstand klar machte, begab ich mich sofort mit kleinem Gepäck auf den Heimweg.

Eine ehemalige tschechische Hausgehilfin gab mir freundlichst den Rat, meine Koffer bei ihr einzustellen, ich habe nichts mehr davon gesehen, noch von dem Mädels auf meine Schreiben eine Antwort bekommen. Zwei Tage brauchte ich, bis ich nach Iglau kam. Es war eine unheimliche Fahrt: die drohende Erregung in Prag und die gemischte Gesellschaft, vielfach Hilfstruppen im Zug.

Eigentlich wollte ich nur schnell meine Mutter aus Iglau abholen. Aber wohin? Schließlich hofften wir doch, daß der Amerikaner Böhmen und Mähren besetzen wird und nicht der Russe. Unsere Habe war größtenteils eingemauert oder vergraben. Viele Trecks fuhren in Richtung Südwesten vorbei, größtenteils Schlesier, die nach 3 bis 4 Wochen, restlos ausgeplündert, denselben Weg zurückkamen.

Wir wußten in dem Hin und Her nicht, was wir tun sollten. Erst als der Volkssturm aufgelöst war und als die letzte deutsche Wehrmachtseinheit Friedrichsdorf verließ, entschieden wir uns wie die meisten Nachbarn zum Bleiben. Der Krieg war ja aus, und in Friedrichsdorf hatten schon immer Deutsche und Tschechen nebeneinander gelebt, und wir hatten keinem etwas Schlechtes getan.

Am späten Abend des 8. Mai 1945 fielen Leuchtfallschirme, und man hörte die ganze Nacht den Donner und das Aufblitzen der Artillerie. Mit uns in der Wohnung befanden sich damals noch zwei Familien, ein Blinder mit Frau und zwei Kindern aus Schlesien und ein über 70jähriger Postbeamter i.R. aus Köln/Rheinland mit Tochter und Enkelkind.

Morgens um 5 Uhr gab es in der Stadt Panzeralarm, und da wir direkt an der Reichsstraße Richtung Prag wohnten, suchten wir alle den Keller auf. Kurz darauf donnerte der letzte deutsche Panzer, und ihm folgten nach einigen Minuten schon die Russen. Unaufhörlich rollten alle Arten von Motorfahrzeugen, am nächsten Tag waren es schon meist mit Mongolen besetzte Pferdewagen.

Gegen 7 Uhr morgens kam der erste Russe mit einem Tschechen wegen Waffen ins Haus. Der Vater wies die Bescheinigung über die abgegebenen Volkssturmwaffen vor, übergab ihnen seine Jagdwaffen, und sie gingen wieder.

Eine Stunde später kam wieder so ein Paar, und der Tscheche fragte nach dem Motorrad des Vaters und nach der "Deera" ("Tochter"). Ich war gerade in die Küche um etwas Eßbares gelaufen und voller Bange, daß sie meinem Vater etwas tun könnten, ging ich kurz entschlossen die Treppe hinunter.

Der Russe packte mich am Arm, nahm mir die Uhr ab, schickte dann den Tschechen fort und wollte mich in eine Tür zerren. Er stank nach Alkohol. Ich fragte erschrocken: "Co chcees?" ("Was willst Du?"), sah ihn groß an und sagte in tschechischer Sprache: "Zu Haus hast Du doch auch eine Mutter oder eine Schwester?"

Der kahlköpfige Russe sah mich an wie einen Geist, drehte sich um und ging fort. Es war mir im Haus nun nicht mehr geheuer, ich versteckte mich im Garten. Eine Deutsche, die mit einem tschechischen Eisenbahner verheiratet war, hielt ein russisches Auto an und hetzte die Rotarmisten in unseren Garten mit dem Hinweis "germanski Soldat". Als ich mit noch drei benachbarten Frauen mit erhobenen Händen aus dem Busch kroch, weil der Soldat hineinschießen wollte, wurden wir sehr ausgelacht.

Mein Brotbeutel wurde gefunden, und der russische Unteroffizier untersuchte genau den Inhalt, gab mir aber Stück für Stück, die goldene Uhr, Halskette mit Anhänger, Ohrgehänge, Reisewecker, Ring usw. zurück, salutierte und fuhr wieder ab. Die Frau des tschechischen

Lehrers verschaffte uns wieder Ruhe vor den sich angesammelten keifenden Tschechinnen. Aber von Stunde zu Stunde wuchs unsere Ratlosigkeit.

Vom tschechischen Lehrerkollegen bekam mein Vater den Rat, das Schulhaus zu verlassen. Bevor wir uns noch dazu aufrafften, kam eine Gruppe von ca. 10 Gendarmen und Partisanen ins Haus und durchsuchte alles. Vater und Mutter wurden arg mißhandelt, während mich der Ortsgendarm in der Wohnung festhielt. Schließlich wurde Vater abgeführt. Vor der Schule stand während dieser Szene Franz H., Werkmeister ... mit erhobenen Händen. Derselbe wurde dann im Gefängnis erschlagen.

Nun war die Haustür aufgebrochen, und getreu dem Vorbild der Gendarmen, die sich u.a. gleich Schreibmaschine, Ledermantel und Stiefel mitgenommen hatten, plünderte nun das Gesindel der Nachbarschaft.

Abends herrschte auf der Gasse ein unbeschreibliches Durcheinander. Das Haus K. in der Leopoldstadt brannte wie eine Fackel, ohne daß jemand ans Löschen dachte. Russisches "Urräh" und tschechisches Jubelgeschrei, Panzerlärm und Schüsse erfüllten die ganze Gegend. Gegen 10 Uhr mußte Mutter einigen Russen die Wohnungstür öffnen und für sie kochen.

Sie war entsetzt, als sie am nächsten Morgen in die Küche kam und diese voller Unrat fand. Ich hatte mich bei den Flüchtlingen verkrochen. Unser Fluchtgepäck war entdeckt und mit den Russen verschwunden. In den ebenerdigen Räumen, die als Vereinsräume zuletzt Flüchtlinge beherbergt hatten, sah es aus wie nach einem Bombenangriff. Aufgeschlitzte Betten, Kleider, Mörtel, Unrat, Bilder, Scherben, Bücher, Papiere u.a., alles kniehoch durcheinander. Das neue Mobiliar meiner Schwägerin, in Verschlagen zum Abtransport vorbereitet, war mit Äxten sinnlos zerschlagen.

Kaum waren die Russen aus dem Haus, kamen die Partisanen vom Vorabend wieder, schossen wild um sich, und als die erschrockene Frau des Blinden, die kein Tschechisch verstand, ein deutsches Wort sagte, wurde sie angebrüllt, geohrfeigt, dem Mann die Blindenuhr abgenommen, und die ganze Familie mußte sofort aus dem Haus. Ich bekam auch eine Ohrfeige, und meine Brille zersplitterte auf der Steintreppe. Erst nach Monaten bekam ich einen Ersatz. Alle Uniformstücke und was sonst an besseren Sachen ins Auge fiel, wie z.B. Schuhe, Wäsche und das große Radio wurden mitgenommen.

Während dieser Durchsuchung mußten wir Deutschen alle in einer Ecke mit dem Gesicht zur Wand stehen, von zwei Buben mit aufgesteckten Bajonetten bewacht. Diese Schrecken wurden dem alten Herrn doch zuviel, er suchte sich ein anderes Quartier im Nachbarhaus. - Diese Kölner wurden im Juni gesondert abgeschoben und erreichten im Herbst nach ungeheuren Strapazen krank Köln/Rheinland.

Mutter und ich zogen uns in das hinterste Zimmer zurück und suchten nach noch brauchbaren Kleidungsstücken und Lebensmitteln zum Einpacken, als plötzlich ein baumlanger Kerl mit Kosakenmütze hinter uns stand.

Er fragte in gebrochenem Deutsch: "Warum Du traurig? Du Nazi?" Ich schüttelte den Kopf, sagte, die Tschechen haben meinen Vater fortgeführt. Er sagte nur: "Tschechen nix gut. Du machen gut Quartier für mein Offizier."

Es kam ein Hauptmann, der gefangene russische Hilfstruppen verhörte, und sein Dolmetscher versicherte uns, daß er keine Tschechen hereinlasse und daß wir ruhig schlafen sollten. Wir hatten wirklich eine ungestörte Nacht, aber am frühen Morgen war unser "Schutz" ausgeflogen.

Der tschechische Lehrer kam und riet uns nochmals, das Haus zu verlassen und ihm die Schlüssel zu geben. Er fragte uns, ob wir noch einige Lebensmittel für unseren Bedarf haben. Als wir dies verneinten, brachte er von sich aus in einer Tasche Mehl, Zucker und Malzkaffee. Mutter wollte wissen, was mit Vater geschehen war, worauf er uns mit einem Begleiter zum Gemeindeamt schickte. ...

Am Bürgermeisteramt residierte der Narodni Vybor und sein Chef, der tschechische Bürgerschuldirektor St., sagte im Nebenzimmer laut zu unserm Begleiter: "Was wollen sie denn, der Alte ist erschossen. Sie sind früher dem Hitler nachgelaufen, so sollen sie ihm jetzt auch nachlaufen."

So wurde unser Vater totgesagt, und wir haben aus diesem Grund auch keinerlei Bekleidung für ihn mitgenommen. Wir holten uns in der Schule noch einige Sachen und verließen durch eine Zaunlücke den Garten. Bei Aufräumungsarbeiten in der Wohnung der Eltern durch deutsche Frauen wurden noch Bilder, Sparbücher, Wäschestücke vom tschechischen Lehrer aussortiert und uns geschickt. Dieser tschechische Oberlehrer S. handelte uns gegenüber sehr korrekt und menschlich und mußte später angeblich als Kollaborant dafür büßen.

Wir wanderten nach Wetterhöfel. Als wir die Bahnstrecke überquert hatten, fuhr ein Zug nach Iglau. Aus dem Fenster eines Wagens rief einer verzweifelt: "Grüßt mir mein Weib, ich seh' sie nimmermehr." Wer es war, konnten wir nicht erkennen.

In der Villa N. fanden wir eine vorübergehende Bleibe für drei Tage, dann kam ein russisches Kommando ins Haus. Schimpfend mußte auch der tschechische Hausbesorger sofort räumen, dem die Befreier noch tags zuvor ein Reitpferd geschenkt hatten, das im Garten graste. Indessen zogen von Simmersdorf her viele Gruppen Kriegsgefangener vorbei. Wir hatten alles erreichbare Brot und Wasserkannen bereitgestellt, und manchmal durften wir den erschöpften Soldaten ... etwas über den Zaun reichen.

Am 13. Mai früh machten wir uns auf, um das Schicksal unserer Verwandten 3 km weiter in der "Kronowitten" zu erkunden. Ein herrlicher Maientag, aber kein Mensch war weit und breit zu sehen. Beim Sch. ... sahen wir im Garten unter einem Baum ein Bett mit gelbseidener Steppdecke - es könnte unsere gewesen sein - darin schnarchte ein Russe. Wir schlichen uns vorbei.

Von Vaters Elternhaus kam uns die schwarzgekleidete Hausgehilfin händeringend entgegen und lamentierte: "Unsere Frau ist heute gestorben!" Tante H. war nur auf einen gehässigen tschechischen Verwalter angewiesen und hatte in den Nächten mit ihrer Tochter in Feld und Wald Schutz gesucht. Dabei hatte sie sich den Tod durch eine schwere Lungenentzündung geholt. Sie lag in der Festtagstracht in der Stube aufgebahrt, was aber einige Russen nicht störte, nebenan zu zechen und zu schlafen.

Ein tschechischer Bote hatte sogar die Tochter in Wesenz erreicht, sie kam am nächsten Morgen mit ihren Buben die 18 km zu Fuß, und doch war es schon zu spät, der Totengräber hatte die Mutter schon tags zuvor in aller Stille begraben. Mutter und ich machten noch einen letzten Besuch bei Verwandten in Ebersdorf und auf dem Friedhof und wanderten dann hinter Preitenhof querfeldein nach Gießhübl.

Wir hatten einen unvergeßlich schönen Weitblick, so als wollte sich die Heimat noch einmal in schönstem Sonnenschein für immer in unser Herz legen. Kein Mensch arbeitete draußen auf den Feldern, die von breiten Panzerstraßen durchzogen waren.

Wir hofften, in Gießhübl eine Bleibe zu finden, aber auch dort war unser Aufenthalt verboten. Die deutschen Bauern waren größtenteils im Lager des weiblichen RAD eingesperrt, der S.-Hof hatte schon einen tschechischen Verwalter, der jedoch die deutschen Frauen weitgehend gegen die Russen schützte, es war der Sohn des tschechischen Nachbarn.

Um eine Hoffnung ärmer schlichen wir uns wieder bei der Hintertür heraus über die Felder zurück nach Wetterhöfel. Mutter bekam Fieber, und so ging ich am nächsten Tag allein wieder auf Suche nach Unterkunft nach Altenberg. Glücklicherweise blieb ich am Weg unbehelligt.

Die Stimmung in Altenberg war ebenso ratlos. Täglich wurden Männer abgeholt zum Vieh- oder Pferdetreiben oder ins Gefängnis. In der Nacht vorher hatten betrunkene Russen, von Tschechen angeführt, meine Cousinen gejagt.

Plötzlich war meine Mutter da, ganz abgehetzt. Sie wollte mich warnen, damit ich nicht den Russen in der Villa N. in die Hände liefere, denn von dem Räumungsbefehl der Villa wußte ich noch nichts. Im Gasthaus K. hat man uns bereitwilligst aufgenommen zu den ohnehin zahlreichen Schutzsuchenden. In den Räumen der Gastwirtschaft machte sich eine Russenküche breit, wir schälten dafür tagelang "Kartoschki". –

Die allgemeinen Verbote wurden uns erst nach und nach bekannt, denn wir hatten kaum eine Verbindung mit der Stadt. Nun hörten wir auch von den vielen Bekannten, die in der Stunde der Verzweiflung freiwillig aus dem Leben gegangen waren. Irgend jemand brachte auch die Nachricht, daß mein Vater bei Aufräumarbeiten in der Stadt gesehen worden war.

Am nächsten Tag nahm mich Frau G., die besser Tschechisch sprach, mit auf die Suche nach ihrem abgeführten Gatten. In der Tiefen Gasse erfuhr ich, daß Vater tatsächlich in der Jakobschule eingesperrt sei. Wir wollten ihm Wäsche und Brot bringen, durften aber nicht bis zum Eingang.

Am 26.5. wurde auch die Wirtschaft K. ganz von Russen beschlagnahmt, und wir fanden bei Familie H. in Friedrichsdorf eine Notunterkunft. Ich mußte mich täglich zur Arbeit stellen und russische Offiziersquartiere am Tivoli putzen. Es war ein aufregender Dienst, aber wir bekamen gutes Essen und blieben unbehelligt.

In den Nächten suchte ich Schutz bei Kaufmann S., wo ein rumänischer Offizier logierte, der sich eindringenden Russen immer entgegenstellte. In Friedrichsdorf passierte es damals, daß Tschechen eine Anzahl von deutschen Frauen und Mädchen nachts zum Putzen eines Hauses für einen Generalsbesuch holten und diese dann auf das gemeinste einer russischen Meute in die Hände lieferte.

Bei H. schwitzte ich auch einmal zwei Stunden unter der Ofenbank, als mich ein Russe, der mich beim Fenster erblickt hatte, nicht fand und sich zum Trost von den alten Frauen etwas kochen ließ. - Noch einmal war ich in diesen Tagen in Altenberg und wurde von einem rumänischen Soldaten, der sich als Siebenbürger Deutscher entpuppte (aus dem Ort Himmelreich), heil zurückgebracht. ...<<

>>Am 28. Mai war ich wegen großer Schmerzen in meiner Hand zu meinem Glück nicht zur Arbeit gegangen, denn so blieb ich wenigstens mit meiner Mutter beisammen.

Gegen 10 Uhr vormittags kamen Soldaten mit dem Befehl, innerhalb von 20 Minuten mit Handgepäck das Haus in Richtung Iglau zu verlassen. Wir hatten ja nicht mehr viel zu tragen, aber das Ehepaar H., beide über 70 Jahre alt und kränklich, war fassungslos. Aber es half ihnen kein Bitten. Sie mußten ihre zusammengerafften Sachen auf einen alten Kinderwagen laden und ihr (eigenes) ... Haus verlassen.

Aus allen Richtungen kamen die Deutschen mit Handwagen und Bündeln und mußten durch ein Spalier von spuckendem und höhrendem tschechischen Mob. Es gab auch Schläge und Fußtritte. Einer deutschen Lehrerin wurden die Zähne eingeschlagen.

Unser erstes Ziel war der Sportplatz beim Kreisgericht. Am Tor wurden wir von einem Mann und einer Frau in russischer Uniform abgetastet. Russische Posten mit MP forderten uns auf, allen Schmuck, Edelmetalle, Photoapparate usw. bei Todesstrafe abzugeben. Das Gepäck wurde durchwühlt. Dort wurde mir der letzte Koffer mit einigen besseren Sachen abgenommen. Den letzten Ring trat ich in den Sand, als ich keinen Ausweg mehr sah.

Einige tausend Menschen standen in glühender Hitze dicht beisammen. Erst nach 8 Stunden ging das Tor auf, und wir wurden durch ein Spalier von Tschechen auf die Altenberger Straße gedrängt und wahllos nach Süden oder Norden gewiesen, egal, ob Familienangehörige getrennt wurden.

Unser Zug bewegte sich ... quer über den Marktplatz zur Brünnergasse. (Es war) ein unvergeßlicher Anblick. Meist alte Leute, Gebrechliche, Frauen mit Kindern, mit sichtlich zusammengerafften Habseligkeiten, auf allen möglichen Kleinfahrzeugen, in der Hand oder auf dem

Rücken, mühten sich den Brünerberg hinauf zum ... Gossauer RAD-Lager. Aber wie sah es dort aus. Wir brauchten Stunden um aus- und aufzuräumen, bevor ca. 20 Personen in einer Stube Platz fanden. Türen und Fenster fehlten überhaupt.

Durch Schlagen auf eine große Sägescheibe wurden wir zum Appell gerufen und hörten nun ... von einem tschechischen Leutnant, wo wir waren. Er sagte ungefähr: "Sie sind in einem KZ, nichts gehört Ihnen mehr, alles ist Eigentum des tschechischen Volkes. Besitz von Wert-sachen wird streng bestraft. Wer nach Einbruch der Dunkelheit außerhalb der Baracke ange-troffen wird, wird erschossen. Wer Selbstmord begeht, dessen Sippe wird ausgerottet. Le-bensmittelvorräte stehen den Deutschen nicht zu. Alle mitgebrachten Lebensmittel müssen in der gemeinsamen Küche abgegeben werden."

Für die Nacht wurden Türen und Fenster verrammelt, aber mit Brecheisen verschafften sich die Russen Einlaß, holten sich ihr Freiwild teils mit Gewalt heraus, teils begingen sie ihre Schandtaten vor allen Anwesenden. Männer, die sich schützend der Frauen annahmen, wur-den brutal geschlagen. ...

Um 4.15 Uhr war Wecken, eine Stunde später Appell mit Arbeitseinteilung. Verschiedene Gruppen mußten außerhalb des Lagers bei Bauern oder in der Stadt arbeiten. Der Rest wurde im Lager unter Bewachung mit Aufräumungsarbeiten und Gartenarbeit beschäftigt. Jeder Flecken Brachland wurde sofort mit Gemüse bebaut. Aus den gesammelten Vorräten gab es nur eine dünne Suppe einmal täglich. Morgens und abends (erhielten wir) Kaffeewasser.

Nacht für Nacht kamen dieselben Verbrecher, begleitet von Schießereien, und ich habe es wohl nur der Hilfe meiner Mutter und einem guten Versteck zu verdanken, daß ich nicht auch ihr Opfer wurde. Die Krankheiten häuften sich, vor allem Ernährungsstörungen stellten sich ein. Eine Isolierbaracke mußte eingerichtet werden. Es fehlte an ausgebildetem Pflegeperso-nal, an Wäsche, Desinfektionsmitteln und Medikamenten. Nur einige primitive Bettstellen mit alten Strohsäcken waren da.

In der Hoffnung, dort nachts sicherer zu sein, meldete ich mich selbst zum Nachtdienst und wurde Krankenschwester. Gleich in der ersten Stunde (meines Dienstes) starb eine unbekann-te Diakonissin aus Schlesien, die wahrscheinlich mit einem Treck gekommen war. ... Ihren Namen konnte sie uns nicht mehr sagen. Vermutlich war sie an Typhus gestorben, aber wir waren gewarnt worden, davon zu sprechen, weil man sonst die Liquidierung des Lagers be-fürchtete. ...

Ganze Kolonnen unserer deutschen Gefangenen kamen vorbei, meist barfuß, mehr taumelnd als gehend. Immer wieder wurden sie von unserer Lagerwache aufgehalten und mit allen Schikanen durchsucht. Wir Internierten durften uns nicht nähern.

Am 7. Juni nachmittags ging Dr. K. als erster deutscher Arzt von Stube zu Stube und riet allen Gehbehinderten und Kranken, sich sofort mit ihren Sachen von dazu bestimmten Leuten her-unter in die ehemalige Irrenanstalt am Brünerberg transportieren zu lassen. Zu mir sagte er: "Machen Sie schnell, das Lager soll bald verlegt werden."

Wir hatten ca. 20 bis 30 Leute heruntergebracht, als ich gegen 19 Uhr meine Mutter, die bis dahin beim Bauer gearbeitet hatte, zum Mithelfen herunterführen wollte. Schwere Gewitter-wolken hingen in der Luft. Als wir zum Tor kamen, ließ uns die Wache nicht mehr heraus. Gleichzeitig wurde Alarm geschlagen. Aus der Baracke der Lagerleitung kamen Dr. M. und Dr. K., um dem deutschen Lagerleiter den Auftrag zu erteilen, sofort alle Lagerinsassen mit ihrem Gepäck beim Ausgang zu versammeln. Es herrschte große Bestürzung und alles lief durcheinander. ...

Bald fing ein Sturm an, der Himmel verdunkelte sich, Blitz und Donner krachten, und aus dicken Regentropfen wurde ein Wolkenbruch. War der Jüngste Tag angebrochen? Vor mir fiel eine Frau hin vor Angst und bettelte: "Helfen Sie mir, meine Mutter kann doch nicht ge-hen, und ich bin auch krank." Ich lief zu Dr. K., und der wiederum erreichte nach eindringli-

chen Vorstellungen beim Velitel und Dr. Meisel, daß die Kranken in den Baracken verbleiben sollten, um später abgeholt zu werden.

Ich jagte mit diesem Bescheid von Baracke zu Baracke. Es blieben nur wenige, denn sie fürchteten das unbekannte Schicksal. Es war schon dunkel als die Letzten des Elendszuges im Regen das Tor passierten, um im Obergößer Lager nach Stunden völlig durchnäßt anzukommen. Eine teuflische Methode, möglichst viele Menschen krank zu machen und sterben zu lassen.

Für uns gab es an diesem Abend noch viel zu tun, bis wir den Rest der Kranken auf den Brünnerberg gebracht und ... recht und schlecht versorgt hatten. Wir, meine Mutter und ich, verblieben u.a. bei den Kranken auf dem Brünnerberg. Dr. K. entwickelte ein Organisationstalent und eine Verhandlungsgeschicklichkeit mit den Tschechen, die größte Anerkennung verdient.

Er hat sich auch tüchtige Mitarbeiter herangezogen und war stets auf das Wohl aller bedacht. Er hat für viele das Dach über dem Kopfe besorgt, das ihnen vielleicht das Leben rettete, und die Schwerkranken davor bewahrt, im Straßengraben zu sterben. Sofort wurden der tschechischen Wache am Tor zwei Schwestern zugeteilt, die die nun laufend ankommenden Kranken und Alten gleich versorgen konnten.

So empfingen wir auch die Elendsfuhren aus dem Helenenthaler Lager nach dessen Auflösung. Die meisten Kranken hatten schweren Durchfall und waren schon so geschwächt, daß sie sich selbst gar nicht mehr helfen konnten. Viele konnten wir nur auf blankes Stroh betten, viele auch nur auf den bloßen Holzboden. Im wesentlichen konnten wir auch nur immer den größten Unrat von Menschen, Wäsche und Boden reinigen. ... Medikamente fehlten zunächst überhaupt und konnten erst nach Tagen und Wochen über gut gesinnte Tschechen besorgt werden.

Die Menschen starben wie die Fliegen, und die Totenkammer reichte nicht mehr aus. In den ersten Tagen waren bei einer Durchschnittsbelegung von 800 bis 1.500 Personen täglich 10 bis 15 Tote zu verzeichnen. Wenn dann Dr. Meisel, ... der Gebieter über alle Internierungslager in Iglau, zur Inspektion erschien, dann sagte er manchmal mit Fingerzeig auf die Verstorbenezahl: ... "So wenig!" ... "Hier ist das reinste Sanatorium!" ...

Der Zustrom aus der Stadt, den Dörfern und Lagern riß nicht ab. Das tschechische Kreiskrankenhaus schickte alle deutschen Patienten ins Lager. Die Schwere des Leidens und die fehlenden Behandlungsmöglichkeiten in unserem Lager waren gleichgültig. Die staatlichen Irrenanstalten schickten uns ebenfalls sämtliche deutschen Insassen. Erst ab September 1945 nahm das Allgemeine Krankenhaus chirurgische Fälle, Entbindungen und ansteckende Krankheiten, außer Tbc, wieder an. ...

Anfangs waren wir weit und breit das einzige deutsche Krankenasyl und Altersheim. Der Raum wurde zu eng, und deshalb mußten alle irgendwie Arbeitsfähigen wieder fort ins Arbeitslager.

In der Küche tat man, was man konnte, aber es reichte doch nur zu dem Malzkaffee und 100 g Brot am Morgen, einer mäßigen Eintopfsuppe mittags und Kaffee oder Suppe abends. Auch an eine Kleinkinder- und Diätküche war gedacht, aber die zugeteilte Milch reichte kaum für die Säuglinge. Und doch hatte unser Lager gegenüber den anderen Lagern den Vorteil, daß es ein festes Haus mit fließendem Wasser und sanitären Anlagen war.

Zu bestimmten Zeiten gab es sogar warmes Wasser zum Reinigen. Vorne am Tor stand in russischer Sprache "Krankenhaus", das uns vor Eindringlingen schützte. Kam jedoch ein Russe bis ins Vorhaus, so wurde er von den Herren S. und M. in seiner Sprache über die Infektionskrankheiten aufgeklärt. Alle zogen es dann vor, wieder zu gehen.

Das Wachpersonal war launenhaft und unberechenbar. Sie wurden oft von den öffentlichen Hetzkampagnen beeinflusst. Das Niveau der Anrede bewegte sich zwischen "Weiber, Frauen-

zimmer, Huren". Es gab Durchsuchungen in den Schlafsälen, obwohl bereits jeder Neuankommeling sehr genau untersucht wurde und sie die überflüssig erscheinenden besseren Sachen "beschlagnahmen"

Kleine Verstöße, z.B. gegen die tschechische Gruß- und Meldepflicht, wurden streng mit Kellerarrest bestraft. Ein ca. 20jähriges Mädchel war mindestens 2 Wochen als "Spionin" im Keller in einer Einzelzelle, ... weil man Tagebuchnotizen bei ihr gefunden hatte. Im Sommer mußte ich durch Wochen, von einer Wache begleitet, einer jungen Tschechin das Essen in den Keller bringen, der infolge einer Verwechslung mit einer Gesuchten gleichen Namens der Kiefer eingeschlagen worden war. Ich durfte nicht mit ihr sprechen.

Auch kranke Kriegsgefangene wurden vorübergehend bei uns behandelt. Meine Mutter erklärte mir bald, daß sie dieses Elend ebenfalls krank mache, sie meldete sich lieber zu schwerer Feldarbeit. Trotz der strengen Sauberkeit und eines resoluten Reinigungskommandos vermehrte sich das Ungeziefer bei der räumlichen Enge. Da keine Möglichkeit zum Bügeln war, fand man oft schon in der reinen Wäsche Läuse. Und die Wanzen waren auch nicht mehr aufzuhalten.

Zwischendurch gab es aufregende Nächte mit erhöhter Alarmbereitschaft, weil man die Erstürmung des ... Lagers durch den aufgehetzten tschechischen Mob befürchtete. ... Unvergesslich wird es mir bleiben, wie sich der große Raum in meiner Abteilung mit über 20 (vergewaltigten) ... Frauen füllte.

Teils waren es Mütter von kleinen, auch großen Kindern, teils ganz junge Geschöpfe, die irgendwo überfallen worden waren und nun ganz verzweifelt nach einer Möglichkeit zur Beschaffung von Medikamenten suchten. Durch die Verzögerung dauerte es oft lange und führte zu ernsthaften Erkrankungen, bis wirklich geholfen werden konnte.

Ebenso werde ich nie vergessen, wie blutjunge Mädchen an Tbc sterben mußten, weil uns jede Möglichkeit zur Hilfe genommen war. Auf der Flucht vor den Russen hatten sie sich eine Lungenentzündung geholt, konnten sich nicht auskurieren, sondern mußten bei Bauern schwer arbeiten, bis sie zusammenbrachen. Einige Wochen siechten sie bei uns dahin, bis sie an völliger Auszehrung starben. ...

... Ich mußte Irre betreuen, Epileptiker mit Tobsuchtsanfällen, Schwachsinnige, eine Bauersfrau, die nach schweren Mißhandlungen wahnsinnig wurde, kindische alte Leute. Ich fürchtete mich schon, morgens die Türen zu öffnen, und nur gemeinsam mit einer tapferen jungen Schlesierin konnte ich diesem Elend überhaupt, so gut es eben ging, begegnen. Wir hatten gerade unsere derart Kranken gesäubert, als der sinnlose Befehl der Verlegung derselben nach Stannern kam. Wie Vieh wurden dieselben bemitleidenswerten Geschöpfe nach vier Wochen völlig verwahrlost zurückgebracht.

Außer Dr. K. waren dann noch die Ärzte Dr. E. und Dr. C. eingetroffen, die regelmäßige Krankenvisiten machten und halfen, was in ihrer Macht stand. Nicht mehr helfen konnten sie z.B. der Frau K., die mit einer schweren Blutvergiftung aus dem Lager Stannern kam und starb.

Frau K. war als Kreisfrauenschaftsleiterin in Iglau tätig gewesen und hatte deshalb besonders zu leiden. Erst als es bereits zu spät war, durfte sie sich in ärztliche Behandlung begeben. Groß war auch die Empörung, als eines Tages ein todkrankes Kind gebracht wurde, das eine Russin einer deutschen Mutter im Lager Obergöß weggenommen hatte. Ob man seinen Namen erfahren hat, weiß ich nicht. Oder der Fabrikant K., der, skalpiert und mit einer riesigen Wunde, nach qualvollen Monaten doch sterben mußte. - Ich möchte nicht noch mehr so traurige Fälle anführen.

Die Dentistin (Zahnärztin ohne Hochschulprüfung) Fräulein B. konnte irgendwoher völlig veraltete Geräte für die Zahnbehandlung auftreiben. Sie half vielen und konnte sie von ihren Zahnschmerzen befreien.

Langsam war es auch wieder möglich, Brillen und Medikamente auf eigene Kosten zu besorgen. Finanziert wurde unser Lebensunterhalt durch zulässige Beträge, die man von zur Währungsumstellung abgelieferten Sparbüchern abhob und zum größeren Teil einbehielt, und durch die Verdienner außerhalb, deren Lohn zu 80 % dem Lager verblieb.

Auch eine Kapelle durfte im Haus eingerichtet werden, und ein tschechischer Priester hielt tschechische Andachten. Dieser Raum war aber oft auch die einzige Möglichkeit, mit einem Besuch von außerhalb, der zu ambulanter Behandlung kam, deutsch zu sprechen, denn offiziell war nur die tschechische Sprache erlaubt. Erst nach und nach lockerten sich diese Maßnahmen von selbst.

Mein Vater war nun im Kreisgericht, und ich durfte mir monatlich einmal einen Passierschein zu einer Sprecherlaubnis holen. Wir durften die Wäsche für ihn waschen und ihm bei dieser Gelegenheit etwas Eßbares schicken. Durch Kassiber unterrichteten wir uns gegenseitig über die wichtigsten Ereignisse.

Ende September war die Einzelausreise nach Österreich etwas erleichtert, und einige Familien nützten diese Gelegenheit. Ich sah darin auch eine Möglichkeit, eventuell mit meinen vermißten Brüdern von Österreich aus in Verbindung zu kommen, um sie vor einer Rückkehr nach Iglau zu bewahren. Leider wurde meine Mutter am Wege zur Arbeit verhaftet, weil sie ihrem Bruder, der in einer Gefangenenkolonne vorbeiging, ein Stück Brot zustecken wollte. Sie wurde in der Tiefen Gasse drei Wochen eingesperrt, ohne über den Vorfall mit ihr zu sprechen. Man brauchte eben wieder eine Putzfrau. ...

Weil wir für den Winter schlecht gekleidet waren, bekam Mutter die Erlaubnis, vom Narodni Vybor in Friedrichsdorf etwas zu holen. Wir hatten auch gehört, daß unsere Sachen ausgegraben worden waren. Schäßiges fremdes Zeug warf man meiner Mutter hin mit den Worten: "Das ist gut genug für Sie!" Bei Bäcker Sch. auf dem Boden hatten wir Vaters Wintermantel untergebracht. Die tschechische Nachfolgerin gab ihn anstandslos heraus und noch Lebensmittel dazu.

An einem Novembertag war auch Dr. K. abgereist. 24 Stunden später wurde er überall gesucht. Gutgesinnte Tschechen müssen ihm in letzter Minute über die Grenze geholfen haben. Unser Velitel hatte anerkennende Worte für Dr. K.

Vor dem Stadtbahnhof stand eine Baracke, die mit einigen Paradebetten und Einrichtungsgegenständen für sanitäre Betreuung immer in blitzender Sauberkeit gehalten werden mußte ... Dort mußten wir Schwestern nun abwechselnd Dienst machen. Es schien uns so, als ob diese Einrichtung nur für etwaige höhere Kommissionen zur Besichtigung da war, denn benutzt wurde sie für Transporte Deutscher nie, solange wir dort waren.

Unser Weihnachtsfest: Ein guter Klavierspieler durfte sich sogar ein altes Klavier ins Lager bringen lassen, und Frau A. und S. sangen vor andächtig Lauschenden deutsche Weihnachtslieder. Die Kinder standen vor einem richtigen Weihnachtsbaum. Am ersten Feiertag gab es zum ersten Mal eine richtige Mahlzeit, d.h. Suppe, Knödel mit Sauerbraten (allerdings Pferdefleisch), das bestens zubereitet war und alle beglückte. Auch eine Lagerbücherei, bestehend aus alten Klassikerausgaben, durfte in den Weihnachtstagen Bücher verleihen. In der Silvesternacht öffneten wir das Fenster und hörten auf den Klang unserer "Susel".

Gleich nach den Feiertagen zog ein neuer Velitel, namens Musil, ins Lager. ... Musil war von der Polizei und von anderen Lagern her als brutal bekannt. Der neue Wind wehte auch den Geheimdienst zu Verhören ins Lager, und meine Ahnung bestätigte sich, Mutter und ich wurden mit acht Frauen und zwei Männern mit unbekannter Zielangabe fortgebracht.

Am selben Tage wurden einige Hundert Lagerinsassen ins Aussiedlungslager nach Altenberg (BMW-Baracken) gefahren, von wo Ende Januar der erste Transport nach Westdeutschland ging.

Wir ... wurden in das ... Lager Obergoß gebracht. ... Es war ein Ausweichlager des Kreisge-



richtes Iglau, das völlig überfüllt war. ... Es waren dort ... ca. 200-300 Männer und 30-40 Frauen, davon mindestens ein Drittel Tschechen (Kollaboranten), die irgendwo mit Deutschen zusammengearbeitet hatten. ... Von Prügeleien, wie sie in den ersten Monaten an der Tagesordnung waren, habe ich nichts mehr gehört. ... Fast die Hälfte aller Männer hatte Abszesse oder offene Wunden. ... Der allgemeine Gesundheitszustand war schlecht. ... Junge Männer sahen oft wie Greise aus.

Auf meine Vorstellungen beim tschechischen Lagerleiter, daß die vorhandenen primitiven Verbandssachen dringendst einer Ergänzung bedürften, ließ er den tschechischen Lagerarzt, Dr. Fürst, kommen, der Untersuchungen durchführte, Medikamente verordnete und mir Anweisungen gab. Der Velitel war in diesen Dingen nicht kleinlich, und so bekam ich nach und nach das nötigste zur ersten Hilfeleistung zusammen.

Die ehemalige Krankenbaracke des RAD-Lagers durfte ich wieder für Revierzwecke säubern. Die wirklich Kranken durfte ich dort pflegen und hatte selbst eine saubere Unterkunft dort. Nicht gern hatte ich mich aber von den anderen Frauen getrennt, denn wir hatten uns durch Ast- und Bohrlöcher zur Unterkunft der Männer, die in der Stadt arbeiteten, einen gut funktionierenden Informationsdienst geschaffen, denn sonst hatte man ja keine Möglichkeit, von außerhalb etwas zu erfahren. So hörten wir u.a. auch, daß unser Vater von Iglau nach Kuttenberg übergeben worden war.

Eines Tages holte mich der Velitel in die ehemalige Führerbaracke, die er sich zum Lagerbüro herrichten ließ, und zeigte auf die beschmierten Wände ... Ich muß dumm geguckt haben, denn er sagte: "Ich habe den Deutschen auch heimgezahlt, was sie mir angetan haben, aber vieles, was bei uns passiert ist, ist wirklich eine Schande. Sie brauchen sich nichts gefallen zu lassen, sagen Sie mir nur, wenn Sie einer von da drüben" - auf die Wache zeigend - "belästigt. Ich habe auch zwei Töchter in ihrem Alter. Was können Sie schon verbrechen haben!"

Er selbst benahm sich mir gegenüber sehr korrekt und ließ durchblicken, daß er oft eine andere Haltung zeigen müsse, als seiner Überzeugung entsprach.

Die älteren Gendarmen hatten auch ab und zu meine helfende Hand in Anspruch genommen und steckten mir dafür ... ein Stück Wurst oder Kuchen in die Tasche: "Damit es ja niemand bemerkte." So waren sie alle. Einer fürchtete den anderen, und deshalb überboten sie sich nach außen hin in Abfälligkeiten gegenüber den Häftlingen.

Ähnliche Beobachtungen machten auch deutsche Lagerinsassen, die zur Arbeit in die Stadt geschickt wurden, wo sie von verschiedenen Tschechen heimlich Zigaretten, Brot und Lebensmittelkarten zugesteckt bekamen: "Es öffnete sich bloß die Tür, eine Hand kam heraus, so daß man nicht wußte, wer der Spender war."

Die Verpflegung ... (wurde) besser. ... Man war ja bescheiden geworden, aber für arbeitende Männer reichten die Portionen nicht aus. Täglich einmal fand der übliche Ausgang im Lager rund statt, bei dem man immer wieder neue Gesichter sah. Sogar der Humor brach trotz der traurigen Situation manchmal durch.

So mußte ich einmal beim Rundgang hinter Männern gehen und hörte diese (der Wachposten war zufällig weiter entfernt) nach der Melodie des Berghauermarsches summen: "Was soll denn das nur werden, wenn alle Leute sterben, haut es sie in das kühle Grab, ... und werft große Steine drauf, sonst stehen sie am End wieder auf."

Eines Tages bekam ich in Dr. H., dem bekannten Iglauer Internisten, einen Chefarzt, der mir nun die Verantwortung abnahm.

Am 3. April winkte mir Velitel X. aus der Kanzlei mit einem Brief. Ohne diesen zu lesen, drückte er seinen Zensurstempel drauf und überreichte mir das Schreiben meines Onkels August S. aus Norddeutschland, wo er nach der Gefangenschaft sich aufhielt.

Ein Böhmerwälder hatte den Brief mit unserer tschechischen Lageradresse in Neuern aufgegeben. Durch die Umsicht des H. St. vom Brünerberg verschwand er nicht in den Papierkorb

des Velitel Musil, sondern brachte uns die ersten Nachrichten von vielen Verwandten. Die Frau eines ehemaligen deutschen Polizeioffiziers von Iglau hatte um die Weihnachtszeit die Ausreisegenehmigung bekommen und nach einer abenteuerlichen Fahrt Westdeutschland erreicht, von wo sie unseren Verwandten unsere damalige Anschrift angeben konnte.

Es war erstaunlich, auf welch verschlungenen Pfaden wir ... noch kurz vor unserer Aussiedlung wichtige Nachrichten erhielten, die uns und unseren Verwandten später in Deutschland viel Suchen ersparten.<<

### **Zustände in der Prager Strafanstalt Pankrac und Zwangsarbeitseinsatz in den Witkowitz Eisenwerken**

Erlebnisbericht des Dipl.-Ing. Otto H. aus Mährisch Ostrau (x005/132-138): >>Am 5. Mai 1945 rollte die Autokolonne der Witkowitz Gruben, aus Zwittau kommend, gegen 23 Uhr in Prag ein; dort empfing uns der vorausgefahrte Dr. P. mit der wenig erfreulichen Nachricht, daß in Prag dicke Luft herrsche, es am Wenzelplatz schon zu Schießereien gekommen wäre. Alles war verdunkelt, SS-Wachen kontrollierten die Straßen.

Im Hotel eröffnete mir der Direktor G., daß für uns weder in Prag noch im Falkenauer Revier eine Verwendung sei. Meine Entgegnung war: Ja, warum seid Ihr uns nicht entgegen gefahren, so daß wir sogleich gegen Süden - Richtung Linz - abgeschwenkt wären, wo wir bei den Göring-Werken Verwendung finden konnten. Seine Antwort war: Morgen gehen wir noch rasch zum Generaldirektor W. und holen uns Weisungen, dann könnten wir gegen Mittag losfahren.

Am nächsten Morgen begann Prag sein Bild zu ändern; deutsche Geschäftsaufschriften wurden überstrichen, die Straßenbahnen waren mit tschechischen Fähnchen geschmückt, in der Verkaufszentrale der Witkowitz Bergbau- und Eisenhüttengewerkschaft nahm ein tschechischer Betriebsrat seine Tätigkeit auf. Überall Unruhe und Unsicherheit! Unser Entschluß war sofort gefaßt: So rasch als möglich fort von Prag in das Sudetenland!

Wir gingen in unser Hotel "Carlton" gegenüber dem Hauptbahnhof und vereinbarten, daß die Kolonne um 14 Uhr gestellt sein müsse. Doch war alles um 12 Stunden zu spät! Um die Mittagsstunde gab es auf der Straße eine Schießerei, SS-Mannschaften räumten die Straßen, Sperren wurden errichtet, vom Hauptbahnhof eröffneten tschechische Aufständische das Feuer, das bis zum Waffenstillstand nicht mehr erlosch.

Neben unserem Hotel war im ehemaligen Petschek-Palais das Hauptquartier der Gestapo, die über genügend starke Abwehrkräfte verfügte, um alle Angriffe abzuschlagen. Mit leichten Geschützen wurde die Zugangsstraße zum Wenzelsplatz beherrscht.

Den Verlauf der Kämpfe konnten wir nur in dem kleinen Abschnitt vor dem Hotel selbst beobachten, einen besseren Überblick erhielten wir über das Radio. Dieses sandte in vier Sprachen Hilferufe an die alliierten Verbände, da gegen Abend die Aufständischen jeweils zurückgedrängt wurden. In der Nacht erhielten sie Zuzug und errichteten neue Sperren, die den Einsatz von Panzern fast unmöglich machten.

Den Abschluß des Waffenstillstandes hörten wir noch im Radio, die SS-Wachen wurden durch Partisanen ersetzt, vom Nachbarhaus kam ein Funktionär der sozialistischen Druckerei in das Hotel, forderte die sofortige Abgabe der Waffen und versicherte uns seines Schutzes bis zu unserer Überstellung an die Behörde.

Am nächsten Morgen marschierten die Hotelgäste, von Partisanen flankiert, in die von den Kämpfen stark mitgenommene Bredauer Straße, wo wir, nach Abtrennung der Militärpersonen, im Keller der Post bis 23 Uhr festgehalten wurden. Verhalten der Wachen einwandfrei. Hierauf Anmarsch durch die stillen Straßen zur Polizeidirektion. Während des Marsches forderte ein russischer Soldat die Abgabe der Uhren. In der Polizeidirektion war Hochbetrieb, im Saal wurden die Personalien aufgenommen, größere Geldbeträge erpreßt und viele Verhaftete

geschlagen.

In den Morgenstunden kamen wir in den Hof, wo bereits ... Hunderte von Deutschen zusammengetrieben waren, viele davon durch Verprügelungen verletzt. Nun begann der Abtransport ... nach dem Zuchthaus in Prag-Pankrac.

Vorher wurden mein Schwiegersohn Dr. Z., ein Fahrer und ich in ein Nachbardorf beordert, wo wir 2 Erschlagene auf ein Lastauto betten mußten. Ein russischer Soldat wollte dem Fahrer hierbei den Lederrock rauben, auf meine Intervention, daß es sich um einen Arbeiter handele, ließ er ab. Wir sausten wieder zu unseren Gefährten, mein Schwiegersohn jedoch wurde zurückgehalten, und wir sahen uns erst einige Stunden später, von seinen Schuhen erleichtert.

Endlich wurden wir in einen Autobus verfrachtet. Die Fahrt war nicht ungefährlich, da uns bei aufgerissenen Straßenstellen die tschechische Bevölkerung, besonders die Weiber, angriffen. Russische Panzer hingegen wurden bejubelt. ... Vor dem Zuchthaus mußten wir mehrere Stunden mit hochoberarmen Armen warten. Die Frauen (hatte man) bereits von den Männern getrennt. Endlich konnten wir eintreten.

Im Korridor mußten wir über ein Hitlerbild am Boden gehen und bekamen dabei mit Gummi knüppeln Hiebe auf Kopf und Rücken. Wieder Warten, neuerliche Registrierung, Abgabe aller Sachen bis auf die Kleider, einschließlich des Mantels, eines Handtuches und Reinigungssachen. Dann endlich schloß sich nach der Aufteilung auf einzelne Zellen die Tür mit dem Guckloch und dem Eisenriegel: wir waren endgültig eingekerkert!

Meine Zelle, 2,30 x 4,00 m groß, hatte bereits 2 Insassen, einen Prager Hochschulprofessor ... und einen pensionierten Sparkassendirektor. Mit beiden Herren habe ich mich vom ersten Augenblick gut vertragen, mit dem Professor durch Monate unseren gemeinsamen Strohsack geteilt. In der Zelle wurden wir nicht belästigt, als Verpflegung des ersten Tages gab es Suppe. - Die Nacht verlief ruhig, der Betrieb im Gefängnis lief sich ein.

In der zweiten Nacht wurden wir durch Schüsse, Geschrei auf den Gängen, Schläge gegen Türen, Salven und gellende Schreie aufgeschreckt. Dieser nervenzermürende Lärm dauerte einige Stunden, dann war wieder Ruhe, nur ein Lastauto fuhr ab. In der nächsten Nacht Fortsetzung der Exekutionen. ... (Ich erfuhr), daß die Erschießungen nicht deutsche Inhaftierte, sondern verhaftete tschechische Vertrauensleute betrafen, die vorher für die Gestapo gearbeitet hatten. Dann schritten die Russen ein und stellten diese gesetzlosen Exekutionen ein.

(Wir wurden) bei der Instandsetzung der Straßen eingesetzt. (Es gab oft) Prügelszenen, (aber fast) keine Verpflegung.

Die Verköstigung im Gefängnis war vollkommen unzureichend, sie bestand aus Kaffeebrühe, 120 g Brot und wenig Gemüse und Kartoffeln, insgesamt nur ca. 700 Kalorien, wie ein Arzt in der Zelle errechnete. Bereits geschwächt, wurden wir ... in einer Ziegelei zur Arbeit bestimmt. (Dort ereigneten sich wieder) wüste Prügeleien, jedoch (erhielten wir) etwas zusätzliches Essen. Beim nächsten Einsatz, vor dem wir uns fürchteten, war die Behandlung durch die Partisanen gut, es gab auch reichlich zu essen. Jetzt, wo sich scheinbar das Leben in Prag normalisiert hatte, wurde die Außenarbeit eingestellt. ... Ohne Beschäftigung saßen wir in der Zelle und hungerten.

Mittlerweile hatte unsere Zelle Zuwachs bekommen, ein Bergdirektor aus Mährisch Ostrau und der Personalreferent F. für deutsche Kulturangelegenheiten vom Ministerium. Letzterer, ein Reichsdeutscher aus Magdeburg, Dr. jur., konnte sehr interessant von seiner Tätigkeit berichten, da er alle maßgebenden Persönlichkeiten kannte.

Dann verließ uns der Sparkassendirektor, der zu Feldarbeiten abkommandiert wurde; dafür kamen in unsere Zelle zwei Tschechen, ein Hausmeister, der wohl Spitzeldienste geleistet hatte und ein Gemeindediener aus einem Dorf, der kein Wort Deutsch kannte und nun eine Stinkwut auf seine Landsleute hatte.

Nach 7 Wochen wurden wir alle kahlgeschoren, bekamen Anstaltswäsche, sogar ein Leintuch,

behielten aber unsere Zivilkleidung. Durch diese Maßnahme sank aber unsere Hoffnung auf eine baldige Freilassung. Durch die dauernde Unterernährung verloren wir durchschnittlich 10 kg im Monat, und bei einigen Kameraden zeigten sich bereits Ende Juni die ersten Zeichen von Hungerödemen.

Außerdem neigten alle Verletzungen zu Entzündungen, oft traten Phlegmonen (eitrige Zellgewebsentzündungen) auf. Nur bei dem bei gutem Wetter erlaubten Gang in den Gefängnis-hof bestand eine geflüsterte Unterredungsmöglichkeit mit den Kameraden aus anderen Zellen. Hierdurch erhielten wir bei Neueinlieferungen verlässliche Nachrichten über das Zeitgeschehen.

Da der Besitz des kleinsten Bleistiftes oder eines Zeitungsblattes Prügelstrafen zur Folge hatte, bestand für uns alle die Gefahr eines geistigen Todes.

Im Juli erhielten Firmen die Erlaubnis, Gefangene in Gruppen ... auszusuchen. Um 7 Uhr wurden alle Zellentüren geöffnet und Arbeitswillige aufgefordert, anzutreten. Im Hof fand dann eine Art Sklavenmarkt statt, wobei wir uns natürlich nur zu jenen Unternehmen drängten, die gute Zusatzverpflegung gaben.

Pech hatten alle die, die zu dem Russenkommando kamen. Denn bei diesen gab es sehr lange Arbeitszeiten und keine Zusatzkost, für uns also ein klares Verlustgeschäft. Da die Russen für ihr Warenlager meist 80 Mann brauchten, kam man doch öfter dran. Der einzige Trost war nur der, daß wir uns manchmal Strümpfe und andere Sachen organisieren konnten. ...

Die Tschechen verloren in kurzer Zeit ihre Begeisterung für die Befreier! Während wir in den ersten Tagen in Geschäften russische Fähnchen und Stalinbilder sahen, die Wachen in Pankrac den Sowjetstern an ihren Uniformen trugen, verschwand dies alles langsam, besonders als die Befreier in den Abendstunden tschechische Frauen zum Mitkommen zwangen.

Als die russischen Truppen aus Prag abgezogen wurden, waren lediglich noch einige Spruchbänder der kommunistischen Partei zu sehen, die Bevölkerung kümmerte sich nicht mehr um ihre slawischen Brüder.

Durch die Behandlung während der Arbeit bemerkten wir rasch den Umschwung: wir wurden nicht mehr zur Arbeit angetrieben; zusätzliches Essen wurde gespendet. Nur kommunistische Arbeiter behandelten uns schlecht. Wenn die Tschechen den Russen bei der Sicherstellung von deutschem Heeresgut zuvorkommen konnten, dann forderten sie uns auf, feste zuzugreifen. Wir taten es gern, denn es gab Freßprämien!

Auch bei den Tschechen zeigte sich die alte Erfahrung, daß es bei allen Völkern anständige und sadistische gemeine Elemente gibt.

Im Juli kamen die mit uns eingekerkerten (tschechischen) Kollaboranten, deren Zahl infolge gegenseitiger Anzeigen die Zahl der Deutschen überstieg, in andere Stockwerke und erhielten dort bessere Verpflegung. Durch deren Abgang kamen neue Inhaftierte in meine Zelle, ein Arzt, ein Betriebsleiter aus dem Sudetenland und ein Oberlandesgerichtsrat aus Karlsbad. Sie wurden bei ihrer Einlieferung im Juli furchtbar mit Gummiknüppeln geprügelt. Sie kamen später in eine separate Zelle und durften wegen Fluchtgefahr nicht zur Arbeit gehen. Dies bedeutete natürlich langsames Verhungern, wenn wir ihnen nicht ... öfters ersparte Lebensmittel hätten zustecken können.

Der Abgang war durch den Hunger sehr groß, es starben täglich gegen 8 Inhaftierte bei einer Gesamtzahl von 4.000. Alte Leute, aber auch Tuberkulöse schwanden dahin. Das Lazarett - nur 16 Betten - konnte ... die Kranken nicht fassen, so daß die Ärzte gezwungen waren, frisch Operierte ... sofort wieder in die Zelle zu schicken.

Die Bewachung im Gefängnis und die Körperdurchsuchung waren immer sehr strenge, bei der Arbeit hingegen war die Aufsicht rein formal. Es verdufteten daher monatlich gegen 20 Mann, hauptsächlich Tschechen, die durch ihre Angehörigen mit Geld und Lebensmitteln versorgt wurden. Ein Pan A., der bei unserer Arbeitsgruppe war, machte sich mit einem Gefährten auf

die Socken, kam gut nach Österreich, kehrte aber allein, da ihm dort die Verhältnisse nicht behagten, zurück und meldete sich im Gefängnis wieder. Strafe erhielt er keine und durfte weiter zur Arbeit.

So vergingen die Monate, manchmal wurde einer der Inhaftierten von einem Unternehmen der Heimat angefordert, von uns sehr beneidet, da unsere Phantasie uns vorspiegelte, daß sie vielleicht wieder in einer entsprechenden Stelle untergebracht seien. Der November kam heran, die Arbeit im Freien wurde langsam eine Qual, Angst beschlich uns vor dem Winter.

Eines Abends, als ich von einem Arbeitseinsatz erst gegen 20 Uhr vor meine Zellentür kam, wurde mir von den verriegelten Zellengenossen zugerufen, daß ich mich sofort beim Stockwerksaufseher zu melden habe. Ich sauste, ihn zu suchen, er war aber bereits fort.

Eine Ungewisse Nacht; am nächsten Tag hieß es, ich ginge nicht mehr zur Arbeit, am Vormittag mußte ich antreten, erhielt meinen im Mai abgegebenen Rucksack mit meinen Sachen - das Geld war natürlich fort - und ein Detektiv brachte mich zur mir nun schon bekannten Polizeidirektion. Am nächsten Tag ging es nach Ostrau!

Bei voller Dunkelheit stiefelte unsere kleine Gruppe, eskortiert von ... Agenten, vom Bahnhof Ostrau-Oderfurt dem nahen Lager Mexiko zu. Hierbei riet ich dem in der Gruppe befindlichen ehemaligen Chef des Sicherheitsdienstes des Eisenwerkes Witkowitz, Ingenieur R., diese letzte Gelegenheit zu nutzen und abzuhaufen. Aus Gesprächen mit dem Detektiv während der Fahrt schloß ich, daß sie nur die Aufgabe hatten, R. nach Ostrau zu bringen, während die übrigen Deutschen nur mitgenommen wurden.

In der Hauptbaracke des Lagers wurden wir ... mit Essen versorgt und dann zum deutschen Arzt Dr. P. zur Untersuchung gebracht. ... Ingenieur R. wurde verhaftet ... und in das Kreisgericht gebracht.

Das Leben im Lager war für uns, die wir 7 Monate im Zuchthaus in Pankrac gelebt hatten, geradezu gemütlich. Man konnte Bekannte im Lager besuchen, erhielt auf Wunsch Ausgang, konnte lesen, an Sprachkursen teilnehmen und vor allem, es gab genügend zu essen! Bis zur Überstellung in das Lager Groß Kunzendorf betätigte ich mich freiwillig beim Kartoffelschälkommando, wobei viele Neuigkeiten ausgetauscht wurden.

Nach drei Tagen brachte eine Wache mich nach Kuntschitz, in dessen großem Lager gerade 80 Mann angelangt waren, die man als "Ehemalige" aus den übrigen Lagern herausgesucht hatte, um sie dort besonders zu zwiebeln. Aus ihrer Reihe kam eine Gestalt in altem Militärmantel und Kaiser-Wilhelm-Bart, den ich zuerst nicht erkannte und der sich dann als mein bester Freund K. entpuppte. Noch viele andere Genossen einstiger froher Tage tauchten auf, und, wenn auch die Disziplin in diesem Lager etwas schärfer war, so konnte dies unserer meist guten Laune nicht schaden.

Früh zogen die einzelnen Gruppen an ihre Arbeitsstätten, wobei jene mit Arbeitsfähigkeit I oder II die anstrengende Tätigkeit bei der Werksbahn oder beim Hochofen hatten. Ich selbst hatte mit Berginspektor D. die Abfuhr der Asche zu besorgen. ... Nachmittags durfte ich faulenzen oder ging baden, ein Luxus, den wir in Pankrac nur zweimal genossen hatten. ... Ich hatte 9 Öfen des Krankenreviers zu heizen und den Brennstoff heranzubringen.

Einmal meldete ich mich zum Abtransport eines verstorbenen Kameraden nach der Leichenhalle von Witkowitz. Die nackte Leiche kam in einen Sarg, den wir nachher wieder zurückzubringen hatten. Der Sarg wurde auf einen Karren geladen und so zogen wir ohne Bewachung los. Am Friedhof übergaben wir die Leiche, brauchten das Grab aber nicht zu schaufeln, sondern halfen dem Verwalter bei Planierungsarbeiten auf dem Friedhof. In seiner Küche bekamen wir dann ein gutes Mittagessen und konnten dann abziehen.

Am Rückweg stellte ich mich am Louisschacht unserer Gewerkschaft ein und rief vom Torwart den Kassier unserer Direktion an und erkundigte mich, ob für mich nicht ein alter Gagenrest anstehe. Sein Erstaunen über diese Frechheit konnte ich durch das Telefon gut hören!

Mitte Januar wurde ich in das gemütlichere Lager bei der Ziegelei verlegt und arbeitete bei verschiedenen Kommandos, Abtragung des Deutschen Hauses und beim Möbeltransport von geraubten Zimmereinrichtungen. Die ersten Möbel, die ich verladen mußte, war die Einrichtung meiner verheirateten Tochter. –

Im März kam ich als Strafe für mein obenerwähntes Telefongespräch wieder nach Kunzendorf zurück und arbeitete nun als Gesunder bei der Herrichtung einer gesprengten Eisenbrücke. Die Arbeit war schwer, der Geist der Kameraden gut, da die Plage in der frischen Luft uns gut bekam.

Dann kam eine zweite Brücke dran und schließlich Reparaturen an einer Straßendecke, einschließlich der Teerung. Da die Behandlung gut war, schafften wir rüstig und erzielten bei der Ausmessung das 2,8fache des Normalen. Allgemein konnte ich feststellen, daß die Kameraden freiwillig, bei guter Behandlung, wesentlich mehr leisteten als die tschechischen Arbeitsbrigaden.

Ende Mai wurde unsere Gruppe aufgelöst, ein Teil kam zu Straßenarbeiten ins Gebirge, angeblich wurden die Wege rasch für einen Besuch des Präsidenten vorbereitet, der Rest mußte beim Hochofen Schlacke brechen für die Schottergewinnung. Diese Arbeit fiel uns wegen der Hitze sehr schwer, da es aber eine Geldprämie und sogar drei Zigaretten pro Tag gab, hielten wir stramm durch.

Bei den letzten freien Wahlen der Tschechei erhielten die Kommunisten 38 % aller Mandate. Für mich hieß es nun, möglichst rasch aus dem Lande herauszukommen, denn nach den Erfahrungen in den Randstaaten genügt eine starke Minderheit, um eine bürgerliche Mehrheit an die Wand zu drücken. Im Mai wurde im Sudetenland die durch amerikanische Organe kontrollierte Vertreibung der deutschen Bevölkerung (verstärkt fortgesetzt).

Einige unserer Kameraden erhielten den Befehl, sich in ihre Heimatorte zu begeben, um mit ihren Familien gemeinsam die Heimat zu verlassen. Nun kam Unruhe und Ungeduld unter die Lagerinsassen. Jeder fürchtete, zu spät zu kommen, jeder hoffte bei der Rückkehr von der Arbeit einen Befehl zum Aufbruch vorzufinden. ...

Mitte Juni kam ich an die Reihe; mit einem Rucksack und einer Pappschachtel verließ ich das Lager und tippelte nach Ostrau. Bei Bekannten fand ich eine Unterkunft für wenige Tage, verabschiedete mich von unserem früheren Stadtarzt und Gefährten vieler schöner Bridgestunden und meldete mich dann zur Gepäckkontrolle.

Der mitzunehmende Besitz war mit 50 kg begrenzt worden. Wertsachen, wenn nicht schon vorher geraubt, wurden nun amtlich abgenommen und wichtige Dokumente beschlagnahmt. Dann warteten wir noch 3 Tage im Aussiedlungslager, erhielten 500 RM Kopfgeld, Reiseverpflegung ... und je 20 Personen ... (einen) Güterwagen.

Dann rollten wir aus Ostrau hinaus, jenem Gebiet, daß für viele die Heimat, für alle aber die Stätte fleißiger Arbeit gewesen war.

In einem sehr langsamen Tempo fuhren wir über Olmütz, Prag nach Pilsen. Dort kontrollierte ein amerikanischer Offizier den Transport. Dann setzte sich die lange Wagenreihe wieder in Bewegung. Am letzten tschechischen Grenzort verließ die Bewachung den Zug. Wir atmeten ... auf, als wir an einem Verhau der Strecke bemerkten, daß wir nun in Bayern, in der Freiheit waren.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT-Geschichte" Nr. 8 berichtete später (im Oktober 2019) über die Internierung von Deutschen in der Tschechoslowakei (x358/67-68):

>>**Das stille Sterben unter dem Roten Stern**

– von Gero Bernhardt

Nicht nur in Polen, auch in der Tschechoslowakei und sogar in der Sowjetischen Besatzungszone wurden nach dem Krieg KZs weiter genutzt. Die Opfer gehen in die Hunderttausende.

Der Name der böhmischen Ortschaft Theresienstadt ist begründeterweise eng mit der Erinne-

rung an die nationalsozialistische Barbarei verbunden. Doch was sich dort an Unrecht nach dem Zusammenbruch der NS-Diktatur zutrug, weiß kaum jemand. In der Dokumentation *Sterben und Vertreibung der Deutschen im Osten 1944-1949* des italienischen Journalisten und Zeitgeschichtsforschers Marco Picone Chiodo heißt es dazu:

"Der Letzte der 16.832 Juden hatte am 9. Mai 1945 Theresienstadt noch nicht verlassen, als die (tschechischen) Revolutionsgarden bereits die ersten deutschen Soldaten und Zivilisten in die Kleine Festung einlieferten, die als Konzentrationslager der von der Bevölkerung geräumten und als Ghetto eingerichteten Stadt diente."

Schon am 24. Mai 1945 sei ein ungefähr 600 Menschen beiderlei Geschlechts und jeden Alters umfassender Transport dort eingetroffen, darunter viele deutsche Rot-Kreuz-Schwester aus den Prager Kliniken.

### **Folter in Theresienstadt**

Chiodo schildert, wie es den Ankömmlingen in Theresienstadt erging: "Der traurige Zug mußte, um zu den im sogenannten 4. Hof gelegenen Zellen zu gelangen, durch einen 15 bis 20 Meter langen, tunnelartigen Durchgang, in dem etwa vier Meter vor dem Ausgang das Pflaster tief aufgerissen worden war. Dieser enge, dunkle Gang bot sich für die gewohnheitsmäßige Mißhandlung der Gefangenen geradezu an. Unter Gebrüll und Drohungen, Faustschlägen und Prügeln wurden die Männer im Laufschrift den Gang hinuntergetrieben. Da das Hindernis im Dunkeln nicht zu erkennen war, kamen gleich die Ersten zu Fall.

Auf sie traten und stürzten die Nächsten, auf diese wiederum die Folgenden, und in diesen sich windenden Menschenhaufen schlugen die Revolutionsgarden, die sich auf beiden Seiten des Ganges aufgestellt hatten, mit den langen, eisenbeschlagenen Knüppeln mit voller Wucht ein, um die Gefangenen weiterzutreiben. Im Hof mußten sie sich dann in Fünferreihen aufstellen und abzählen. Da es dem Festungskommandanten Prusa zu langsam ging, zählte er selbst ab. Dabei schlug er mit dem eisenbeschlagenen Hackenstiel jeden Einzelnen auf den Kopf. Hierbei büßten siebzig Mann ihr Leben ein."

In seinem Buch schildert der italienische Publizist auch, wie es in einem Folterraum nach schrecklichen Torturen, die die Gefangenen erleiden mußten, aussah: "Auf dem Zellenboden lagen zentimeterhoch abgeschlagene Ohren, ausgeschlagene Zähne, Hautteile mit Haaren, geronnenes Blut, Gebisse."

Weiter schreibt Chiodo: "Bei vielen Häftlingen zeigten sich nach einigen Tagen Geschwülste am ganzen Körper, der Kopf schwellte an, die Augen quollen hervor, die Ohren standen ab, so daß sie aussahen wie die Gestalten auf den Bildern des irischen Malers Francis Bacon." Krankheiten, Epidemien und Unterernährung seien neben den brutalen Mißhandlungen und Giftspritzen die häufigsten Todesursachen gewesen.

Theresienstadt war aber nur eines von vielen Lagern, in denen Deutsche eingesperrt und ermordet wurden. "Kurz vor und nach Kriegsende 1945 errichteten die tschechoslowakische Regierung und ihre ausführenden Organe auf dem Gebiet von Böhmen, Mähren, Sudetenschlesien und der Slowakei insgesamt 1.215 Konzentrations- und Internierungslager, 846 Arbeits- und Straflager sowie 215 Gefängnisse, in denen insgesamt rund 350.000 Deutsche - oft jahrelang unter unmenschlichen Bedingungen - festgehalten wurden", heißt es in Wolfgang Popp's *Wehe den Besiegten!* ...<<

### **Jugoslawien**

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1961 über die Massenverhaftungen, Zwangsarbeit und Lager in Jugoslawien (x006/107E-112E):

#### **>>Internierung und Zwangsarbeit**

Die allgemeine Internierung aller in ihren Heimatorten gebliebenen Jugoslawiendeutschen, soweit sie nicht schon in die Arbeitslager oder in die Gefängnisse der OZNA, des jugoslawi-

schen NKWD, eingeliefert worden waren, setzte in der nordwestlichen Batschka ein, nachdem bereits im Dezember 1944 die Deutschen in einem Streifen der südlichen Batschka interniert worden waren.

Seit Anfang März 1945 wurde in der nordwestlichen Batschka die deutsche Bevölkerung in den bereits bestehenden Lagern oder in neugeschaffenen Ortslagern konzentriert. Die gleichen Maßnahmen wurden anschließend allgemein in der Batschka und auch im Banat, im Süden um den 26.-27. März 1945, sonst durchweg bis zum 18.-19. April 1945 eingeleitet.

Um die deutsche Bevölkerung in Ortslagern zusammenzufassen, wurde zumeist ein bestimmtes Viertel oder auch nur eine Häuserzeile (Gasse) von allen Bewohnern geräumt und unter scharfe Bewachung durch Partisanen gestellt.

Hier wurden die Internierten zusammengezogen. Die Deutschen waren in den Ortslagern freilich nicht ganz hermetisch abgeschlossen, sondern konnten gewöhnlich noch Kontakte mit der übrigen Ortschaft aufrecht erhalten. Neben den Ortslagern wurden Zentralarbeitslager in den Bezirksorten eingerichtet; sie ergänzten sich aus den Arbeitsfähigen der Ortslager.

Als Motiv dieser Aktion wird man wohl den Beginn der abschließenden Offensive der Partisanenarmeen am 11.4.1945 ansehen können. Im Zusammenhang mit dieser entscheidenden militärischen Operation im Nordwesten Jugoslawiens hielt man es vielleicht für geraten, auch dem letzten Deutschen die ohnehin eingeschränkte Bewegungsfreiheit zu nehmen. Jetzt konnten den Deutschen gegenüber alle Hemmungen fallen, nachdem von den deutschen Truppen kein ernsthafter Widerstand mehr zu erwarten war.

Später hatte sich das System der Lager für die Partisanenverwaltung soweit eingespielt, daß man es auch nach der Aufhebung der Militärverwaltung im Februar 1945 beibehielt, ja, sogar auf alle Deutsche ausdehnte. Damit blieb die beliebig einsetzbare Arbeitsreserve der arbeitsfähigen Deutschen auch den neuen Behörden für ihre vielfältigen Zwecke erhalten.

Schließlich läßt sich die allgemeine Internierung der Deutschen, die zur Räumung ganzer Ortschaften oder Ortsviertel in gemischtsprachigen Wohnorten führte, mit der Beschaffung von Unterkunftsmöglichkeiten für die seit dem Sommer 1945, nach der Verkündung der Agrarreform, eintreffenden Neusiedler aus den wirtschaftlich rückständigen Gegenden Jugoslawiens in Verbindung bringen.

Hatten sich bisher bei der Behandlung der Deutschen und der Verwaltung der Lager die örtlichen Umstände und persönliche - positive wie negative - Charakterzüge der Partisanenführer geltend gemacht, so beruhte jedenfalls die allgemeine Internierung, die bis Ende Mai 1945 abgeschlossen war, auf einem Plan, der die gesamte deutsche Bevölkerung einbezog und sie ausnahmslos der unmittelbaren administrativen Kontrolle in einer verhältnismäßig geringen und schnell überschaubaren Zahl von Lagern unterstellte.

Der systematische Charakter der Aktion drückte sich auch in der Einteilung der Lager in drei Gruppen: Zentralarbeitslager, Ortslager und Konzentrationslager für Arbeitsunfähige aus. Der Unterschied zwischen den Zentralarbeitslagern, in denen vornehmlich arbeitsfähige Männer zu Gruppen zusammengefaßt und den Arbeiter anfordernden Stellen zur Verfügung gestellt wurden, den Ortslagern, in denen die gesamte deutsche Bevölkerung einer Ortschaft abgesondert wurde, und den Konzentrationslagern für Arbeitsunfähige trat seit dem Herbst 1945 immer schärfer zutage.

Wegen der hohen Sterblichkeitsrate der Zwangsarbeit leistenden arbeitsfähigen Männer und Frauen, der unablässigen Mißhandlungen und mangelhaften Ernährung aller internierten Deutschen schwoll vor allem die Zahl der Arbeitsunfähigen, der Kranken und Verletzten, neben den Alten, Frauen und der Kinder bis etwa zum 12. Lebensjahr stark an. Parallel dazu stieg die Zahl der Todesfälle unter denen, die von Alter, Krankheit und Entbehrung schon besonders geschwächt waren, in allen Lagern steil an.

In den großen Lagern für Arbeitsunfähige, Gakovo, Krusevlje und Jarek für die Batschka, Ru-



dolfsgrad und Molidorf für das Banat, starben Tausende, deren Plätze sogleich wieder Neuankömmlinge einnahmen.

In Rudolfsgnad mit durchschnittlich 20.000 Insassen starben von den ca. 33.000 Volksdeutschen, die zwischen dem Oktober 1945 und dem März 1948 in das Lager aufgenommen wurden, fast 10.000, d.h. ein Drittel; der monatliche Höchststand an Todesfällen kletterte im Gefolge einer Fleckfieberepidemie im Februar 1946 auf ca. 1.300.

In Jarek wurden mehr als 6.000 Tote registriert; ähnlich wurde in Gakovo und Krusevlje die Zahl der Internierten durch Todesfälle, die durch Hungerödeme, Typhusepidemien, Mißhandlungen verursacht waren, reduziert.

Ärztliche Hilfe konnte in allen Lagern nur unzureichend geboten werden. Die gelegentliche Unterstützung durch jugoslawische Ärzte vermochte den Leiden ebensowenig auf die Dauer entscheidend Abbruch zu tun wie die Inspektionsbesuche von Regierungskommissionen, die dann und wann einmal ein Lager besichtigten.

Auf sanitäre Einrichtungen, Möglichkeiten des Kochens, der Kinder- und Krankenpflege wurde kein Wert gelegt, so daß oft Hunderte von Bauernfamilien in wenigen Höfen und Scheunen oder z.B. Hunderte von Männern in der Molkerei von Groß-Kikinda, die als Arbeitslager diente, hausen mußten.

Die Verpflegung in den Lagern war äußerst mangelhaft. Gewöhnlich gab es Kesselkost, jedoch in sehr geringen Mengen und oft ohne Salz und Fett zubereitet. Die Mahlzeiten bestanden in monotoner Gleichmäßigkeit aus Maisschrot- oder Röstmehlsuppen, Polentabrei, auch aus Maisbrot mit Tee. In Rudolfsgnad wurden z.B. im Dezember 1945 pro Person 2 ½ kg Maismehl, 1 Krautkopf und 4 dkg Salz ausgegeben, im Januar 1946 nur 223 dkg Maisbrot und 7 dkg Salz.

Im Winter 1945/46 kam es jedoch im gleichen Lager vor, daß fünf Tage lang überhaupt keine Lebensmittel ausgegeben wurden und die Insassen dem Hunger überlassen blieben. Ähnliche Verhältnisse herrschten auch in allen anderen Konzentrationslagern für Volksdeutsche: in Gakovo, Krusevlje, Molin, Mitrovica, Valpovo, Krndija und Jarek.

Die Sterbeziffern wären daher ohne Zweifel noch höher angestiegen, wenn nicht in den Ortslagern ein Teil der aufgespeicherten Ernte - meist trotz strenger Verbote - irgendwie verwertet, bzw. Lebensmittel in die Lager geschmuggelt oder außerhalb erbettelt worden wären.

Inzwischen trafen seit dem Sommer 1945, in stärkerem Maße seit Ende September 1945 Neusiedler in den ehemals volksdeutschen Siedlungen ein, vornehmlich Montenegriener, Likaner und Bosnier, die aus den überfüllten und verarmten Bergbauernbezirken der westlichen und südwestlichen Landeshälfte stammten, auch einen besonders hohen Anteil an den Partisaneneinheiten gestellt hatten und nun mit Landzuweisungen aus dem Bodenfonds der Agrarreform belohnt wurden. Bis zum Frühjahr 1946 waren alle ehemals von Deutschen bewohnten Ortschaften oder Gehöfte in Streusiedlungen von den neuen Besitzern übernommen.

Manchmal wurden die in Ortslagern internierten früheren deutschen Besitzer der Höfe den Neusiedlern eine Zeitlang zur Seite gestellt, um sie mit den landwirtschaftlichen Verhältnissen Syrmiens und der Woiwodina, die diesen zumeist völlig fremd waren, vertraut zu machen. Durch die verschiedenen Gesetze über die Agrarreform und den Übergang feindlichen Vermögens in Staatseigentum wurde der Besitzwechsel bis zum Herbst 1946 legalisiert. Ein nicht näher bestimmbarer Anteil des früheren deutschen Grundbesitzes wurde den Staatsgütern zugewiesen.

Wenn man die Lager für Arbeitsunfähige einmal außer Betracht läßt, in denen die Insassen oft nur noch von Tag zu Tag dahinvegetierten, so sind alle Internierten dauernd zu Zwangsarbeiten verwendet worden.

Die Verwaltung der Lager oblag seit dem Frühjahr 1945 den Abteilungen für Lager bei den Bezirksverwaltungen, die wiederum den Sektionen für Lager in den Innenministerien der

Volksrepubliken unterstellt waren. Anstelle der aus Partisanen bestehenden Wachmannschaften traten Milizposten oder Einheiten der Volksarmee unter der Aufsicht von Lagerdirektoren. Schließlich übernahmen die staatlichen Güterverwaltungen die Ortslager, und allmählich lokerte sich das Lagerleben etwas auf.

Gewöhnlich in Gruppen unter Bewachung bewaffneter Partisanen, später eines Aufsehers, wurden die arbeitsfähigen Männer und Frauen zuerst zu Aufräumungs- und Straßenarbeiten eingesetzt, dann an Fabriken, Staatsgüter und Bauern gegen ein gestaffeltes Entgelt an die Lagerleitung von täglich bis zu 100 Dinar pro Person "ausgeliehen". Für die überwiegende Zahl der Deutschen bedeutete das in den vorherrschend agrarischen Gebieten des Banats, Syrmiens und der Batschka landwirtschaftliche Arbeit, mit der sie vertraut waren.

Auch hier bewährte sich in zahlreichen Fällen die Hilfsbereitschaft der andersnationalen Bevölkerung, die die aus den Lagern gemieteten "Schwaben" freundlich und verständnisvoll behandelte und ihnen reichlich zu essen anbot. Auf diese Weise konnten viele Deutsche nach den Monaten der Entbehrung wieder etwas zu Kräften kommen, anderen Lagerinsassen mit Lebensmitteln helfen und bisweilen auch Vorräte und etwas Geld für die Flucht über die Grenze nach Ungarn sparen.

Es ist schwer vorstellbar, wie die Internierten ohne diese Arbeit auf dem Lande mit ihrer allmählichen und mittelbaren Verbesserung der Lebensbedingungen, so bitter die Anstrengungen und der Knechtsdienst auf früher eigenem Besitz auch empfunden werden mochten, und ohne den seit dem Frühjahr 1946 genehmigten Empfang von Paketen die Härten des jahrelangen Lageraufenthalts hätten überstehen können.

Die demütigende Verpachtung der Arbeitskraft, die scharfen Kontrollen beim Verlassen und Betreten des Lagers, die unerbittliche Bestrafung, wenn das Einschmuggeln von Lebensmitteln entdeckt wurde, all das hat freilich den lastenden Druck des Lagerdaseins nicht schwinden lassen.

Eine der traurigsten Erscheinungen in der Geschichte der Lager ist die Behandlung der Kinder. Sobald sie das 13. oder 14. Lebensjahr erreicht hatten, wurden sie zur Arbeit eingesetzt. Seit der allgemeinen Internierung wurden auch alle Kinder in die Ortslager getrieben.

Oft waren die Väter zum Militär eingezogen oder erschossen, die Mütter nach Rußland deportiert, so daß die Kinder ganz auf sich gestellt waren oder allenfalls von Verwandten betreut wurden.

In den Ortslagern wurden die Kinder jedoch bald rigoros von ihren Angehörigen getrennt und in die großen Konzentrationslager für Arbeitsunfähige überführt, wo sie als sogenannte elternlose Kinder galten (d.h. als Kinder, deren Eltern nicht im gleichen Lager waren, sofern sie überhaupt noch lebten) und ihr Aufenthalt auf eigens abgetrennte Kinderbezirke innerhalb des Lagers eingeschränkt wurde. Krankheit, Hunger und Verwahrlosung forderten einen hohen Todeszoll, zumal da auch mitinternierte Verwandte oder hilfsbereite Lagerinsassen die Kinder abgeben mußten und jeder Kontakt mit ihnen untersagt wurde.

Wenn man sich vor Augen hält, daß am 30.4.1946 die Belegschaft des Konzentrationslagers Rudolfsnad zu 46 Prozent aus Jungen und Mädchen unter 14 Jahren bestand, läßt sich das Elend dieser hilflosen Kinder erst deutlicher ermessen.

Seit dem Frühsommer 1946, - in Rudolfsnad z.B. nach der Fleckfieberepidemie im Juli, in Gakovo Ende Juni -, wurden in den Konzentrationslagern, z.T. ganz überraschend, Kindertransporte zusammengestellt und der Obhut von staatlichen Kinderheimen übergeben, die verstreut über das gesamte Staatsgebiet in Mazedonien, Montenegro, Slowenien oder Kroatien lagen. Dort wurden die Kinder manchmal noch eine Zeitlang deutschem Pflegerpersonal überlassen, überall vorzüglich gepflegt und ärztlich betreut, dann aber in Unterricht und Erziehung wie die nichtdeutschen Kinder behandelt; jede Verbindung mit Eltern oder Verwandten wurde unterbunden.

Dieser Versuch einer bewußten "Umvolkung" der Volksdeutschen Kinder kam erst zu einem Ende, als Vereinbarungen zwischen dem Roten Kreuz der FVR Jugoslawien und der Bundesrepublik Deutschland auch den deutschen Kindern der staatlichen Heime im Rahmen der Familienzusammenführung die Reise nach Deutschland ermöglichten. ...<<

Das Bundesarchiv Koblenz berichtete im Jahre 1974 über die Massenverhaftungen und Zwangsarbeit in Jugoslawien (x010/50): >>Anfang Mai wurden die Deutschen in Lager verbracht, wo ebenfalls - wie z.B. in Valpovo - Erschießungen stattfanden.

Aus dem Anfang Mai des Jahres 1945 besetzten Slowenien sind Massenerschießungen im Gebiet der Untersteiermark nach Verhaftungen der dort verbliebenen Deutschen überliefert, und zwar in der Gegend von Rann zusammen mit einer großen Anzahl von Kriegsgefangenen, darunter auch kroatischer und slowenischer Nationalität, am Stadtrand von Cilli und Gonobitz, in Windisch-Feistritz und Mahrenberg, in den Panzergräben bei Marburg-Tetzno, bei einer Massenerschießung von kroatischen Ustaschen sowie in der Männerstrafanstalt Marburg an der Drau; hier wurden am 6.12.1945 als Vergeltung für die Explosion eines Munitionswagens, die als deutscher Sabotageakt ausgelegt wurde, 200 bis 300 Deutsche erschossen.

Die gesamte verbliebene deutsche Bevölkerung war Ende 1945 in Lagern interniert oder in Gefängnissen inhaftiert. Eine gesetzliche Maßnahme für die Internierung war nicht gegeben, sieht man von dem Beschluß des Antifaschistischen Rates der Volksbefreiung Jugoslawiens (AVNOJ) vom 21.11.1944 ab, der die Ausbürgerung und Enteignung jener Personen deutscher Volkszugehörigkeit vorsah, die nicht in den Reihen der Partisanen gekämpft hatten. Es bestanden Ortslager und Zentralarbeitslager für Arbeitsfähige. Die Gesamtzahl der Lager und Gefängnisse ist mit rd. 1.500 anzunehmen.

Es ... handelte sich bei der Mehrzahl der Lagerinsassen um Frauen, aber auch Kinder und Säuglinge traf das Schicksal der Internierung. Die Lagerverhältnisse entsprachen jenen, wie sie aus den anderen Vertreibungsgebieten beschrieben worden sind. Auch hier fanden nach den Massenliquidationen von Oktober und November 1944 noch einzelne Erschießungen statt. Mißhandlungen brutalster Art durch Auspeitschungen gehörten zum Alltag des Lagerlebens. Die Mehrzahl der Todesfälle war auf unmenschliche Verhältnisse, auf unzureichende Ernährung, mangelhafte ärztliche Betreuung und auf die hierdurch entstandenen Seuchen zurückzuführen.<<

### **Verhältnisse im Lager Sombor und im Internierungslager Gakovo von Juni 1945 bis März 1947**

Erlebnisbericht der C. S. aus Sombor in der Batschka, Jugoslawien (x006/174-177): >>Schließlich wurde ich in ein Barackenlager außerhalb der Stadt Sombor eingeliefert. Die Lagerräume waren von Volksdeutschen buchstäblich vollgepfert. Die Leute empfingen mich wortlos mit vielsagendem Blick, vielen war ich durch die Gastwirtschaft gut bekannt. Noch nie habe ich so vergräme, verbitterte und verzweifelte Menschen gesehen.

Sämtliche Lagerinsassen waren verlaust und ungepflegt, da ihnen keinerlei Möglichkeit zur Körperpflege geboten wurde. Der sogenannte Lagerbetrieb wurde streng gehandhabt: Hauptsache war eine möglichst ununterbrochene Schikane. Dienstantritt war morgens um 3.00 Uhr, Aufstellung in Reih und Glied und zunächst stundenlang bewegungslos dastehen, bis dann die nächste Schikane folgte. Die Wache paßte mit Argusaugen auf die "Disziplin" auf, es wurde jeder erbarmungslos geprügelt, der sich nur im mindesten rührte.

Täglich wurden längere oder kürzere Namenslisten vorgelesen. Die jeweils Aufgerufenen erbleichten, manche fielen auch in Ohnmacht: Man konnte ahnen, was diesen Armen bevorstand. Sie wurden zumeist erschossen oder sonst irgendwie ermordet. Der Kommandant des Lagers hieß Zarko und war, wie fast alle Machthaber, ein schon früher als Taugenichts bekanntes Subjekt. Hauptvergnügen aller dieser "Kommandanten" war die sadistische Quälerei

ihrer Opfer.

Ich wurde in den nächsten Tagen in eine sogenannte Arbeitergruppe eingeteilt. Mit Rücksicht auf meine Schwangerschaft und da ich schwere Arbeiten und evtl. auch Mißhandlungen befürchtete, bat ich um eine ärztliche Untersuchung. Diese wurde mir selbstverständlich verweigert. So marschierten wir in unseren Elendskolonnen an verschiedene Arbeitsplätze, mußten da Kohlen schaufeln und verladen, dort Möbel und Hausrat verladen, Straßen kehren, manchmal auch exerzieren.

Nach einigen Wochen gelang es mir, einen Backi-Monostorer Zigeuner zu treffen, dem ich für eine reichliche Belohnung den Auftrag gab, meiner Schwester eine Nachricht zu bringen. Nach verschiedenen Komplikationen kam schließlich meine Schwester zum Arbeitsplatz und versah mich mit verschiedenen wertvollen Lebensmitteln. Es gelang mir, diese von den Partisanen unentdeckt ins Lager mitzunehmen.

Eines Tages wurde eine Gruppe von Leuten, samt mir, in das Vernichtungslager Gakovo verlegt. Gakovo war früher eine rein deutsche Gemeinde, die jetzt als Lager für Deutsche benutzt wurde. In jedem Haus waren durchschnittlich 50-60 Personen und auch mehr untergebracht. Die beschlagnahmten Felder der ehemaligen Ortsinsassen wurden als Staatsgut, unter Leitung eines ehemaligen Dorffrasierers, der Gutsverwalter war, von den Inhaftierten bearbeitet.

Die Ernährung war äußerst dürftig und bestand fast ausschließlich aus einer sog. Gerstensuppe: Wasser und Gerste. Alle Lagerinsassen, denen es nicht gelang, auf irgendeine Weise zusätzliche Ernährung zu erhalten, starben eher oder später an Hunger.

Am 20.6.1945 kam ich nieder. Mitten in einem vollgepferchten Zimmer gebar ich meine Tochter. Eine alte Hebamme leistete mir, natürlich ohne jedes Instrumentarium, Hilfe. Es ist mir heute noch vollkommen rätselhaft, wie ich und mein Kind diese Zeit überstehen konnten. Bis dahin und auch nachher kamen sämtliche Neugeborenen und zumeist auch ihre Mütter im Lager Gakovo um.

Nach der Geburt meines Kindes hatte ich nur den einen Wunsch, das Kind möge sterben. Erst in den nächsten Tagen erwachte in mir die Mutterliebe so heftig, daß ich zu dem festen Entschluß kam, für mein Kind durchzuhalten. Trotzdem Gakovo von einem Kordon (Band) ständig schießbereiter Partisanen umzingelt war, schlich ich mich im Laufe meines Aufenthaltes in diesem Lager insgesamt siebenmal durch und holte Lebensmittel, Kinderwäsche und Kleider.

Manchmal gelang es mir, mit meinem Kind bis zu zehn Tagen außerhalb des Lagers zu bleiben. Ich kam einmal sogar bis Bezdan, wo ich vier Tage verbrachte. Ich wurde oft von Partisanen aufgehalten und "legitimiert". Es gelang mir jedesmal, mit irgendwelchen Erklärungen durchzukommen. Zum letztenmal war ich sogar in meiner Heimatgemeinde und verbrachte zwei Tage bei meiner Schwester.

Indessen erfuhr ich, daß meine Eltern, nachdem sie einmal von meiner Schwester aus dem Lager Krusevlje herausgekauft wurden, im Somborer Krankenhaus als Hilfskräfte zugestellt waren. Ich hatte den Mut, sie sofort aufzusuchen, und benützte auch die Gelegenheit, mich von einem dortigen Arzt wegen meiner Brustfellentzündung behandeln zu lassen. Meine Eltern hatten es hier verhältnismäßig gut, da wie allgemein auch hier die Ärzte sich den Vertriebenen gegenüber sehr menschlich benommen haben.

Im Lager Gakovo herrschte nach meiner Rückkehr eine Flecktyphus-Epidemie. ... Ich hatte im November 1945 ebenfalls Flecktyphus und überstand diese Krankheit wunderbarerweise. Auch während der Krankheit nährte ich mein Kind an meiner Brust. Das Kind fieberte auch einige Tage, wurde sehr schwach, kam jedoch mit dem Leben durch. Zum Glück hatte ich vor meiner Erkrankung noch ein großes Lebensmittelpaket in das Lager schmuggeln können, so daß ich auch nach der Krankheit ausreichend Nahrung hatte.

Ich riß abermals aus, nahm aber diesmal mein Kind mit. Durch meine Schwester und einige

Bekannte gelang es mir, eine große Menge Lebensmittel zu hamstern. Bei der Rückkehr wurde ich von Partisanen an der Ortsgrenze geschnappt. Ich wurde dem Kommandanten vorgeführt. Nach der üblichen Leibesvisitation und dem Verhör fand er unter anderem 300 Dinar bei mir. Dieses Geld wurde mit der Begründung beschlagnahmt, ich hätte es gestohlen. Nach vielem Betteln und Weinen durfte ich schließlich mit dem Rest meines Hamstergutes abziehen.

Unsere Lage verbesserte sich insofern, daß die Partisanen des Wachens und Schikanierens allmählich müde wurden. Man bemerkte, daß sie gelernt hatten, aus den Lagerinsassen reichlich Nutzen zu ziehen. Sie begannen sich besser zu kleiden ... und fanden an uns eine unver-siegbare Geldquelle. Ein Teil der Vertriebenen fand doch immer wieder Mittel und Wege, zu Geld und Wertsachen zu kommen.

Es gab immer wieder gute Bekannte und Freunde, die unermüdlich und höchst opferbereit ... (waren). Die Partisanen nutzten diese Gelegenheit weidlich aus, indem sie sich für ... Begünstigungen bestechen ließen. Anfangs hörte man es nur unter 4 Augen, daß man sich die Flucht aus dem Lager durch einen gewissen Geldbetrag vom Kommandanten erkaufen konnte, später wurde es ein offenes Geheimnis.

Da es gelang, meine Eltern auch nach Gakovo zu verlegen, reifte in uns der Entschluß, zu flüchten. In vollkommen unnötiger Aufregung ging ich schließlich zum Lagerkommandanten und versuchte mit ihm über die Flucht aus dem Lager zu sprechen. Ohne meinen Wunsch richtig ausgesprochen zu haben, erkannte derselbe meine Absicht und erledigte diese Frage ohne viele Formalitäten, rein geschäftlich. Ich übergab ihm unser gesamtes Geld von 3.200 Dinar, und er teilte mir mit sachlicher Miene mit, daß ich am 4.3.1947 in der Früh abhauen könne.

Beim Verlassen von Gakovo hatte ich den Eindruck, daß die Bewacher des Lagers über den Fluchtweg genau informiert waren, denn es kam uns niemand in den Weg. Ein Partisan in Zivil führte uns, d.h. eine Gruppe von etwa 20 Leuten, auf dem kürzesten Wege über die ungarische Grenze. - Obwohl wir nun vollkommen mittellos waren, halfen uns viele Leute in Ungarn auf dem Wege nach Österreich.

Als ich in Österreich ankam, wog ich kaum 43 kg, obwohl mein Körpergewicht normalerweise 72 Kg war. Ich litt an einer schweren Lungentuberkulose, war aber dem Herrgott trotzdem dankbar, daß es mir gelang, mein nun 10 Jahre altes Kind zu retten und gesund zu erhalten.

Meine Erlebnisse erscheinen mir heute wie ein schrecklicher Traum. Das Leid über den Tod meines Mannes fühlte ich (eigentlich) erst Jahre nach der Flucht aus Jugoslawien.

Zur Zeit seines Ablebens befand ich mich in einer derart verzweifelten Lage, daß ich seinen Tod nach den qualvollen Folterungen und fürchterlichen Leiden nur als Erlösung betrachten konnte. Ich hatte ihn persönlich beerdigt. ... Kein Kreuz und kein Grabhügel kennzeichnete die Stelle seiner letzten Ruhe.<<

### **Internierung der deutschen Bevölkerung von Deutsch Zerne im April 1945, Verhältnisse im Internierungslager Molidorf von Dezember 1945 bis Februar 1946**

Erlebnisbericht der Margarethe T. aus Deutsch Zerne im Banat, Jugoslawien (x006/368-373):

>>Am 18. April 1945 ... nahmen sie uns alles weg bis auf die Kleider, die wir anhatten. Dabei mußte sich jeder ausziehen, wer mehr als ein Kleid anhatte. Geld, Schmuck, Ohrgehänge und alles Gepäck wurde uns dabei weggenommen, sogar die Lebensmittel bis auf ein Stück Brot. Mir hat man sogar Nadel und Zwirn weggenommen.

Am nächsten Morgen marschierte alles zur Wiese hinaus, alles war umstellt mit Maschinengewehren. Die Kinder bis zu 2 Jahren verblieben bei den Müttern, die von 2 bis 15 Jahren wurden separiert und in 3 Altersklassen eingeteilt. Diese wurden dann Leuten von über 50 Jahren zugeteilt. ... Die Leute bis zu 50 Jahren kamen in die Gruppe der Arbeitskräfte. ...

Als wir so getrennt waren, kamen wir in vorbereitete Lager bzw. dazu bestimmte Häuser. Ich kam in ein Haus mit noch 100 Frauen. ... Auf den Höfen nahmen wir uns Stroh als Liegestatt. Bettwäsche bekam niemand. Nur den Kleinkindern wurde die Wäsche gelassen. Später bekamen wir Teppiche, die von uns früher aus Fetzenresten angefertigt worden waren. ... So hausten wir 8 Monate. ... Von diesem Lager mußten wir ... unter Bewachung zur Feldarbeit gehen.

Am 26. Dezember 1945 wurden die Kinder und die Arbeitsunfähigen in das Lager Molidorf gebracht. ... Acht Tage lang bekamen wir kein gekochtes Essen, auch die Kinder nicht. In dieser Zeit wurde zweimal je etwa 10 Dekagramm (= 100 g) Brot ausgegeben und sonst nichts. Dann wurde gekocht, aber ohne Salz und ohne Schmalz. Morgens gab es eine Einbrennsuppe mit Maismehl, mittags (erhielten wir) Erbsen- oder Bohnensuppe ohne Salz und Schmalz, worin aber mehr Käfer als Erbsen oder Bohnen waren.

... Wir ... wurden in Molidorf zumeist in Ställen unterbracht. Im Dorfe selbst durften wir uns frei bewegen. Die Leute, die schon früher da waren, waren alle unterernährt, ausgemergelt, die Kinder gelb, blutarm; allen sah man den Hunger aus den Augen schauen. Der größte Teil der dort verstorbenen Menschen starb den Hunger- bzw. Auszehrungstod. –

Die Wachposten waren nicht einmal so bössartig gegen die Leute wie der Kommandant selbst, welcher ein Serbe aus dem Banat, Banatski Dvor, war. Dieser prügelte alles, was er erwischte, oft auf gröbste Art und Weise. Jeden Morgen um 4 Uhr läuteten die Glocken als Zeichen für die Viehfütterer, später wurde für die anderen geläutet. ... Wenn geläutet wurde, so mußte jeder dort sein. Wir wurden dann jeweils zu den verschiedensten, auch unsinnigsten Arbeiten eingeteilt.

Am 27. Januar war ich mit meiner Nachbarin Katharina K. auf dem Wege nach Nova Crnja. Wir wollten schwarz dorthin betteln gehen, was streng verboten war und mit Arrest usw. bestraft wurde, doch trieb der Hunger die Leute immer wieder dazu. Wir gingen also abends aus dem Lager raus, um in der Frühe wieder zur Arbeit zurück zu sein. Nach der Hälfte des Weges verließen K. die Kräfte, und wir kehrten um.

Dabei hatten wir aber das Pech, daß uns kurz vor dem Dorf ein Schlitten erreichte, in welchem unser Lagerkommandant war. Dieser ließ den Schlitten sofort anhalten und fragte, wo wir hin wollten. Wir gaben sofort zu, daß wir betteln gehen wollten, wobei meine Gefährtin in etwas gehässigem Ton zu ihm sagte, daß nur die Hungrigen betteln gehen. ... Ich ging einige Schritte vor, meine Gefährtin K. schleppte sich müde nach. ...

Auf einmal hörte ich einen Schlag, schaute mich um und sah, wie der Kommandant Frau K. wiederholt mit der Faust an den Kopf stieß. Ich ging weiter, hörte auf einmal einen Schuß ... und sah, daß Frau K. taumelte, da sie angeschossen war. Der Kommandant schrie mich an, ich möge weitergehen; er hieß die verletzte Frau aufstehen, um ins Lager zu gehen. ... Darauf ging er mit mir ins Lager und ließ mich zur Strafe 4 Tage und 4 Nächte einsperren.

Zu Essen gab es ... nichts, (nur) Wasser wurde uns vorgesetzt. Der Wachposten aber hatte Mitleid mit mir, brachte mir ... gewärmtes Wasser und gab mir ein schönes Stück Brot. ... Von einem Wachposten erfuhr ich, daß Frau K. ... gegen Morgen an der Stelle, auf welcher der Kommandant sie anschoß, gestorben war.

Am 15. Februar 1946 hatte es geregnet und deshalb sind viele Leute nicht zur Arbeit angetreten. Deshalb wurde mehrere Male geläutet. ... Als die Nachzügler kamen, wurden sie vom Kommandanten höchst persönlich geschlagen und mit Ohrfeigen, Fußtritten usw. bedacht. ... 12 Frauen mußten danach im benachbarten Ort Nova Crnja Lebensmittel ausladen.

Als sie zurückkamen, ließ ihr Begleiter sie im Stich und ging in Nova Crnja ins Wirtshaus, so daß die Frauen allein ins Lager gehen mußten. Ein Partisan traf sie und wies sie an, sich beim Kommandanten zu melden. Als sie sich dort meldeten, bestrafte sie der Kommandant damit, daß sie im Kot und Wasser "Auf und Nieder" machen mußten, bis sie ganz durchnäßt und

vollkommen verschmutzt waren. ...

(Der Kommandant) ließ etwa 30 Frauen antreten, die sich tags vorher nicht gemeldet hatten. Er führte sie in Pfützen, bis ihnen das Wasser bis zu den Knien reichte, und hieß sie dann, sich in das Wasser zu legen. So mußten sie etwa eine halbe Stunde liegen, ohne Aufstehen zu dürfen. Dies geschah am 16. Februar 1946, (obgleich) ... Frost war.

Von diesen Frauen mußten dann ... 10 Frauen nach Nova Crnja auf Arbeit gehen. ... 2 der Frauen ... blieben dort liegen. Am nächsten Morgen fand man sie tot. Ihre Angehörigen ... brachten sie nach Molidorf, wo sie beerdigt wurden. ... Es gab keine Särge, sondern sie wurden in einen Sack oder in eine alte Decke eingenaht und eingegraben, wobei die Grabstätte der Erde gleichgemacht wurde. ...

Es gab unter den Wachposten auch gute Männer, die Mitgefühl hatten, aber sie mußten sich vor den anderen hüten. Ein ausgesprochener Rohling war aber unser Kommandant. Seinen Namen habe ich nie gehört. Sein linker Fuß war etwas kürzer, und diesen körperlichen Fehler schien er an uns rächen zu wollen. Man sah direkt, daß er Lust daran hatte, Menschen zu quälen.

Am 16. Februar 1946 wurden gegen 80 Frauen und Kinder erwischt, da sie gebettelt hatten. ... Die Wache, die sich um das Dorf aufgestellt hatte, war scheinbar informiert, daß an diesem Tage viele Frauen weggelaufen waren, denn sie lauerten auf die Rückkehrer und schossen ohne vorherigen Anruf. Dabei wurde eine etwa 65jährige Frau aus St. Hubert erschossen.

Der Rest wurde bis zum nächsten Abend eingesperrt. Gegen Abend ließ der Kommandant sie alle antreten und übte volle 2 Stunden sein beliebtes "Auf und Nieder", dazu den tiefsten Morast und die größten Wasserpfützen suchend. Nach diesen 2 Stunden wurden sie in ihre Häuser entlassen. ...

Solange noch Weizen vorhanden war, (konnten wir uns noch) halbwegs ernähren. Als dieser aber im Laufe des (Monats) ... Februar weggeführt ... wurde, da wurde das Elend unbeschreiblich. Der Hunger trieb die Leute soweit, daß sie begannen, alle Katzen in der Ortschaft zu fangen und zu essen. Als ich einmal erwähnte, daß bei uns eine Katze herumlaufen würde, bot man mir sofort 30 Dinar für diese Katze. ... Es kam soweit, daß man in Molidorf keine Katzen mehr finden konnte.

Dieser ... unbeschreibliche Hunger ließ Gedanken an Flucht aufkommen. ... Dies um so mehr, da ich ... erfahren hatte, daß mein Mann und meine Tochter in Linz sein sollten.

Ich hatte mich mit einer Bekannten verabredet, und wir weihten niemanden anderen ein, denn ... alle wollten aus dieser Hölle raus. Wir schwiegen, um unsere Flucht nicht in Frage zu stellen. Am 23. Februar 1946 abends machten wir uns auf den Weg ... (und flohen) ... auf rumänischen Boden. Dort arbeitete ich bei Verwandten, bis ich Anfang Juni dann schwarz bis nach Linz kam.<<

### **Verhältnisse in den Internierungslagern Rudolfsgrad, Deutsch-Zerne und Molin von Dezember 1945 bis Februar 1946**

Erlebnisbericht des Arztes Dr. Jenö H. aus verschiedenen Internierungslagern in Jugoslawien (x006/374-376): >>Knicanin war ... ein Sammellager für Kranke, Alte über 60 Jahre und Kinder unter 12 Jahre, d.h. Arbeitsunfähige. ...

Die Arbeitsunfähigen litten großen Hunger und sind massenweise infolge des Hungers gestorben. Sie bekamen die bekannten Hungerödeme, Anschwellung der Füße und Hände. Ich entsinne mich, daß in diesem Lager manchmal 3-4 Tage keine Lebensmittel verteilt wurden. Im Monat Dezember gab man in Knicanin pro Kopf ungefähr 2 ½ kg Maismehl, einen Krautkopf und ... Salz.

Die Lagerleute waren in den Häusern verteilt. Es kamen so viele in ein Zimmer, wie es nur möglich war. Sie lagen im Stroh auf der Erde. - Möbel waren überhaupt keine vorhanden. Sie

heizten mit dem, was sie fanden. ...

In Knicanin, das sonst 3.500 Einwohner hatte, waren außer den sonst dort wohnenden freien Leuten 21.000 Lagerleute ... interniert.

Der Gesundheitszustand war überall sehr schlecht. Die Leute bekamen keine Seife, und da auch keine Wäsche vorhanden war, waren sie ziemlich schmutzig. ... Die Krätze war allgemein (vorhanden), auch sonstige Hautkrankheiten. ... An sonstigen Infektionskrankheiten ist der Flecktyphus zu erwähnen, der sich ohne Widerstand verbreitete. ... Die Infektionskranken sollten von den noch nicht Erkrankten abgesondert werden, was aber wegen Mangel an entsprechenden Räumlichkeiten und Verständnislosigkeit der maßgebenden Kommandanten, die ausnahmslos primitive Personen waren, scheiterte.

Wegen Mißhandlung der Lagerleute wurden von den höheren Behörden keine Repressalien gegenüber den mißhandelnden Lagerleitern eingeleitet. ...

Beispiele: In Knicanin (Rudolfsgnad) wurde eine junge Krankenwärterin von 3 Lagerführern zwecks Erpressung eines Geständnisses ... verprügelt. Von der Mitte des Rückens bis zum Knie konnte man Spuren der Hiebe feststellen, fast die ganze Partie war blau unterlaufen. ... Sie war 2 Wochen bettlägerig. Der Lagerkommandant, Oberleutnant Gecman, ein gerechter Mensch, zeigte die 3 Täter an. Das Resultat war: ein Täter wurde als Kommandant in ein anderes Lager versetzt, ein anderer Täter wurde (neuer) Kommandant in Knicanin und der abgesetzte Gecman wurde sein Stellvertreter. ...

In Molin wurden z.B. am 18.2.1946 30 Frauen ... strafweise in einen Wassergraben gelegt, wo sie in eiskaltem Wasser und Schlamm 30 Minuten bleiben mußten. Das war morgens um 5 Uhr. Sie mußten in den von Wasser tiefenden Kleidern zur Arbeit gehen, davon manche in das 7 km entfernte Nachbardorf Nova Crnja. Nach der Arbeit, wobei sie nichts zu essen bekamen, wurden sie zurückgetrieben. Sie gingen um 17.30 Uhr los.

3 von den Frauen konnten nicht mitkommen. Die eine fiel in der Mitte des Weges, die andere gelangte bis 500 m vor das Dorf, ihre Hilfeschreie hat man noch lange gehört. Die dritte Frau schleppte sich mit Mühe um 21.00 Uhr ins Dorf. Die beiden anderen Frauen sind gestorben; die eine war 25, die andere 27 Jahre. Sie ließen 3 Kinder zurück. Von den übrigen Frauen wurden 7 schwer krank. Der Kommandant Danilo Kesic wurde meines Wissens nach nicht bestraft.

Die meisten Leute konnten sich trotz der unmenschlichen Quälereien nicht zur Flucht entschließen. Es handelte sich ja meistens um alte, einfache Bauersleute ohne Unternehmungsgeist. ... Ich hatte den Eindruck, daß die Flucht der Lagerleute von den Behörden - nur scheinbar schwach verfolgt und bestraft - ja gerade erwünscht wurde. Die während der Flucht gefangenen Häftlinge wurden meistens nur mit 1-2 Tagen Kellerarrest bestraft.<<

### **Erlebnisse in verschiedenen Arbeitslagern, Verhältnisse in den Internierungslagern Jarek und Krusevlje von Juni 1945 bis April 1947**

Erlebnisbericht der Katharina H. aus Neu-Schowe in der Batschka, Jugoslawien (x006/402-405): >>24. Juni: ... Da ich nicht arbeiten konnte, kam ich wieder zurück ins Vernichtungslager Jarek, wo ich mich ... bei der Lagerkommandantin melden mußte. Sie fragte uns, wer schon einmal im Lager Jarek war. .... Die Neankömmlinge mußten sich einer Durchsuchung durch die Lagerkommandantin unterziehen.

Als ich dann in den Lagerraum kam, ... sah ich zu meinem Entsetzen, daß die Lagerinsassen schon alle bis zum Skelett abgemagert waren, besonders Philipp B. Wenn ich ihn nur ansah, bekam ich Angst und glaubte, den Tod vor mir zu sehen. Er starb auch am nächsten Tag den Hungertod. Überall, wo man hinsah, sah man bis zum Skelett abgemagerte Menschen, die einander ablausten.

Sie lagen bei vollem Bewußtsein oder auch ohne Bewußtsein im Stroh und warteten auf den



Tod. Der größte Teil der ganzen Körper war voller Wunden. Die Kinder hatten schrecklich dicke Köpfe und große Bäuche, und jede einzelne ... (Rippe) konnte man an ihnen zählen. Wo man hinsah, sah man unschuldige Menschen sterben.

Die einen schlummerten und schliefen ein für immer, die anderen kämpften unerbittlich im Totenkampf. Und keiner konnte dem anderen helfen, da ein jeder hilflos war und um die Erhaltung seines Lebens täglich und stündlich kämpfen mußte. Jeder hatte nur ein Ziel, noch einmal lebend aus diesem schrecklichen Todeslager herauszukommen. ...

Meine 76jährige Großmutter nahmen sie auch zur Arbeit. Da die Kost sehr gering war und die Leute bei größter Hitze oder ... Regen arbeiten mußten und nichts zum Anziehen hatten als ihre alten Lumpen, mußten sie zugrunde gehen. - In der Hitze fielen sie vor Schwäche in Ohnmacht oder bekamen (einen) Sonnenstich; dabei durfte ihnen niemand helfen. Sie mußten liegenbleiben, bis die anderen heimgingen und sie dann mitnahmen. - Die im Regen arbeiteten, wurden nachher krank. Der größte Teil bekam Lungenentzündung, Influenza (Grippe), Rheuma, Ischias etc. ... - Am schlimmsten waren Typhus und Ruhr.

Als ich mich von meiner Krankheit (infolge eines Sturzes) erholt hatte, bekam ich Malaria und lag 8 Wochen. Da die Ärzte den Kranken nichts geben konnten, trank ich jeden Tag Tee, den mir die alten Leute empfohlen hatten, und zwar die Brühe von grünen Bohnenblättern.

Während ich an Fieber darniederlag wurde am 23. August 1945 ... mein Vater ... erschossen. Mein Vater wollte am Abend von den Feldern, die ganz in der Nähe waren, Kartoffeln holen. Er wurde dabei von Partisanen gesehen, worauf sie ein ... Trommelfeuer auf ihn eröffneten. Wir sahen das alles durchs Fenster. ...

Am nächsten Tag kam der Lagerkommandant zu meiner Mutter. Er schrie sie an, daß er sie auch erschießen würde und fragte, ob mein Vater sich vielleicht schon öfter aus dem Lager geschlichen hätte. Wir durften nicht zu seiner Leiche. Er lag die ganze Nacht draußen und morgens um 9.30 Uhr wurde er weggefahren. Wie ich vom Totengräber erfuhr, war seine ganze Brust durchlöchert. ...

Am 15. April 1946 wurde das Lager Jarek verlegt, und ich kam mit dem ersten Transport in das Lager Krusevlje. ... In Krusevlje mußten wir alle auf die Arbeit gehen; da ich aber noch krank war und meine Füße so dick waren, daß man sie mit 2 Händen nicht umfassen konnte - sie waren voll Wasser - mußte ich nicht arbeiten. Die Unterbringung war ... wie in Jarek, so auch das Essen. Nur eines war besser, man konnte sich in Krusevlje auf der Straße bewegen und auch an der Straße sitzen. - Obgleich ich dick angeschwollene Füße hatte und abgemagert war, trieben sie mich ... auf die Arbeit. Ich mußte Holz tragen bzw. ausladen.

Am 19. Juni 1946 kamen wir ... nach Crvenka in das dortige Arbeitslager Nr. 3. Ich wurde mit weiteren 5 Personen in einem Raum untergebracht, wo wir ... auf dem Fußboden schlafen mußten. Das Essen war genauso wie in den anderen Lagern, nichts als Suppe. ...

Die Arbeitszeit war von 5 Uhr früh bis Sonnenuntergang. Bei der Arbeit wurden wir ... immer angetrieben, obwohl wir aus Angst sowieso schon immer mehr arbeiteten, als wir es früher für uns selbst taten. Aus dem Lager konnten wir nie fortschleichen, da wir ständig abgezählt wurden.

Am 26. September 1946 wurde ich aus dem Lager auf eine Pušta ... bei Senta verkauft, wo ich als Köchin eingesetzt wurde. Die Verwaltung der Pušta bezahlte für mich täglich 50,- Dinar an das Lager. Hier ... erholte ich mich.

(Am) 27. Dezember 1946 ... mußte ich in das Lager Neu-Werbaß zurück. In Neu-Werbaß hatte sich die Lagerkost verschlechtert. ... Es gab wieder keine Arbeit, wir mußten den ganzen Tag nur sitzen. Der Lagerkommandant Avram ließ uns zur Abwechslung von 5 bis 11 Uhr in Reih und Glied stehen, bis fast alle ohnmächtig waren, dann mußten wir bis zum Abend sitzen. ... Wir waren über 1.000 Personen im Lager. Der Lagerkommandant war sehr streng. Wenn er jemanden aufs Korn nahm, hatte derjenige keine gute Stunde mehr. ...

Am 26. Januar 1947 kam ich wieder zurück ins Lager Krusevlje. Es war dort nicht mehr so schlecht, da amerikanische Hilfe gekommen war. Die Kinder bekamen Sardinen, wir Erwachsenen bekamen Grammeln (Grieben), 3mal wöchentlich Konservenfleisch und Erbsen. Die Lagerinsassen wurden mit einem amerikanischen Pulver entlaust.

Am 26. April 1947 flüchtete ich über Ungarn nach Österreich, wo ich 4 Monate im Flüchtlingslager Peffernitz war. Am 1. November 1947 kam ich nach Deutschland.<<

### **Internierung der deutschen Bevölkerung im Juni 1945, Verhältnisse im Internierungslager Filipovo von Juni bis Juli 1945**

Erlebnisbericht des J. W. aus Filipovo, Jugoslawien (x006/421-422): >>Am 26.06.1945, in der Frühe um 4 Uhr, gingen die Partisanen von Haus zu Haus und trieben alle Einwohner ... fort. ... Wir packten schnell etwas Wäsche, Kleider und Eßwaren zusammen und gingen auf den Fußballplatz an der Bahnstation. Hier wurden wir zusammengetrieben und sortiert. Die Arbeitsfähigen kamen zurück in die Gemeinde ins Lager.

Die Alten, Kranken und Mütter mit kleinen Kindern ... (blieben) abends auf dem Fußballplatz. Unterdessen wurde nicht nur mit der Ausplünderung unserer Wohnungen begonnen, sondern auch wir Alten, Kranke und Kinder wurden ausgeplündert. Nachdem sie von uns ... 9 große Bauernwagen mit Kleidern, Wäsche, Bettzeug und Nahrungsmitteln geraubt hatten, wurden wir einwaggoniert.

Um 1/2 11 abends kamen wir in Filipovo an. ... Im Lager selbst hatten wir freie Bewegung. Da aber manche sich erlaubten, aus dem Lager ... zu gehen, um Lebensmittel zu besorgen, kam es häufig vor, daß sie ins Lager zurückgetrieben, in Keller geschmissen und geprügelt wurden.

Was die Behandlung anbelangte, konnten wir anfangs nicht klagen. Die Alten wurden nach Möglichkeit von den Kindern getrennt, so daß sie gänzlich Ruhe hatten. Die Wachen waren zunächst nicht streng. Obwohl es streng verboten war, sich aus dem Lager zu entfernen, und an jeder Ecke Wachen standen, gelang es doch manchen, das Lager zu verlassen, um in die Gemeinde oder gar nach Miletic zu gehen und Lebensmittel zu besorgen.

Auch die Kost war annehmbar. Wir faßten genügend Bohnen, auch etwas Mehl, Salz, Paprika, Fett, manchmal einige Kartoffeln und täglich ... Kukuruzbrot. Die kleinen Kinder bekamen auch etwas Milch. Trotzdem wurden alle langsam schwächer. Insbesondere die Greise und Kinder schauten erbärmlich aus.

Am 29.7. trat eine Änderung der Behandlung ein. Die Wache wurde abgelöst, und wir bekamen einen "Schwabenfresser" als Kommandanten. ... Wenn wir es wagten, eine Klage zu erheben, so war die Antwort: "Krepier Schwabe!" Weder Briefe noch Pakete durften abgeliefert oder übernommen werden. Wer dagegen sündigte, wurde in Keller geworfen, unbarmherzig geprügelt und mit Füßen getreten. So wurde ... Josef Sch. so lange geprügelt und mit Füßen getreten, bis er tot liegenblieb. ...

In einem größeren Haus wurden 40-45 Personen zusammengepreßt. In einem Zimmer wohnten bis zu 18 Personen, die alle Strohlager hatten. ... Die Arbeitsfähigen mußten sich um 5 Uhr sammeln und gingen auf die Arbeit. ... Die Alten wie die Kinder waren ... blaß, voller Wunden und konnten kaum gehen. Und doch gab es ... immer mehr und mehr, die es wagten, sich in Gärten, Höfen, Weingärten und Feldern herumzustehlen, um ... Obst, Kartoffeln, Zwiebeln, Grünzeug, Trauben usw. zu holen.

Um 7 Uhr abends mußten alle in die Häuser. Die Nacht verlief gewöhnlich unruhig. Die Kinder schrien, die Kranken jammerten. ... Die Läuse nisteten sich ein und verbreiteten sich. Krankheiten - insbesondere Malaria und Ruhr - verbreiteten Not und Elend. ... Ein trauriges Bild sahen wir jeden Nachmittag, wenn 3-7 Tote in Särgen, die man aus schmutzigen Brettern gefertigt hatte, von Kindern auf Karren hinausgezogen und geschoben wurden. ...<<

## **Schlußbemerkungen**

Der schweizerische Journalist Robert Jungk (1913-1994) berichtete am 15. November 1945 in der "Züricher Weltwoche" unter der Überschrift "Aus einem Totenland" über die katastrophalen Verhältnisse östlich der Oder und Neiße (x024/133-139): >>... Es gibt heute in Europa nicht nur einen Eisernen Vorhang. Es gibt zwei. Dieser zweite Eisernen Vorhang, von dem man nicht spricht und sehr wenig weiß, scheidet die russische Okkupationszone in Deutschland gegen Osten von jenen ehemals deutschen Gebieten, die auf der Potsdamer Konferenz den Polen übergeben wurden und der alliierten Deutschlandverwaltung nicht unterstehen.

Jedermann, der diese Grenze, die sich an die Oder- und Neißelinie lehnt, überquert hat, wird bestätigen, daß dort die Kontrolle noch viel schärfer ist als an der Grenze, welche die alliierte und russische Okkupationszone voneinander trennt. Das hat seinen guten Grund. Man wünscht hier keine Besuche von außen. Denn hinter der der Oder-Neiße-Linie beginnt das Land ohne Sicherheit, das Land ohne Gesetz, das Land der Vogelfreien, das Totenland.

Während in der von den Russen okkupierten Zone heute doch eine gewisse Ordnung herrscht und Unrecht mehr zufällig als planmäßig geschieht, regiert in den weiten Gebieten zwischen der früheren deutsch-polnischen Grenze und der Oder die Willkür und die Gewalt.

Als dieses Gebiet den Polen nach den Potsdamer Vereinbarungen zugesprochen worden war, glaubte die ansässige deutsche Bevölkerung zuerst, sie werde sich mit den Polen nicht schlechter oder sogar besser vertragen als mit den Russen. Heute aber ist es so, daß die Bewohner sich an die kleinen durchziehenden oder da und dort zur Nachschubsicherung stationierten russischen Abteilungen wenden müssen, um Schutz vor den Übergriffen der Polen zu finden.

Wer die polnische Zone verlassen hat und in russisch okkupiertes Gebiet gelangt, atmet geradezu auf. Hinter ihm liegen leergeplünderte Städte, Pestdörfer, Konzentrationslager, öde unbestellte Felder, leichenbesäte Straßen, an denen Wegelagerer lauern und Flüchtigen die letzte Habe rauben.

All das und alles, was in den kommenden Zeilen beschrieben werden wird, ist leider wahr. Man mache es sich leicht und tue es als "Greuelpropaganda" ab. Zu oft schon hat man in den Jahren dem unvorstellbaren Entsetzlichen nicht glauben wollen, zu oft haben diejenigen, denen Enthüllungen unangenehm sein mußten, sie als "Lügen" oder "Propaganda" abgetan.

Es ist wahr, daß in dem Orte G. auf öffentlichem Platze Mädchen, Frauen, Greisinnen von Angehörigen der polnischen Miliz vergewaltigt wurden.

Es ist wahr, daß es auf dem Bahnhof von S. sämtliche Flüchtlingszüge regelmäßig derart ausgeraubt werden, daß die Insassen nackt weiter gen Westen reisen müssen.

Es ist wahr, daß in weiten Gegenden Schlesiens kein einziges Kind unter einem Jahr mehr am Leben ist, weil sie alle verhungern mußten oder erschlagen wurden.

Es ist wahr, daß in Oberschlesien die von Syphilis angesteckten Frauen als "Behandlung" einfach einen Kopfschuß erhalten.

Und es ist wahr, daß eine Selbstmordwelle durch das Land geht. In einzelnen Orten hat sich ein Zwölftel, in anderen bereits ein Zehntel oder sogar ein Fünftel der Bevölkerung ums Leben gebracht.

Es ist wahr, daß in den sogenannten Arbeitslagern Sownowice und Centoschlowitz Insassen nächtelang bis zum Hals in eiskaltem Wasser stehen müssen und daß man sie bis zur Bewußtlosigkeit schlägt.

Und warum geschieht das alles? Nun, es ist furchtbar genug: Diese Welle barbarischer Mißhandlungen wurde ausgelöst durch das Bemühen der "großen Drei", das Schicksal der Deutschen im Osten zu mildern. Jawohl, zu mildern!

Die Berichte, die damals über das durch die zwangsweise Evakuierung verursachte Elend an die Weltöffentlichkeit gedrungen waren, hatten die Großmächte veranlaßt, der polnischen und

tschechoslowakischen Regierung die Einstellung der übereilten Zwangsdeportationen zu empfehlen. Die Tschechen haben diesen Appell befolgt, und die Umsiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei nach Deutschland und Österreich geht jetzt in geordneter, wenn irgend möglich menschlicher Weise vor sich.

Anders in Polen. Auch sie stoppten zunächst die Evakuierungen. Aber zugleich taten sie alles, um die deutsche Bevölkerung, die sie los sein wollten, zum "freiwilligen" Verlassen des neuen polnischen Territoriums zu veranlassen.

Das verhältnismäßig noch mildeste Mittel, das die neuangesetzten polnischen Woiwoden und Bürgermeister anwenden, ist die Aushungerung. In dem Städtchen S. werden für die 15.000 deutschen Einwohner nur 7.000 Brotrationskarten ausgegeben. Die 8.000, die keine Rationierung zugeteilt erhalten, können noch eine Zeitlang durch den Verkauf ihrer Habseligkeiten auf dem schwarzen Markt etwas Brot bekommen, dann bleibt ihnen nur der Hungertod oder – die "freiwillige" Wanderung nach dem Westen.

Schlimmer noch steht es in Breslau. Dort gibt es überhaupt kein allgemeines Rationierungssystem. Nur die Polen und diejenigen Deutschen, die für die Stadtverwaltung arbeiten, erhalten etwas Nahrung. Die anderen müssen versuchen, sich so gut zu behelfen, wie es eben geht. Auch ihnen steht der "schwarze Markt" offen. Wollen sie dort aber mit ihren Ersparnissen in Mark kaufen, so erhalten sie nichts, da die Polen alle Markwährung entschädigungslos als verfallen erklärt haben und nur der polnische Zloty Gültigkeit hat.

Seit der deutschen Kapitulation hat es in Breslau weder Fett noch Fleisch gegeben. Die Bewohner machen Proviantexpeditionen ins Hinterland der Stadt. Sind sie glücklich genug, ein paar Rüben und Kartoffeln zu bekommen, so wird ihnen das meist bei der Rückkehr schon in den Vororten von den polnischen Milizsoldaten wieder abgenommen.

Daß die Sterblichkeit unter diesen Umständen enorm ist, kann nicht wunder nehmen. Polnische Beamte, die übrigens infolge der Unordnung in der Breslauer Stadtverwaltung selbst seit Monaten keine Zahlungen erhalten, geben ganz offen zu, daß sie hoffen, durch die Hungerdezimierung der deutschen Bevölkerung werde bis Weihnachten das gleiche Ziel erreicht sein, das ursprünglich durch die Deportation hatte erreicht werden sollen.

Mindestens ebenso schlimm wie den Hunger empfinden die noch in dieser Zone lebenden Deutschen den Mangel an Sicherheit und Recht. Es gibt keine Instanzen, an die ein Bauer, der von Plünderern überfallen wurde, sich wenden könnte, es gibt keine Polizei, die ihn schützt, keine Richter, die ihm Recht verschaffen könnten. Jedermann muß stündlich und täglich Gewalttaten auf Gut und Leben erwarten, ohne daß ihm eine Möglichkeit legaler Gegenwehr gegeben wäre.

Daß bei solchen Raubzügen auch gerade solche Deutsche leiden mußten, die erwiesenerweise im Kampf gegen die Nazis ihre engsten Verwandten verloren, daß Juden, die in stillen Landkreisen hatten untertauchen können, nun da sie wähten, gerettet zu sein, von den Polen umgebracht werden, das sind besonders dunkle Schatten auf einem ohnehin schon düsteren Bilde. Zu allem kommen noch Krankheit und Seuche. Je weiter man von Berlin gegen Osten fährt, desto häufiger sieht man an den Ortseingängen die großen Plakate mit den in lateinischer und kyrillischer Schrift aufgemalten Warnungswort: Typhus!

Die ausgemergelten Körper der Hungernden geben noch Nährboden für den Bazillus ab, und die Seuche entwickelt sich mit der Schnelligkeit eines Waldbrandes im ganzen Gebiet östlich der Oder-Neiße-Linie. Aber es ist ein "Waldbrand", dem sich keine Feuerwehreute entgegenstellen. Erschütternd lesen sich Berichte aus den Seuchengebieten: "In St. sind 80 Personen von einer Bevölkerung von 400 an Typhus erkrankt. Keine Medikamente im Dorf. Kein Doktor auf dem Rechtsufer der Oder".

Der Sekretär der "Caritas" in Str. berichtet, daß auch seine Medikamente zur Neige gehen. "Da wir durch die Seuche isoliert sind, will uns niemand Nahrungsmittel bringen. Wir können

den Kranken nicht helfen. Alles, was wir tun können, ist, sie zu isolieren. Ziemlich alle Dörfer an der Eisenbahnlinie Breslau-Frankenstein sind vom Typhus infiziert."

Die "Lösung" in vielen Fällen ist nun, daß man infizierte Ortschaften, wie einst im Mittelalter die Peststädte, vollständig isoliert. Ihre Bewohner dürfen über den Umkreis des verpesteten Dorfes nicht hinaus oder müssen riskieren, erschossen zu werden. Natürlich ist eine absolute Kontrolle nicht möglich, und so wird der Typhus immer weitergeschleppt.

"Da muß doch etwas getan werden ..." Das ist die erste Reaktion eines jeden Menschen, der die Situation im polnisch besetzten Teil Deutschlands sich zu einer immer furchtbareren Katastrophe entwickeln sieht. Leider kann aber nichts getan werden, wenn dieses Gebiet nicht wenigstens ebenso wie die anderen okkupierten Gebiete Deutschlands einer Kontrolle der vier Großmächte unterstellt wird.

Solange alles deutsche Gebiet jenseits der Oder, wie das in Potsdam geschah, allein unter polnischer Kontrolle bleibt, wird sich vermutlich nicht viel ändern. Denn da dieses Territorium erst von der kommenden Friedenskonferenz endgültig als polnisch anerkannt werden kann, tun die Polen alles, um in möglichster Eile und Rücksichtslosigkeit ihre "Zone" im Hinblick auf die endgültige Grenzziehung zu entgermanisieren.

Diejenigen, die vor Hunger, Seuche, Mißhandlung und Plünderung aus den von den Polen besetzten Regionen fliehen, haben vor dem Verlassen der polnischen Zone einen Schein zu unterzeichnen, in dem sie erklären, sie seien selbstverständlich aus freiem Willen gegangen. Es soll doch niemand später am grünen Tisch sagen können, daß nicht alles korrekt zugegangen sei!

Wenn etwas für das "Totenland" jenseits der Oder getan werden kann, dann wird es zuerst und am ehesten von russischer Seite geschehen müssen. Es mehren sich die Zeichen, daß die Russen mit der von den Polen verfolgten Okkupationspolitik keineswegs einverstanden sind und daran denken, den von Polen besetzten Teil Ostdeutschlands wieder in eigene Verwaltung zu nehmen. ...

Zweifellos wird man sich aber auch noch anderwärts mit den Zuständen im "Totenland" beschäftigen, sobald mehrere Rapporte wie dieser, der, soviel wir wissen, zum ersten Mal die Zustände im polnisch besetzten Deutschland an die Öffentlichkeit bringt, die Aufmerksamkeit der Weltmeinung erregt haben. Denn es geht hier um noch viel mehr als "nur" um das Leben einiger Millionen Deutscher, es geht um die moralische Reinheit und Stärke der antifaschistischen Bewegung in der Welt.

Wenn alle diejenigen, die Hitler und Mussolini unter großen Opfern bekämpften, um eine bessere Welt aufzubauen, es zulassen, daß ihr Kampf jetzt von Rowdys und Chauvinisten ausgenutzt und beschmutzt wird, dann sehen wir keine große Hoffnung für die Zukunft. Man hat mit Recht den Deutschen vorgeworfen, daß sie in ihrem Glauben an die Mission ihres Vaterlandes so lange die Augen vor den Greueln des Nazismus verschlossen hätten.

Sollen die Vorkämpfer der Demokratie später einmal den gleichen Vorwurf auf sich sitzen lassen müssen. Auch wir alle werden "mitschuldig" sein, wenn wir nicht täglich und stündlich die Schandtaten, die heute im Namen der Demokratie und der Freiheit begangen werden, enthüllen. Nichts anderes wollten diese ersten Zeilen aus dem Land der Vogelfreien, aus dem Totenland jenseits der Oder.<<

Die sog. Befreiungs- und Nachkriegskatastrophen in Ost-Mitteleuropa wurden bis zum heutigen Tag von allen deutschen Regierungen tabuisiert und feige verdrängt, um die vermeintlich guten diplomatischen Beziehungen mit den osteuropäischen Staaten nicht zu stören oder zu gefährden.

Das Deutsche Reich von 1871 war bis zum Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 der letzte souveräne deutsche Staat bzw. das letzte gültige Völkerrechtssubjekt.

Infolge der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens am 11. November 1918 und der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages am 28. Juni 1919 wurde die Geschäftsfähigkeit der Deutschen durch die Siegermächte drastisch eingeschränkt.

Nach nur 47 Jahren der Freiheit begann für die Deutschen eine endlose Zeit der Unfreiheit. Deutschland zählt seit dem Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 zu den wirtschaftlich und politisch entmündigten Staatsgebilden (Staaten ohne Selbstbestimmung). Die Deutschen besitzen seither keine frei gewählte Verfassung und keinen souveränen Staat (Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt).

Nach über 100 Jahren der Entmündigung, der politischen Unterdrückung, der wirtschaftlichen Ausbeutung und der ideologischen Umerziehung wird es allmählich Zeit, dem deutschen Volk das Recht auf Selbstbestimmung zurückzugeben. Vorübergehende Einschränkungen der Souveränität sind gemäß Haager Landkriegsordnung legal. Die dauernde Einschränkung der Souveränität ist jedoch völkerrechtlich verboten.

Die Deutschen haben wie alle Völker das Recht, in Frieden und Freiheit sowie ohne Vormundschaft zu leben.

Die UN-Sozialcharta über das Selbstbestimmungsrecht der Völker lautet z.B. wie folgt (x870/...): >>... Artikel 1

(1) Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

(2) Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.

(3) Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhandgebieten verantwortlich sind, haben entsprechend der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten.<<

Wir dürfen nicht länger tatenlos zusehen, wie die Destabilisierungsmaßnahmen der internationalen NWO-Verbrecherorganisationen unser Land allmählich vernichten, sondern wir müssen uns endlich wehren. Die Rückgewinnung der Freiheit und den Erhalt der Heimat wird es nicht kampflos geben!

Bei dem Entscheidungskampf gegen das globale Terrorimperium geht es nicht nur um die Wiedergewinnung unserer Freiheit und um Sein oder Nichtsein, sondern es geht auch um die traditionelle Verpflichtung, das mehr als tausendjährige materielle und immaterielle Erbe unserer Vorfahren für unsere Nachkommen zu bewahren. Wir sind es nicht nur unserer eigenen Selbstachtung, sondern auch unseren Vorfahren und vor allem den nachfolgenden Generationen schuldig, alles für den Erhalt unserer deutschen Heimat zu tun.

Allmächtiger, allwissender Gott, himmlischer Vater!  
Verleihe uns die nötige Kraft, Mut und Zuversicht,  
damit wir unsere Heimat Deutschland endlich befreien  
und für unsere Nachkommen bewahren können.  
Mit deiner Hilfe werden wir unser deutsches Volk  
und unsere Heimat mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften  
bis zum letzten Atemzug verteidigen,  
denn wir sind es unseren Vorfahren und  
unseren nachfolgenden Generationen schuldig.

Vater unser im Himmel  
Geheiligt werde dein Name.  
Dein Reich komme.  
Dein Wille geschehe,  
wie im Himmel, so auf Erden.  
Unser tägliches Brot gib uns heute.  
Und vergib uns unsere Schuld,  
wie auch wir vergeben unsern Schuldigern.  
Und führe uns nicht in Versuchung,  
sondern erlöse uns von dem Bösen.  
Denn dein ist das Reich  
und die Kraft und die Herrlichkeit  
in Ewigkeit.  
Amen.

## GOTT MIT UNS

## Hinweise für den Leser

**Einstellungstermin:** 01.11.2021

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

**Rechtschreibregeln:** Das Sonderheft Nr. 15 wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

**Zitate:** Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

**Anregungen und Kritik:** Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

## Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.

Beispiel: (x001/79) = Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa Band I, Seite 79.

x001	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 1.</u> Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x002	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 2.</u> Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x003	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 3.</u> Polnische Gesetze und Verordnungen 1944-1955. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x004	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 1.</u> Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x005	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 2.</u> Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x006	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa V. <u>Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien.</u> Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1961. München 1984.



x007	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa III. <u>Das Schicksal der Deutschen in Rumänien</u> . Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x008	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa II. <u>Das Schicksal der Deutschen in Ungarn</u> . Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1956. München 1984.
x010	Bundesarchiv Koblenz; Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945-1948</u> . Bericht des Bundesarchivs vom 28.05.1974, Archivalien und ausgewählte Erlebnisberichte. Bonn 1989.
x024	Kuhn, Ekkehard: <u>Nicht Rache, nicht Vergeltung</u> . Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x358	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Verbrechen an Deutschen</u> . Vertreibung, Bombenterror, Massenvergewaltigungen. COMPACT-Geschichte Nr. 8. Werder (Havel) 2019.